

Abschlussbericht

Fiskalische Wirkungen des Ganztags in Nordrhein- Westfalen

Eine bildungsökonomische Studie

Auftraggeber

Ministerium für Schule
und Weiterbildung des
Landes Nordrhein-
Westfalen

Prognos AG
Dr. Iris Pfeiffer
Marcel Hölterhoff
Dr. Georg Klose
Lisa Krämer
Sebastian Ley
Claudia Münch

Berlin, den
27. November 2012

Das Unternehmen im Überblick**Geschäftsführer**

Christian Böllhoff

Präsident des Verwaltungsrates

Gunter Blickle

Berlin HRB 87447 B

Rechtsform

Aktiengesellschaft nach schweizerischem Recht

Gründungsjahr

1959

Tätigkeit

Prognos berät europaweit Entscheidungsträger in Wirtschaft und Politik. Auf Basis neutraler Analysen und fundierter Prognosen werden praxisnahe Entscheidungsgrundlagen und Zukunftsstrategien für Unternehmen, öffentliche Auftraggeber und internationale Organisationen entwickelt.

Arbeitsprachen

Deutsch, Englisch, Französisch

Hauptsitz

Prognos AG

Henric Petri-Str. 9

CH - 4010 Basel

Telefon +41 61 32 73-200

Telefax +41 61 32 73-300

info@prognos.com

Weitere Standorte

Prognos AG

Goethestr. 85

D - 10623 Berlin

Telefon +49 30 520059-200

Telefax +49 30 520059-201

Prognos AG

Schwabenmarkt 21

D - 40213 Düsseldorf

Telefon +49 211 887-3131

Telefax +49 211 887-3141

Prognos AG

Sonnenstr. 14

D - 80331 München

Telefon +49 89 515146-170

Telefax +49 89 515146-171

Prognos AG

Wilhelm-Herbst-Str. 5

D - 28359 Bremen

Telefon +49 421 2015-784

Telefax +49 421 2015-789

Prognos AG

Square de Meeûs 37, 4. Etage

B - 1000 Brüssel

Telefon +32 2 791-7734

Telefax +32 2 791-7900

Prognos AG

Friedrichstr. 15

D - 70174 Stuttgart

Telefon +49 711 49039-745

Telefax +49 711 49039-640

Internet

www.prognos.com

Inhalt

Inhalt I

Abbildungsverzeichnis	III
Tabellenverzeichnis	V
0 Zusammenfassung	1
1 Auftrag und Vorgehen	8
1.1 Auftrag	8
1.2 Vorgehen	10
2 Wirkungen des Ausbaus der Ganztagsbetreuung	15
2.1 Stand der Forschung	15
2.2 Erwerbstätigkeit und Betreuungssituation von Schülerinnen und Schülern in Nordrhein-Westfalen	29
3 Entwicklungen des Ganztags in Nordrhein-Westfalen – Setzungen der Modellrechnungen	37
3.1 Ausbauszenario	37
3.2 Datengrundlage	38
3.3 Vorgehen	39
3.4 Methodik	40
4 Ergebnisse: Auswirkungen des Ganztags für das Land Nordrhein-Westfalen	43
4.1 Kosten	43
4.2 Einnahmeeffekte durch die erhöhte Erwerbstätigkeit von Müttern	45
4.2.1 Grundlagen der Berechnungen	45
4.2.2 Ergebnisse	51
4.3 Einnahmeeffekte durch zusätzliches Personal in Ganztagschulen	56
4.3.1 Grundlagen der Berechnungen	56
4.3.2 Ergebnisse	61
4.4 Einnahmeeffekte durch höhere Bildungsabschlüsse	62
4.4.1 Grundlagen der Berechnungen	62
4.4.2 Ergebnisse	72
4.5 Saldierung von Einnahmen und Kosten	75
5 Auswirkungen des Ganztags für die Kommunen	82
5.1 Grundlagen der Berechnung auf kommunaler Ebene	82
5.2 Bergkamen	85
5.2.1 Ausbau OGS Primarstufe	85
5.2.2 Ausbau gebundener Ganztags Sekundarstufe I	88
5.2.3 Weitere Fiskalische Nutzeneffekte	93

5.3	Bonn	96
5.3.1	Ausbau OGS Primarstufe	96
5.3.2	Ausbau gebundener Ganzttag Sekundarstufe I	100
5.3.3	Weitere Fiskalische Nutzeneffekte	104
5.4	Essen	107
5.4.1	Ausbau OGS Primarstufe	107
5.4.2	Ausbau gebundener Ganzttag Sekundarstufe I	111
5.4.3	Weitere Fiskalische Nutzeneffekte	116
5.5	Kevelaer	119
5.5.1	Ausbau OGS Primarstufe	119
5.5.2	Ausbau gebundener Ganzttag Sekundarstufe I	122
5.5.3	Weitere Fiskalische Nutzeneffekte	127
6	Gesamtbewertung/Fazit	130
7	Literatur	132
8	Anhang	136

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 2: Arbeitsprogramm	10
Abbildung 3: Schülerinnen und Schüler im offenen Ganzttag in NRW (Anteil in Prozent)	29
Abbildung 4: Schülerinnen und Schüler im gebundenen Ganzttag in NRW (Anteil in Prozent)	30
Abbildung 5: Erwerbstätigkeit und Erwerbsumfang von Müttern mit jüngstem Kind zwischen 6 und unter 17 Jahren in NRW, 2002 - 2010	32
Abbildung 6: Erwerbstätigkeit und Erwerbsumfang von Müttern mit jüngstem Kind zwischen 6 und unter 11 Jahren in NRW, 2002-2010	33
Abbildung 7: Erwerbstätigkeit und -umfang von Müttern mit jüngstem Kind zwischen 11 und unter 17 Jahren in NRW, 2002-2010	33
Abbildung 8: Unterschiede im Erwerbsumfang von Müttern mit jüngstem Kind zwischen 6 und unter 17 Jahren nach Betreuungsumfang des jüngsten Kindes, Westdeutschland 2010	34
Abbildung 9: Erwerbsumfang von Mütter mit jüngstem Kind (zwischen 6 und unter 17 Jahren) in der Ganzttagsschule, Westdeutschland 2004-2010	35
Abbildung 10: Mütter ohne Ganztagsbetreuungsmöglichkeit für ihr jüngstes Kind (6 bis unter 17 Jahre) nach Erwerbsumfang, Westdeutschland 2004-2010	36
Abbildung 11: Struktur und Funktionsweise des Prognos-Mikrosimulationsmodells	42
Abbildung 12: Verteilung der potenziell erwerbstätigen Mütter über den Betrachtungszeitraum und die Ausbaustufen	49
Abbildung 13: Durchschnittliche Einnahme- und Einspareffekte einer nicht erwerbstätigen Mutter durch Aufnahme einer Erwerbstätigkeit pro Jahr	53
Abbildung 14: Durchschnittliche fiskalische Effekte pro Mutter und Jahr durch Ausweitung des Erwerbsumfangs	55
Abbildung 15: Annahmen zu Veränderungen im Abbruch- und Übergangverhalten durch den flächendeckenden Ausbau von Ganztagsangeboten	63
Abbildung 16: Durchschnittliche Einkommensunterschiede (Arbeitgeberbrutto pro Jahr) von Abiturienten und Personen mit Realschulabschluss, Westdeutschland	68
Abbildung 17: Einkommensdifferenzen von Abiturienten und Personen mit Realschulabschluss im Mittelwert 2010	69
Abbildung 18: Durchschnittliche Einkommensunterschiede (Arbeitgeberbrutto pro Jahr) von Personen mit Realschulabschluss und Personen mit Hauptschulabschluss, Westdeutschland	70

Abbildung 19: Einkommensdifferenzen von Realschulabsolventen und Hauptschulabsolventen im Mittelwert 2010	71
Abbildung 20: Einkommensdifferenzen von Personen mit und ohne Hauptschulabschluss im Mittelwert 2010	72
Abbildung 21: Bergkamen: Entwicklung der Schülerzahlen in der Primarstufe und Ausbauszenario OGS	86
Abbildung 22: Bergkamen: Entwicklung der Schülerzahlen in der Sek I und Ausbauszenario gebundener Ganzttag	89
Abbildung 23: Bergkamen: Entwicklung der Schülerzahlen und des Ausbaus Ganzttag gesamt	92
Abbildung 24: Bonn: Entwicklung der Schülerzahlen in der Primarstufe und Ausbauszenario OGS	97
Abbildung 25: Bonn: Entwicklung der Schülerzahlen in der Sek I und Ausbauszenario gebundener Ganzttag	100
Abbildung 26: Bonn: Entwicklung der Schülerzahlen und des Ausbaus Ganzttag gesamt	103
Abbildung 27: Essen: Entwicklung der Schülerzahlen in der Primarstufe und Ausbauszenario OGS	108
Abbildung 28: Essen: Entwicklung der Schülerzahlen in der Sek I und Ausbauszenario gebundener Ganzttag	112
Abbildung 29: Essen: Entwicklung der Schülerzahlen und des Ausbaus Ganzttag gesamt	115
Abbildung 30: Kevelaer: Entwicklung der Schülerzahlen in der Primarstufe und Ausbauszenario OGS	120
Abbildung 31: Kevelaer: Entwicklung der Schülerzahlen in der Sek I und Ausbauszenario gebundener Ganzttag	123
Abbildung 32: Kevelaer: Entwicklung der Schülerzahlen und des Ausbaus Ganzttag gesamt	126
Abbildung 33: Erwerbstätigkeit und Erwerbsumfang von Müttern mit jüngstem Kind zwischen 6 und unter 17 Jahren in Westdeutschland, 2002 - 2010	137
Abbildung 34: Erwerbstätigkeit und Erwerbsumfang von Müttern mit jüngstem Kind zwischen 6 und unter 11 Jahren in Westdeutschland, 2002 - 2010	137
Abbildung 35: Erwerbstätigkeit und Erwerbsumfang von Müttern mit jüngstem Kind zwischen 11 und unter 17 Jahren in Westdeutschland, 2002 - 2010	138
Abbildung 36: Erwerbsstatus und Erwerbswünsche nicht erwerbstätiger Mütter mit jüngstem Kind zwischen 6 bis unter 17 Jahren in Westdeutschland, 2010	138

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Kosten- und Einspareffekte des Ausbaus	6
Tabelle 2: Fiskalische Effekte des Ganztags für vier Beispielkommunen	7
Tabelle 1: Betreuungssituation von Schulkindern in NRW nach Altersgruppen (Anteil in Prozent) gemäß SOEP	31
Tabelle 2: Ausbauszenario nach Klassenstufen und Jahren	38
Tabelle 3: Ausgaben für Personal und Förderprogramme auf Landesebene	45
Tabelle 4: Nicht erwerbstätige Mütter mit Kindern im Alter von 6 bis unter 17 Jahren nach Erwerbswunsch (Vollzeit, Teilzeit oder beides), Zeitpunkt des geplanten Wiedereinstiegs in Beschäftigung und fehlender Ganztagsbetreuung in NRW, 2010	47
Tabelle 5: Potenziell erwerbstätige Mütter nach Ausbaustufen	49
Tabelle 6: Teilzeit erwerbstätige Mütter mit Kindern im Alter von 6 bis unter 17 Jahren mit Ausdehnungswunsch und fehlender Ganztagsbetreuung in NRW, 2010	50
Tabelle 7: Potenziell erwerbstätige Mütter nach Ausbaustufen	51
Tabelle 8: Fiskalische Effekte über die Realisierung der Erwerbswünsche nicht erwerbstätiger Mütter bis zum Erreichen der jeweiligen Ausbaustufen (in Mio. Euro)	54
Tabelle 9: Fiskalische Effekte über die Realisierung von Wünschen zur Ausweitung des Erwerbsumfangs bis zum Erreichen der jeweiligen Ausbaustufen (in Mio. Euro)	56
Tabelle 10: Zusätzlicher Personalbedarf durch den Ganztagsausbau bis zum Erreichen der jeweiligen Ausbaustufen	59
Tabelle 11: Fiskalische Effekte durch zusätzliche Betreuungskräfte bis zum Erreichen der jeweiligen Ausbaustufen (in Mio. Euro)	62
Tabelle 12: Abschlussquoten nach Bildungsabschlüssen für das Jahr 2009 und 2026	63
Tabelle 13: Zusätzliche Absolventen nach Abschlüssen und Ausbaustufen	64
Tabelle 14: Fiskalische Effekte durch zusätzliche Abiturienten nach Ausbaustufen (in Mio. Euro)	73
Tabelle 15: Fiskalische Effekte zusätzliche Realschulabsolventen nach Ausbaustufen (in Mio. Euro)	74
Tabelle 16: Fiskalische Effekte zusätzliche Hauptschulabsolventen nach Ausbaustufen (in Mio. Euro)	75
Tabelle 17: Zusätzliche Einnahmen durch den Ganztagsausbau nach Ausbaustufen, Körperschaften und Einnahmequelle	80

Tabelle 18: Zusätzliche Ausgaben durch den Ganztagsausbau nach Kostenursache sowie nach Ausbaustufen und Körperschaften	81
Tabelle 19: Bergkamen: Zusätzliche Investitionskosten in der Ausbauphase der OGS	87
Tabelle 20: Bergkamen: Saldo der Einnahmen und Ausgaben OGS auf dem jeweiligen Ausbauniveau	88
Tabelle 21: Bergkamen: Saldo der Einnahmen und Ausgaben gebundener Ganztags Sek I auf dem jeweiligen Ausbauniveau	91
Tabelle 22: Bergkamen: Saldo der Einnahmen und Ausgaben auf dem jeweiligen Ausbauniveau Primarstufe und Sek I	93
Tabelle 23: Bergkamen: Fiskalische Effekte durch die Aufnahme von Erwerbstätigkeit und Ausweitung des Erwerbsumfangs der Mütter	94
Tabelle 24: Bergkamen: Fiskalische Effekte durch geschaffene direkte Beschäftigung im Ganztags	95
Tabelle 25: Bergkamen: Kosten-Nutzen-Relation des Ausbaus des Ganztags	95
Tabelle 26: Bonn: Saldo der Einnahmen und Ausgaben OGS auf dem jeweiligen Ausbauniveau	99
Tabelle 27: Bonn: Saldo der Einnahmen und Ausgaben gebundener Ganztags Sek I auf dem jeweiligen Ausbauniveau	102
Tabelle 28: Bonn: Saldo der Einnahmen und Ausgaben auf dem jeweiligen Ausbauniveau Primarstufe und Sek I	104
Tabelle 29: Bonn: Fiskalische Effekte durch die Aufnahme von Erwerbstätigkeit und Ausweitung des Erwerbsumfangs der Mütter	105
Tabelle 30: Bonn: Fiskalische Effekte durch geschaffene direkte Beschäftigung im Ganztags	106
Tabelle 31: Bonn: Kosten-Nutzen-Relation des Ausbaus des Ganztags	106
Tabelle 32: Essen: Investitionskosten im Ausbauszenario OGS für die Jahre 2012 - 2020109	
Tabelle 33: Essen: Saldo der Einnahmen und Ausgaben OGS auf dem jeweiligen Ausbauniveau	111
Tabelle 34: Essen: Investitionskosten im Ausbauszenario Sek I für die Jahre 2012 - 2026113	
Tabelle 35: Essen: Saldo der Einnahmen und Ausgaben	114
Tabelle 36: Essen: Saldo der Einnahmen und Ausgaben auf dem jeweiligen Ausbauniveau Primarstufe und Sek I	116

Tabelle 37: Essen: Fiskalische Effekte durch die Aufnahme von Erwerbstätigkeit und Ausweitung des Erwerbsumfangs der Mütter	117
Tabelle 38: Essen: Fiskalische Effekte durch geschaffene direkte Beschäftigung im Ganzttag	118
Tabelle 39: Essen: Kosten-Nutzen-Relation des Ausbaus des Ganztags	118
Tabelle 40: Kevelaer: Saldo der Einnahmen und Ausgaben OGS auf dem jeweiligen Ausbauniveau	122
Tabelle 41: Kevelaer: Saldo der Einnahmen und Ausgaben gebundener Ganzttag Sek I auf dem jeweiligen Ausbauniveau	125
Tabelle 42: Kevelaer: Saldo der Einnahmen und Ausgaben auf dem jeweiligen Ausbauniveau Primarstufe und Sek I	127
Tabelle 43: Kevelaer: Fiskalische Effekte durch die Aufnahme von Erwerbstätigkeit und Ausweitung des Erwerbsumfangs der Mütter	128
Tabelle 44: Kevelaer: Fiskalische Effekte durch geschaffene direkte Beschäftigung im Ganzttag	129
Tabelle 45: Kevelaer: Kosten-Nutzen-Relation des Ausbaus des Ganztags	129
Tabelle 46: Betreuungssituation von Schulkindern in Deutschland nach Altersgruppen (Anteil in Prozent)	136

0 Zusammenfassung

Ausgangssituation

Die Zahl der Schülerinnen und Schüler in Schulen mit Ganztagsangebot ist in NRW in den letzten Jahren stark angestiegen. 2009 waren bereits 28,2% der Grundschülerinnen und Grundschüler im offenen Ganztage. Am gebundenen Ganztage nahmen 2010 19,9% der Schülerinnen und Schüler teil.

Die Bildungskonferenz „Zusammen Schule machen für Nordrhein-Westfalen“ zum Thema „Ganztage entwickeln“ empfiehlt den Ausbau des gebundenen Ganztages in allen Schulformen und Schulstufen bis zum Jahr 2020. In der vorliegenden Studie werden die fiskalischen Wirkungen des Ganztages analysiert sowie Kosten und Nutzen der Empfehlungen der Bildungskonferenz gegenübergestellt.

Wirkungen des Ganztages

Die Analyse der aktuellen Forschungsliteratur zeigt, dass ein positiver Zusammenhang zwischen Ganztagsbetreuung und der Erwerbstätigkeit der Mütter besteht. Durch die Betreuung an den Schulen wird insbesondere den Müttern die Ausübung einer Erwerbstätigkeit erleichtert. Langfristig entsteht so ein fiskalischer Nutzeneffekt durch Steuer- und Sozialversicherungseinnahmen für den Staat, der die Kosten des Betreuungsausbaus übersteigt.

Angenommen werden desweiteren positive Wirkungen des Ganztages auf den Schulerfolg der Schülerinnen und Schülern. Hierzu ist die Befundlage jedoch nicht eindeutig. Die Forschung z.B. der Begleitforschungsstudie StEG zeigt, dass der Qualität der Ganztagsbetreuung ein hoher Stellenwert zukommt. Nur wenn Schulen mit Ganztagsangeboten über die Betreuung der Kinder hinaus ein Bildungsprofil entwickeln, das beispielsweise unterrichtliches und außerunterrichtliches Lernen miteinander verknüpft, und die Kinder möglichst regelmäßig teilnehmen, können positive Effekte des Ganztages im Hinblick auf Abbruch- und Übergangsverhalten, höhere Bildungsabschlüsse und bessere Lernerfolge bestätigt werden.

Eindeutige Zusammenhänge können für die Höhe des Schulabschlusses und die Höhe des zukünftigen Einkommens gezeigt werden. Mit einem höheren Einkommen gehen wiederum höhere Steuereinnahmen und Sozialversicherungsbeiträge einher, so dass die gesellschaftliche Nettorendite für den Ausbau des Ganztages in der Literatur langfristig positiv ausfällt.

Modellannahmen

Die vorliegende Studie untersucht die fiskalischen Wirkungen des Ausbaus des Ganztags für das Land Nordrhein-Westfalen und seine Kommunen. Dazu wird auf Basis der Schülerprognosen des Ministeriums für Schule und Weiterbildung ein Szenario berechnet, das einen jahrgangsweisen Ausbau des Ganztagsangebotes bis zum Jahr 2026 annimmt. Bis zum Jahr 2020 sollen 100% der Schülerinnen und Schüler der Primarstufe im Ganztags sein. 2021 dementsprechend alle Schülerinnen und Schüler der fünften Jahrgangsstufe, 2022 alle der sechsten und bis 2026 alle Schülerinnen und Schüler der Primarstufe als auch der Sekundarstufe I. Die angenommene Nutzungsdauer beträgt fünf Tage in der Primarstufe und drei Tage im Sekundarbereich I.

Ergebnisse für das Land Nordrhein-Westfalen

Die **Kosten** des Landes NRW für Personal sowie für verschiedene Förderprogramme für den Ganztagsausbau belaufen sich bis zum Erreichen der 50%-Ausbaustufe auf 398 Mio. Euro. Kosten entstehen durch längere Beschulung, Kosten für zusätzliches Personal sowie Investitions- und laufende Sachkosten. Um 75% aller Schülerinnen und Schüler in NRW einen Ganztagsplatz zu ermöglichen fallen über den Betrachtungszeitraum 879 Mio. Euro an. Der flächendeckende Ausbau bis 2026 kostet das Land NRW insgesamt rund 1.43 Mrd. Euro.

Dazu kommen Kosten, die für die längere Beschulung der Kinder als Folge besserer Schulabschlüsse entstehen in Höhe von 558 Mio. Euro. Die zusätzlichen Gesamtkosten für das Land Nordrhein-Westfalen für den Ausbau des Ganztags belaufen sich somit auf knapp 2 Mrd. Euro bis zum Jahr 2026.

Die **Einnahmeseite** umfasst Einnahmen durch die Aufnahme oder Ausweitung der Erwerbstätigkeit von Müttern als Folge des verbesserten Ganztagsangebotes, Einnahmeeffekte auf Basis der Beschäftigung zusätzlichen Betreuungspersonals im Ganztagsbetrieb sowie Einnahmeeffekte, die auf Grundlage höherer Bildungsabschlüsse bei den Kindern als Folge der ganztagsschulischen Betreuung entstehen. Hierzu zählen Einnahmen bei der Einkommensteuer und den Sozialversicherungsbeiträgen sowie Einsparungen bei Transferleistungen (Arbeitslosengeld II, Sozialhilfe, Wohngeld und Kinderzuschlag). Insgesamt entstehen durch den Ausbau der Ganztagsbetreuung auf 100% in NRW Einnahmen in Höhe von 1,3 Mrd. Euro. Beim Land verbleiben davon rund 192 Mio. Euro und bei den Kommunen 67,9 Mio. Euro.

Da das Land nur zu einem geringen Anteil von den Einnahmen profitiert, bleiben die fiskalischen Effekte des Ausbaus der Ganztagsbetreuung bis 2026 negativ. Der **Saldo** aus zusätzlichen Einnahmen und Ausgaben beläuft sich auf -1,8 Mrd. Euro. Positive

Renditen durch die angenommenen höheren Bildungsabschlüsse bei Kindern, die am Ganzttag teilnehmen, resultieren erst außerhalb des Betrachtungszeitraums nach dem Jahr 2026. Kurzfristig entstehen zunächst Einnahmeausfälle sowie direkte Kosten durch längere Beschulungszeiten.

Ergebnisse für vier Beispiel-Kommunen

Zusätzlich zu den Betrachtungen der fiskalischen Wirkung auf Landesebene wurden vier Kommunen ausgewählt, um beispielhaft die Konsequenzen des Ganztagsausbaus vom Status-quo auf ein fiktives Ausbauniveau von 100% zu ermitteln. Ausgewählt wurden die Kommunen Bergkamen, Bonn, Essen und Kevelaer aufgrund ihrer unterschiedlichen Sozialstruktur und Ausbausituation. Die verwendeten Daten basieren auf Angaben der Kommunen, Erfahrungswerten auf der Grundlage des Status Quo sowie Schätzungen, wenn keine detaillierten Kosteninformationen vorliegen.

In **Bergkamen** beträgt der Anteil von Schülerinnen und Schülern im Ganzttag derzeit 17% in der Primarstufe und 46% in der Sekundarstufe I. Aufgrund rückläufiger Schülerzahlen im Primarbereich werden zwei der acht Schulen mit Ganztagsangebot zukünftig geschlossen, eine Grundschule wird bewusst nicht als Ganztagschule geführt.

Der Ausbau der Ganztagsbetreuung erfordert Investitionen in die Infrastruktur von 7;3 Mio. Euro ausschließlich im Primarbereich; im Sekundarbereich stehen ausreichend Flächen zur Verfügung.

Kosten für Personal entstehen vor allem im Primarbereich in Höhe von 30 Wochenstunden für pädagogisches Personal je zusätzlicher Ganztagsgruppe (25 Kinder).

Einnahmen ergeben sich aus den Elternbeträgen sowie den Mitteln aus der Kapitalisierung von Lehrerstellen. Die durchschnittlichen Elternbeiträge im Primarbereich betragen 360 Euro pro Jahr.

Positive fiskalische Effekte entstehen vor allem durch die Aufnahme bzw. Ausweitung der Erwerbstätigkeit von Müttern, denen eine Ganztagsbetreuung neu zur Verfügung steht. Negativ wirkt sich hier die höhere Arbeitslosenquote von 10,2% im Vergleich zur Berechnung auf Landesebene aus, die zu einer verminderten Erwerbsaufnahmewahrscheinlichkeit führt. Insgesamt werden beim Ausbauniveau 100% ca. 96 Mütter eine Erwerbstätigkeit neu aufnehmen und 152 Personen ihre Teilzeittätigkeit ausdehnen. Dazu kommen die durch den Ausbau direkt geschaffenen Arbeitsplätze in Schule und Verwaltung. Hier werden in Bergkamen ca. 28 sozialversicherungspflichtige Vollzeit-Arbeitsplätze sowie ca. 76 geringfügige Beschäftigungsverhältnisse geschaffen.

Auf der höchsten Ausbaustufe resultiert nach Verrechnung aller laufenden Einnahmen, Ausgaben und fiskalischen Effekte ein jährlicher Zusatzaufwand des Ausbaus von 1,2 Mio. Euro für den Haushalt der Stadt Bergkamen.

In **Bonn** werden die Schülerzahlen in den nächsten 15 Jahren im Primarbereich um rund 10% und in der Sekundarstufe I um 7% steigen. Der Anteil von Schülerinnen und Schülern im Ganztagsbetrieb im Schuljahr 2011/12 in der Primarstufe 53% und in der Sekundarstufe I 33%. Insgesamt liegt das Ausbauniveau gegenwärtig bereits bei rund 40%.

In der Primarstufe gibt es bei einem linearen Ausbau des Offenen Ganztags auf das Niveau von 100 % bis 2020 einen Investitionsbedarf für neue Räumlichkeiten von rd. 37,3 Mio. Euro. Im Sekundarbereich sind bis 2026 Investitionen in Höhe von rd. 38,6 Mio. Euro erforderlich. Parallel zur Erweiterung steigen entsprechende Betriebskosten für Reinigung, Energie, usw.

Zusätzliches pädagogisches Personal wird nur im Primarbereich benötigt und durch Trägerpauschalen abgebildet.

Analog zu Bergkamen fließen Einnahmen aus den Elternbeträgen, den Mitteln aus der Kapitalisierung von Lehrerstellen sowie weitere Zuschüsse zum laufenden Betrieb an die Stadt Bonn. Die durchschnittlichen Elternbeiträge liegen bei 720 Euro im Jahr.

Positive Effekte entstehen durch die Aufnahme bzw. Ausweitung der Erwerbstätigkeit von Müttern, denen eine Ganztagsbetreuung neu zur Verfügung steht sowie durch direkte Beschäftigungseffekte der Ganztagsbetreuung. In Bonn liegt die Arbeitslosenquote bei 6,4%. Mit dem Ausbauniveau 100% werden bis zu 1.100 Mütter neu eine Erwerbstätigkeit aufnehmen können und rund 1.750 Mütter ihren Erwerbsumfang ausweiten. Darüber hinaus werden im Ganztagsbetrieb der Schulen und in der Verwaltung bis zu 324 Vollzeit-Arbeitsplätze sowie 355 geringfügige Beschäftigungsverhältnisse geschaffen. Der Haushalt der Stadt profitiert von diesen Beschäftigungseffekte jährlich mit bis zu 1,6 Mio. Euro aus zusätzlicher Einkommensteuer und eingesparten Transferleistungen.

Nach Verrechnung aller laufenden Einnahmen und Ausgaben entsteht dem kommunalen Haushalt der Stadt Bonn im Saldo für die höchste Ausbaustufe ab dem Jahr 2026 ein jährlicher Zusatzaufwand für den Ausbau des Ganztags von 14,3 Mio. Euro.

In der Stadt **Essen** entwickeln sich die Schülerzahlen im Primarbereich und in der Sekundarstufe in den nächsten Jahren rückläufig. Im Schuljahr 2011/12 nutzten insgesamt bereits 39% der Schülerinnen und Schüler das Ganztagsangebot (Primarstufe 38%; Sek I 40%).

Für den Ausbau würden Investitionen in Infrastruktur und Ausstattung an Grund- und Sekundarschulen in Höhe von 110 Mio. Euro benötigt. Kosten für Personal würden vor allem im Primarbereich in Höhe von 30 Wochenstunden für pädagogisches Personal je zusätzlicher Ganztagsgruppe (25 Kinder) entstehen.

Die Elternbeiträge für die Offene Ganztagschule betragen durchschnittlich 410 Euro im Jahr.

Auch der Stadt Essen würden bei einem Ausbau zusätzliche Einnahmen durch höhere Einkommensteuereinnahmen und sinkende Transferzahlungen durch die Aufnahme bzw. Ausweitung der Erwerbstätigkeit von Müttern, denen eine Ganztagsbetreuung neu zur Verfügung steht sowie durch direkte Beschäftigungseffekte der Ganztagsbetreuung entstehen. In Essen beträgt die Arbeitslosenquote 11,8%. Mit dem Ausbauniveau 100% würde es ca. 1.165 Müttern ermöglicht eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen, ca. 1.850 Mütter könnten ihre Teilzeitbeschäftigung ausweiten. Durch den Ausbau des Ganztags würden zudem rund 338 Arbeitsplätze (Vollzeitäquivalente) sowie 351 geringfügige Beschäftigungsverhältnisse in Schulen und Verwaltung geschaffen. Der Haushalt der Stadt Essen würde von diesen Beschäftigungseffekten mit jährlich 1,8 Mio. Euro aus zusätzlichen Einkommensteuereinnahmen und eingesparten Transferzahlungen profitieren.

Im Saldo der laufenden Einnahmen und Ausgaben würde der Haushalt der Stadt Essen auf der höchsten Ausbaustufe im Jahr 2026 dennoch einen jährlichen Zusatzaufwand für den Ausbau des Ganztags von rd. 11,2 Mio. Euro verzeichnen.

In **Kevelaer** sinkt die Schülerzahl im Prognosezeitraum sowohl im Primar- als auch im Sekundarbereich. Der Anteil von Schülerinnen und Schülern im Ganztags betrug im Schuljahr 2011/12 40% in der Primarstufe, in der Sek I liegt er unter 1%. In den Modellrechnungen ist die Gesamtschule nicht enthalten, da diese in einem Zweckverband mit umliegenden Gemeinden geführt wird.

Die Stadt Kevelaer geht davon aus, dass für den sukzessiven Ausbau der Ganztagsbetreuung an den Grundschulen keine Investitionen in Infrastruktur notwendig sind. Bei einem Ausbau des Ganztags an den Sekundarschulen wird ein Ausbau der Mensa im Schulzentrum notwendig mit einmaligen Kosten von 1,5 Mio. Euro.

Zusätzliches pädagogisches Personal wird im Primarbereich benötigt und durch Trägerpauschalen abgebildet.

Als Einnahmen werden analog zu den anderen Kommunen Einnahmen aus den Elternbeiträgen, den Mitteln aus der Kapitalisierung von Lehrerstellen sowie weiteren Zuschüssen zum laufenden Betrieb berücksichtigt. Die durchschnittlichen Elternbeiträge liegen bei 364 Euro im Jahr.

Positive Effekte entstehen durch die Aufnahme bzw. Ausweitung der Erwerbstätigkeit von Müttern, denen eine Ganztagsbetreuung neu zur Verfügung steht sowie durch direkte Beschäftigungseffekte der Ganztagsbetreuung. Insgesamt ermöglicht ein umfassendes Ganztagsangebot in Kevelaer bis zu 103 Müttern eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen, 164 Mütter können ihre Teilzeit-Beschäftigung ausweiten. Berücksichtigt wurde die Arbeitslosenquote von 6,4%. Darüber hinaus werden durch den Ausbau des Ganztags in den Schulen 12 Vollzeit-Arbeitsplätze sowie 36 geringfügige Beschäftigungsverhältnisse zusätzlich geschaffen.

Unter den genannten Prämissen wird der Haushalt der Stadt Kevelaer nach Verrechnung aller laufenden Einnahmen und Ausgaben im Saldo für die höchste Ausbaustufe ab dem Jahr 2026 mit einem Zusatzaufwand für den Ausbau des Ganztags von 510 Tsd. Euro jährlich belastet.

Fazit

Bei einem angenommenen Ausbau des Ganztags an den Primarschulen und im Sekundarbereich I auf 100% entsteht für das Land Nordrhein-Westfalen ein Saldo aus zusätzlichen Einnahmen und Ausgaben von ca. -1.8 Mrd. Euro. Dieses Ergebnis ist primär darin begründet, dass von den Einnahmen nur ein Teil dem Land zufließt. Bei einem flächendeckenden Ausbau des Ganztags belaufen sich die Einnahmefeffekte insgesamt auf rund 1,3 Mrd. Euro bis 2026, 192 Mio. Euro fließen dem Land zu. Demgegenüber stehen Kosten in Höhe von fast 2 Mrd. Euro. Einnahmefeffekte durch positive Bildungsrenditen treten zum Großteil erst nach 2026 ein.

Tabelle 1: Kosten- und Einspareffekte des Ausbaus

Kosten- und Einspareffekte des Ausbaus in Mio. Euro, Ausbaustufe 100%			
	Kumulierte Kosten bis 2026	Kumulierter fiskalischer Nutzen bis 2026	Saldo
Bund	0	490,5	490,5
Sozialversicherungen	0	553,3	553,3
Land	-1.989,6	192,4	-1.797,17

Auf Seiten der Kommunen wirkt sich der beabsichtigte Ausbau des Ganztags an den Primarschulen und im Sekundarbereich sehr unterschiedlich aus. Je nach Ausgangssituation der Kommune fallen Investitionskosten, laufende Aufwendungen und Einnahmen in unterschiedlicher Höhe an: Deutlich wird dies vor allem bei den erforderlichen Investitionen in Räume und Ausstattung: Hier wirken sich verbunden mit der Situation des gegenwärtigen Raumprogramms sowohl die Entwicklung der Schülerzahlen als auch be-

reits getätigte Investitionen in den Ganzttag, die Ausbaustrategie (z.B. additiv vers. integriert) und die Qualität des Ausbaus (z.B. 1 qm versus 2 qm/Schüler; Neubau oder Umbau) aus. Ebenfalls signifikante Unterschiede gibt es bei der Personalausstattung mit päd. Betreuungspersonal. Auf der Nutzenseite kann in den vorliegenden Berechnungen nur ein Teil der laufenden Ausbaukosten durch fiskalische Effekte gegenfinanziert werden. Allerdings ist hier zu beachten, dass sowohl die Beschäftigungseffekte eher defensiv kalkuliert wurden (z.B. ohne geschaffene Lehrerstellen und unter Einbeziehung eines Dämpfungsfaktors) als auch zum Beispiel plausible erscheinende Einspareffekte an dritter Stelle im Haushalt nicht einbezogen wurden.

Tabelle 2: Fiskalische Effekte des Ganztags für vier Beispielkommunen

Ausbauszenario 100 % (2026) (OGS und Sek I)			jährliche zusätzliche Einnahmen und Ausgaben auf dem Ausbauniveau 100% (im Vergleich zum Status Quo) in T€				
Modell- kommunen	Schüler im Ganzttag	zusätzliche Invest- kosten kumuliert zum Erreichen der Stufe 100% in T€	Personal- und Betriebs- kosten	Einnahmen Beiträge und Gebühren	kap. Mittel / Zuschüsse	Fiskalische Effekte	Saldo im lfd. Haushalt
Bergkamen	3.751	-7.261	-3.553	1.078	1.108	149	-1.218
Bonn	34.797	-75.891	-27.266	5.148	6.145	1.630	-14.343
Essen	44.013	-110.175	-26.913	4.221	9.625	1.821	-11.246
Kevelaer	2.612	-1.500	-1.707	527	539	131	-510

1 Auftrag und Vorgehen

1.1 Auftrag

Der Auf- und Ausbau von Ganztagschulen ist zentrales Thema der Bildungsdebatte in Bund und Ländern. Zwei wesentliche Argumentationslinien stehen hinter der Idee der Ganztagschule:

Bessere Bildungschancen: Ganztagschulen bieten durch ihre umfassende Bildungs- und Betreuungsleistung eine wichtige Voraussetzung für die individuelle Förderung von Kindern und Jugendlichen, die es erlaubt, auf die unterschiedlichen Stärken, Interessen und Voraussetzungen des Einzelnen einzugehen. Durch die Verbesserung der Bildungschancen, insbesondere von benachteiligten Kindern, kann eine positive Wirkung auf die späteren beruflichen Möglichkeiten sowie die gesellschaftliche Integration der Kinder erwartet werden.¹

Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Immer mehr Eltern möchten Familie und Beruf miteinander vereinbaren. Gleichzeitig verlangt der demografische Wandel und der damit einhergehende Druck auf die umlagefinanzierten Sozialversicherungssysteme eine umfassende Ausschöpfung des Erwerbspersonpotenzials. Durch ein erhöhtes Angebot an Ganztagschulen ist zu erwarten, dass Verhaltensänderungen der betroffenen Eltern und insbesondere von Frauen und Alleinerziehenden hinsichtlich ihrer Beteiligung am Arbeitsmarkt ausgelöst werden.

Die Bildungskonferenz „Zusammen Schule machen für Nordrhein-Westfalen“ empfiehlt zum Thema „Ganztage entwickeln“ die stufenweise flächendeckende Umsetzung des Ganztags in allen Schulformen und Schulstufen bis zum Jahr 2020. Bereits 2015 sollte ein erreichbares Ganztagsangebot für alle Kinder und Jugendlichen in Wohnortnähe bestehen. Gleichzeitig wird eine Mischung von freiwilligen besuchbaren und verpflichtend zu besuchenden Anteilen empfohlen, sodass die Vorteile offener bzw. gebundener Systeme gleichermaßen aufgenommen werden.

Das Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen hat daher den Auftrag erteilt, eine **bildungsökonomische Studie zu den fiskalischen Wirkungen des Ganztags** durchzuführen, die Kosten und Nutzen der Empfehlungen der Bildungskonferenz gegenüberstellt und ein Monitoring-Modell entwickelt, das für bildungsökonomische Planungsprozesse eingesetzt werden kann.

¹ Vgl. hierzu u.a. Anger C., Plünnecke A., Schmidt J. (2010): *Bildungsrenditen in Deutschland – Einflussfaktoren, politische Optionen und volkswirtschaftliche Effekte*. Köln: Institutes der deutschen Wirtschaft.

Die Gegenüberstellung des erwarteten Ressourceneinsatz und der fiskalischen Wirkungen sind maßgeblich für eine bessere Planbarkeit bei der Umsetzung des Ausbaus der Ganztagschule und unterstützen die politische Vermittlung der Nutzeneffekte der geplanten Maßnahmen.

Die Finanzierung des Ganztags muss folgende Positionen berücksichtigen: Der Besuch einer gebundenen Ganztagschule ist für die Eltern beitragsfrei. Der Ausbau der Ganztagschule bedeutet somit zunächst steigende Kosten für Kommunen und Land. Mittelfristig soll auf Beiträge der Kommunen für das Personal im Ganztags und auf Elternbeiträge für die Teilnahme am offenen Ganztags im Primarbereich verzichtet werden. Für die Finanzierung der Mittagsverpflegung wird eine sozialverträgliche Lösung angestrebt. Daraus resultieren weitere Belastungen für den Landeshaushalt.

Schulen in sozial und finanziell belasteten Regionen benötigen zusätzliche Unterstützung, für die weitere Instrumente geschaffen werden sollen. Zugleich soll das Land die Qualität des Ganztags systematisch unterstützen, um größere Unabhängigkeit der schulischen Qualität von der Finanzlage der Kommunen zu erreichen. Weitere Kosten entstehen dem Land ggf. durch die Sicherung und Entwicklung der Qualität schulischer Bildung, z.B. im Rahmen von Unterstützungsleistungen, Bildungsberichterstattung, Zusammenarbeit mit außerschulischen Trägern und wissenschaftlicher Begleitung.²

Ein quantitativer und qualitativer Auf- und Ausbau geht mit ökonomischen Vorteilen einher. In welcher Relation Kosten und Nutzen zueinander stehen wird in der vorliegenden Studie geprüft. Im Mittelpunkt der Analyse stehen vier Wirkungsfelder:

- Zusätzliche Steuereinnahmen sowie Einnahmen der Sozialversicherungen durch das veränderte Erwerbsverhalten insbesondere von Frauen.
- Mittel- bis langfristig zusätzliche Steuereinnahmen sowie Einnahmen von Sozialversicherungen durch eine verbesserte Bildung der teilnehmenden Kinder und Jugendlichen.
- Sinkende Transferleistungen an finanzschwache Familien und insb. Frauen, da diese aufgrund der verbesserten Betreuungssituation verstärkt erwerbstätig sein können.

² Z.B. Serviceagentur Ganztätig Lernen, die Vernetzungsstelle Schulverpflegung im Ganztags, Arbeitsstelle Kulturelle Bildung.

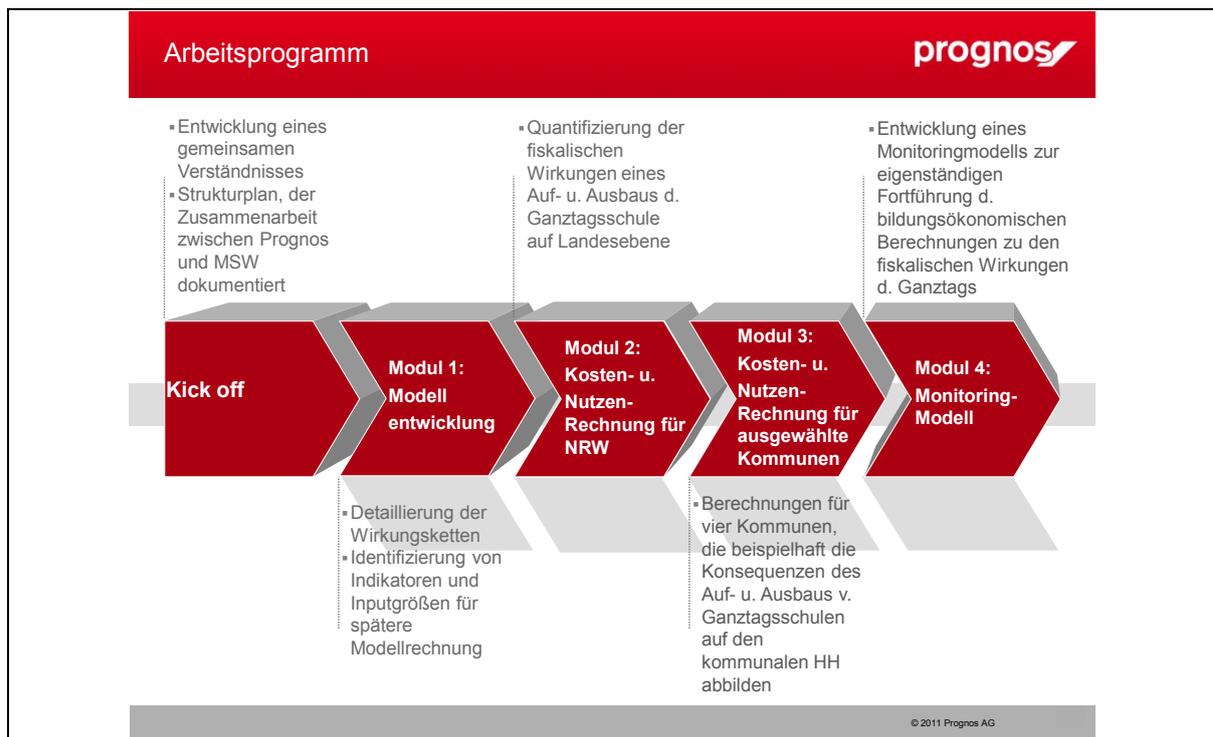
- Sinkende Transferleistungen an Kinder durch eine Verbesserung der Bildungsförderung und damit verbesserte Aussicht auf ein finanziell abgesichertes Leben.

Bei der Berechnung der fiskalischen Effekte ist insbesondere zu berücksichtigen, dass die Kosten der Investitionen und der Nutzen der Investitionen institutionell auseinander fallen. Im Zusammenhang mit der Wirkung der Ganztagsbetreuung auf die Bildungsergebnisse der Kinder und Jugendlichen ist zu berücksichtigen, dass Kosten und Nutzen zeitlich auseinander fallen.

1.2 Vorgehen

Zur Analyse der fiskalischen Wirkungen des Auf- und Ausbaus von Ganztagschulen in Nordrhein-Westfalen wurde ein Vorgehen mit vier aufeinander aufbauenden Modulen gewählt, die im Folgenden kurz beschrieben werden.

Abbildung 1: Arbeitsprogramm



Quelle: Prognos AG 2011

Modul 1 – Modellentwicklung

Ziel des ersten Arbeitsschritts war die Detaillierung der Wirkungsketten des Ausbaus von Ganztagschulen und die Identifizierung von Indikatoren mit Blick auf die Kosten und den monetären Nutzen für Kommune und Land. Dabei wurden folgende Wirkungsketten betrachtet:

- 1) Volkswirtschaftliche Effekte von Ganztagschulen durch eine Ausweitung der Erwerbstätigkeit der Eltern

Vom Ausbau der Ganztagschulen gehen vor allem dann positive volkswirtschaftliche Effekte aus, wenn bis dahin nicht erwerbstätige (alleinerziehende) Eltern aufgrund des besseren Betreuungsangebotes wieder eine Erwerbstätigkeit aufnehmen. Neben der Aufnahme einer neuen Erwerbstätigkeit führt das verbesserte Angebot einer Ganztagsbetreuung ggf. auch zu einer Ausweitung der Arbeitszeit bereits erwerbstätiger Eltern.

- 2) Volkswirtschaftliche Effekte durch höhere Bildungsrenditen der teilnehmenden Kinder

Ein Auf- und Ausbau der Ganztagschule kann zu einer Verbesserung der kognitiven und sozialen Fähigkeiten der Kinder führen und damit zu einer Erhöhung des Schulerfolgs. Neben einem möglichen kurz- und mittelfristigen positiven Effekt auf die soziale und gesellschaftliche Integration der Kinder und Jugendlichen kann somit ein langfristiger Nutzen durch ein verbessertes Bildungsniveau entstehen.

- 3) Folgewirkungen auf die Nutzenempfänger und Kostenträger Kommune und Land

In beiden Wirkungsbereichen (Eltern und Kinder) erhöht sich der Beschäftigungsgrad der Zielgruppe und damit ihr Einkommen. Neben dem positiven individuellen Einkommenseffekt können dadurch ein Mehr an Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen abgeführt werden. Gleichzeitig kann bei einer Verminderung der ALG II-Empfänger eine Entlastung der öffentlichen Haushalte auf der Ausgabenseite erwartet werden.

Für die Kommune wird geprüft, ob es zu höheren Einkommenssteuereinnahmen, Spareffekten im Bereich des Arbeitslosengeldes II, Spareffekten bei der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe und verbesserten Bildungsrenditen kommt.

Für das Land wird geprüft, ob es zu höheren Einkommenssteuereinnahmen, höheren Bildungsrenditen und geringeren Reparaturkosten kommt.

Auf der Ausgabenseite steigen durch einen Auf- und Ausbau der Ganztagschule die Personal- und Sachkosten. Diese sind dem ermittelten Nutzen gegenüberzustellen. Die Kosten für die Kommunen umfassen: Bereitstellung der Räumlichkeiten, Laufende Sachkosten, Verpflegungs- und Verwaltungskosten. Die Kosten für das Land umfassen: Kosten für pädagogisches Personal, Zuschüsse für Einsatz, Koordinierung und Fortbildung außerschulischer Träger sowie sonstige steigende Schulausgaben.

Die Überlegungen fließen in einem theoretisch fundierten und indikatorenbasiertes Modell zusammen, das die fiskalischen Kosten und Nutzen erfasst und dabei sowohl verschiedene politische Ebenen (Kommunen, Land) als auch Wirkungszeiträume berücksichtigt. Das Modell ist in Kapitel 4 ausführlich dargestellt.

Modul 2 – Kosten-Nutzen-Rechnung für NRW

Auf Basis des Modells wurden die fiskalischen Wirkungen des Ausbaus der Ganztagschule auf Landesebene berechnet. Dabei wurden die Kosten der Ganztagsbetreuung mit dem hierdurch entstehenden volkswirtschaftlichen Zusatznutzen verglichen.

Wirkungsbereich Eltern

Die Berechnung der Einkommens- und Transfereffekte, die bei einer Ausweitung der Erwerbstätigkeit der Eltern entstehen, erfolgt mittels eines mehrstufigen Berechnungsverfahrens:

1. Bestandsaufnahme der Betreuungssituation von Haushalten mit Kindern im relevanten Alter
2. Regressionsverfahren zur Berechnung der erzielbaren Einkommen nicht erwerbstätiger Mütter gemäß 1)
3. Simulation der daraus resultierenden Steuern und Sozialversicherungsbeiträge anhand des Prognos Mikrosimulationsmodells

Durch die drei aufgeführten Berechnungsschritte ist eine exakte sozioökonomische Charakterisierung der Haushalte möglich, deren Kinder Ganztagschulen besuchen bzw. zukünftig besuchen könnten. Aus der multivariaten Einkommensanalyse lässt sich auf den zu erwartenden Einkommenseffekt im Falle eines weiteren Ausbaus der Ganztagsbetreuung schließen. Ermittelt wurde so der Nutzen eines weiteren Ausbaus von Ganztagschulen durch eine höhere Erwerbsbeteiligung auf Seiten der öffentlichen Haushalte. Hierzu zählen insbesondere die zusätzliche Einkommensteuer, Sozialversicherungsbeiträge und Einsparungen bei staatlichen Transferleistungen.

Wirkungsbereich Kinder

Bei der Berechnung der bildungsökonomischen Effekte auf Seiten der Kinder besteht die Herausforderung in dem zeitlichen Auseinanderfallen von Ursache und Wirkung. Kinder, die heute eine Ganztagschule besuchen, sind in der Regel zwischen 6 und 14 Jahre alt. Bis zur Aufnahme einer Erwerbstätigkeit vergehen somit bis zu 20 Jahre. Vor diesem Hintergrund wurde ein zweistufiges Verfahren gewählt:

1. Identifikation und Quantifizierung von Effekten

Auf Grundlage des in der Literatur abgebildeten Forschungsstandes wurden Effekte von Ganztagschulen identifiziert und Aussagen darüber getroffen, wie sich Ganztagschulen auf die Verteilung von Bildungsabschlüssen (einschließlich Schulabbrecher) auswirken.

2. Mikroökonomische Bewertung

Mit Hilfe des Mikrosimulationsmodells wurden die Auswirkungen der identifizierten Effekte auf die Einkommensverläufe bestimmt. Dazu wurde das zukünftige Einkommen ermittelt, das durch die unterstellten höheren Bildungsabschlüsse entsteht. Dieses wirkt sich wiederum auf die Einkommensteuer, Sozialversicherungsbeiträge und Transferleistungen aus.

Gegenüberstellung von Kosten und Nutzen auf Landesebene

Zur Abschätzung der Kosten für den Ausbau und den Betrieb von Ganztagschulen wurde auf verfügbare Kostenberechnungen zurückgegriffen. Anhand der Daten wird eine Kostenträgerrechnung für den Betrieb einer Ganztagschule erstellt.

Die Kosten wurden dann mit dem volkswirtschaftlichen Nutzen gespiegelt und so die staatliche Rendite der Bildungsinvestitionen errechnet.

Modul 3 – Kosten-Nutzen-Rechnung für ausgewählte Kommunen

Im dritten Arbeitsschritt wurden die Konsequenzen der Umsetzung der Empfehlungen der Bildungskonferenz für die Kommunen geprüft. Um den heterogenen Voraussetzungen Rechnung zu tragen, wurden am Beispiel von vier Kommunen mit unterschiedlichen sozialräumlichen Strukturen Modellrechnungen durchgeführt.

Die Auswahl der Kommunen erfolgte anhand eines sozioökonomischen und soziodemografischen Kriterienkatalogs, der mit Blick auf die Untersuchungsziele eine geeignete sozialräumliche Differenzierung erlaubt. Dabei wurden Kommunen bevorzugt, die das

Schulsystem möglichst vollständig abbilden, d.h. Schulträger für eine Vielfalt von Schulformen sind.

Ausgewählt wurden als Beispiel für

- wohlhabende Kommunen mit starker Mittel- und Oberschicht: die Stadt Bonn
- Kommunen, mit hohem Polarisierungsgrad hinsichtlich Bildung und Einkommen: die Stadt Essen
- sozial schwache Kommunen: Bergkamen
- kleinere Kommunen aus dem ländlichen Raum: Kevelaer.

Für diese vier Kommunen wurden die Auswirkungen einer Ausweitung des Ganztagsangebots nach den Empfehlungen der Bildungskonferenz untersucht.

Kosten-Nutzen-Analyse in den Modellkommunen

Zunächst wurden die Wirkungsketten auf die soziodemografischen Voraussetzungen in der jeweiligen Kommune hin angepasst. Anhand der spezifischen Wirkungsgleichungen des Mikrosimulationsmodells für die jeweiligen Bevölkerungsgruppen werden dann im nächsten Schritt die Gesamtwirkungen (d.h. Kosten und Nutzen) des Ganztagsausbaus abgeschätzt, die für den kommunalen Haushalt zu erwarten sind.

Die Einspareffekte für die Kommunen wurden in den Beispielmunicipalitäten anhand des relevanten Spektrums pflichtiger und freiwilliger Transfer- und Sozialleistungen ermittelt. Die Annahmen wurden gemeinsam mit Fachexperten in den Kommunen diskutiert und auf die jeweiligen Gegebenheiten angepasst.

Im Ergebnis liegen Berechnungen für vier Kommunen vor, die beispielhaft die Konsequenzen der Einführung von Ganztagschulen in verschiedenen Ausbaustufen auf den kommunalen Haushalt abbilden.

Modul 4 – Monitoring-Modell

Der letzte Arbeitsschritt umfasst die Entwicklung eines Monitoring-Modells für das Ministerium für Schule und Weiterbildung, das auch zukünftig für bildungsökonomische Planungsprozesse eingesetzt und eigenständig durch das MSW fortgeschrieben werden kann.

2 Wirkungen des Ausbaus der Ganztagsbetreuung

Hinter der Diskussion um einen Auf- und Ausbau der Ganztagschule stehen sowohl bildungs- als auch arbeits- und sozialpolitische Argumente, die mehrere fiskalische Wirkungsketten betreffen.

Unter einer fiskalischen Wirkungskette werden die Folgewirkungen der Ganztagschule auf die öffentlichen Einnahmen und Ausgaben verstanden. Selbstverständlich entstehen durch den Ausbau der Ganztagsschulangebote auch Wirkungen auf anderen Ebenen. Analytisch lassen sich die Renditen in interne (persönliche) und externe Erträge unterteilen: Erstere enthalten sowohl direkt beschäftigungsbezogene Erträge (monetär und nicht-monetär, bspw. durch größere berufliche Wahlmöglichkeiten) als auch außerberufliche Erträge (z.B. durch ein niedrigeres Krankheitsrisiko). Externe Erträge lassen sich in beschäftigungsbezogene Vorteile (etwa durch weniger Krankheitstage) und gesellschaftliche Erträge (wiederum monetär und nicht-monetär) systematisieren.³

Im Zentrum der folgenden Aufarbeitung bestehender Literatur steht die Klärung der Wirkungsketten in den Bereichen „Eltern“ und „Kinder“ und die Ermittlung geeigneter Indikatoren zur Messung der Wirkungen auf der Nutzenseite. Eine weitere fiskalische Auswirkung des Ganztagsausbaus betrifft den Ausbau des Personals bzw. die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Dies wurde bisher in der Literatur jedoch kaum beachtet, wird jedoch in den Modellrechnungen berücksichtigt.

2.1 Stand der Forschung

Wirkungskette 1: Ausweitung der Erwerbstätigkeit der Eltern durch eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist für den Großteil der Familien in Deutschland ein zentrales Anliegen: Laut dem Institut für Demoskopie Allensbach (2011) sehen 72% der Bevöl-

³ Vgl. hierzu auch Sell, S. (2005). Der Ausbau der Ganztagschulen aus ökonomischer Sicht. In: Rother, U., Appel, S., Ludwig, H. & Rutz, G. [Hrsg.]. *Jahrbuch Ganztagschule 2005. Investitionen in die Zukunft*. Schwalbach, Taurus: Wochenschau-Verlag. S. 10-22.

kerung in diesem Bereich großen Handlungsbedarf; 53% der Befragten wünschen sich mehr Ganztagschulen.⁴

Eine Expertise der Prognos AG aus dem Jahr 2011 für das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Kinder zeigt auf, dass 30% der Eltern mit Schulkindern zwischen 6 und 14 Jahren die Vereinbarkeit von Familie und Beruf derzeit nicht gegeben sehen. Der Anteil ist höher, wenn das jüngste Kind zwischen 6 und 9 ist, sowie bei Alleinerziehenden. 45% der Eltern, die Familie und Beruf nicht gut miteinander vereinbaren können, wünschen sich eine Schule mit Ganztagsbetreuung in ihrer Nähe. Es zeigt sich weiter, dass eigene Erfahrungen mit Angeboten zur Nachmittagsbetreuung die positive Wahrnehmung der Ganztagschule prägen.⁵

Ein bedarfsgerechter Ausbau der außerhäuslichen Kinderbetreuung stellt Unterstützung für erwerbstätige und erwerbswillige Eltern bereit, die im Beruf verbleiben bzw. in das Berufsleben zurückkehren wollen. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf entspricht jedoch nicht nur dem persönlichen Wunsch der Eltern, sondern ist auch durch den mit dem demografischen Wandel einhergehenden Druck auf die umlagefinanzierten Sozialversicherungssysteme eine wirtschaftliche Notwendigkeit geworden. Durch ein flächendeckendes Angebot von ganztägigen Betreuungsplätzen für Kinder könnten bisher nicht genutzte Potenziale dem Arbeitsmarkt zugeführt werden. Dies betrifft zum einen die Aktivierung der Stillen Reserve, das heißt Personen, die gegenwärtig weder erwerbstätig noch arbeitssuchend sind, jedoch die Suche nach Arbeit unter anderen Rahmenbedingungen des Arbeitsmarktes aufnehmen würden. Zum anderen betrifft dies ALG II-Empfänger, denen aufgrund mangelnder Betreuungsmöglichkeiten eine Erwerbstätigkeit nicht möglich ist und die daher von öffentlicher Unterstützung abhängig sind. Neben der Erwerbsaufnahme erlaubt das Angebot einer Ganztagsbetreuung auch die verstärkte Ausweitung der Arbeitszeit bereits erwerbstätiger Eltern. Es ist zu erwarten, dass vor allem Alleinerziehende und Frauen in der Familienphase von einer Ausweitung der Ganztagschulen profitieren.⁶

Die StEG-Studie (Studie zur Entwicklung von Ganztagschulen) untersucht seit 2005 in drei Erhebungswellen im Abstand von je drei Jahren die Wirkung der Ganztagschule auf die Schüler/-

-
- 4 Vgl. Institut für Demoskopie Allensbach (2011). *Monitor Familienleben 2011*. http://www.beruf-und-familie.de/system/cms/data/dl_data/fdd3341b55040a512c1768f4b577fe3e/Monitor_Familienleben_2011.pdf, letzter Abruf: 16.05.2012.
- 5 Vgl. Prognos AG (2011). *Vereinbarkeit von Familie und Beruf mit Schulkindern*. http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/_C3_9C-6-Vereinbarkeit-von-Familie-und-Beruf-mit-Schulkindern,property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf, letzter Abruf: 16.05.2012.
- 6 Vgl. z.B. Prognos AG (2008). *Ausbau der Kinderbetreuung – Kosten, Nutzen, Finanzierung*. <http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/Dossier-Ausbau-der-Kinderbetreuung,property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf>, letzter Abruf: 16.05.2012.

innen sowie Eltern. Laut der Studie nutzen rund 80% der Vollzeit arbeitenden Mütter von Grundschulkindern Ganztagsangebote (StEG-Erhebung aus dem Jahr 2009) sowie 67% der Teilzeit-Beschäftigten. Diese hohen Anteile weisen auf die arbeitsmarktpolitische Bedeutung der Ganztagschule hin, zumal von den Teilnehmer/-innen der StEG-Studie auch in den Bereichen Hausaufgabenunterstützung (ca. 50% der Eltern) und erzieherische Probleme (20%) deutliche Entlastungen berichtet werden, die sich positiv auf deren Arbeitsleistung auswirken sollten. Insbesondere Familien mit niedrigem sozioökonomischem Status, mit Migrationshintergrund und ohne akademischen Bildungshintergrund profitieren überdurchschnittlich von den Entlastungen durch die Ganztagschule.⁷

Beher et al. (2007) zeigen in ihrer Studie, dass Ganztagschulen es beiden Elternteilen (insbesondere den Müttern) ermöglichen, einer Erwerbstätigkeit nachzugehen. Vor allem für Alleinerziehende bedeuten Ganztagsangebote eine substantielle Verbesserung der Betreuungssituation.⁸

Auch Beblo et al. (2005) untersuchen die Effekte eines Ausbaus der Ganztagschule auf die Erwerbsbeteiligung von Müttern. Die Ergebnisse zeigen, dass bei einem flächendeckenden Ausbau der Ganztagschule eine Erhöhung der Erwerbsarbeitszeit von Frauen in Westdeutschland von über 16% zu erwarten wäre und in Ostdeutschland von etwa 5%.⁹

Eichhorst et al. (2011) kommen in ihrer Studie zur Beschäftigungswirkung schulergänzender Betreuung für Kinder zu dem Ergebnis, dass sich ein Ausbau des Betreuungsangebots für Kinder von 6 bis unter 15 Jahren vorwiegend auf bislang nicht erwerbstätige Mütter auswirkt. Durch eine flächendeckende Versorgung mit Ganztagsplätzen ergibt sich ein maximales zusätzliches Arbeitskräfteangebot von 462.000 Müttern.¹⁰

Neben Forschungsergebnissen bezüglich der Auswirkungen des Ganztagschulausbaus, bietet der Forschungsstand zu den Effekten eines allgemeinen Ausbaus der (Klein-) Kinderbetreuung auch für die Ganztagsforschung wichtige Erkenntnisse. Eine der ersten bedeutenden empirischen Arbeiten auf diesem Gebiet ist die Untersuchung von Heckman über den Zusammenhang von mütterli-

-
- 7 Vgl. StEG-Konsortium (2010). *Ergebnisse der Studie zur Entwicklung von Ganztagschulen 2005-2010*. <http://www.dji.de/steg/Ergebnis%202010.pdf>, S.20, letzter Abruf: 09.12.2011.
- 8 Vgl. Beher, K., Haenisch, H. Hermens, C. Nordt, G. Prein, G. & Schulz, U. (2007). *Die offene Ganztagschule in der Entwicklung. Empirische Befunde zum Primarbereich in Nordrhein-Westfalen*. Weinheim und München: Juventa Verlag.
- 9 Vgl. Beblo, M., Lauer, C. & Wrohlich, K. (2005). *Ganztagschulen und Erwerbsbeteiligung von Müttern – Eine Mikrosimulationsstudie für Deutschland*. Mannheim: ZEW Discussion Paper No. 05-93.
- 10 Vgl. Eichhorst, W., Marx, P. & Tobsch, V. (2011). *Schulergänzende Betreuung für Kinder: Status Quo und Beschäftigungswirkung*. Bonn: IZA Standpunkte, Nummer 39. (Datenbasis ist das SOEP)

cher Erwerbstätigkeit und Betreuungsangeboten für Kinder unter zehn Jahren aus dem Jahr 1974. Heckman zeigt in seiner Studie, dass zur Berechnung der Effekte von Betreuungsprogrammen vielfältige Merkmale der Zielgruppe eine Rolle spielen, darunter bspw. das Familieneinkommen, der Heiratsstatus, die Höhe an Sozialhilfe oder die Arbeitserfahrung. Unter der Annahme, dass Kinderbetreuung kostenpflichtig ist, wird deren Nachfrage vorwiegend positiv vom Einkommen der Familie, negativ vom Preis der Betreuungsangebote und positiv von der Anzahl der Kinder unter drei Jahren beeinflusst.¹¹

Die Einführung eines flächendeckenden Ganztagsbetreuungsprogramms in Quebec untersuchen Baker et al (2008). Nach Einführung des Programms stieg die Wahrscheinlichkeit, dass ein Kind in Ganztagsbetreuung ist, um fast 15%. Dies zeugt von einer hohen Annahmefähigkeit der Angebote, wobei die Autoren schätzen, dass rund ein Drittel der neu hinzugekommenen Nutzer aus Müttern mit Kindern besteht, die vorher in informellen Arrangements betreut wurden. Auch der resultierende Effekt auf das Arbeitsangebot ist hoch signifikant: Für verheiratete Mütter mit Kindern unter vier Jahren zeigt sich ein Anstieg der Erwerbsquote um 7,7 Prozentpunkte.¹²

Im deutschen Raum zeigen Büchel und Spieß (2002), dass die Erwerbsbeteiligung von Müttern mit Kleinkindern insbesondere durch fehlende Betreuungsmöglichkeiten gehindert wird. Mütter, die für ihre Kinder eine Ganztagsbetreuung anstreben, haben den Autoren zufolge eine signifikant höhere Erwerbsneigung als solche, die auf Ganztagsangebote verzichten. In der Studie wird jedoch auch deutlich, dass es bei den weiblichen Erziehungsberechtigten sehr heterogene Gruppen gibt, die je nach Lebenslage (z.B. Kinderanzahl, Erwerbssituation, Erwerbsneigung, Qualifikation, etc.) unterschiedlich auf eine Ausweitung des Ganztagsbetreuungsangebots reagieren.¹³ In einer Folgestudie können Büchel und Spieß (2003) ihre Ergebnisse bestätigen und stellen erneut fest, dass die Erwerbsbeteiligung von Müttern mit Kleinkindern deutlich von der Versorgungssituation abhängig ist. Ein Anstieg des Anteils von Ganztagsbetreuungsplätzen um 10% führt im Rahmen des von den Autoren verwendeten Modells zu einer wöchentlichen Mehrarbeitszeit von rund einer Stunde.¹⁴

-
- 11 Vgl. Heckman, J.J. (1974). *Effects of Child Care Programs on Women's Work Effort*. In: Journal for Political Economy, 82 (2), S.136-169.
- 12 Vgl. Baker, M., Gruber, J. & Milligan, K. (2008). *Universal Child Care, Maternal Labor Supply and Family Well-Being*. In: Journal of Political Economy, University of Chicago Press, vol. 116(4), S.709-745.
- 13 Vgl. Büchel, F. & Spieß, C. K. (2002). *Form der Kinderbetreuung und Arbeitsmarktverhalten von Müttern in West- und Ostdeutschland*. Stuttgart: Kohlhammer.
- 14 Vgl. Büchel, F. & Spieß, C. K. (2003). *Effekte der regionalen Kindergarteninfrastruktur auf das Arbeitsangebot von Müttern*. In: Schmähl, W. (Hrsg.). *Soziale Sicherung und Arbeitsmarkt*. Berlin: Reihe Schriften des Vereins für Socialpolitik. S.95-126.

Personen, die ihre Arbeitszeit erhöhen, profitieren von Einkommenssteigerungen. Mit steigenden Einkommen werden wiederum mehr Steuern und Sozialversicherungsbeiträge abgeführt. Gleichzeitig führt eine Reduzierung der Anzahl von ALG II-Empfängern zu einer Entlastung der öffentlichen Haushalte auf der Ausgaben-seite. Anger et al. (2010) diskutieren in ihrer Untersuchung die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen auf die Erwerbsbeteiligung von Müttern durch den flächendeckenden Ausbau der Ganztagsbetreuung von Kindern. Selbst unter der Annahme, dass sich nur ca. 50% der Zielgruppe für die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit entscheiden, entsteht laut den Berechnungen der Autoren ein abdiskontierter Nettowohlfahrtsgewinn von über 8.000 Euro je betreutem Kind bis zum Alter von 10 Jahren. Da im Rahmen der Studie von einer zusätzlichen Betreuung von 137.500 Kindern pro Jahrgang ausgegangen wird, ergäbe sich in diesem Szenario ein aggregierter Vermögensgewinn von rund 1,1 Milliarden Euro.¹⁵

In einer Studie aus dem Jahr 2011 untersuchen Anger et al. die gesamtwirtschaftlichen Effekte einer Ganztagsbetreuung auf das Erwerbsverhalten von Alleinerziehenden. Die Autoren kommen zu dem Schluss, dass durch ein flächendeckendes Angebot an Ganztagsbetreuung die Erwerbsquote von Alleinerziehenden mit Kindern unter 3 Jahren von 32% auf 69% steigen würde. Bei Alleinerziehenden mit Nachwuchs zwischen 3 und 6 Jahren würde sich die Quote von 65% auf 73% erhöhen, für diejenigen mit Schulkindern von 64% auf 79%. Dies würde insgesamt eine Erhöhung der Alleinerziehenden in Vollzeit um rund 80.000 Personen bedeuten sowie einen Anstieg der Alleinerziehenden in Teilzeit um knapp 26.000. Daraus ergäben sich auch deutliche Effekte auf die Situation der betroffenen Eltern: Laut den Berechnungen der Autoren sinkt durch den Wechsel von einer Nichterwerbstätigkeit in eine Vollzeiterwerbstätigkeit die Armutsgefährdung von Alleinerziehenden um 29,4 Prozentpunkte; beim Wechsel in eine Teilzeitbeschäftigung sind es immerhin noch 11,9 Prozentpunkte.¹⁶

In der bereits oben aufgeführten Studie von Eichhorst et al. (2011) werden die Einnahmen eines Ausbaus der schulergänzenden Betreuung mit rund einer Milliarde Euro zusätzlicher Einkommenssteuer sowie bis zu 1,9 Milliarden Euro zusätzlicher Sozialbeiträge angegeben. Dem stehen auf der Ausgabenseite Betreuungskosten von einer Milliarde Euro für Kinder bis unter zwölf Jahren beziehungsweise bis zu 1,9 Milliarden Euro für die Altersgruppe bis unter 15 Jahren gegenüber. Unter Berücksichtigung moderater Elternbeiträge, werden die laufenden Kosten nach Angaben der Autoren somit allein durch die zusätzlichen Einkommenssteuerein-

15 Vgl. Anger, C.; Plünnecke, A. & Schmidt, J. (2010). *Bildungsrenditen in Deutschland – Einflussfaktoren, politische Optionen und volkswirtschaftliche Effekte*. Köln: Institut der deutschen Wirtschaft.

16 Vgl. Anger, C. Fischer, M., Geis, W., Lotz, S., Plünnecke, A. & Schmidt, J. (2012). *Gesamtwirtschaftliche Effekte einer Ganztagsbetreuung von Kindern von Alleinerziehenden*. Köln: Institut der deutschen Wirtschaft.

nahmen ausgeglichen – zusätzliche Einsparungen beim Arbeitslosengeld II nicht einberechnet. Die im Rahmen der Studie kalkulierte Anschubfinanzierung von etwa 3,5 Milliarden, mit der zumindest die flächendeckende Betreuung der unter 12-Jährigen sichergestellt wäre, erscheint den Autoren deshalb als sinnvolle Investition.¹⁷

Aus einem Dossier, das die Prognos AG 2008 zum Ausbau der Kinderbetreuung für unter Dreijährige veröffentlicht hat, geht hervor, dass sich durch die Erhöhung des Betreuungspersonals alleine (rund 77.500 Stellen) bereits steuerliche Mehreinnahmen von rund 20 Millionen Euro sowie 83 Millionen Euro zusätzlicher gesetzlicher Sozialversicherungseinnahmen ergeben. Berücksichtigt man zusätzlich die Realisierung von Erwerbswünschen aus der Gruppe Alleinerziehender mit Kindern zwischen zwei und zwölf Jahren, die momentan noch keine Kinderbetreuung nutzen, ergäben sich nach konservativen Schätzungen circa 369 Millionen Euro zusätzliche Einnahmen der Sozialversicherungsträger sowie 135 Millionen Euro an zusätzlicher Lohn- und Einkommensteuer.¹⁸

Fazit

- Die Forschung bestätigt einen **positiven Zusammenhang zwischen Ganztagsbetreuung und der Erwerbstätigkeit der Mütter**. Ein Ganztagsangebot ermöglicht unter arbeitsmarktpolitischen Zielsetzungen insbesondere Müttern die Ausübung einer Erwerbstätigkeit. Durch das Ganztagsangebot können Eltern (und hier insbesondere Alleinerziehende) im Familien- und Berufsalltag eine deutliche Entlastung erfahren.
- Hinsichtlich der gesamtwirtschaftlichen Effekte wird in der bestehenden Literatur langfristig eine **höhere Nutzenwirkung** (durch Steuer- bzw. Sozialversicherungseinnahmen) **als Kosten** (durch den Betreuungsausbau) beschrieben.

Wirkungskette 2: Bessere Bildungschancen

In Deutschland wurde – wie in Gottschall und Hagemann (2002) sowie Kuhlmann und Tillmann (2009) dargestellt – die Diskussion um das Für und Wider von Ganztagschulen in Bezug auf den Schulerfolg maßgeblich durch die Ende 2001 veröffentlichte internationale Schulstudie PISA ausgelöst. Ergebnis der ersten PISA-Studie: Deutsche Schülerinnen und Schüler schneiden im internationalen Vergleich in den drei getesteten Kompetenzbereichen Le-

17 Vgl. Eichhorst, W., Marx, P. & Tobsch, V. (2011): *Schulergänzende Betreuung für Kinder: Status Quo und Beschäftigungswirkung*. Bonn: IZA Standpunkte, Nummer 39.

18 Vgl. Prognos AG (2008). *Ausbau der Kinderbetreuung – Kosten, Nutzen, Finanzierung*. <http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/Dossier-Ausbau-der-Kinderbetreuung.property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf>, letzter Abruf: 16.05.2012.

sen, Mathematik und Naturwissenschaften tendenziell schlecht ab. Zudem zeigte sich das deutsche Schulsystem als höchst selektiv bezüglich der sozialen Herkunft der Schülerinnen und Schüler: Kinder aus einem Elternhaus mit hohem sozialem Status hatten bei gleichen kognitiven Fähigkeiten und gleicher Lesekompetenz eine 2,7-mal so hohe Chance, eine Gymnasialempfehlung zu bekommen, als ein Facharbeiterkind. Bezogen auf die Aufnahme eines Studiums, war deren Chance 7,4-mal höher, als die eines Kindes aus einem Elternhaus mit niedrigem sozialem Status.¹⁹

Wie Krenz (2008) in ihrer Studie herausarbeitet, besteht ein deutlicher Zusammenhang zwischen dem familiären Hintergrund von Schülern/-innen und ihrem Können, ihrer Bildung und Motivation. Alle drei Faktoren wirken sich signifikant auf die erreichten Bildungsabschlüsse der Kinder und Jugendlichen aus, welche wiederum im hohen Maße das spätere Einkommen beeinflussen.²⁰ Als eine mögliche Ursache für die Missstände im Bildungssystem wird die Gestaltung der Schulsysteme gesehen: Länder mit Ganztagschulsystemen, die Unterricht und Freizeitgestaltung rhythmisieren, schneiden bei PISA besser ab als Länder, die wie Deutschland Schule auf wenige Stunden Unterricht am Vormittag konzentrieren, Leistung in den Vordergrund stellen und ausschließlich in homogenen Lerngruppen arbeiten.²¹

So nennt die Bildungskonferenz von Nordrhein-Westfalen (u.a.) die umfassende und individuelle Bildungsförderung möglichst aller Kinder als vorrangiges Ziel des Ausbaus der Ganztagschule.²² Bislang liegen jedoch nur wenige Erkenntnisse über kausale Zusammenhänge zwischen dem Besuch einer Ganztagschule und dem Schulerfolg in der Literatur vor. Dennoch lassen sich aus der Literatur zwei Kernargumente ableiten: die Verbesserung der kognitiven Fähigkeiten und Abkopplung des Wahlverhaltens an den Schnittstellen des Bildungssystems von der sozialen Herkunft.²³

-
- 19 Vgl. Deutsche Bundesregierung (2005). *Der 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung*. http://www.diw.de/documents/publikationen/73/88749/diw_sp0128.pdf, letzter Abruf: 18.05.2012.
- 20 Vgl. Krenz, A. (2008). *Theorie und Empirie über den Wirkungszusammenhang zwischen sozialer Herkunft, kulturellem und sozialem Kapital, Bildung und Einkommen in der Bundesrepublik Deutschland*. In: SOEPpapers on Multidisciplinary Panel Data Research. Berlin.
- 21 Vgl. Gottschall, K. & Hagemann, K. (2002). *Die Halbtagschule in Deutschland – ein Sonderfall in Europa?!* In: 'Aus Politik und Zeitgeschichte', Beilage der Wochenzeitschrift 'Das Parlament', B 41/2002, 14. Oktober 2002. Kuhlmann, C. & Tillmann, K.-J. (2009). *Mehr Ganztagschulen als Konsequenz aus PISA? Bildungspolitische Diskurse und Entwicklungen in den Jahren 2000 bis 2003*. In: Kolbe, F.-U. et al. [Hrsg.]. *Ganztagschule als symbolische Konstruktion*. Berlin: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 23-45.
- 22 MSW NRW (2011): Arbeitsgruppe: „Ganztage weiterentwickeln“. *Vorschlag zu Empfehlungen der Bildungskonferenz*, http://www.schulministerium.nrw.de/BP/Bildungskonferenz/Ergebnispapiere_der_Arbeitsgruppen/Empfehlung_Ganztage_110118.pdf, letzter Abruf: 10.05.2012.
- 23 Diese beiden Erfolgsfaktoren werden auch als Primäre und Sekundäre Effekte bezeichnet. Primäre Effekte beziehen sich auf die kognitiven Fähigkeiten der Kinder und Jugendlichen, Sekundäre Effekte auf das Wahlverhalten an den Schnittstellen des Bildungssystems. Das letztendlich erreichte Bildungsniveau ist direkt von beiden Größen abhängig. Vgl. hierzu Boudon, R. (1973). *Education, Opportunity and Social Inequality*. New York: Wiley.

Anhand des erhobenen Datenmaterials im Rahmen der StEG Studie, konnten mehrere positive Wirkungen des Ganztagsunterricht auf das Verhalten der Schülerinnen und Schüler festgestellt werden. Dies ist allerdings nicht per se der Fall, sondern nur dann, wenn die Betreuungsangebote von den Jugendlichen als qualitativ hochwertig wahrgenommen werden. Unter dieser Bedingung lassen sich ein besseres Sozialverhalten sowie geringfügig bessere Lernmotivation und Schulfreude nachweisen. Ebenso entwickeln sich die Noten der Ganztagsbeschulten etwas besser und die Wahrscheinlichkeit, eine Klasse wiederholen zu müssen, nimmt ab. Die in der Studie festgestellten Effekte und ihre relativ geringe Stärke führen die Autoren auf die deutlich unterschiedliche Ausgestaltung der Nachmittagsangebote innerhalb der teilnehmenden Schulen zurück. Insgesamt profitieren Familien mit geringerem sozioökonomischem Status, mit Migrationshintergrund sowie Schülerinnen und Schüler von Eltern ohne akademischen Abschluss stärker von der Ganztagschule als andere.²⁴

Damit diese positiven Effekte allerdings auch wirklich ausgeschöpft werden können, müssen alle sozialen Gruppen – insbesondere die bisher im deutschen Schulsystem Benachteiligten – gleichmäßig am Ganztagsunterricht teilnehmen. Die StEG-Studie kommt diesbezüglich zu dem Schluss, dass der Zugang zur Ganztagsbetreuung im Sekundarbereich I unabhängig vom sozialen Status ist. Zwar nutzen in den Grundschulen der StEG-Stichprobe Kinder mit Migrationshintergrund und aus sozial weniger privilegierten Familien etwas seltener den Ganztags (Beteiligung von mindestens 60 %), eine signifikante soziale Selektivität der Teilnahme nach familiären Merkmalen liegt insgesamt aber nicht vor.²⁵

Die Bildungsberichtserstattung Ganztagschule NRW (BiGa) untersucht u.a. die Teilnahmehäufigkeit am Ganztags nach Schulform. Dabei zeigt sich, dass vor allem Hauptschüler deutlich häufiger

-
- 24 Vgl. StEG-Konsortium (2010). *Ergebnisse der Studie zur Entwicklung von Ganztagschulen 2005–2010*. <http://www.dji.de/steg/Ergebnis%202010.pdf>, S.20 (Letzter Zugriff 09.12.2011). Vgl hierzu auch Radisch, F., Stecher, L., Fischer, N. & Klieme, E. (2008): *Was wissen wir über die Kompetenzentwicklung in Ganztagschulen?* In: Rohlf, C., Harius, M., und Pelentien, C. [Hrsg.]. *Kompetenzbildung – soziale, emotionale und kommunikative Kompetenzen von Kindern und Jugendlichen*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. Die Autoren betonen, dass Unterschiede zwischen Ganztags- und Halbtagschulen vor allem dann zu erwarten sind, wenn Ganztagschulen nicht nur einfach mehr Zeit zur Verfügung stellen, sondern das Zusatzangebot einen qualitativ höheren pädagogischen Nutzen beinhaltet.
- 25 Vgl. Fischer, N. (2011). *Ganztagschulen. Was sie leisten - was sie stark macht*. In: *Schulmanagement* (2011) 2, S. 28-30. http://www.pedocs.de/volltexte/2011/3772/pdf/Fischer_2011_Ganztagschulen_D_A.pdf, letzter Abruf: 21.05.2012. In einer älteren Studie von Beher et al. (2007) zeigt sich für den Primarbereich noch eine signifikante Abhängigkeit der Besuchswahrscheinlichkeit von Ganztagsangeboten vom sozialen Status (vgl. dazu Beher, K., Haenisch, H., Hermens, C., Nordt, G., Prein, G. & Schulz, U. (2007). *Die offene Ganztagschule in der Entwicklung. Empirische Befunde zum Primarbereich in Nordrhein-Westfalen*. Weinheim und München: Juventa Verlag). Die neueren Befunde durch StEG deuten allerdings darauf hin, dass dieser Zusammenhang nicht mehr besteht. Vgl. Beher, K., Haenisch H. Hermens, C. Nordt, G., Prein, G. & Schulz, U. (2007). *Die offene Ganztagschule in der Entwicklung. Empirische Befunde zum Primarbereich in Nordrhein-Westfalen*. Weinheim und München: Juventa Verlag.

über die obligatorischen drei Tage in der Woche hinaus am ganztägigen Schulbesuch partizipieren; mehr als 50% der Kinder und Jugendlichen dieser Schulform sind an 4 oder sogar 5 Tagen die Woche in den Ganztagsangeboten anzutreffen. Im Rahmen der Dauerstudie wurden zudem Ganztagskoordinator(inn)en bezüglich der angelegten Selektionskriterien befragt, nach denen in Fällen, in denen die Nachfrage das Angebot an Plätzen übersteigt, die Zugangsberechtigungen ausgesprochen werden. Es zeigt sich, dass bei den Entscheidungen zwar die Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Vordergrund steht, bei der Platzvergabe durchaus aber auch auf die Förderungsbedürftigkeit der Kinder und Jugendlichen geachtet wird.²⁶

Barber et al. (2003) untersuchen die Auswirkungen eines Ganztagsbesuchs in den USA. Ergebnis: Die Teilnahme an Schulaktivitäten wirkt sich positiv auf die Entwicklung aus. Positive Auswirkungen sind auszumachen u.a. bei (Bildungs-)Zielen, Führungsqualitäten, Gesundheit und Selbstbewusstsein. Eine Teilnahme am Ganztagsangebot erhöht die Wahrscheinlichkeit eines Collegenbesuchs.²⁷

Ebenfalls für den amerikanischen Raum befasst sich Aizer (2004) mit den Effekten der Beaufsichtigung von Kindern im Schulalter durch Erwachsene im Vergleich zu Gleichaltrigen, die keine derartige Betreuung haben. Die Berechnungen der Autorin zeigen, dass beaufsichtigte Jugendliche eine um 7,5% niedrigere Wahrscheinlichkeit haben, eine oder mehrere von insgesamt vier bildungsabträglichen Verhaltensweisen auszubilden (kontrolliert wurden der Konsum von Rauschmitteln, Stehlen, das Schwänzen der Schule und Körperverletzung anderer).²⁸

Auch Mahoney & Cairns (1997) erarbeiten ähnliche Ergebnisse. Sie finden heraus, dass die Teilnahme an Aktivitäten außerhalb des Lehrplans die Schulabbrecherquote senkt. Die Studie ergibt zudem, dass bei Risiko-Schülerinnen und Schülern in den USA bei vorheriger Teilnahme an außercurricularen Aktivitäten in der Schule die Abbrecherquote deutlich geringer ist.²⁹

Eine von Schüpbach (2010) in der Schweiz durchgeführte Längsschnittstudie vergleicht Ganztagschulkinder mit Schülerinnen und Schülern einer halbtags beschulten Kontrollgruppe. In der Studie

26 Vgl. Börner, N., Eberitzsch, S., Grothues, R. & Wilk, A. (2011). *Bildungsbericht Ganztagschule NRW 2011*. http://www.bildungsbericht-ganztag.de/cms/upload/Berichte/Bildungsbericht_Ganztagschule_NRW_2011_korr.pdf, letzter Abruf: 29.05.2012.

27 Vgl. Eccles, J. S.; Barber, B. L.; Stone, M. & Hunt, J. (2003). *Extracurricular Activities and Adolescent Development*. In: *Journal of Social Issues*, 59, 865-889.

28 Vgl. Aizer, A. (2004). *Home alone: supervision after school and child behavior*. In: *Journal of Public Economics*, 88, S. 1835-1848.

29 Vgl. Mahoney, J. & Cairns, R. (1997). *Do extracurricular activities protect against early school dropout?* *Developmental Psychology*, 33, 241-253. Early school drop out defined as a failure to complete the 11th grade.

finden sich Hinweise, dass im Verlauf der ersten beiden Grundschuljahre ein stärkerer Zuwachs der sprachlichen Kompetenzen der Tagesschulkinder zu verzeichnen ist. Bei den mathematischen Kompetenzen ist dies jedoch nicht der Fall.³⁰

Anzumerken ist jedoch auch, dass in mehreren (Fall-)Studien kein signifikanter Unterschied hinsichtlich der Schulleistungen in Ganztags- und Halbtagschulen festgestellt werden konnte: So bspw. auch im Projekt ‚Ganztagsorganisation im Grundschulbereich‘ (kurz GO), das die Lernentwicklung von Schülerinnen und Schülern an Grundschulen von der ersten bis zur dritten Klasse vor dem Hintergrund der Strukturveränderungen der Ganztagsorganisation untersucht. Die forschungsleitende Hypothese des Projekts, dass durch die verlängerten Lernzeiten insbesondere Kinder mit Migrationshintergrund und Kinder aus bildungsfernen Schichten profitieren, konnte nicht belegt werden. Schröder-Lenzen und Mücke (2010) weisen jedoch darauf hin, dass die Ergebnisse mit Vorsicht zu interpretieren sind, da kein experimentelles Design realisiert werden konnte.³¹

Das Projekt ‚Ganztagschule und Integrationsprozesse bei Migranten‘ (GIM) widmete sich der Fragestellung, ob Ganztagschulen im Vergleich zu Halbtagschulen stärker die Integration fördern. Bezüglich der sprachlichen Kompetenzen berichten Reinders et al. (2011) im Abschlussbericht des Projekts, dass sich anhand der Auswertung der WLLP-Sprachdaten die Leseleistungen von Ganz- und Halbtagschülern/-innen nicht signifikant unterscheiden. Reinders et al. weisen jedoch auch darauf hin, dass die existierenden verschiedenen Organisationsformen, die Ausrichtung der pädagogischen Lernprofile sowie das Spektrum an sozialen Einzugsgebieten Aussagen über eine globale Wirkung der Ganztagschule jedoch schwierig machen.³²

Schafft die Ganztagschule es, die Bildungsungleichheit in Deutschland zu reduzieren, kann ein verbesserter Zugang zu Hochschule und Studium für sozial benachteiligte Kinder ermöglicht werden. Dies sollte sich in einer verbesserten späteren Situation der Kinder und Jugendlichen auf dem Arbeitsmarkt (höhere Einkommen, höhere Wahrscheinlichkeit einer Erwerbstätigkeit,

30 Vgl. Schüpbach, M. (2010). *Ganztägige Bildung und Betreuung im Primarschulalter. Qualität und Wirksamkeit verschiedener Schulformen im Vergleich*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialforschung.

31 Vgl. Schröder-Lenzen, A. & Mücke, S. (2010). *Entwicklung der Schulleistung in der ganztägigen Grundschule*. In: Merrens, H. & Schröder-Lenzen, A. [Hrsg.]. *Lernförderung unter Bedingungen des Ganztags im Grundschulbereich*. Münster: Waxmann Verlag. Untersucht wurden Schülergruppen der Länder Berlin, Brandenburg und Nordrhein-Westfalen. Die Untersuchung war als Ergänzung der StEG Studie konzipiert (Laufzeit 2007- 2009).

32 Vgl. Reinders, H., Gogolin, I., van Deth, J. W., Böhmer, J., Bremm, N., Gresser, A. & Schnurr, S. (2011). *Ganztagschule und Integration von Migranten*. Schriftenreihe Empirische Bildungsforschung, Band 15. Würzburg: Universität Würzburg.

etc.) niederschlagen.³³ Anders als die Wirkungen des Ganztags auf die Schul- bzw. Berufskarriere ist der kausale Zusammenhang zwischen Bildung und Einkommen ausreichend untersucht worden. Der humankapitaltheoretische Ansatz, der insbesondere durch die Forschungsleistungen von Gary Becker und Jacob Mincer geprägt ist, sieht Bildung als Investition, die zwar zunächst Kosten verursacht, welche aber später in verschiedener Form durch Erträge gedeckt werden können.³⁴

Einer Metastudie von Flossmann und Pohlmeier (2006) zufolge, in der mehrere empirische Arbeiten verglichen werden, ergeben sich in Deutschland Bildungsrenditen (definiert als die Einkommensrendite für ein zusätzliches Jahr Schule) von etwa 6-8% für Männer und 8-10% für Frauen. Trotz unterschiedlicher Datenbasis und methodischer Herangehensweise sind die Befunde in den von den Autoren recherchierten Studien hinsichtlich der Renditen sehr robust.³⁵

Ebenso untersuchen Anger et al. (2010) die Bildungsrenditen für Deutschland. Sie errechnen, dass im Jahr 2007 ein zusätzliches Bildungsjahr gemessen am Bruttolohn in Westdeutschland zu einer durchschnittlich um 9,9% höheren Rendite, in Ostdeutschland zu einer um 9,6% höheren Rendite führt. Die Zuwachszahlen unterscheiden sich zwischen den Geschlechtern nur minimal. Gemäß der Studie sind die Bildungsrenditen für beide Geschlechter in den letzten Jahren trotz der Bildungsexpansion deutlich gestiegen.³⁶ Die Studie ergibt weiter, dass ein Hochschulabsolvent in Westdeutschland im Durchschnitt einen um 78% höheren Bruttostundenlohn aufweist als eine Person, die keinen Abschluss der Sekundarstufe II (Abitur oder beruflicher Bildungsabschluss) erreicht hat.³⁷ Die Lohnprämie eines Meisters oder Technikers beträgt rund 46%, eine abgeschlossene Berufsausbildung ist mit einer Lohnprämie von etwa 26% verbunden. Deutliche Unterschiede bestehen zwischen den Berufen bzw. Fachrichtungen.³⁸

Eine 2007 von Göggel durchgeführte Untersuchung der Bildungsrenditen in Deutschland kommt zu dem Ergebnis, dass trotz der

33 Vgl. z.B. Dohmen, D. & Himpele, K. (2006): *Kosten von Ganztagschulen*. In: Recht der Jugend und des Bildungswesens 1/2006. http://www.fibs.eu/de/sites/_wgData/Forum_032.pdf, letzter Abruf: 18.05.2012.

34 Vgl. z.B. Becker, G. S. (1964). *Human Capital: A Theoretical and Empirical Analysis, with Special Reference to Education*. New York: Columbia University Press sowie Mincer, J. (1974). *Schooling, Experience, and Earnings*. New York: National Bureau of Economic Research.

35 Vgl. Flossmann A. L. & Pohlmeier, W. (2006). *Causal returns to education*. <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:bsz:352-opus-28191>, letzter Abruf: 14.05.2012.

36 Berechnung der prozentualen Bruttolohnsteigerung durch ein weiteres Jahr an formaler Bildung.

37 Berechnung des prozentualen Bruttolohnzuwachses durch einen höheren Bildungsabschluss

38 Vgl. Anger, C., Plünnecke, A. & Schmidt, J. (2010). *Bildungsrenditen in Deutschland – Einflussfaktoren, politische Optionen und volkswirtschaftliche Effekte*. Köln: Institut der deutschen Wirtschaft.

Bildungsexpansion und der damit verbundenen Höherqualifizierung der Bevölkerung keine Erosion der Renditen eingesetzt hat.³⁹

Bei der Berechnung der fiskalischen Bildungsrendite muss beachtet werden, dass die direkten Kosten von Bildung nur zum Teil das Individuum trägt, der größere Teil der Finanzierung entfällt auf die Gesellschaft. Die fiskalische Bildungsrendite entsteht daher zum einen durch die staatlichen Bildungsausgaben, zum anderen durch die höheren Erwerbseinkommen und damit höheren Steuereinnahmen aufgrund der Progressivität der Einkommenssteuer und den eingesparte Transferausgaben wegen geringerer Arbeitslosigkeit.⁴⁰

Im Rahmen einer Studie zu sozialer Prävention hat die Prognos AG (2011) die entgangene Wohlfahrt aufgrund fehlender Berufsabschlüsse für NRW berechnet. Demnach gehen dem Land jährlich 15,381 Milliarden Euro verloren: Rund 1,4 Millionen Personen, die in NRW ein Einkommen aus Erwerbstätigkeit erzielen, haben keinen Berufsabschluss. Durchschnittlich verdienen diese rund 11.500 Euro brutto weniger als Erwerbstätige mit einem Berufsabschluss (ohne Hochschulabschlüsse) pro Jahr. Zum einen führt das niedrigere Einkommensniveau zu beträchtlichen Einnahmeverlusten der öffentlichen Hand, zum anderen reduziert es die Konsum- und Sparmöglichkeiten der Betroffenen. Hätten 50% der Personen in NRW im Alter von 20 bis unter 40 Jahren anstelle eines Realschulabschlusses das Abitur erworben, würde die Abiturientenquote statt 36% heute 42% betragen. Damit würden Wohlfahrtseffekte von insgesamt mehr als 3,3 Milliarden Euro pro Jahr einhergehen. Ebenfalls berechnet wurde die Auswirkung eines vollständigen Abbaus des Betreuungseinganges von 443.000 Betreuungsplätzen. Für diesen Fall ergeben sich jährlich Betreuungskosten in Höhe von 1,5 Milliarden Euro, denen Einnahmeeffekte von fast 2 Milliarden Euro gegenüber stehen.⁴¹

Dohmen et al. (2011) beziffern die Nettoerendite des Ausbaus zu gebundenen Ganztagschulen für die öffentlichen Haushalte mit 1% und für die Sozialversicherungen mit 4%. Dabei weisen sie auf die relativ hohen Investitionskosten von 26 Milliarden Euro hin. Berechnet werden die Effekte für zehn Alterskohorten. Verlängert man den Betrachtungshorizont um zehn weitere Jahrgänge, dann verdoppeln sich die Nettoerenditen in etwa, da auch die auch späte-

40 Vgl. Steiner, V. & Volodina, N. (2008). *Konsequenzen der demographischen Entwicklung für die Bildungsfinanzierung*. Vortrag beim Expertenworkshop „Bildung und Demographie“. <http://www.bildungsbericht.de/daten/steiner08-ppt.pdf>, letzter Abruf: 22.05.2012.

41 Vgl. Prognos AG (2011). Soziale Prävention. Bilanzierung der sozialen Folgekosten in Nordrhein-Westfalen. http://www.prognos.com/Publikationsdatenbank.28+M5fe436679e8.0.html?&tx_atwpubdb_pi1%5BshowUId%5D=28, letzter Abruf: 16.05.2012. Sowie das dazugehörige Factsheet: http://www.nrw.de/web/media_get.php?mediaid=16020&fileid=46509&sprachid=1, letzter Abruf: 18.05.2012

ren Jahrgänge vom Ausbau der Ganztagschulen profitieren. Für den Wohlfahrtseffekt der Prävention von Schulabbrüchen schätzen die Autoren eine Nettoendite von 7% für die öffentlichen Haushalte und 12% für die Sozialversicherungen. Hierbei sind die errechneten Bruttoerträge von 87 Milliarden Euro deutlich höher als die Maßnahmekosten von 9 Milliarden (kumuliert über 46 Jahre). Bei einer verbesserten Berufsorientierung an Hauptschulen ergibt sich eine Nettoendite von 11% für die öffentlichen Haushalte und 13% für die Sozialversicherungen. Hier stehen 6 Milliarden Investitionskosten Einsparungen und langfristige Bruttoerträge von 72 Milliarden Euro gegenüber.⁴²

Die Konsequenzen unzureichender Bildung für die öffentlichen Haushalte zeigen Allmendinger et al. (2008) auf. Die Forschergruppe errechnet, dass sich für jeden Schulabgänger, der das Bildungssystem ohne qualifizierenden Abschluss verlässt, abdiskontierte Kosten über 30 Jahre von rund 22.000 Euro ergeben. Diese verteilen sich grob geschätzt zu 40% auf den Bund, zu 30% auf die Länder und zu jeweils 15% auf die Bundesagentur für Arbeit und die Kommunen. Hält man sich vor Augen, dass jedes Jahr rund 150.000 junge Menschen im Bildungssystem scheitern, wird deutlich, dass sich bereits durch eine Halbierung der Anzahl der Betroffenen ein jährliches Einsparpotenzial bei den Folgekosten von rund 1,5 Milliarden Euro ergibt.⁴³

Fazit

- Bislang gibt es noch keine **eindeutigen Belege einer kausalen positiven Wirkung des Ganztagsschulbesuchs auf den Schulerfolg** bzw. das Schulwahlverhalten der Schülerinnen und Schüler. In der Begleitforschungsstudie StEG konnte dennoch eine leichte Verbesserung der Schulnoten (unter der Bedingung einer qualitativ hochwertigen Wahrnehmung der Ganztagschule durch die Jugendlichen) beobachtet werden sowie ein Zugang zur Ganztagsbetreuung im Sekundarbereich I unabhängig vom sozialen Status. Unter der Annahme, dass in Schulsystemen mit Ganztagsangeboten die Betreuung der Kinder intensiver ausfällt und sich beispielsweise auch auf die Hausaufgabenbetreuung erstreckt sowie der Voraussetzung, dass eine qualitativ gute Umsetzung gelingt, wird in der vorliegenden Studie eine **positive Wirkung der Ganztagschule auf die Verteilung des Abbruch- und Übergangsverhaltens mit dem Ziel höherer Bildungsabschlüsse im**

42 Vgl. Dohmen, D. & Henke, J. (2011). *Fiskalische Rendite präventiver Bildungsreformen*. Berlin: Forschungsinstitut für Bildungs- und Sozialökonomie.

43 Vgl. Allmendinger, J., Giesecke, J. & Oberschachtsiek, D. (2008). *Unzureichende Bildung: Folgekosten für die öffentlichen Haushalte*. Eine Studie des Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung im Auftrag der Bertelsmann Stiftung. http://www.bertelsmann-stiftung.de/bst/de/media/xcms_bst_dms_33657_33658_2.pdf, letzter Abruf: 15.05.2012.

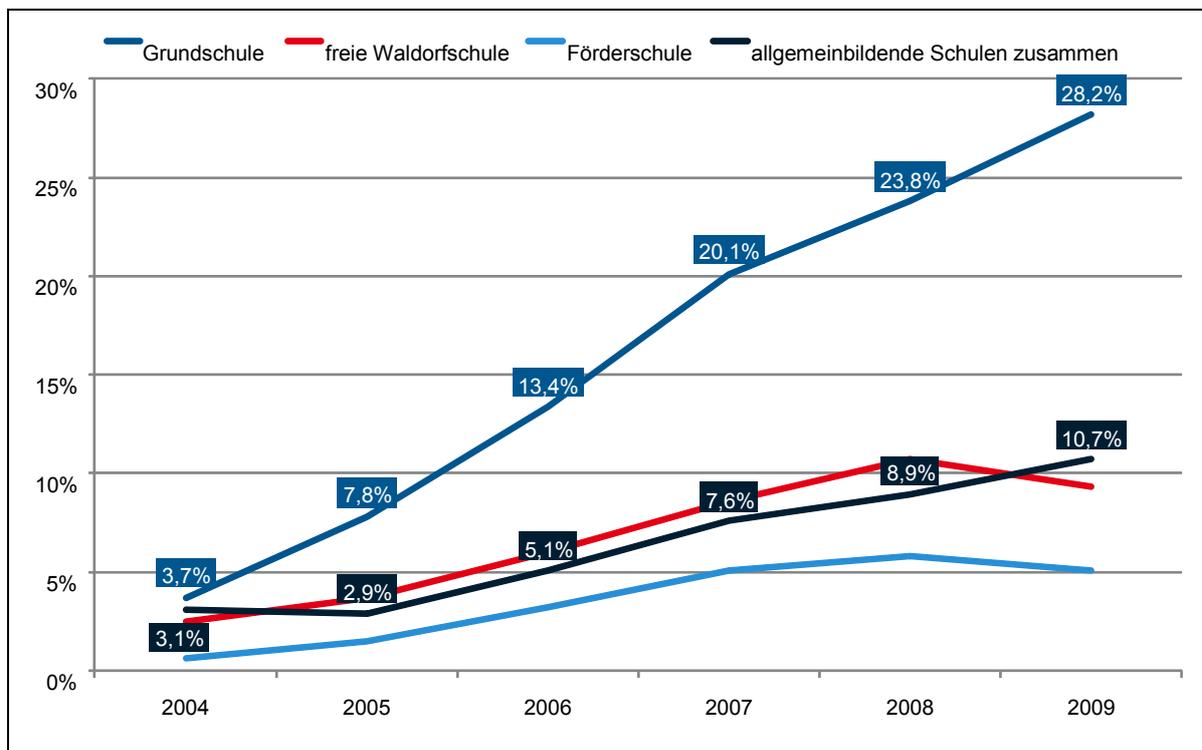
Sekundarbereich zugrundegelegt. Aufgrund der bestehenden Unklarheit in der Forschung werden die **Annahmen in den Modellrechnungen jedoch bewusst konservativ** gehalten.

- Eindeutig sind die Forschungsergebnisse dagegen hinsichtlich der positiven Wirkung des Schulabschlusses auf das spätere Einkommen. Die durch den Ausbau entstehende gesellschaftliche **Nettorendite** (das heißt das Mehr an Steuern bzw. Sozialversicherungsbeiträgen abzüglich der entstehenden Kosten) wird in der Literatur **positiv** geschätzt und erhöht sich mit der Länge des Betrachtungszeitraums.

2.2 Erwerbstätigkeit und Betreuungssituation von Schülerinnen und Schülern in Nordrhein-Westfalen

Die Zahl der Schülerinnen und Schüler in Schulen mit Ganztagsangebot ist in NRW in den letzten Jahren stark angestiegen. Vor allem der Bereich des offenen Ganztags in Grundschulen ist seit 2004 stark ausgebaut worden. Laut den Zahlen des Ministeriums für Schule und Weiterbildung NRW haben 2004 3,7% der Grundschülerinnen und Grundschüler Angebote des offenen Ganztags nutzen können, bis 2009 wurde der Anteil um das siebenfache auf 28,2% erhöht.

Abbildung 2: Schülerinnen und Schüler im offenen Ganztag in NRW (Anteil in Prozent)⁴⁴



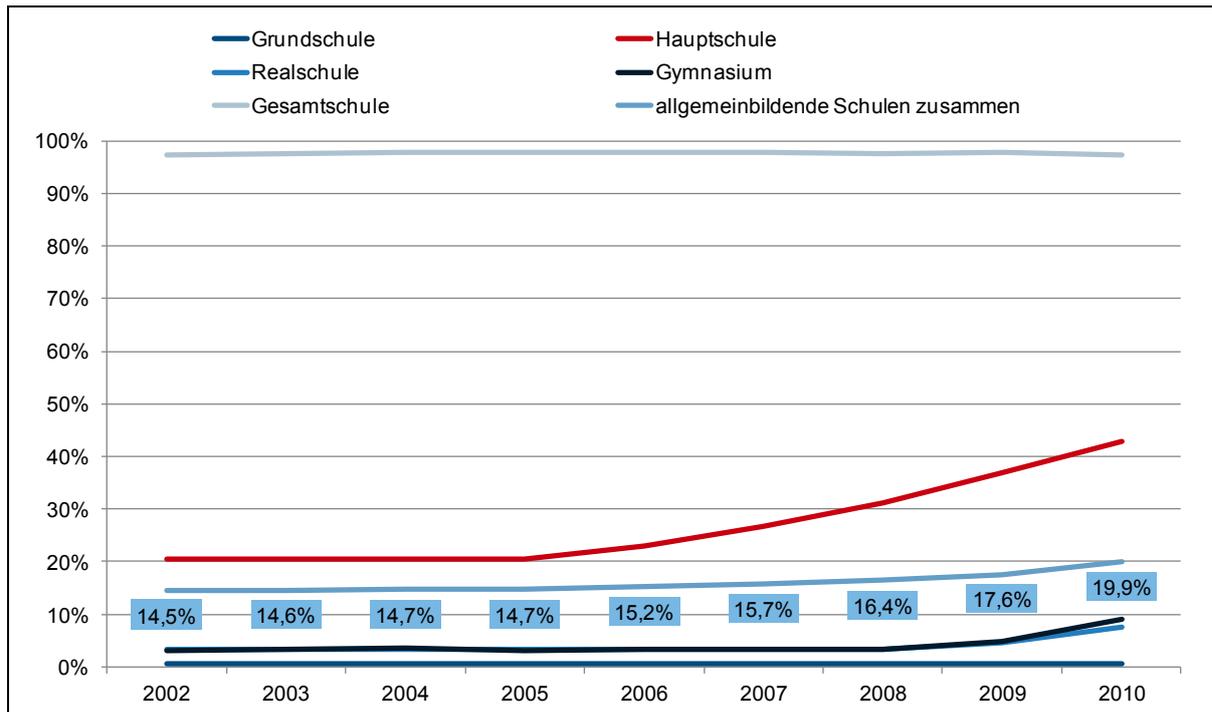
Quelle: MSW NRW 2011⁴⁵, eigene Berechnung und Darstellung Prognos AG 2012

Der gebundene Ganztag wurde in den vergangenen Jahren in NRW vor allem in den Hauptschulen und seit 2008 auch zuneh-

⁴⁴ Die Quoten für das Schuljahr 2010/11 sind in der Statistik nicht angegeben, da in diesem Jahr eine Erhebungsumstellung zu einer unvollständigen Erfassung des offenen Ganztags und der schulischen Betreuungsangebote geführt hat.
⁴⁵ MSW NRW (2011). *Das Schulwesen in Nordrhein-Westfalen aus quantitativer Sicht 2010/2011*. Statistische Übersicht 373 - 2.Auflage. <http://www.schulministerium.nrw.de/BP/Schulsystem/Statistik/index.html>, letzter Abruf: 07.05.2012.

mend an Realschulen vorangetrieben. An Gesamtschulen ist das Angebot von gebundenem Ganztagsangebot schon seit den 70er Jahren etabliert. Insgesamt ist der Anteil an Schülerinnen und Schülern in gebundenen Ganztagsangeboten von 14,5% im Jahr 2002 auf 19,9% im Jahr 2010 angestiegen.

Abbildung 3: Schülerinnen und Schüler im gebundenen Ganztagsangebot in NRW (Anteil in Prozent)



Quelle: MSW NRW 2011⁴⁶, eigene Berechnung und Darstellung Prognos AG 2012

Betreuungssituation insgesamt

Betrachtet man die Entwicklung der Betreuungssituation von Schulkindern insgesamt über die letzten fünf Jahre auf Basis des SOEP 2011, lässt sich feststellen, dass deutschlandweit die Betreuung in Ganztagschulen und Horten an Bedeutung gewonnen hat und der Anteil der Kinder ohne externe Betreuung deutlich geringer geworden ist (Tabelle 48, Anhang). Für NRW zeigt sich ebenfalls einen Anstieg des Anteils der Kinder, die eine Ganztagschule besuchen über die letzten fünf Jahre (vgl. Tabelle 3). Die Steigerungen unterliegen allerdings größeren Schwankungen als die Bundeszahlen, was zum Teil auf kleine Fallzahlen zurück geführt werden kann.

46 Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen (MSW NRW) (2011): Das Schulwesen in Nordrhein-Westfalen aus quantitativer Sicht 2010/2011. Statistische Übersicht 373 - 2.Auflage. <http://www.schulministerium.nrw.de/BP/Schulsystem/Statistik/index.html> (letzter Zugriff: 07.05.2012).

Der Anteil der 6- bis 10-jährigen Kinder in NRW, die extern durch Verwandte, Bekannte, Nachbarn oder bezahlte Betreuungspersonen betreut werden ist rückläufig. Hier lässt sich eine Substituierung der Betreuungsaufgabe durch die Schule vermuten. Bei den 11- bis 16-Jährigen bleibt der Anteil der Kinder in außerschulischer Betreuung relativ konstant.

Sowohl bei den 6- bis 10-Jährigen als auch bei den 11- bis 16-Jährigen geht der Anteil an Kindern ohne externe Betreuung zurück, allerdings ist bei den jüngeren für das Jahr 2010 wieder ein Anstieg zu verzeichnen. Auf Bundesebene bildet sich dieser Anstieg ebenfalls ab, allerdings weniger stark.

Tabelle 3: Betreuungssituation⁴⁷ von Schulkindern⁴⁸ in NRW nach Altersgruppen (Anteil in Prozent) gemäß SOEP

Betreuungsform	2006	2007	2008	2009	2010
6- bis 10-jährige Schulkinder (Primarstufe)					
Ganztagsschule	12,7%	13,2%	29,5%	27,7%	28,5%
Hort ⁴⁹	6,1%	3,8%	0,3%	15,7%	4,5%
andere externe Betreuung ⁵⁰	26,8%	28,7%	22,5%	21,5%	17,9%
keine externe Betreuung	52,7%	53,6%	47,7%	34,2%	49,1%
11- bis 16-jährige Schulkinder (Sek. I)					
Ganztagsschule	20,0%	17,7%	20,4%	26,3%	25,4%
Hort ⁵¹	0,0%	2,7%	0,0%	0,0%	3,0%
andere externe Betreuung ⁵²	8,8%	7,6%	8,8%	9,9%	9,9%
keine externe Betreuung	70,3%	70,1%	68,9%	59,2%	61,0%

Quelle: SOEP 2011, eigene Berechnung und Darstellung Prognos AG

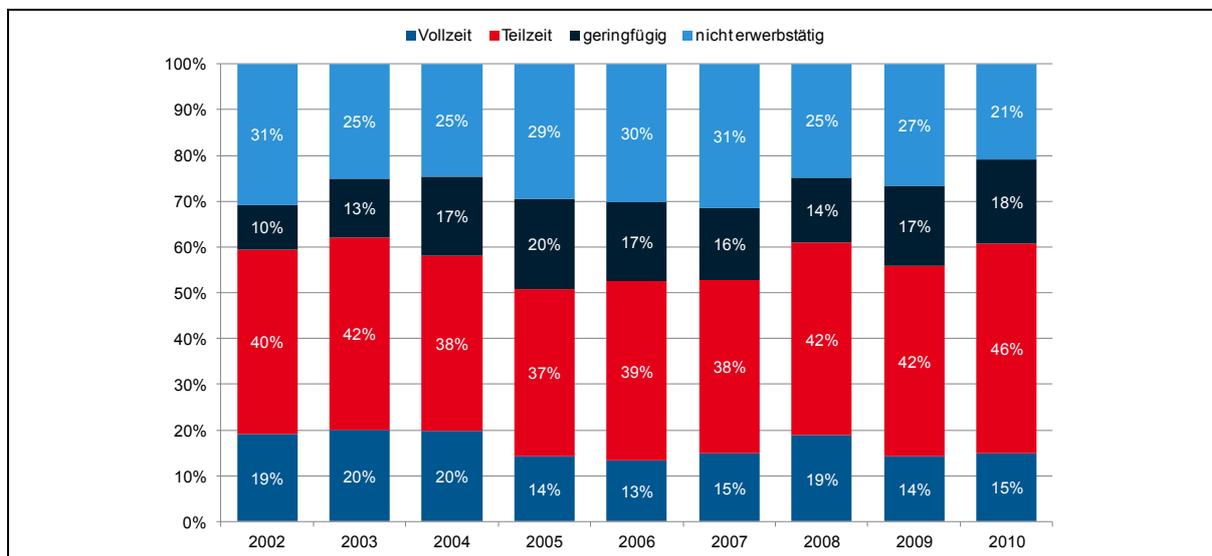
-
- 47 Da Mehrfachantworten bei den Fragen nach der Betreuungssituation möglich sind, wurde bei Mehrfachnennungen folgende Priorität berücksichtigt: Ganztagsschule, Hort, andere externe Betreuungspersonen
- 48 Betrachtet werden nur Kinder der jeweiligen Alterskategorie, die eine Schule besuchen.
- 49 Erhöhungen ab 2009 können auf eine Umstellung im Fragebogen zurückzuführen sein. Bis 2008 wurde die Kategorie Krippe/KiGa/KiTa/Hort gemeinsam mit dem Schultyp erfasst, weswegen nur wenige Haushalte beide Möglichkeiten angekreuzt haben. Seit 2009 wird separat nach dem Schultyp und der Betreuungssituation gefragt.
- 50 Verwandte, Freunde/Bekannte/Nachbarn, bezahlte Betreuungsperson, Tagesmutter außerhalb
- 51 Erhöhungen ab 2009 können auf eine Umstellung im Fragebogen zurückzuführen sein. Bis 2008 wurde die Kategorie Krippe/KiGa/KiTa/Hort gemeinsam mit dem Schultyp erfasst, weswegen nur wenige Haushalte beide Möglichkeiten angekreuzt haben. Seit 2009 wird separat nach dem Schultyp und der Betreuungssituation gefragt.
- 52 Verwandte, Freunde/Bekannte/Nachbarn, bezahlte Betreuungsperson, Tagesmutter außerhalb

Entwicklung Erwerbstätigkeit der Mütter

Ein Ziel des Ausbaus von Ganztagsbetreuung ist die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf und damit vor allem die Aufnahme und Ausdehnung der Erwerbstätigkeit von Müttern.

Abbildung 4 zeigt, dass sich die Erwerbstätigkeit von Müttern mit jüngstem Kind im Alter von 6 bis unter 17 Jahren in NRW zwischen 2002 und 2007 zunächst kaum verändert hat. Ab 2008 ist jedoch ein leichter Rückgang der nicht erwerbstätigen Mütter zu verzeichnen, der vor allem durch einen Anstieg der in Teilzeit erwerbstätigen Mütter getragen wird.

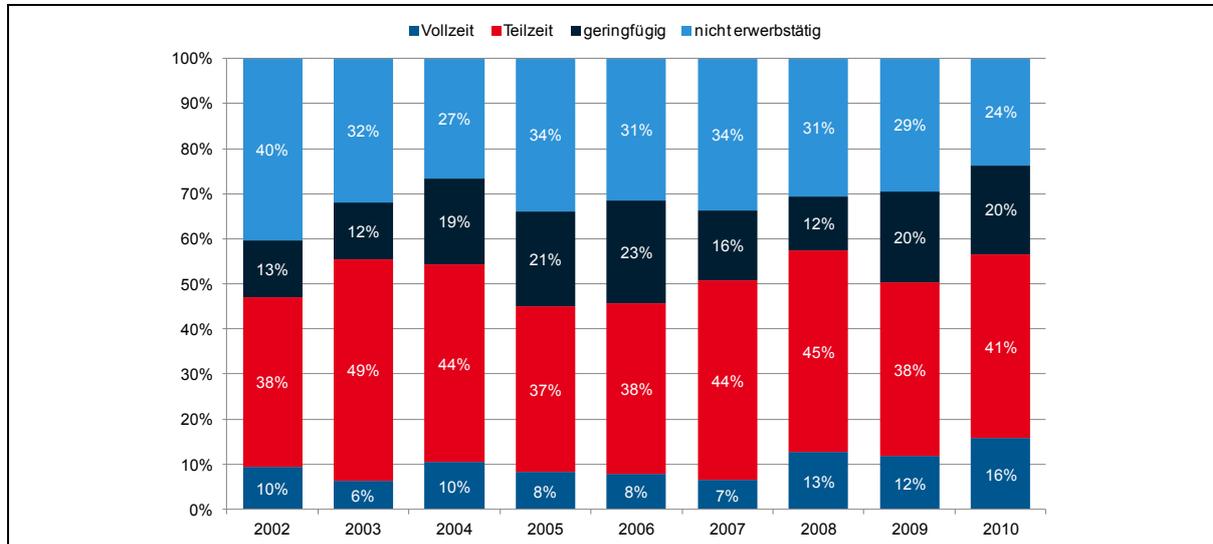
Abbildung 4: Erwerbstätigkeit und Erwerbsumfang von Müttern mit jüngstem Kind zwischen 6 und unter 17 Jahren in NRW, 2002 - 2010



Quelle: SOEP 2011, eigene Berechnung und Darstellung Prognos AG 2012

Differenziert man bei der Betrachtung der Entwicklung des Erwerbsumfangs nach Alter des jüngsten Kindes zwischen 6 und unter 11 Jahren und 11 bis unter 17 Jahren zeigt sich, dass bei Müttern mit jüngeren Kindern zum Einen der Anteil der Erwerbstätigen insgesamt stärker gestiegen ist und, dass sich zum Anderen auch der Anteil der Vollzeitbeschäftigten erhöht hat.

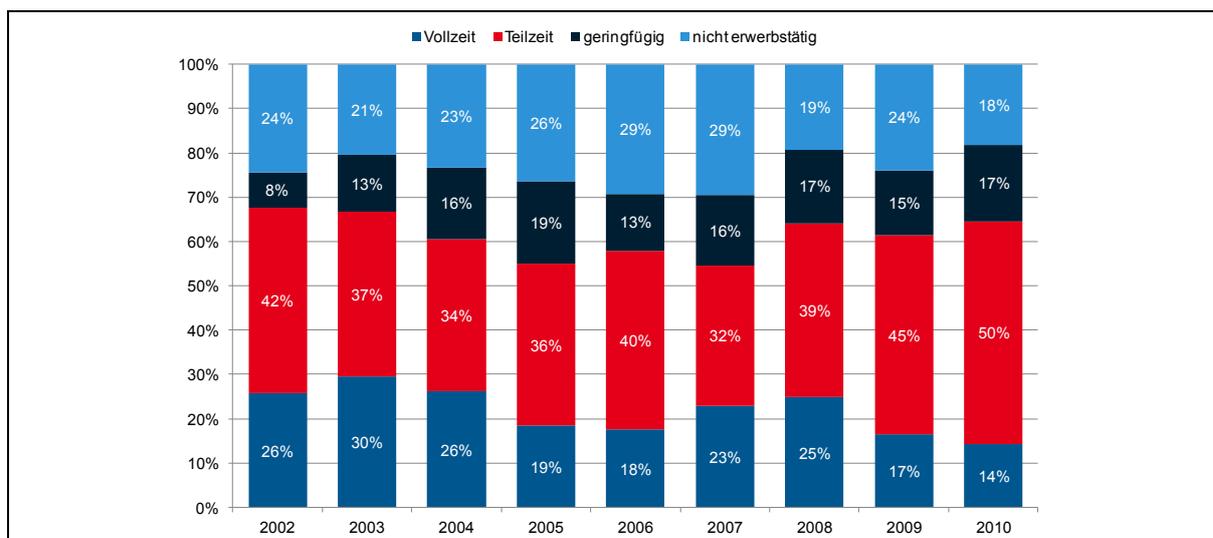
Abbildung 5: Erwerbstätigkeit und Erwerbsumfang von Müttern mit jüngstem Kind zwischen 6 und unter 11 Jahren in NRW, 2002-2010



Quelle: SOEP 2011, eigene Berechnung und Darstellung Prognos AG 2012

Bei Müttern mit älteren Kindern ist der Anteil der Erwerbstätigen in den letzten Jahren nicht mehr so stark angestiegen und der Anteil der Vollzeit Erwerbstätigen sogar zurückgegangen. Diese Unterschiede spiegeln die unterschiedlich starke Intensität des Betreuungsausbaus in der Primarstufe und der Sek. I wider.

Abbildung 6: Erwerbstätigkeit und -umfang von Müttern mit jüngstem Kind zwischen 11 und unter 17 Jahren in NRW, 2002-2010



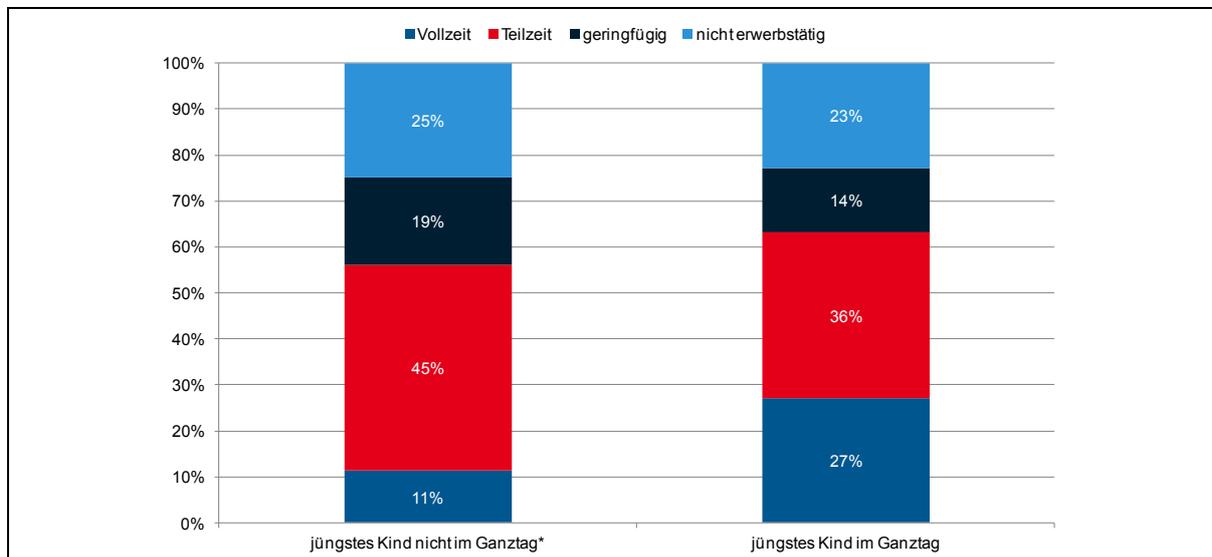
Quelle: SOEP 2011, eigene Berechnung und Darstellung Prognos AG 2012

Unterschiede in der Erwerbstätigkeit zwischen Müttern mit und ohne Betreuungsmöglichkeiten für ihr jüngstes Kind

Um die Effekte der Ganztagsbetreuung auf die Erwerbstätigkeit und den Erwerbsumfang deutlich zu machen, werden im Folgenden Mütter, die über keine regelmäßige ganztägige Betreuung⁵³ ihres jüngsten Kindes verfügen mit Müttern verglichen, deren jüngstes Kind ganztagsschulisch betreut wird. Da die Fallzahlen in NRW mit jeder weiteren Gliederungsebene geringer und damit unzuverlässiger werden, sind an dieser Stelle nur noch Zahlen für Westdeutschland aufgeführt (für weitere Informationen siehe Kapitel 3.2).

Die folgende Abbildung zeigt, dass der Anteil der nicht erwerbstätigen Mütter im Fall ohne Ganztagsbetreuung lediglich um zwei Prozentpunkte niedriger liegt als bei Müttern, deren jüngstes Kind eine Ganztagschule besucht. Beim Erwerbsumfang sind hingegen stärkere Unterschiede festzustellen: Mütter deren jüngstes Kind eine Ganztagschule besucht sind häufiger Vollzeit und seltener Teilzeit oder geringfügig erwerbstätig.

Abbildung 7: Unterschiede im Erwerbsumfang von Müttern mit jüngstem Kind zwischen 6 und unter 17 Jahren nach Betreuungsumfang des jüngsten Kindes, Westdeutschland 2010

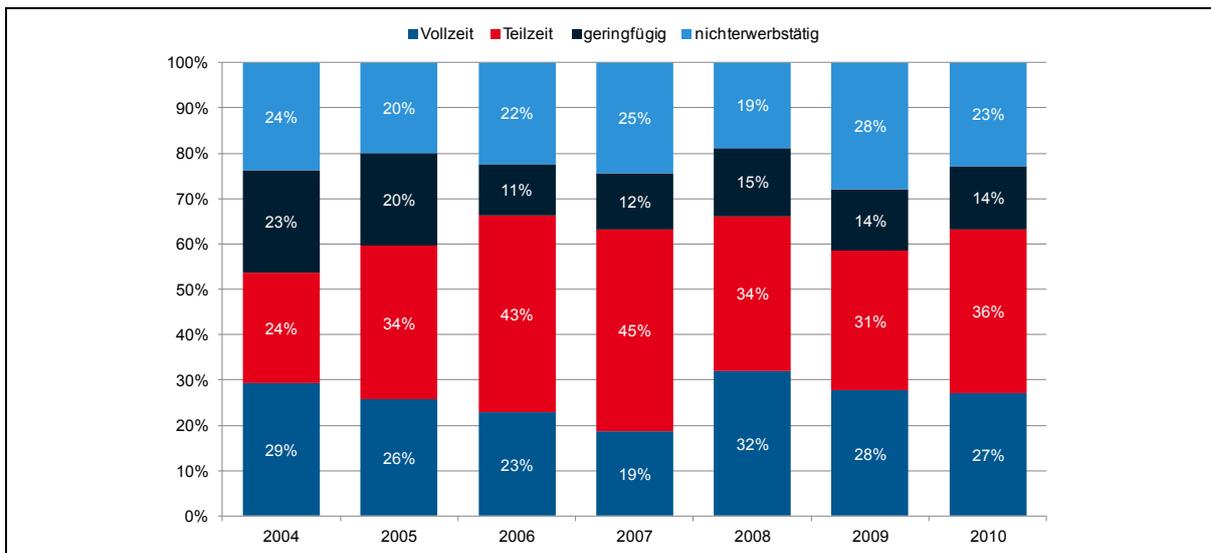


*weder Ganztagschule, Hort oder andere externe Betreuung
 Quelle: SOEP 2011, eigene Berechnung und Darstellung Prognos AG 2012

53 weder eine Ganztagschule, Hort oder andere regelmäßige externe Betreuung

Vergleicht man die Entwicklung des Erwerbsumfangs von Müttern mit und ohne Ganztagsbetreuung über die letzten Jahre zeigt sich, dass bei den Müttern, deren jüngstes Kind eine Ganztagschule besucht, der Anteil der nicht Erwerbstätigen als auch der in Vollzeit Erwerbstätigen in den letzten Jahren stabil geblieben ist. Allerdings arbeiten rund 10% mehr Mütter in Teilzeit und rund 10% weniger in geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen.

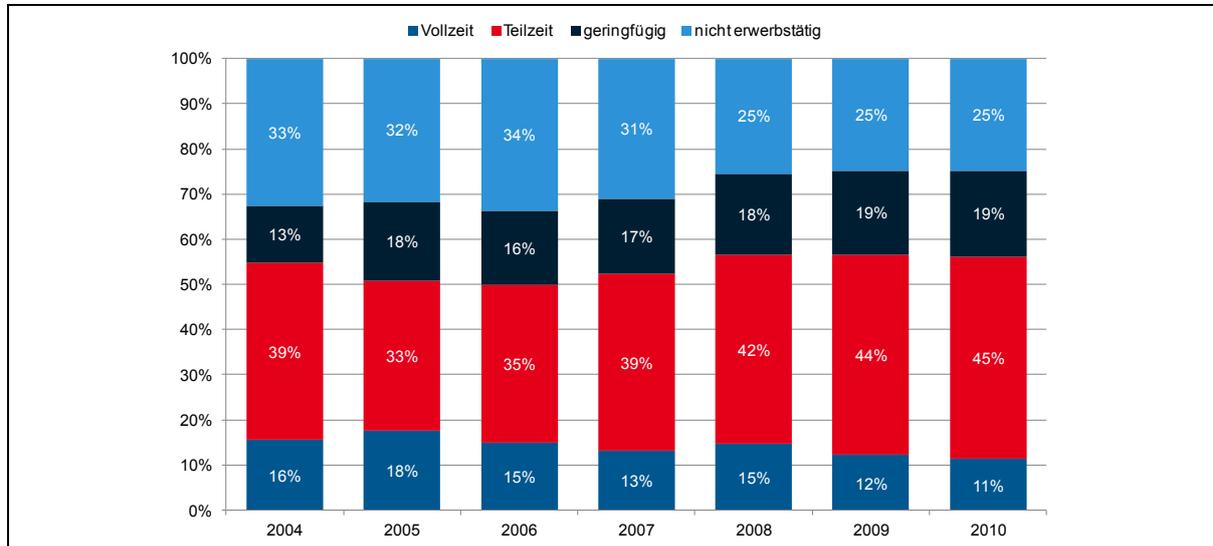
Abbildung 8: Erwerbsumfang von Mütter mit jüngstem Kind (zwischen 6 und unter 17 Jahren) in der Ganztagschule, Westdeutschland 2004-2010



Quelle: SOEP 2011, eigene Berechnung und Darstellung Prognos AG 2012

Bei den Müttern ohne Ganztagsbetreuungsmöglichkeiten für ihr jüngstes Kind ist in den letzten Jahren der Anteil der nicht Erwerbstätigen dennoch zurück gegangen. Der Anstieg der Erwerbstätigen ist vor allem auf eine Zunahme der Mütter in Teilzeit und geringfügiger Beschäftigung zurückzuführen. Der Anteil der Vollzeit Erwerbstätigen ist leicht rückläufig.

Abbildung 9: Mütter ohne Ganztagsbetreuungsmöglichkeit für ihr jüngstes Kind (6 bis unter 17 Jahre) nach Erwerbsumfang, Westdeutschland 2004-2010



Quelle: SOEP 2011, eigene Berechnung und Darstellung Prognos AG 2012

Fazit

- Der offene Ganztag in Grundschulen in NRW ist stark ausgebaut worden und lag 2011 bei 33,5%.
- Der Anteil von Schülerinnen und Schülern im gebundenen Ganztag in NRW lag im Jahr 2011 bei 21,8%.⁵⁴
- Die Entwicklung in Nordrhein-Westfalen entspricht dem deutschlandweiten Trend.
- Ganztagsbetreuung trägt vor allem zum Ausbau des Erwerbsumfangs von Müttern bei.
- Der Anteil nicht erwerbstätiger Mütter ohne Ganztagsbetreuungsmöglichkeit ist rückläufig.

⁵⁴ Bezieht sich auf alle allgemein bildenden Schulen. Eine detaillierte Aufschlüsselung nach Jahrgängen und Schulformen liegt nicht vor.

3 Entwicklungen des Ganztags in Nordrhein-Westfalen – Setzungen der Modellrechnungen

Grundlegende Annahme für die in Kapitel 5 folgenden Berechnungen der fiskalischen Wirkungen des Ganztags ist dessen sukzessiver Ausbau in der Primar- und der Sekundarstufe I in NRW bis 2026 auf 100%. Die angenommene Nutzungsdauer beträgt fünf Tage in der Primarstufe und drei Tage im Sekundarbereich I. Der Ausschreibung entsprechend werden in den Szenarien Ausbaustufen von 50, 75 und 100% betrachtet. Das Erreichen der Ausbaustufe wird jeweils für den 01. Januar des Jahres angenommen, so dass für das gesamte Jahr die Kosten und Nutzen des Ausbaus angesetzt werden.

In beiden Wirkungsbereichen (Eltern und Kinder) erhöht sich der Beschäftigungsgrad der Zielgruppe und damit ihr Einkommen. Neben dem positiven individuellen Einkommenseffekt kann dadurch ein Mehr an Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen abgeführt werden. Gleichzeitig kann bei einer Verminderung der ALG II-Empfänger eine Entlastung der öffentlichen Haushalte auf der Ausgabenseite erwartet werden. Entsprechend der definierten Ausbaustufen werden die entstehenden Kosten und Nutzeneffekte für die Jahre ausgewiesen, in denen die Ausbaustufen 50% (2014), 75% (2018) und 100% (2026) überschritten werden. .

3.1 Ausbauszenario

Auf Grundlage der Schülerprognosen des Ministeriums für Schule und Weiterbildung und Angaben des IT NRW zu Schülerinnen und Schülern im Ganztags wurde das Ausbauszenario der Ganztagschule in NRW wie folgt berechnet:

Der Ausbau bis zum Jahr 2026 erfolgt jahrgangswise. Bis 2020 sollen nach den Empfehlungen der Bildungskonferenz 100% der Schülerinnen und Schüler der Primarstufe im Ganztags sein. 2021 dementsprechend alle Schülerinnen und Schüler der fünften Jahrgangsstufe, 2022 alle der sechsten und bis 2026 alle Schülerinnen und Schüler der Primarstufe als auch der Sekundarstufe I.⁵⁵

Bis zum Erreichen des 100% Ausbau-Ziels in den einzelnen Jahrgängen wird die letzte vorliegende Ganztagsquote (2011) angesetzt und auf Jahrgangsebene linear fortgeschrieben. Auf diese

⁵⁵ Datengrundlage für die Schülerzahlen nach Jahrgangsstufen für das Schuljahr 2011/2011: MSW NRW (2010): *Schülerprognose und Schulabgängerprognose bis zum Schuljahr 2029/30. Statistische Übersicht Nr. 372*. Eingeschlossene Schulformen: Grundschule, Gesamtschule, Hauptschule, Realschule und Gymnasium. Die Zahlen der Schülerinnen und Schüler im Ganztags für das Schuljahr 2011/2012 sind einer Sonderauswertung des IT.NRW entnommen und umfassen ebenfalls Grundschule, Gesamtschule, Hauptschule und Realschule.

Weise wird in NRW bis zum Jahr 2014 die Ausbaustufe von 50% und bis 2018 die von 75% überschritten.

Tabelle 4: Ausbauszenario nach Klassenstufen und Jahren⁵⁶

Jahr	Klassenstufen										zusätzliche Schülerinnen und Schüler im Ganztag		
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	Gesamt	pro Jahr	kumuliert
2011	37%	36%	34%	27%	37%	34%	28%	23%	23%	34%	31%		
2012	47%	45%	42%	35%	43%	40%	34%	29%	28%	38%	38%	108.306	108.306
2013	58%	54%	50%	43%	49%	46%	40%	35%	34%	43%	45%	105.128	213.434
2014	68%	63%	59%	51%	56%	52%	46%	41%	39%	47%	52%	104.741	318.175
2015	79%	72%	67%	59%	62%	58%	52%	47%	45%	52%	59%	96.624	414.800
2016	89%	82%	75%	68%	68%	64%	58%	53%	50%	56%	66%	92.928	507.727
2017	100%	91%	83%	76%	75%	70%	64%	59%	56%	60%	73%	92.112	599.839
2018	100%	100%	92%	84%	81%	76%	70%	65%	61%	65%	79%	78.311	678.150
2019	100%	100%	100%	92%	87%	82%	76%	70%	67%	69%	85%	63.379	741.530
2020	100%	100%	100%	100%	94%	88%	82%	76%	72%	74%	89%	52.402	793.932
2021	100%	100%	100%	100%	100%	94%	88%	82%	78%	78%	92%	38.313	832.245
2022	100%	100%	100%	100%	100%	100%	94%	88%	83%	82%	95%	30.148	862.393
2023	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	94%	89%	87%	97%	21.091	883.484
2024	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	94%	91%	99%	15.889	899.372
2025	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	96%	100%	14.205	913.577
2026	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	7.126	920.703

Quelle: SOEP 2011, MSW NRW (2010): Schülerprognose und Schulabgängerprognose bis zum Schuljahr 2029/30. Statistische Übersicht Nr. 372; Sonderauswertung des IT.NRW zu Schülerinnen und Schülern im Ganztag, eigene Berechnungen

3.2 Datengrundlage

Alle nachfolgenden Berechnungen wurden, sofern nicht gesondert gekennzeichnet, auf Grundlage des sozio-oekonomischen Panels durchgeführt (SOEP). Zum Zeitpunkt der Erstellung greifen wir auf die aktuellste, der Wissenschaft zur Verfügung stehende Welle aus dem Jahr 2011 (Erhebungsdaten 2010) zurück.

Die Stichprobengröße auf Ebene der Bundesländer ist für bevölkerungsreiche Bundesländer, wie Nordrhein-Westfalen grundsätzlich ausreichend. Bei weiter gegliederten Analysen kann allerdings die Vielzahl an Auswahlkriterien für die betrachtete Zielgruppe zu grenzwertigen Fallzahlen führen. Aus diesem Grund werden im Folgenden an kritischen Stellen die Auswertungen auf Basis der SOEP Zahlen von Westdeutschland durchgeführt.⁵⁷

⁵⁶ eingeschlossene Schulformen, wie in aufgeführten Statistiken: Grundschulen, Hauptschulen, Realschulen, Gesamtschulen und Gymnasien.

⁵⁷ DIW: http://www.diw.de/de/diw_02.c.222519.de/regionaldaten.html

3.3 Vorgehen

Bei den vorliegenden Berechnungen der potenziellen Einnahme- und Einspareffekte des Ausbaus des Ganztags handelt es sich um eine Abschätzung der Effekte, die auf eine zusätzliche Beschäftigung von Müttern und Betreuungskräften, sowie auf eine bessere und umfänglichere Bildungs- und Betreuungssituation der Kinder zurückzuführen sind. Diese Einnahmen werden im 5. Kapitel mit den Kosten des Ausbaus und Betriebs des Ganztags saldiert.

Es wird unterstellt, dass mit dem Ausbau des Ganztags die Mütter ihre Erwerbswünsche entsprechend realisieren können und dass der Grund für die Nichtrealisierung der Erwerbswünsche im Rahmen des Ausbaus des Ganztags vollständig behoben wird. Bei der Ermittlung der Einnahme- und Einspareffekte durch die zusätzliche Beschäftigung von Müttern und Betreuungskräften werden zunächst die gesamten fiskalischen Effekte geschätzt und im Anschluss getrennt nach Körperschaften ausgewiesen. Auf der Kostenseite werden nur die vom Land zu tragenden Personalkosten und spezielle Förderprogramme angesetzt. Die Sach- und Betriebskosten werden von den Kommunen getragen. Da diese sehr unterschiedlich ausfallen, werden sie im Rahmen von Fallstudien bei vier ausgewählten Beispielkommunen (Kapitel 6) betrachtet.

Die Abschätzung der potenziellen Einnahme- und Einspareffekte sowie der Kosten gliedert sich auf Landesebene in die folgenden Abschnitte:

1. Potenzielle Einnahme- und Einspareffekte über die Realisierung von Erwerbswünschen nicht erwerbstätiger und bereits teilzeit erwerbstätiger Mütter
2. Potenzielle Einnahmeeffekte durch zusätzliches Personal im Ganztag
3. Potentielle Bildungseffekte durch die intensivere Beschulung von Kindern und Jugendlichen
4. Entstehende Kosten für den Ganztagsausbau auf Landesebene
5. Saldierung der Kosten- und Nutzeneffekte getrennt nach Körperschaften

Die Grundlagen der einzelnen Berechnungen werden in Kapitel 5 gemeinsam mit den Ergebnissen präsentiert. Auf die Methodik zur Schätzung der Einkommen der Mütter als auch zur Funktionsweise des Prognos-Mikrosimulationsmodells wird im Folgenden näher eingegangen.

3.4 Methodik

Einkommenschätzung

Auf Grundlage des sozio-oekonomischen Panels (SOEP) werden für nicht erwerbstätige Mütter, deren jüngstes Kind zwischen 6 und unter 17 Jahren alt ist, potenzielle Erwerbseinkommen geschätzt. Ausgangspunkt der Schätzungen sind die heute bereits erwerbstätigen Mütter. Auf Basis ihrer Eigenschaften hinsichtlich Ausbildung, Berufserfahrung, Betriebszugehörigkeit, Wohnort und Nationalität werden mittels ökonometrischer Verfahren die unter diesen Voraussetzungen realisierbaren Einkommen der gegenwärtig nicht erwerbstätigen Mütter geschätzt. Aufgrund der beschriebenen Probleme mit der Stichprobengröße für Nordrhein-Westfalen, werden die Einkommen auf Basis aller Mütter in Westdeutschland geschätzt.

Dabei ergibt sich das Arbeitseinkommen Y_i der erwerbstätigen Mutter i aus folgender Gleichung:

$$(1) \ln Y_i = c + a_1 X_{1,i} + a_2 X_{2,i} + a_k X_{k,i} + a_{k+1} L_i + e_i$$

c steht für eine Konstante. Daneben repräsentieren k X-Variablen Informationen über Alter, Schulabschluss, berufliche Bildung der in die Berechnungen einbezogenen Mütter. Die Variable e bezeichnet einen Fehlerterm, der zufällig aus den Schätzungen ermittelt wird, um eine realistische Streuung der Einkommen zu erreichen.

Die Variable L berücksichtigt die Wahrscheinlichkeit der Mütter eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen. Diese Partizipationswahrscheinlichkeit ist für die Schätzgleichung des Lohnes von großer Bedeutung, da zu beobachten ist, dass Personen mit einer geringeren Wahrscheinlichkeit eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen im Durchschnitt auch niedrigere Löhne erzielen.

Für die Bestimmung der Erwerbswahrscheinlichkeit L wird eine zweite Gleichung aufgestellt:

$$(2) L_i = z + a_1 Z_{1,i} + a_2 Z_{2,i} + a_m Z_{m,i} + e_i$$

Die Variablen Z repräsentieren die Determinanten der Erwerbswahrscheinlichkeit wie z.B. das Alter des jüngsten Kindes, Anzahl der Kinder im Haushalt, den Familienstand etc.

Nach diesem kurz skizzierten Vorgehen werden, differenziert für Voll- und Teilzeiterwerbstätige insgesamt zwei Lohngleichungen

geschätzt. Das detaillierte Vorgehen ist in Kapitel xx beschrieben.⁵⁸

Das zusätzliche Einkommen bereits Teilzeit erwerbstätiger Mütter, die durch den Ausbau des Ganztags ihre Erwerbstätigkeit ausweiten (Erwerbsumfang) wird individuell bestimmt. Dabei wird angenommen, dass die Mütter, deren gewünschte Wochenarbeitszeit die vereinbarte Arbeitszeit um mindestens eine Wochenstunde überschreitet, an einer Ausdehnung ihres Erwerbsumfangs interessiert sind. Es wird des Weiteren davon ausgegangen, dass diese Mütter ihren Erwerbsumfang im Schnitt um 3 Stunden pro Woche ausdehnen würden.⁵⁹ Das zusätzliche Einkommen ergibt sich aus den zusätzlichen Arbeitsstunden multipliziert mit dem aktuell erzielten Stundenlohn.

In einem zweiten Schritt werden mittels der geschätzten Einkommen und des Prognos-Mikrosimulationsmodells die zu erwartenden Steuer- und Sozialversicherungsbeiträge sowie die Transferleistungen berechnet.

Prognos-Mikrosimulationsmodell

Das Mikrosimulationsmodell der Prognos AG ist ein Steuer- und Transfermodell zur empirischen Analyse der Auswirkungen von Steuern, Sozialabgaben und Sozialtransfers auf die Einkommen privater Haushalte in Deutschland sowie deren Aufkommenswirkungen für die öffentliche Hand.

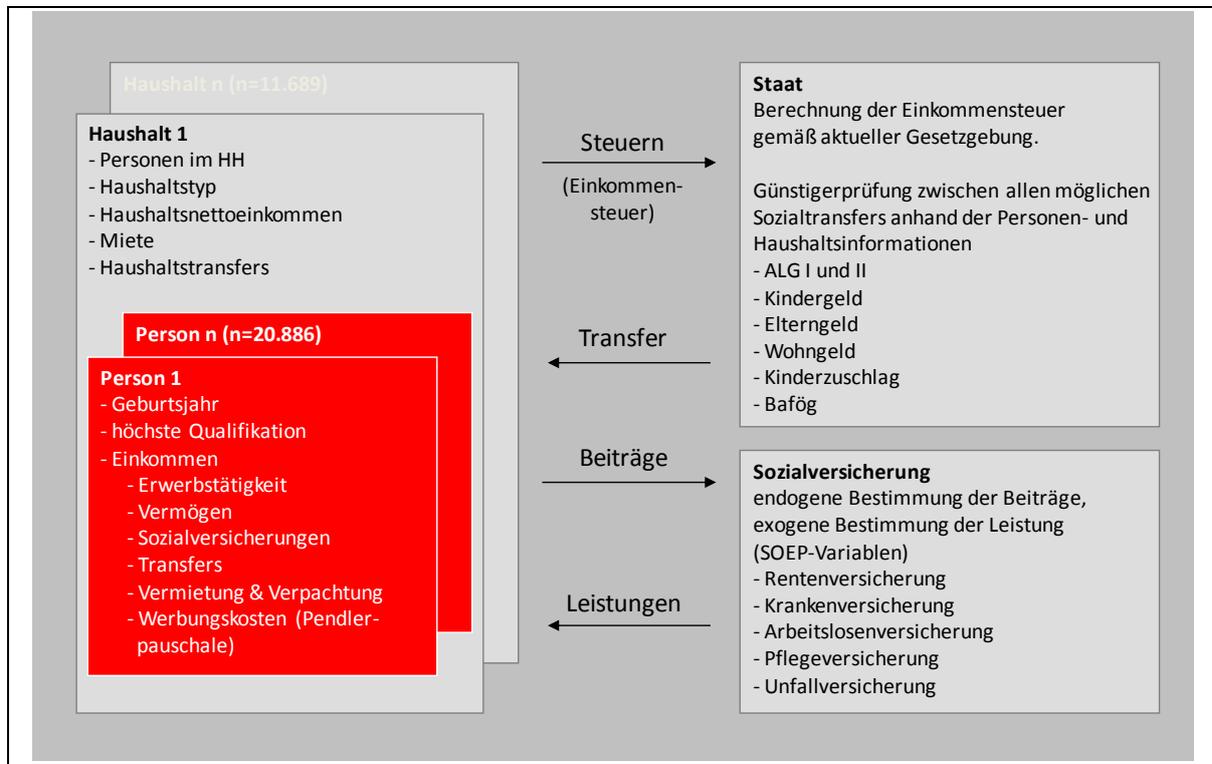
Mit einem solchen Mikrosimulationsmodell können detailliert die Auswirkungen steuer- oder transferrechtlicher Bestimmungen nachvollzogen werden. Neben den Effekten einzelner Reformen im Steuer- oder Transferrecht hinsichtlich des Wirkungsumfangs und des betroffenen Personenkreises (Vorher-Nachher-Analysen) ermöglicht das Modell fundierte Evaluationen sämtlicher bestehender Sozialtransfers sowie steuerrechtlicher Regelungen hinsichtlich ihrer Kosten und Nutzen (Ist-Analysen). Daneben erlaubt das Mikrosimulationsmodell Optimierungsrechnungen.

Abbildung 10 stellt die Struktur und die Funktionsweise des Mikrosimulationsmodells der Prognos schematisch dar.

⁵⁸ Für eine ausführlichere Beschreibung der Methodik vgl. Spieß et al (2002).

⁵⁹ vergleiche hierzu: Eichhorst, W., Marx, P., Tobsch, V. (2011): *Schulergänzende Betreuung für Kinder: Status Quo und Beschäftigungswirkungen*. IZA Standpunkt Nr. 39.

Abbildung 10: Struktur und Funktionsweise des Prognos-Mikrosimulationsmodells



Quelle: Prognos AG 2010

Bei den im Rahmen dieser Studie durchgeführten Berechnungen für die potenziell erwerbstätigen Mütter wurden für die Ermittlung der Einkommensteuer unter Zuhilfenahme des beschriebenen Mikrosimulationsmodells alle haushaltsrelevanten Informationen berücksichtigt. Insbesondere die Einkommenshöhe des Ehepartners hat entscheidenden Einfluss auf die tatsächliche Einkommensteuerschuld.

Bei der Interpretation der Ergebnisse ist zu beachten, dass es sich jeweils um die Mehreinnahmen und nicht um die tatsächlichen Einnahmen handelt. Grundlage für die Berechnungen sind der Einkommensteuertarif und die Sozialversicherungsbeitragsätze aus dem Jahr 2012. Berücksichtigt werden dabei die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge der Renten-, Kranken-, Arbeitslosen- und Pflegeversicherung.

4 Ergebnisse: Auswirkungen des Ganztags für das Land Nordrhein-Westfalen

4.1 Kosten

Grundlagen der Berechnungen

Durch den Ausbau der Ganztagschulen entstehen Investitionskosten, zusätzliche laufende Sach- und Betriebskosten sowie Kosten für zusätzliches Personal. Für die Kalkulation auf Landesebene sind die Personalkosten relevant. Für die Investitionskosten sowie für die laufenden Sach- und Betriebskosten sind die Kommunen zuständig. Dieser Heterogenität wird beispielhaft in Kapitel 6 anhand von vier Kommunen Rechnung getragen.

Primarstufe

Das Land NRW setzt in der Primarstufe pro 25 Schüler 0,2 zusätzliche Lehrerstellen für die Ganztagsbetreuung an. Die Schulen sind jedoch frei zu entscheiden, ob diese 0,2 Lehrerstellen ausschließlich für die Einstellung von Lehrern genutzt werden, oder ob sie die Hälfte kapitalisieren und für die Einstellung von anderem Personal nutzen. Laut dem Ministerium für Schule und Weiterbildung NRW nutzen 95% der Schulen in der Primarstufe die Möglichkeit der Kapitalisierung, um ihre Ganztagsangebote flexibel zu gestalten.

Pro Schüler/-in wird vom Land ein Festbetrag von 700 Euro gezahlt und darüber hinaus 265,30 Euro je 0,1 Lehrerstelle und 235 Euro je 0,1 Lehrerstelle, die mit anderem Personal besetzt wird.

Für Schüler/-innen mit Förderbedarf sind die Leistungen als auch die zusätzlichen Lehrerstellen (12 Schüler pro Lehrerstelle) höher kalkuliert. Der Festbetrag pro Schüler beträgt 1.400 Euro. Je 0,1 Lehrerstellen werden 556,50 Euro gezahlt und je 0,1 Lehrerstellen, die nicht durch eine Lehrerin oder einen Lehrer besetzt werden, 490 Euro. Für die Primarstufe liegt der Anteil an Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf bei 6,8%.

Neben den Zuschüssen für zusätzliches Personal zahlt das Land bisher im Rahmen der Förderprogramme „Schule von acht bis eins“, „Dreizehn Plus“ und „Silentien“ jährlich 5,3 Mio. Euro. Zukünftig wird von einem geometrisch degressiven Abbau dieser

Zuwendungen bis zu einem 100%igen Ganztagsausbau in der Primarstufe im Jahr 2020 ausgegangen.⁶⁰

Sekundarstufe I

In der Sekundarstufe I kalkuliert das Land NRW mit einem 20 prozentigen Lehrerstellenzuschlag, wobei mit einer Lehrer-Schüler-Relation von 18 Schülern pro Stelle gerechnet wird. Auch in der Sek. I steht den Schulen die Entscheidung offen, die Gelder des Landes für die Einstellung von Lehrern (Zuschuss von 733 Euro pro Kind) oder von anderem pädagogischem Personal (Zuschuss von 556 Euro pro Kind) zu nutzen. Laut Bildungsberichterstattung Ganztagschulen in NRW liegt der Kapitalisierungsanteil in der Sek. I bei rund 70%. Im Fall von Kapitalisierung können maximal ein Drittel der zusätzlichen Lehrerstellen durch anderes Betreuungspersonal ersetzt werden. Wie in der Primarstufe sind die Zuwendungen für Schüler mit Förderbedarf (30-prozentiger Stellenzuschlag bei 8 Schülern pro Stelle) höher. Der Anteil von Förderschülern in der Sekundarstufe I liegt mit 6,4% leicht unter dem Anteil in der Primarstufe.

Auch im Sekundarbereich bezuschusst das Land den Ausbau der Ganztagschulen im Rahmen von Förderprogrammen für die pädagogische Übermittagsbetreuung mit aktuell 35,2 Mio. Euro pro Jahr. Diese Zuschüsse werden wie in der Primarstufe bis zum 100-prozentigen Ausbau des Ganztags im Jahr 2026 geometrisch degressiv abgeschmolzen.⁶¹

Ergebnisse

Die Kosten des Landes NRW für Personal sowie für verschiedene Förderprogramme für den Ganztagsausbau belaufen sich bis zum Erreichen der 50%-Ausbaustufe auf 398,01 Mio. Euro. Um 75% aller Schülerinnen und Schüler in NRW einen Ganztagsplatz zu ermöglichen fallen 2018 knapp 900 Mio. Euro an. Der flächendeckende Ausbau kostet das Land NRW im Jahr 2016 insgesamt rund 1,4 Mrd. Euro.

60 In Absprache mit dem MSW NRW

61 In Absprache mit dem MSW NRW

Tabelle 5: Ausgaben für Personal und Förderprogramme auf Landesebene

Ausgaben (Mio. Euro)	Ausbaustufen		
	50% (2014)	75% (2018)	100% (2026)
Primarstufe	250,42	540,11	776,41
Sekundarstufe	147,59	339,06	655,04
Gesamt	398,01	879,17	1.431,45

Quelle: Prognos AG 2012

4.2 Einnahmeeffekte durch die erhöhte Erwerbstätigkeit von Müttern

4.2.1 Grundlagen der Berechnungen

Zur Abschätzung des zu erwartenden Beschäftigungsumfangs werden die Arbeitszeitwünsche von nicht erwerbstätigen Müttern (A) und Teilzeit erwerbstätigen Müttern (B) berücksichtigt.

A - Aufnahme einer Erwerbstätigkeit von nicht erwerbstätigen Müttern

Zur Quantifizierung der potenziell erwerbstätigen Mütter und deren Erwerbsbeteiligung sind folgende Annahmen zu treffen:

Es werden nur die Mütter mit Kindern im Alter von 6 bis unter 17 Jahren betrachtet,

1. die gegenwärtig nicht erwerbstätig sind,
2. die sofort oder im kommenden Jahr wieder eine Beschäftigung aufnehmen möchten und
3. denen keine Ganztagsbetreuung⁶² für ihr jüngstes Kind zur Verfügung steht,

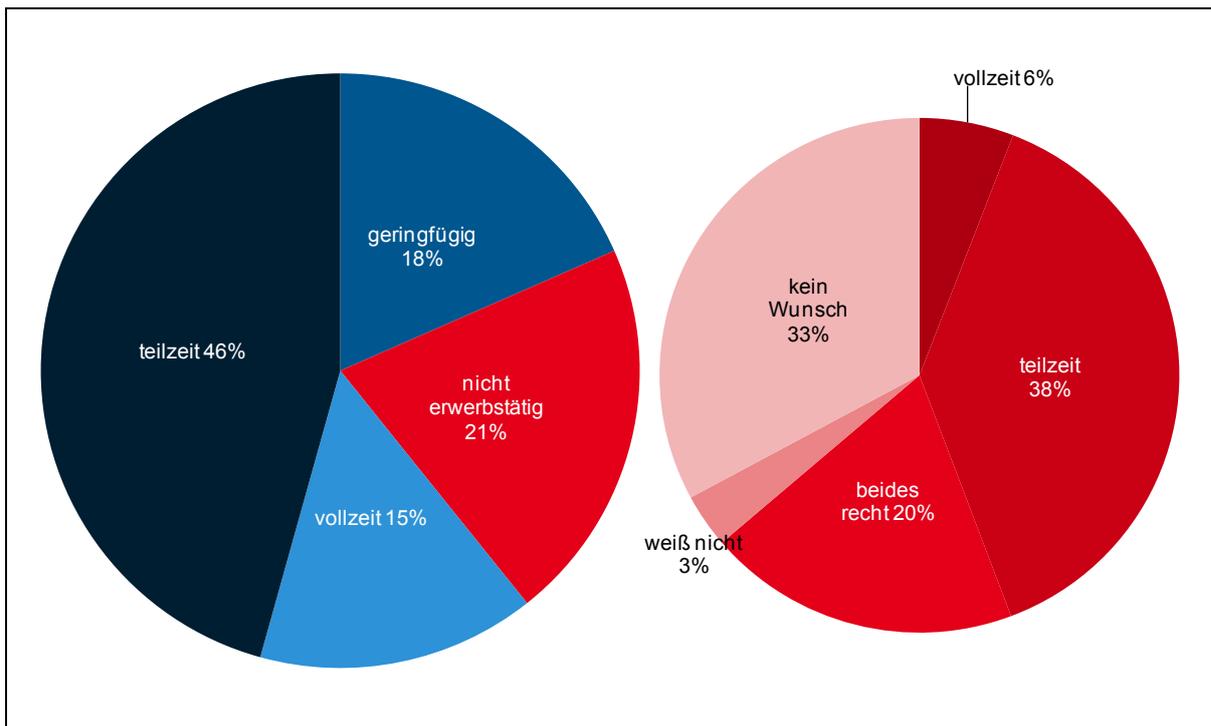
⁶² Auf Basis der Informationen aus dem SOEP bedeutet dies, dass das jüngste Kind weder ganztags die Schule besucht, noch einen Hort/Kindergrippe/Kindergarten/Kindertageseinrichtung und das es auch sonst nicht durch andere (keine Haushaltsangehörigen) Personen (Tagesmutter, bezahlte Betreuungsperson, Verwandte, Freunde/Bekannte/Nachbarn) regelmäßig betreut wird.

Dabei wird der Begriff einer fehlenden Betreuung eher weit gefasst, d.h. es werden auch Mütter in die Betrachtungen eingeschlossen, die als Erwerbswunsch „Teilzeit“ angeben. Vermutlich handelt es sich dabei zumeist um Schulangebote, die keine verlässliche Betreuung gewährleisten und es den Müttern dadurch nicht immer erlauben, einer Teilzeitbeschäftigung nachzugehen.

Arbeitszeitwünsche und vorhandener Betreuungsumfang

Im Jahr 2010 waren von rund einer Million Müttern in NRW mit jüngstem Kind im Alter von 6 bis unter 17 Jahren 230.000 (21%) nicht erwerbstätig. Von diesen nicht erwerbstätigen Müttern möchten 64% (146 Tausend) wieder in Vollzeit oder Teilzeit erwerbstätig sein; rund 6% möchten ein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis in Vollzeit aufnehmen, 38% in Teilzeit und 20% ist beides recht.

Abbildung 1: Erwerbsstatus und Erwerbswünsche nicht erwerbstätiger Mütter mit jüngstem Kind zwischen 6 bis unter 17 Jahren in NRW, 2010



Quelle: SOEP 2011, eigene Berechnungen und Darstellung Prognos AG 2012

Um die Bedeutung des Ganztags für die Nichtrealisierung des Erwerbswunsches dieser Mütter beurteilen zu können, ist es erforderlich den Erwerbswunsch der Mütter mit dem derzeit realisierten Betreuungsumfang zu betrachten. Anhand der Gegenüberstellung des Erwerbswunsches der Mütter und des gegenwärtigen Betreuungsumfangs des jüngsten Kindes ist ablesbar in welchem

Umfang Ganztagsbetreuungsangebote dazu beitragen, das Mütter erwerbstätig werden oder ihre Erwerbstätigkeit ausdehnen.

Von etwa 107.000 (2010) nicht erwerbstätigen Müttern mit jüngstem Kind zwischen 6 und unter 17 Jahren mit Erwerbswunsch und geplantem Wiedereinstieg innerhalb des kommenden Jahres verfügen 57% (61.954) über keine Art von Ganztagsbetreuung für ihr jüngstes Kind - das sind 27% aller nicht erwerbstätigen Mütter mit Kindern in dieser Alterskategorie.

Tabelle 6: Nicht erwerbstätige Mütter mit Kindern im Alter von 6 bis unter 17 Jahren nach Erwerbswunsch (Vollzeit, Teilzeit oder beides), Zeitpunkt des geplanten Wiedereinstiegs in Beschäftigung und fehlender Ganztagsbetreuung in NRW, 2010

Alter jüngstes Kind	Mütter insgesamt	Nicht erwerbstätige Mütter mit jüngstem Kind zwischen...						Dämpfungs-faktor (-8%)
		... davon mit Erwerbswunsch						
		... davon geplanter Wiedereinstiegszeitpunkt sofort oder im kommenden Jahr						
		... davon jüngstes Kind ohne						
		Ganztags-schule	Ganztags-schule oder Hort	ohne Ganztags-schule, Hort oder andere externe Betreuung				
absolut								
6 bis 16 Jahre	1.098.255	229.461	146.294	107.847	89.490	75.722	61.954	56.935
prozentual								
		100%	64%	47%	39%	33%	27%	

Die hellgrau hinterlegten Werte sind aufgrund zu geringer Fallzahlen für NRW auf Basis der westdeutschen Anteile an allen nicht erwerbstätigen Müttern mit Erwerbswunsch errechnet.

Quelle: SOEP 2011, eigene Berechnungen und Darstellung Prognos AG 2012

Bei einem flächendeckenden Ganztagsausbau in Nordrhein-Westfalen wird davon ausgegangen, dass diese Mütter eine Erwerbstätigkeit aufnehmen würden.

In der vorliegenden Studie werden, wie in Kapitel 3 beschrieben, Entwicklungen des Ganztagsangebots über die kommenden 15 Jahre betrachtet und die Einnahme- und Einspareffekte bis zum Erreichen der Ausbaustufen von 50, 75 und 100% berechnet. Um die Integration der potenziell erwerbstätigen Mütter in den Arbeitsmarkt an dieses Szenario anzupassen, wird ein linearer Zusammenhang zwischen Ganztagsausbau und Erwerbsaufnahme der Mütter unterstellt und ermittelt, wie viele Mütter je zusätzlichem Prozent Ganztagsausbau in den Arbeitsmarkt integriert werden können.

Als Dämpfungsfaktor wird die aktuelle (März 2012) Arbeitslosenquote von Frauen in NRW von 8,1%⁶³ zugrundegelegt. Es wird davon ausgegangen, dass von den 61.954 ermittelten Müttern mit Erwerbwunsch und ohne Ganztagsbetreuung 8,1% nicht in den Arbeitsmarkt integriert werden können. Dieser Dämpfungsfaktor wird für den gesamten Betrachtungszeitraum konstant gehalten, da aufgrund vorliegender Studien zur zukünftigen Entwicklung der Fachkräftesituation davon ausgegangen werden kann, dass sich die Arbeitsmarktsituation nicht verschlechtert.

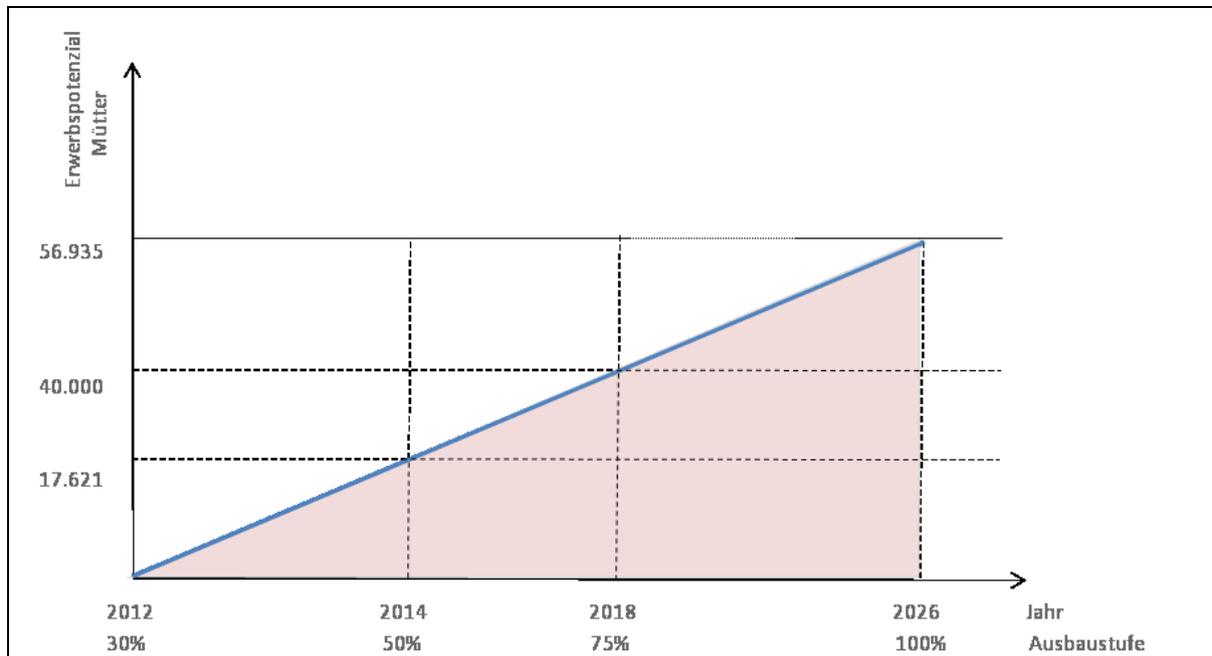
Die identifizierten 56.935 nicht erwerbstätigen Mütter stellen das Potenzial einer unmittelbaren Ausweitung des heutigen Ganztagsangebots für rund 30% der Schülerinnen und Schüler auf 100% dar. Wenn die fehlenden 70% der Schülerinnen und Schüler über einen Platz in der Ganztagschule verfügen würden, könnten diese Mütter eine Erwerbstätigkeit aufnehmen. Ein Prozent mehr Ganztagsangebot entspricht daher einem Erwerbspotenzial von 823 Müttern, die von diesem Zeitpunkt an über den gesamten Betrachtungszeitraum Einnahme- und Einspareffekte verursachen.

Bei diesem Ansatz wird implizit davon ausgegangen, dass die Zahl der Mütter in Zukunft konstant bleibt und die Zahl der Mütter, die aufgrund des Alters ihres jüngsten Kindes aus der betrachteten Zielgruppe ausscheiden, der Zahl der Mütter entspricht, die in die Zielgruppe eintreten. Vor dem Hintergrund rückläufiger Bevölkerungszahlen stellt dieser Ansatz daher eher eine Überschätzung der Effekte dar.

Die folgende Abbildung stellt den angenommenen Zusammenhang zwischen den Ausbaustufen des Ganztagsangebots und der Integration des Erwerbspotenzials der Mütter grafisch dar.

63 Statistisches Bundesamt (2012): *Arbeitslosigkeit und Grundsicherung für Arbeitsuchende*, Nordrhein-Westfalen, März 2012. http://statistik.arbeitsagentur.de/nn_30652/SiteGlobals/Forms/Themenauswahl/themenauswahl-Form.html?view=processForm&resourceId=210342&input_=&pageLocale=de®ionId=05&year_month=201203&topicId=17302&topicId.GROUP=1&search=Suchen (Letzter Zugriff am 01.05.2012)

Abbildung 11: Verteilung der potenziell erwerbstätigen Mütter über den Betrachtungszeitraum und die Ausbaustufen



Quelle: Prognos AG 2012

Bis zum Überschreiten der 50%-Ausbaustufe im Jahr 2014 werden dementsprechend 17.621 Mütter sukzessive in den Arbeitsmarkt integriert. Bis Ende des Jahres 2018 stehen für 75% der Schülerinnen und Schüler Plätze im Ganztage zur Verfügung und weitere 22.379 Mütter können bis dahin eine Erwerbstätigkeit aufnehmen. Bis zur Erreichung eines 100 prozentigen Ganztageausbaus sind alle 56.935 Mütter erwerbstätig.

Tabelle 7: Potenziell erwerbstätige Mütter nach Ausbaustufen

	Ausbaustufen			
	1%	50% (2014)	75% (2018)	100% (2026)
Erwerbspotenzial nicht erwerbstätige Mütter	823	17.621	40.000	56.935

Quelle: Prognos AG 2012

Mütter, die einmal in den Arbeitsmarkt integriert sind, erzielen von diesem Zeitpunkt an über den gesamten Betrachtungszeitraum hinweg zusätzliche Einkommen (farbige Fläche in Abbildung 11). Dadurch entstehen dem Fiskus zusätzliche Einnahmen bei der Einkommensteuer und der Sozialversicherung. Darüber hinaus reduzieren sich dadurch empfangene Transferzahlungen.

B - Ausdehnung des Erwerbsumfangs derzeit in Teilzeit beschäftigter Mütter

Analog zum Vorgehen bei den Müttern, die aufgrund des Ganztagsangebots eine Erwerbstätigkeit aufnehmen, werden im Folgenden nur die Mütter mit Kindern im Alter von 6 bis unter 17 Jahren betrachtet,

1. die gegenwärtig in Teilzeit erwerbstätig sind,
2. die ihren Erwerbsumfang ausdehnen möchten⁶⁴ und
3. denen keine Ganztagsbetreuung⁶⁵ für ihr jüngstes Kind zur Verfügung steht,

Von derzeit rund 500.000 in Teilzeit beschäftigten Müttern mit jüngstem Kind zwischen 6 und unter 17 Jahren in NRW geben 42% (213.044) an gerne mindestens eine Stunde pro Woche mehr arbeiten zu wollen. Von denen wiederum verfügen rund 46% (98.160) über keine Ganztagsbetreuung für ihr jüngstes Kind.

Würden diese Mütter über das benötigte Ganztagsangebot verfügen wird angenommen, dass diese im Schnitt drei Stunden pro Woche mehr arbeiten würden.⁶⁶

Tabelle 8: Teilzeit erwerbstätige Mütter mit Kindern im Alter von 6 bis unter 17 Jahren mit Ausdehnungswunsch und fehlender Ganztagsbetreuung in NRW, 2010

Alter jüngstes Kind	Mütter insgesamt	Teilzeit erwerbstätige Mütter mit jüngstem Kind zwischen...					Dämpfungsfaktor (-8%)
		... davon mit Ausdehnungswunsch					
		... davon jüngstes Kind ohne					
		ohne Ganztags-schule	ohne Ganztags-schule oder Hort	ohne Ganztags-schule, Hort oder andere externe Betreuung			
absolut							
6 bis 16 Jahre	1.098.255	501.842	213.044	174.117	142.222	98.160	90.208
prozentual							
		100%	42%	35%	28%	20%	

64 Da im SOEP nur Personen, die gegenwärtig nicht erwerbstätig sind nach ihren Erwerbswünschen gefragt werden, werden in diesem Fall die Fragen nach der vereinbarten und gewünschten Wochenarbeitszeit verwendet. Gibt eine Person an, dass ihre gewünschte Wochenarbeitszeit die vereinbarte Wochenarbeitszeit um mehr als eine Stunde überschreitet, wird davon ausgegangen, dass diese Person ihren Erwerbsumfang ausdehnen möchte.

65 Auf Basis der Informationen aus dem SOEP bedeutet dies, dass das jüngste Kind weder ganztags die Schule besucht, noch einen Hort/Kindergrippe/Kindergarten/Kindertageseinrichtung und das es auch sonst nicht durch andere (keine Haushaltsangehörigen) Personen (Tagesmutter, bezahlte Betreuungsperson, Verwandte, Freunde/Bekannte/Nachbarn) betreut wird.

66 Eichhorst, W., Marx, P., Tobsch, V. (2011): Schulgänzende Betreuung für Kinder: Status Quo und Beschäftigungswirkungen. IZA Standpunkt Nr. 39.

Die hellgrau hinterlegten Werte sind aufgrund zu geringer Fallzahlen für NRW auf Basis der westdeutschen Anteile an allen nicht erwerbstätigen Müttern mit Erwerbswunsch errechnet. Die Kategorisierung ohne Ganztagschule/Hort/andere externe Betreuung wurde vom dem SOEP entnommen. In NRW gibt es nur noch wenige Hortplätze, da diese in den offenen Ganztags überführt worden sind.

Quelle: SOEP 2011, eigene Berechnungen

Analog zu den nicht erwerbstätigen Müttern stellen die 98.160 in Teilzeit beschäftigten Mütter ohne Ganztagsbetreuung für ihr jüngstes Kind das Erwerbspotenzial für die Ausweitung des Ganztagsangebotes von heute 30% auf 100% dar. Auch hier wird ein Dämpfungsfaktor von -8,1% auf Basis der aktuellen Arbeitslosenquote für Frauen in NRW angesetzt, womit sich das Erwerbspotenzial auf 90.208 Mütter reduziert.⁶⁷

Zur Anpassung an das vorgegebene Ausbauszenario wird das Potenzial je Ausbauprozent berechnet und für die entsprechenden Ausbaustufen hochgerechnet (Tabelle 9).

Tabelle 9: Potenziell erwerbstätige Mütter nach Ausbaustufen

	Ausbaustufen			
	1%	50% (2014)	75% (2018)	100% (2026)
Erwerbspotenzial Teilzeit erwerbstätige Mütter	1.305	27.917	63.376	90.208

Quelle: Prognos AG 2012

Bis zur Erreichung eines Ganztagsangebotes für 50% der Schulkinder werden demnach 27.917 bis dahin in Teilzeit erwerbstätige Mütter ihr Arbeitsangebot ausdehnen. Ende 2018, wenn die Ausbaustufe von 75% überschritten wird, werden zusätzlich 35.459 Mütter sukzessive ihr Arbeitsangebot ausgeweitet haben. Das gesamte Potential von 90.208 Müttern wird bis 2026 bei flächendeckendem Ausbau in den Arbeitsmarkt integriert sein.

4.2.2 Ergebnisse

Mit Hilfe des Mikrosimulationsmodells werden die zusätzlichen Einnahmen an Einkommensteuer und Sozialversicherungsbeiträ-

67 Statistisches Bundesamt (2012): Arbeitslosigkeit und Grundsicherung für Arbeitsuchende, Nordrhein-Westfalen, März 2012. http://statistik.arbeitsagentur.de/nn_30652/SiteGlobals/Forms/Themenauswahl/themenauswahl-Form.html?view=processForm&resourceId=210342&input_=&pageLocale=de®ionInd=05&year_month=201203&topicId=17302&topicId.GROUP=1&search=Suchen (Letzter Zugriff am 01.05.2012).

gen geschätzt. Darüber hinaus werden die potenziellen Einsparungen bei staatlichen Transferleistungen (ALG II, Sozialhilfe, Kinderzuschlag und Wohngeld) ermittelt.

Die in diesem Kapitel aufgeführten Ergebnisse stellen zunächst das durchschnittliche Potenzial der Integration einer Mutter in den Arbeitsmarkt pro Jahr dar.⁶⁸ Darauf aufbauend werden die Einnahme- und Einspareffekte für alle potenziell erwerbstätigen Mütter gemäß des Ausbauszenarios (Kapitel 4.2.1) hochgerechnet und für die drei gegebenen Ausbaustufen (50%, 75% und 100%) ausgewiesen. Dabei wird von einem Nominallohnwachstum von 3% pro Jahr ausgegangen.

A - Effekte durch die Aufnahme von Erwerbstätigkeit

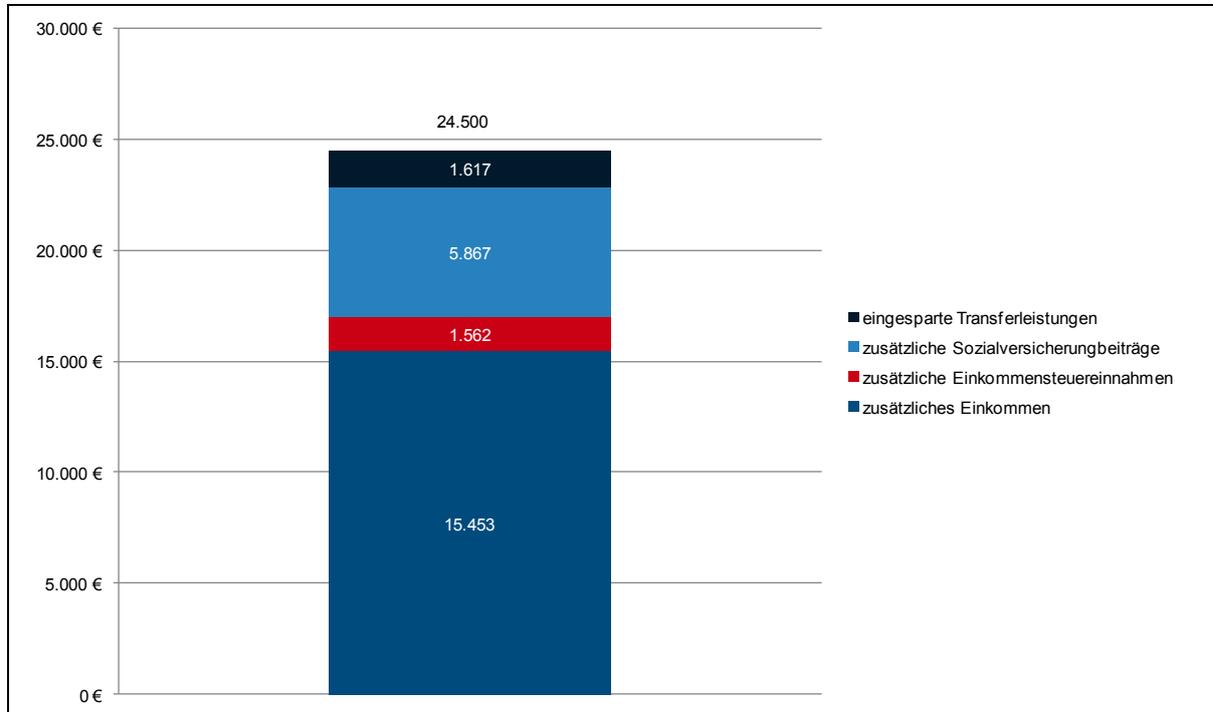
Da die Mehrzahl der Mütter von Schulkindern eine Teilzeitbeschäftigung anstrebt und die zusätzlich erzielbaren Einkommen dementsprechend niedrig ausfallen (im Schnitt 15.453 Euro pro Jahr und Mutter), ergeben sich aufgrund der Steuerfreibeträge vergleichsweise geringe steuerliche Mehreinnahmen in Höhe von durchschnittlich 1.562 Euro pro Jahr und Mutter. Zudem wirkt sich das Ehegattensplitting dämpfend auf die zu erwartenden Einnahmen aus.

Das Volumen der zu erwartenden Mehreinnahmen für die Sozialversicherungen beträgt im Schnitt 5.867 Euro pro Jahr und Mutter. Im Unterschied zur Einkommensteuer sind bereits bei einem Einkommen oberhalb von 400 Euro monatlich sämtliche Einkünfte zu verbeitragen.

Die staatlichen Transferzahlungen (ALG II, Sozialhilfe, Kinderzuschlag und Wohngeld) verringern sich bei Aufnahme der Erwerbstätigkeit pro Mutter im Schnitt um 1.617 Euro pro Jahr.

68 Wegen der geringen Fallzahlen für NRW wird auf den Durchschnittswert der westdeutschen Mütter gemäß der bestimmten Kriterien zurück gegriffen.

Abbildung 12: Durchschnittliche Einnahme- und Einspareffekte einer nicht erwerbstätigen Mutter durch Aufnahme einer Erwerbstätigkeit pro Jahr



Quelle: Prognos AG 2012

Entsprechend der ermittelten Zahl potentiell erwerbstätiger Mütter werden die verschiedenen Einnahme- und Einspareffekte bis zum Erreichen der unterschiedlichen Ausbaustufen hochgerechnet (vgl. Tabelle 10). Im Jahr 2014 wird die Ausbaustufe von 50% erreicht. Durch die Ausweitung des Ganztagsangebots auf zusätzliche 20% der Schülerinnen und Schüler in NRW werden 17.620 Mütter sukzessive in den Arbeitsmarkt integriert. Im Jahr 2014 generieren diese zusätzliches Einkommen in Höhe von 297,54 Mio. Euro, was die Einkommensteuereinnahmen um 30,07 Mio. Euro und die Einnahmen aus Sozialversicherungsbeiträgen um 112,97 Mio. erhöht. Durch die zusätzlich erwerbstätigen Mütter können außerdem Transferleistungen in Höhe von 31,14 Mio. Euro eingespart werden. Insgesamt ergibt sich für den Fiskus bis zu einem Ausbauniveau von 50% im Jahr 2014 ein Saldo in Höhe von 174,18 Mio. Euro.

Im Jahr 2026 sind 56.935 Mütter in den Arbeitsmarkt integriert aufgrund eines flächendeckenden Ganztagsangebots. Zu diesem Zeitpunkt werden zusätzliches Einkommen in Höhe von 1,37 Mrd.. Euro erzielt. Aus diesen Mehreinnahmen resultiert ein Plus an Einkommensteuereinnahmen in Höhe von 138,53 Mio. Euro und an Sozialversicherungsbeiträgen von 520,44 Mio. Euro. Transferleistungen werden in Höhe von 143,45 Mio. Euro eingespart. Der Saldo aus zusätzlichen Einnahmen aus Einkommensteuern, Sozial-

versicherungsbeiträgen und eingesparten Transferzahlungen beläuft sich auf 802,42 Mio. Euro.

Tabelle 10: Fiskalische Effekte über die Realisierung der Erwerbswünsche nicht erwerbstätiger Mütter bis zum Erreichen der jeweiligen Ausbaustufen (in Mio. Euro)

	Ausbaustufen		
	50% (2014)	75% (2018)	100% (2026)
Mütter	17.620	40.000	56.935
Einkommensteuer	+30,07	+76,83	+138,53
Sozialversicherungsbeiträge	+112,97	+288,69	+520,44
Transfers (Einsparungen)	+31,14	+79,56	+143,45
Gesamt	+174,18	+445,03	+802,42

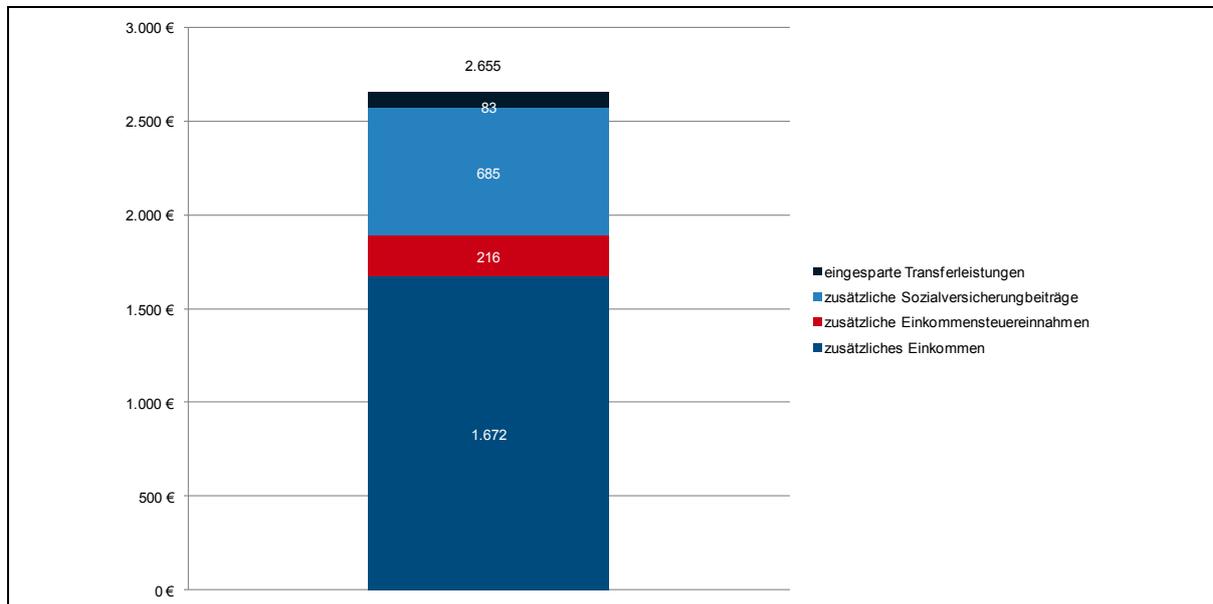
Quelle: Prognos AG 2012

B - Effekte durch die Ausweitung des Erwerbsumfangs

Das durchschnittliche Einkommen von in Teilzeit erwerbstätigen Müttern mit jüngstem Kind im Alter von 6 bis 16 Jahren liegt bei rund 15.000 Euro pro Jahr. Durch die Ausdehnung des Erwerbsumfangs um 3 Stunden pro Woche erzielt eine bisher Teilzeit erwerbstätige Mutter im Schnitt 1.672 Euro an zusätzlichem Einkommen pro Jahr. Bei solch niedrigen Einkommenszuwächsen fallen aufgrund der Steuerfreibeträge vergleichsweise geringe steuerliche Mehreinnahmen in Höhe von durchschnittlich 216 Euro pro Jahr an. Zudem wirkt sich das Ehegattensplitting dämpfend auf die zu erwartenden Einnahmen aus.

Das Volumen der zu erwartenden Mehreinnahmen für die Sozialversicherungen beträgt im Schnitt 685 Euro pro Jahr und Mutter. Die staatlichen Transferzahlungen reduzieren sich durch die Ausdehnung des Stundenumfangs von teilzeiterwerbstätigen Müttern um durchschnittlich 83 Euro pro Jahr.

Abbildung 13: Durchschnittliche fiskalische Effekte pro Mutter und Jahr durch Ausweitung des Erwerbsumfangs



Quelle: Prognos AG 2012

Bei Erreichen der Ausbaustufe von 50% entstehen dem Fiskus für die sukzessive Ausweitung des Erwerbsumfangs von 27.917 Müttern Mehreinnahmen in Höhe von 30,01 Mio. Euro. Diese setzen sich zusammen aus 6,59 Mio. Euro Einkommensteuereinnahmen und 20,89 Mio. Euro zusätzlichen Sozialversicherungsbeiträgen. Die Transferleistungen reduzieren sich durch die Ausdehnung der Erwerbstätigkeit um 2,53 Mio. Euro.

Bis zur Zielerreichung eines 100%igen Ganztagsausbaus können 90.207 Mütter ihrem Wunsch nach Ausdehnung ihres Erwerbsumfangs nachgehen. Dadurch entstehen dem Staat im Jahr 2026 im Saldo 138,25 Mio. Euro. Davon sind 30,34 Mio. Euro Einkommensteuereinnahmen, 96,25 Mio. Euro zusätzliche Sozialversicherungsbeiträge und 11,66 Mio. Euro eingesparte Transferleistungen.

Tabelle 11: Fiskalische Effekte über die Realisierung von Wünschen zur Ausweitung des Erwerbsumfangs bis zum Erreichen der jeweiligen Ausbaustufen (in Mio. Euro)

	Ausbaustufen		
	50% (2014)	75% (2018)	100% (2026)
Mütter	27.917	63.376	90.208
Einkommensteuer	+6,59	+16,83	+30,34
Sozialversicherungsbeiträge	+20,89	+53,38	+96,25
Transfers (Einsparungen)	+2,53	+6,46	+11,66
Gesamt	+30,01	+76,68	+138,25

Quelle: Prognos AG 2012

4.3 Einnahmefeffekte durch zusätzliches Personal in Ganztagschulen

4.3.1 Grundlagen der Berechnungen

In diesem Kapitel wird zunächst der Bedarf an zusätzlichem Betreuungspersonal für den Ausbau der Ganztagschulen ermittelt und auf Basis dessen die potentiellen fiskalischen Einnahmefeffekte geschätzt. Im Gegensatz zu den Effekten der Mütter werden bei den Berechnungen der Einnahmefeffekte des Betreuungspersonals ausschließlich die Effekte auf Personenebene betrachtet. Aufgrund der fehlenden Mikrodaten bleiben sämtliche Effekte auf der Haushaltsebene unberücksichtigt. So können z.B. keine Aussagen über die Auswirkungen auf mögliche bestehende Haushaltstransfers getroffen werden. Die fiskalischen Wirkungen einer gemeinsamen Veranlagung von verheirateten Betreuungspersonen bleiben ebenfalls unberücksichtigt.

Auf Landesebene wird für die Einnahmefeffekte nur das zusätzlich benötigte Personal angesetzt, das auch durch das Land finanziert wird. Hierunter fallen einerseits die Lehrkräfte, andererseits das durch kapitalisierte Mittel finanzierte weitere Betreuungspersonal. Personal, das darüber hinaus mit kommunalen Mitteln eingestellt wird, bleibt auf dieser Ebene unberücksichtigt. Für die einzelnen Beispielkommunen werden die Einnahmefeffekte hingegen für das gesamte zusätzlich benötigte Personal aufgeführt.

Das Land NRW setzt als Mehrbedarf für die Ganztagsbetreuung in der Primarstufe pro 25 Schülerinnen oder Schüler 0,2 zusätzliche Lehrerstellen an. Die Schulen sind jedoch frei zu entscheiden, ob sie diese 0,2 Stellen ausschließlich mit Lehrkräften besetzen oder für 0,1 Lehrkräfte anderes Betreuungspersonal einstellen. Für Förderschulen im Primarbereich werden ebenfalls 0,2 zusätzliche Stellen finanziert, allerdings bei 12 Schülerinnen und Schülern pro Stelle. In der Sekundarstufe I wird ein Lehrerstellenzuschlag von 20% (bzw. 30% bei Förderschulen) gewährt, bei 18 (bzw. 8) Schülerinnen und Schülern pro Stelle. Auch in der Sek. I haben die Schulen die Möglichkeit die Gelder für zusätzliche Lehrerstellen zu kapitalisieren, um anderes Betreuungspersonal einzustellen.

Laut dem Ministerium für Schule und Weiterbildung wird von einem Kapitalisierungsanteil von 95% in der Primarstufe und 70% in der Sekundarstufe I ausgegangen.

Zum Einstellungsverhalten der Schulen bezüglich anderen Betreuungspersonals im Fall von Kapitalisierung liegen auf Landesebene keine Informationen vor, da die Schulen diese Entscheidung selbstständig treffen. Im Folgenden wird auf das Einstellungsmuster der Beispielkommune Bergkamen zurückgegriffen.

Im Fall von Kapitalisierung stellen die Schulen in Bergkamen in der Primarstufe in der Regel pro Schülergruppe (25 Schülerinnen und Schüler) im Ganztage pädagogisches Personal im Umfang von 30 Wochenstunden (davon 20 Std. qualifiziertes päd. Personal und 10 Std. päd. Hilfskräfte) ein und Honorarkräfte im Umfang von 144 Stunden im Jahr. Auf Basis der Angaben von Bergkamen wird davon ausgegangen, dass sowohl das pädagogische Hilfspersonal als auch die Fachkräfte ausschließlich in geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen auf 400 Euro Basis eingestellt werden. In Abhängigkeit der von Bergkamen angegebenen Kosten pro Personalgruppe und den vom Land bei Kapitalisierung bereit gestellten Mitteln können in der Primarstufe demnach 0,13 (VZÄ) qualifiziertes pädagogisches Personal, 0,24 (geringfügig Beschäftigte) pädagogisches Hilfspersonal und 0,09 (geringfügig Beschäftigte) Honorarkräfte pro Schülergruppe eingestellt werden. Da für die Sekundarstufe keine Angaben vorliegen, wird der entsprechende Personalbedarf ebenfalls auf Basis der Informationen für die Primarstufe ermittelt. Aufgrund geringerer Mittel, die im Fall von Kapitalisierung zur Verfügung gestellt werden, können in der Sekundarstufe nur 0,09 (geringfügig Beschäftigte) qualifiziertes pädagogisches Personal, 0,16 (VZÄ) pädagogisches Hilfspersonal und 0,06 (geringfügig Beschäftigte) Honorarkräfte pro Schülergruppe eingestellt werden.⁶⁹ Wie bereits bei den anderen Rechnungen angeführt, werden lediglich die Einkommen des zusätzlichen Be-

69 Größe der Schülergruppen analog zu den Berechnungen des Lehrbedarfs: Primarstufe 25, Primarstufe Förderschule 12, Sek. I 18, Sek. I Förderschule 8.

treuungspersonals als Einnahmepotenzial angesetzt. Der zusätzliche Bedarf pro Jahr wird aufsummiert, da für das gesamte Personal, das sukzessive für den Ganztagsausbau eingestellt wird, die Einnahmeeffekte im Betrachtungszeitraum von Relevanz sind.⁷⁰

Die folgende Tabelle 12 stellt den zusätzlichen Personalbedarf nach Ausbaustufen dar. Insgesamt werden bis zum Erreichen der Ausbaustufe von 50% 7.463 Stellen geschaffen. Bis zum Jahr 2018 und einem Ganztagsangebot für 75% der Schülerinnen und Schüler in NRW sind es bereits 15.919. Bis zum Erreichen der Ausbaustufe von 100% gilt es den Personalbedarf von 21.643 Stellen zu decken.

⁷⁰ Grundsätzlich ist es denkbar, dass Frauen, die aufgrund des Ausbaus im Ganztage erwerbstätig werden oder ihre Erwerbstätigkeit ausweiten, dies als Personal im Ganztage tun. Bundesweit waren zum 30.06.2011 laut Beschäftigtenstatistik 4,4% der weiblichen Beschäftigten in Vollzeit im Wirtschaftszweig Erziehung und Unterricht tätig sowie 8% der in Teilzeit beschäftigten Frauen. Eine Eingrenzung auf den Schulbereich in NRW ist nicht möglich. Da die fiskalischen Auswirkungen aufgrund des geringen Anteils marginal sind, wurde dieser Aspekt nicht weiter berücksichtigt.

Tabelle 12: Zusätzlicher Personalbedarf durch den Ganztagsausbau bis zum Erreichen der jeweiligen Ausbaustufen

zusätzlicher Personalbedarf	Ausbaustufen		
	50% (2014)	75% (2018)	100% (2026)
Primarstufe			
Lehrerinnen/Lehrer (VZÄ)	794	1.536	1.747
qualifiziertes pädagogisches Personal (VZÄ)	933	1.807	2.054
pädagogische Hilfskräfte (geringfügige Beschäftigungsverhältnisse)	1.723	3.336	3.792
Honorarkräfte (geringfügige Beschäftigungsverhältnisse)	646	1.251	1.422
Sekundarstufe I			
Lehrerinnen/Lehrer (VZÄ)	1.395	3.311	5.234
qualifiziertes pädagogisches Personal (VZÄ)	569	1.351	2.136
pädagogische Hilfskräfte (geringfügige Beschäftigungsverhältnisse)	1.019	2.416	3.823
Honorarkräfte (geringfügige Beschäftigungsverhältnisse)	382	907	1.434
Insgesamt	7.463	15.919	21.643

Quelle: Prognos AG 2012

Lehrerinnen und Lehrer

Auf Basis der Angaben des Landes und der Kommunen zu den Kosten einer Lehrerstelle werden 50.000 Euro als Bruttolohn je Vollzeitstelle und Jahr angesetzt. Analog zu den Berechnungen der Einnahmeeffekte bei den Müttern wird ein Lohnanstieg von 3% pro Jahr zugrunde gelegt.

Bei der Berechnung der Einkommensteuer ist die degressive Wirkung bei Teilzeitbeschäftigungsverhältnissen zu berücksichtigen. Gemäß den Statistiken des MSW NRW waren in NRW 2010⁷¹ 38% der Lehrkräfte⁷² in Teilzeit beschäftigt. Geht man davon aus, dass ein Teilzeitbeschäftigungsverhältnis im Schnitt einer 50%-Stelle entspricht, wurden 23% des Bedarfs an vollzeitäquivalenten Fachkräften durch Teilzeitkräfte gedeckt. Diese 23% werden im Folgenden als Teilzeitquote auf den Bedarf an Lehrkräften angesetzt. Diese Teilzeitquote entspricht auch den Angaben der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit für den Bereich Erziehung und Unterricht in Nordrhein-Westfalen 2011.

Bei einem Erwerbsumfang von 50% werden darüber hinaus 50% des Jahreseinkommens von Vollzeitbeschäftigten angesetzt: 25.000 Euro. Ausgehend von diesen Lohnsummen können die Einkommensteuereinnahmen für die Lehrerinnen und Lehrer berechnet werden. Gemäß dem im Jahr 2012 maßgeblichen Einkommensteuersatz wird die tarifliche Einkommensteuer für zu versteuernde Einkommen zwischen 13.140 Euro und 52.551 Euro durch folgende Formel⁷³ berechnet:

$$(3) \text{ ESt} = (228,74 * z + 2.397) * z + 1.007$$

Dabei ist z ein Zehntausendstel des 13.139 Euro übersteigenden Teils des zu versteuernden Einkommens. Im Falle einer Vollzeitbeschäftigung einer Betreuungsperson mit einem Bruttoeinkommen von 50.000 Euro und einem Arbeitnehmer-Pauschbetrag in Höhe von 1.000 Euro ist z gleich 3,5861 Euro. Die Einkommensteuerschuld beträgt in diesem Fall 12.545 Euro.

Die Steuerschuld von zwei halbtags angestellten Lehrerinnen oder Lehrern beträgt zusammen lediglich 7.760 Euro und entspricht damit etwas mehr als der Hälfte des Betrages einer in Vollzeit beschäftigten Person. Da die Mehrheit der Lehrerinnen und Lehrer (rund 80%⁷⁴) verbeamtet sind entstehen dem Fiskus keine Einnahmen durch zusätzliche Sozialversicherungsbeiträge.

Pädagogisches Personal

Für das qualifizierte pädagogische Personal wird von einem Vollzeitlohn (Arbeitgeberbrutto) von 34.000 Euro pro Jahr ausgegangen. Auf Basis von Informationen aus Bergkamen, dass das päda-

71 Ministerium für Schule und Weiterbildung (MSW) Nordrhein-Westfalen (2011): Das Schulwesen in Nordrhein-Westfalen aus quantitativer Sicht 2010/11 .

http://www.schulministerium.nrw.de/BP/Schulsystem/Statistik/2010_11/StatUebers373.pdf.

72 in Grund-, Haupt-, Real-, Gesamtschule und Gymnasien

73 Einkommensteuergesetz §32a

74 MSW NRW (2011): Das Schulwesen in Nordrhein-Westfalen aus quantitativer Sicht 2010/11 .

http://www.schulministerium.nrw.de/BP/Schulsystem/Statistik/2010_11/StatUebers373.pdf

gogische Personal mehrheitlich in Teilzeit beschäftigt ist, wird hier von einer Teilzeitquote von 70% ausgegangen.

Es resultieren entsprechende Einkommensteuereinnahmen in Höhe von 4.901 Euro pro Jahr und Vollzeitkraft. Für das in Teilzeit erwerbstätige Personal betragen die Einkommenssteuereinnahmen 1.026 Euro. An Sozialversicherungsbeiträgen zahlen die Vollzeitkräfte 11.388 Euro, die Teilzeitkräfte 5.694 Euro pro Jahr.

Bei den pädagogischen Hilfskräften wird davon ausgegangen, dass diese ausschließlich in geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen angestellt sind mit einem Jahresbruttolohn in Höhe von 4.060 Euro. Für solche sogenannte „Minijobs“ führen Arbeitgeber rund 30% an Sozialversicherungsabgaben an die Minijob-Zentrale ab.⁷⁵ Einkommensteuereinnahmen werden keine angesetzt.

Honorarkräfte

Wie die pädagogischen Hilfskräfte sind die Honorarkräfte ausschließlich in geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen angestellt. Es gelten damit dieselben Annahmen zu Sozialversicherungsabgaben und der Einkommensteuer wie bereits dargestellt.

4.3.2 Ergebnisse

Das bei einem flächendeckenden Ganztagsausbau zusätzlich benötigte Betreuungspersonal von 21.643 Personen erwirtschaftet im Jahr 2026 ein zusätzliches Einkommen in Höhe von rund 796 Mio. Euro. Die entstehenden Einkommensteuereinnahmen und die Sozialversicherungsbeiträge belaufen sich 2026 auf 143,44 und 102,73 Mio. Euro.

⁷⁵ Minijob-Zentrale: http://www.minijob-zentrale.de/nn_175564/DE/2_AG/01_400_euro_minijob/05_pauschalabgaben/InhaltsNav.html?nnn=true (Letzter Aufruf: 31.05.2012).

Tabelle 13: Fiskalische Effekte durch zusätzliche Betreuungskräfte bis zum Erreichen der jeweiligen Ausbaustufen (in Mio. Euro)

	Ausbaustufen		
	50% (2014)	75% (2018)	100% (2026)
<i>zusätzliches Personal</i>	7.463	15.919	21.643
Einkommensteuer	+32,15	+79,52	+143,44
Sozialversicherungsbeiträge	+25,87	+61,17	+102,73

Quelle: Prognos AG 2012

4.4 Einnahmefeffekte durch höhere Bildungsabschlüsse

4.4.1 Grundlagen der Berechnungen

Aufgrund der intensiveren und zeitlich umfassenderen Beschulung und Betreuung der Kinder in der Ganztagschule wird in Anlehnung an die bestehende Forschung (vgl. hierzu die zusammengefassten Forschungsergebnisse in Kapitel 3) eine Veränderung bei der Verteilung des Abbruch- und Übergangsverhaltens mit dem Ziel höherer Bildungsabschlüsse im Sekundarbereich angenommen.

In den aktuellsten Schülerprognosen des Ministeriums für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen⁷⁶ wird von folgenden Abschlussquoten für das Jahr 2009 (letzter IST-Wert) und 2026 ausgegangen:

⁷⁶ Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen (Juli 2010): Schülerprognose und Schulabgängerprognose bis zum Schuljahr 2029/2030.

Tabelle 14: Abschlussquoten nach Bildungsabschlüssen für das Jahr 2009 und 2026

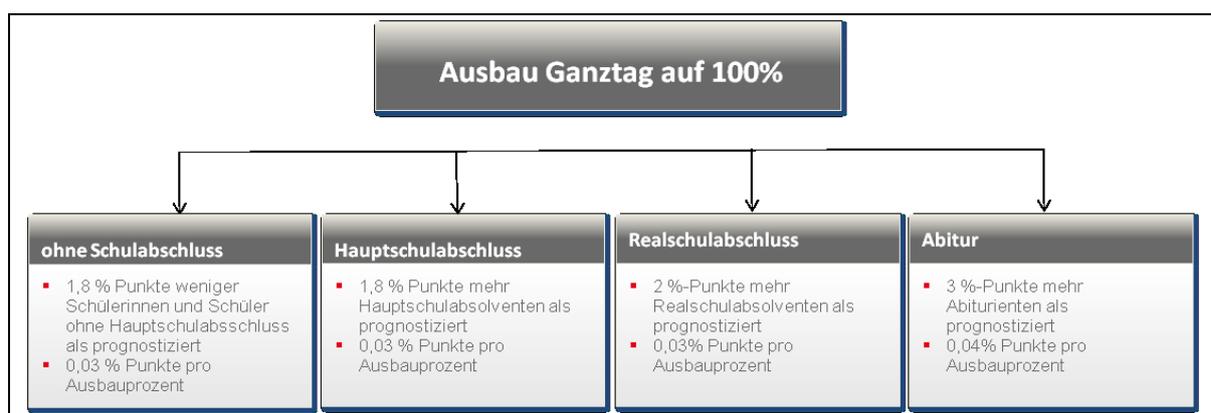
Abschlussquoten	2009	2026
ohne Hauptschulabschluss	5,8%	5,4%
Hauptschulabschluss Klasse (nach der 9. oder 10. Klasse)	18,1%	15,6%
Fachoberschulreife	40,1%	38,8%
(Fach-)Hochschulreife	35,9%	40,1%

Quelle: MSW NRW 2010

Die prognostizierten Quoten des MSW NRW stellen eine Fortschreibung der bestehenden Quoten unter Berücksichtigung sich verändernder Bevölkerungszahlen dar und lassen dabei Schulreformen (abgesehen von G8) weitestgehend unberücksichtigt. Der weitere Ausbau von Ganztagschulen spiegelt sich daher in den Zahlen des MSW NRW noch nicht wider.

Ausgehend von den vom MSW NRW prognostizierten Übergangsquoten für das Jahr 2026 wird durch den Ausbau des Ganztagsangebots auf 100% mit folgenden Veränderungen im Abbruch- und Übergangverhalten bis 2027 gerechnet:

Abbildung 14: Annahmen zu Veränderungen im Abbruch- und Übergangverhalten durch den flächendeckenden Ausbau von Ganztagsangeboten



Quelle: Prognos AG 2012

Es wird bei den folgenden Berechnungen davon ausgegangen, dass

- 1,8% der Absolventinnen und Absolventen die Schule nicht mehr ohne Abschluss verlassen, sondern stattdessen einen Hauptschulabschluss erreichen,
- 2% statt des Hauptschulabschlusses einen Realschulabschluss erreichen und
- 3% der Absolventinnen und Absolventen anstelle eines Realschulabschlusses das Abitur absolvieren.

Diese Veränderungen treten ein bis zum flächendeckenden Ganztagsausbau von 100% im Jahr 2026. Ausgehend vom bestehenden Ganztagsangebot (2011) in der Sekundarstufe I (knapp 34%) sind diese Werte zu interpretieren als Effekte eines zusätzlichen Ganztagsausbaus für 64% der Schülerinnen und Schüler.

Die Gesamteffekte lassen sich analog zur Realisierung des Erwerbspotenzials der Mütter und des Betreuungspersonals auf Effekte je zusätzliches Prozent Ganztagsangebot umrechnen und damit an den sukzessiven Ausbau der Ganztagsbetreuung über den Betrachtungshorizont von 15 Jahre hinweg anpassen.

Tabelle 15: Zusätzliche Absolventen nach Abschlüssen und Ausbaustufen

zusätzliche Absolventen	Ausbaustufen			
	Erhöhung der prognostizierten Quote je Ausbauprozent Ganztags um...	50% (2014)	75% (2018)	100% (2026)
Hauptschulabschluss	+ 0,03%-Punkte	1.600	6.799	26.807
Realschulabschluss	+0,03%-Punkte	1.178	5.005	20.896
Abitur	+0,04%-Punkte	1.767	7.508	31.345

Quelle: MSW NRW 2010, eigene Berechnung Prognos AG 2012

Für die Bildungseffekte wird die Ganztagsquote bei den Schüler/-innen der Klasse 10 als maßgeblich angenommen. Damit wird implizit davon ausgegangen, dass der Anteil an Schülerinnen und Schülern, der in Klasse 10 im Ganztags war, seine gesamte Schul-

zeit im Ganzttag verbracht hat und damit Effekte auf sein Abbruch- und Übergangsverhalten zu erwarten sind. Die Zahl dieser Schüler steigert sich bis zum flächendeckenden Ganzttagausbau 2026 sukzessive und damit auch die Bildungseffekte.

Für jeden zusätzlichen Prozentpunkt Ganzttagausbau wird der Anteil der Schulabbrecher um 0,03%-Punkte reduziert, der Anteil der Realschulabsolventen um 0,03%-Punkte und der Anteil der Abiturienten um 0,04%-Punkte erhöht. Ab dem darauf folgenden Jahr werden für diese Absolventen die Effekte des höheren Bildungsabschlusses im weiteren Bildungs- und Erwerbsleben berücksichtigt und über den gesamten Betrachtungszeitraum aufsummiert.

Kurzfristig schlagen vor allem die entstehenden Kosten für die zusätzliche Beschulung und den Aufschub des Erwerbseinstiegs (gerade bei Abiturienten) negativ zu Buche und führen zu einer negativen Bildungsrendite. Die positiven Effekte der höheren Einkommen (Lohndifferenzen) werden erst über die lange Frist deutlich. Bei dem recht kurzen Betrachtungszeitraum von 15 Jahren erzielen vor allem die zusätzlichen Absolventen aus den ersten Abschlussjahrgängen positive Bildungsrenditen. Die Effekte des Ganztags nehmen aber mit dem Ausbau zu und erst 2026 sind die vollen Veränderungen in den Abschlussjahrgängen spürbar. Diese „stärkeren“ Jahrgänge erzielen jedoch nur noch kurzfristige, und damit geringe oder gar negative Effekte im Betrachtungszeitraum.

Im Folgenden werden zum einen mögliche Kosten, die durch einen höheren Bildungsabschluss auf Landesebene entstehen berücksichtigt und darüber hinaus die Einkommensdifferenzen als Messung von Nutzeneffekten der jeweilig höheren Bildungsabschlüsse bei jeder Absolventenkohorte über den Lebensverlauf angesetzt.

Verglichen werden Hauptschulabsolventen gegenüber Personen ohne Schulabschluss, Realschulabsolventen gegenüber Personen mit Hauptschulabschluss und Abiturienten gegenüber Personen mit Realschulabschluss.

Nutzeneffekte durch höhere Bildungsabschlüsse

Hauptschulabsolventen statt Schulabbrecher

Die Verringerung der Schulabbrecherquote und Erhöhung der Hauptschulabsolventenquote führt zu einer Reduktion von Kosten im Rahmen des Übergangssystems in Höhe von ca. 10.000 Euro pro Schüler und Jahr. Das Land trägt nach Werner et al. (2008, S.10 und 17)⁷⁷ etwa 44 % der Kosten für Maßnahmen zur Integra-

⁷⁷ Werner, Dirk, Michael Neumann, Jörg Schmidt (2008), Volkswirtschaftliche Potenziale am Übergang von der Schule in die Arbeitswelt. Eine Studie zu den direkten und indirekten Kosten des Übergangsgeschehens sowie Einspar-

tion in Ausbildung und Beschäftigung. In den folgenden Berechnungen werden daher 4.435 Euro pro Schüler und Jahr als Einsparpotenzial auf Landesebene angesetzt.⁷⁸

Zusätzlich wird davon ausgegangen, dass durch die Verhinderung von Schulabbrüchen der Schulbesuch um ein Jahr verlängert wird. Laut Bildungsfinanzbericht 2011⁷⁹ kostet ein Jahr in der Hauptschule pro Schülerin und Schüler in NRW 5.700 Euro. Das Land trägt hiervon die Personalkosten, die an allgemein bildenden Schulen in NRW 2008 im Schnitt etwa 80% ausgemacht haben (4.560 Euro, Bildungsfinanzbericht 2011).

Des Weiteren wird davon ausgegangen, dass 90% der ehemaligen Schulabbrecher nun eine Ausbildung beginnen (analog zu Dohmen et al. 2011). Die Kosten für ein Jahr Teilzeit Berufsschule in NRW werden mit 2.000 Euro veranschlagt und für durchschnittlich drei Jahre angesetzt. Wie bei den Hauptschulen trägt das Land den Personalkostenanteil von 80% (1.440 Euro, Bildungsfinanzbericht 2011).

Mehr Realschulabsolventen statt Hauptschulabsolventen

Für Schüler, die ohne Ganztagsbetreuung einen Hauptschulabschluss gemacht hätten und nun einen Realschulabschluss erreichen, entstehen nur zusätzliche Kosten in Form eines weiteren Schuljahres für die Hauptschüler, die ihren Abschluss bereits nach 9 Jahren absolvieren würden (2009 etwa 28%). Für diesen Anteil werden zusätzliche Kosten auf Landesebene von 3.200 Euro pro Schüler und Jahr in der Realschule angesetzt (Bildungsfinanzbericht 2011).

Mehr Abiturienten statt Realschulabsolventen

Durch den Ganztagsausbau erhöht sich die Abiturientenquote, da einige Schülerinnen und Schüler statt eines Realschulabschlusses Abitur machen. Diese betroffenen Schülerinnen und Schüler besuchen zwei Jahre länger das Gymnasium, wofür auf Landesebene Kosten in Höhe von 3.900 Euro pro Schüler und Jahr veranschlagt werden (Bildungsfinanzbericht 2011). Darüber hinaus wird analog zu Dohmen et al. (2011) davon ausgegangen, dass 90% der zusätzlichen Abiturienten ein Studium aufnehmen und dadurch dem Land für drei Jahre weitere Kosten in Höhe von 5.310 Euro pro

und Wertschöpfungspotenzialen bildungspolitischer Reformen, Institut der Deutschen Wirtschaft im Auftrag der Bertelsmann Stiftung, Köln. (http://www.bertelsmann-stiftung.de/bst/de/media/xcms_bst_dms_26141_26188_2.pdf)

78 Dohmen, Dieter, Henke, Justus (2011): Fiskalische Rendite präventiver Bildungsreformen. Forschungsinstitut für Bildungs- und Sozialökonomie (FiBS).

79 Statistisches Bundesamt (2011): Bildungsfinanzbericht. (https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/BildungForschungKultur/BildungKulturFinanzen/Bildungsfinanzbericht1023206117004.pdf?__blob=publicationFile)

Student entstehen (Grundmittel, laufende Ausgaben NRW, Bildungsfinanzbericht 2011).

Einkommensunterschiede

Die Nutzeneffekte von höheren Bildungsabschlüssen schlagen sich im Laufe des Berufslebens in Form von höheren Einkommen nieder. Hierdurch entstehen dem Fiskus zusätzliche Steuereinnahmen und Sozialversicherungsbeiträge sowie möglicherweise Einsparung bei Transferleistungen.

Die durchschnittlichen Einkommensdifferenzen werden auf Basis des SOEP 2011 berechnet. Dargestellt sind die durchschnittlichen Einkommen von Personen mit verschiedenen Bildungsabschlüssen nach Altersgruppen in fünf Jahresschritten. Bei den Einkommensdifferenzen von Personen mit und ohne Hauptschulabschluss werden die Einkommensdifferenzen lediglich über den gesamten Lebensverlauf betrachtet, da die Fallzahlen in den einzelnen Altersgruppen zu gering sind. Für alle Gruppen werden die durchschnittlichen Einkommen und Einkommensdifferenzen auf der Basis von den westdeutschen Bundesländern berechnet, da die Fallzahlen größer und verlässlicher sind.

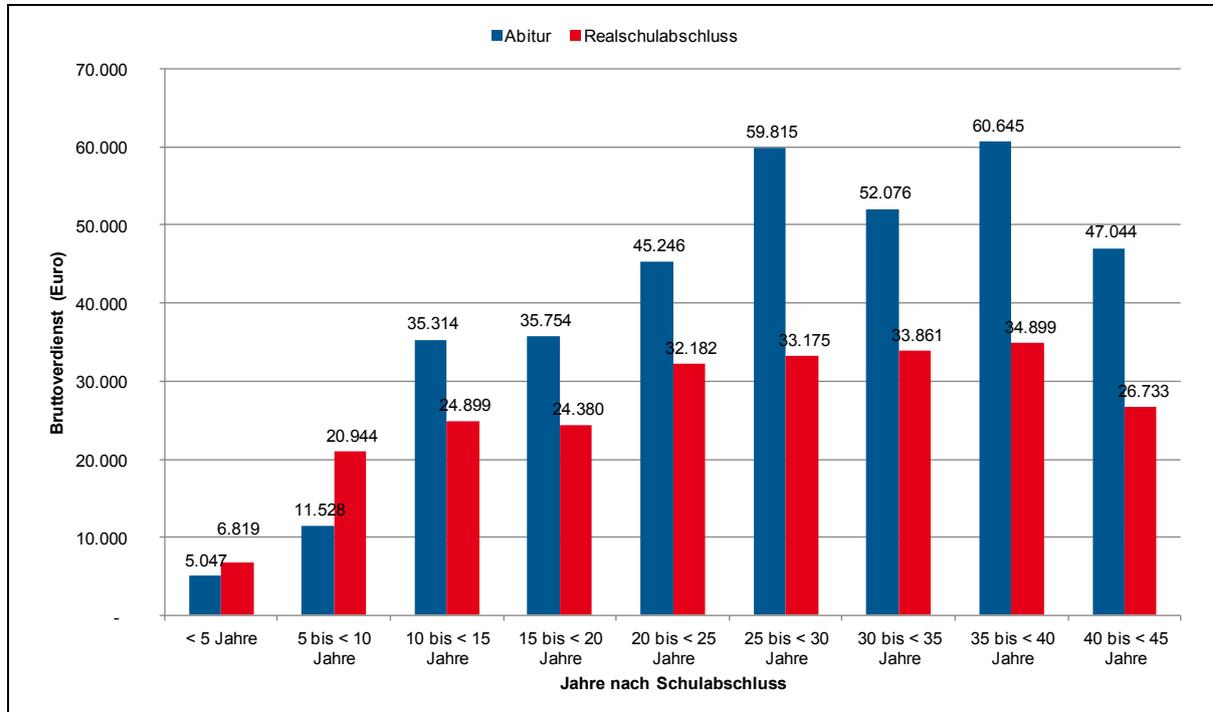
Wir gehen davon aus, dass die Einkommensverteilung in der heutigen Gesellschaft auf die zukünftige übertragbar ist. Die Einkommensunterschiede nach Altersgruppen sind damit interpretierbar als „Jahre nach Schulabschluss“. Da in diesem Schritt lediglich die Einkommensdifferenzen betrachtet werden und von einer gleichmäßigen Lohnsteigerung, unabhängig vom Bildungsniveau ausgegangen wird, werden keine Lohnsteigerungen berücksichtigt.

Untersuchungsgegenstand dieser Studie sind Schülerinnen und Schüler der Primarstufe und der Sekundarstufe I und damit die 6 bis unter 17 Jährigen. Da Aussagen zu eigenem Erwerbseinkommen im SOEP lediglich für Personen ab 18 Jahren vorliegen, können entsprechend die zusätzlichen Einkommen als Messgröße für Nutzeneffekte erst ein Jahr nach Austritt aus der Schule bzw. der Sekundarstufe I bemessen werden.

Abiturienten statt Realschulabsolventen

Betrachtet man den Verlauf der durchschnittlichen Einkommensunterschiede jeweils in fünf Jahresschritten nach Schulabschluss (hier angesetzt 18 Jahre), zeigt sich, dass in den ersten 10 Jahre nach dem Schulabschluss Realschulabsolventen deutlich besser verdienen als Abiturienten, die studieren anstelle eine Ausbildung zu beginnen und dadurch zunächst kein oder ein geringeres Einkommen erzielen.

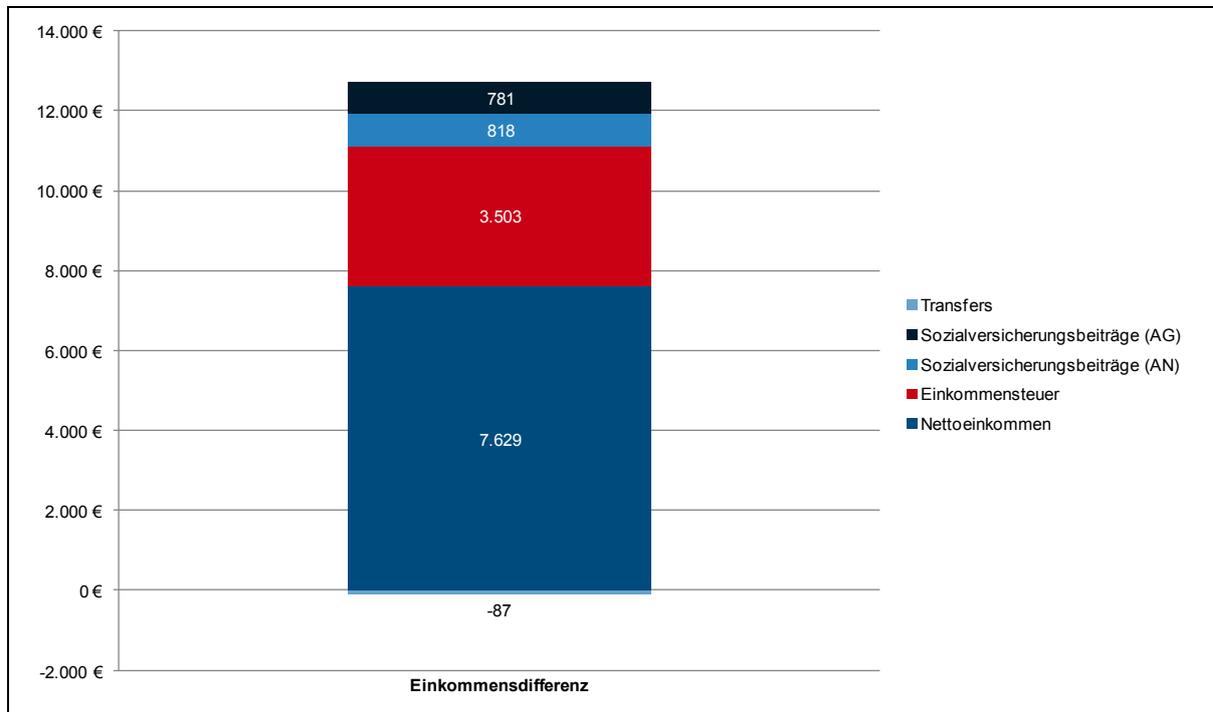
Abbildung 15: Durchschnittliche Einkommensunterschiede (Arbeitgeberbrutto pro Jahr) von Abiturienten und Personen mit Realschulabschluss, Westdeutschland



Quelle: SOEP 2011, eigene Berechnungen und Darstellung Prognos AG 2012

Über den gesamten Erwerbsverlauf (hier 18 bis 63 Jahre) hingegen verdienen Abiturienten im Schnitt 7.629 Euro netto pro Jahr mehr als Realschulabsolventen. Im Jahr zahlen sie daher im Schnitt 3.500 Euro mehr Einkommensteuern und rund 1.600 Euro mehr Sozialversicherungsbeiträge. Die Transferleistungen werden durch das Abitur im Vergleich zum Realschulabschluss nur wenig reduziert (87 Euro pro Jahr).

Abbildung 16: Einkommensdifferenzen von Abiturienten und Personen mit Realschulabschluss im Mittelwert 2010

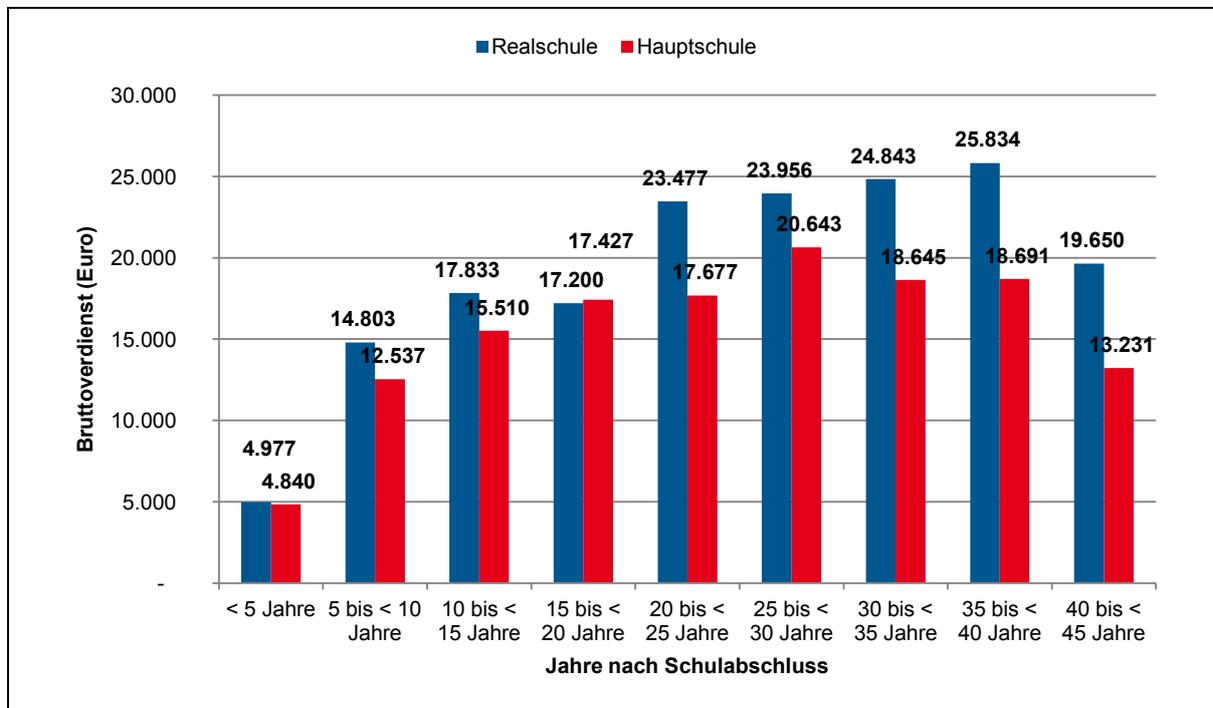


Quelle: SOEP 2011, eigene Berechnungen und Darstellung Prognos AG 2012

Realschulabsolventen statt Hauptschulabsolventen

Die durchschnittlichen Einkommen von Personen mit Realschulabschluss sind im Vergleich zu Hauptschulabsolventen in den ersten fünf Jahren nach Schulabschluss fast gleich hoch, danach erzielen Realschulabsolventen aber bereits ein höheres Einkommen.

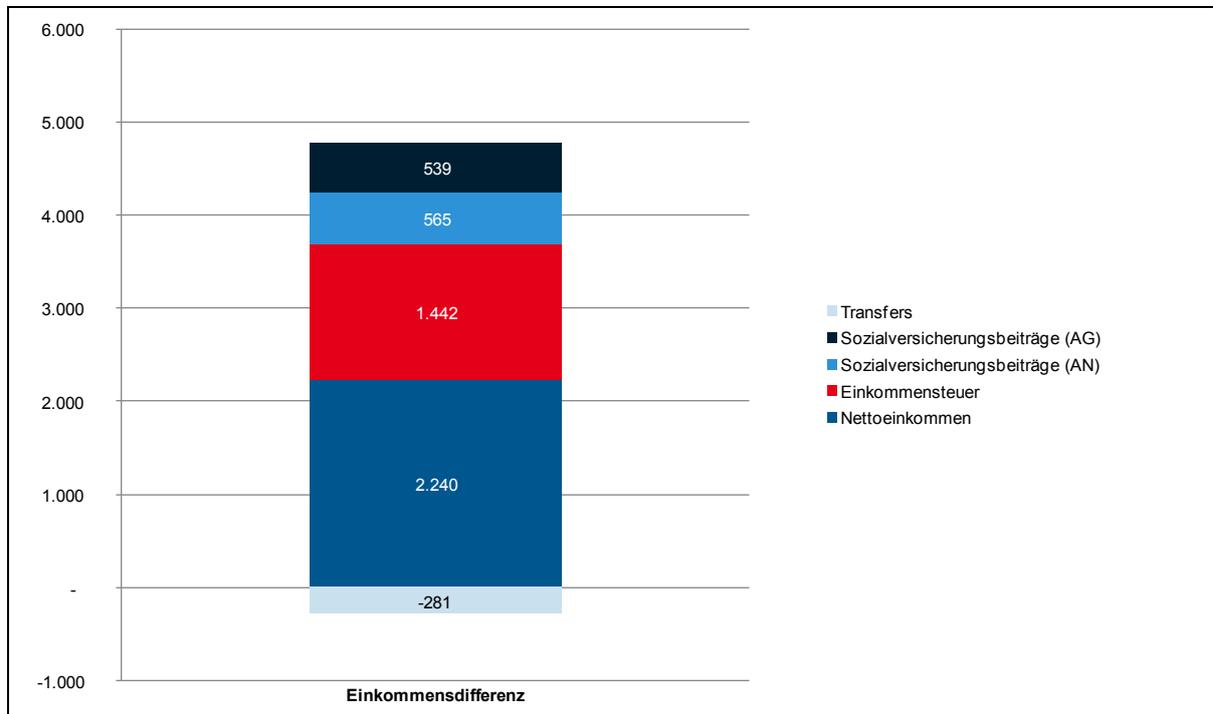
Abbildung 17: Durchschnittliche Einkommensunterschiede (Arbeitgeberbrutto pro Jahr) von Personen mit Realschulabschluss und Personen mit Hauptschulabschluss, Westdeutschland



Quelle: SOEP 2011, eigene Berechnungen und Darstellung Prognos AG 2012

Über den gesamten Erwerbsverlauf verdienen Realschulabsolventen im Schnitt etwa 2.240 Euro netto pro Jahr mehr als Hauptschulabsolventen. Durch den Realschulabschluss reduzieren sich die Transferleistungen um durchschnittlich 281 Euro. Die Einkommensteuereinnahmen steigen im Schnitt um 1.440 Euro und die Einnahmen der Sozialversicherungsbeiträge um rund 1.100 Euro im Durchschnitt pro Jahr.

Abbildung 18: Einkommensdifferenzen von Realschulabsolventen und Hauptschulabsolventen im Mittelwert 2010



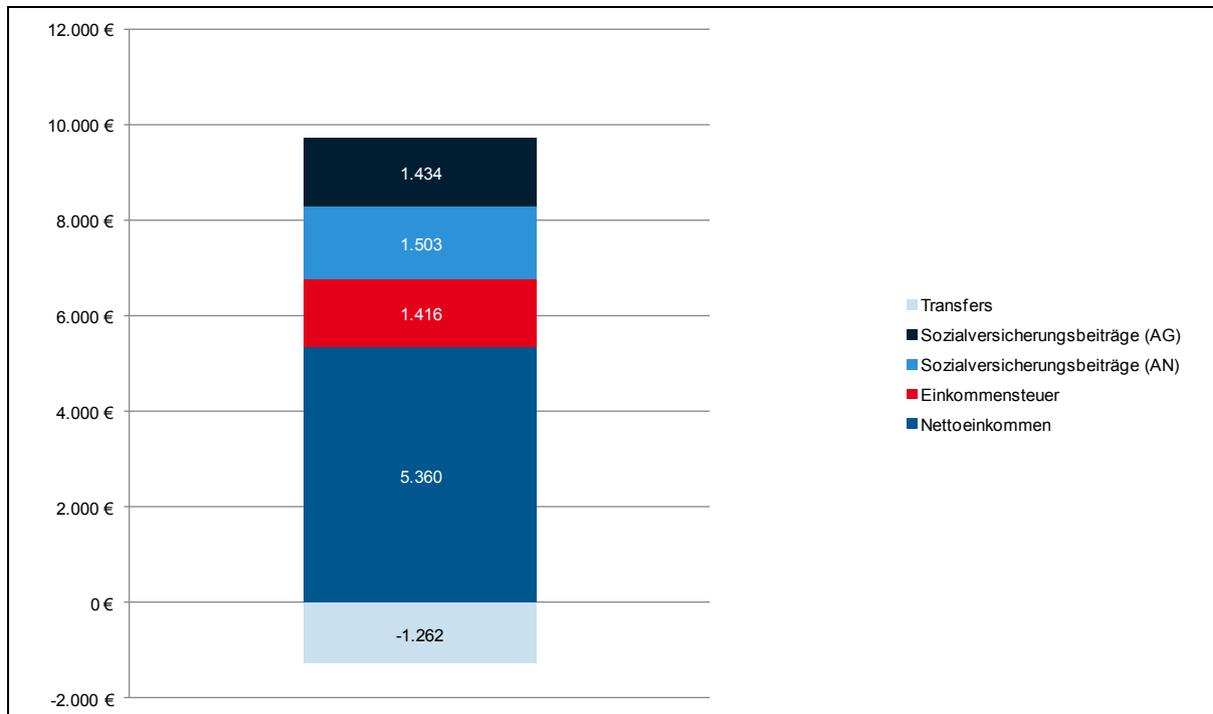
Quelle: SOEP 2011, eigene Berechnungen und Darstellung Prognos AG 2012

Hauptschulabsolventen statt Schulabbrecher

Ein Vergleich der durchschnittlichen Einkommen von Hauptschulabsolventen mit denen von Personen ohne Schulabschluss ist für einzelne Altersgruppen aufgrund zu geringer Fallzahlen nicht möglich. Über den Lebensverlauf resultiert eine durchschnittliche Differenz von rund 5.360 Euro Nettoeinkommen. Der Schulabschluss führt für den Fiskus zu einer Reduktion der Transferzahlungen um durchschnittlich 1.262 Euro pro Jahr. Darüber hinaus können die Einkommensteuereinnahmen um 1.416 Euro gesteigert werden und die Einnahmen der Sozialversicherungsbeiträger um knapp 3.000 Euro pro Kopf im Jahr.⁸⁰

80 Vergleich Auswertungen Mikrozensus: In NRW wird für 15-65 Jährige Hauptschulabsolventen und Personen ohne Schulabschluss mit einer geringeren Nettoeinkommensdifferenz von rund 4.000 Euro pro Jahr gerechnet. Die Zahlen über die Altersgruppen bestätigen einen relativ konstanten Verlauf der Einkommensdifferenz über das Erwerbsleben hinweg.

Abbildung 19: Einkommensdifferenzen von Personen mit und ohne Hauptschulabschluss im Mittelwert 2010



Quelle: SOEP 2011, eigene Berechnungen und Darstellung Prognos AG 2012

4.4.2 Ergebnisse

Aufsummiert bis zum Erreichen der Ausbaustufen führen die zusätzlichen Abiturienten, die sukzessive auf den Arbeitsmarkt kommen, aufgrund des geringeren Einkommens in den ersten 10 Jahren Einbußen bei den Steuereinnahmen und den Sozialversicherungsbeiträgen. Hinzu kommt, dass der Staat zunächst mehr Transferleistungen an Studentinnen und Studenten zahlt (BaföG), während Realschulabsolventen bereits in einer Ausbildung Geld verdienen. Den größten Kostenpunkt stellen jedoch die zusätzlichen Ausgaben für die längere Beschulung und das Studium dar.

Tabelle 16: Fiskalische Effekte durch zusätzliche Abiturienten nach Ausbaustufen (in Mio. Euro)

Effekte (Mio. Euro)	Ausbaustufen		
	50% (2014)	75% (2018)	100% (2026)
<i>zusätzliche Abiturienten</i>	1.767	7.508	31.345
Einkommensteuer	-0,05	-1,39	-32,98
Sozialversicherungsbeiträge	-0,25	-7,44	-136,13
Transfers (zusätzlich)	-0,12	-3,27	-29,85
Kosten längere Ausbildung	-5,04	-68,02	-461,73

Quelle: Prognos AG 2012

Im Saldo entstehen bis zum Erreichen der Ausbaustufe von 100% im Jahr 2026 für die Gebietskörperschaften und die Sozialversicherungsträger durch entgangene Einkommensteuer, Sozialversicherungsbeiträge und zusätzlich zu zahlende Transferleistungen Einbußen in Höhe von 198,97 Mio. Euro. Zusammen mit den Kosten für die längere Ausbildung auf Landesebene erhöhen sich die Einbußen auf rund 660,7 Mio. Euro. Grund dieser negativen Bilanz ist die kurzfristige Betrachtungsweise. Die zusätzlichen 31.345 Abiturienten würden über ihren gesamten Erwerbsverlauf von 45 Jahren hinweg ein zusätzliches Einkommen in Höhe eines Barwerts von 7,1 Mrd. Euro erwirtschaften.

Für die zusätzlichen Realschulabsolventen sind die fiskalischen Effekte auch bei dem kurzen Betrachtungszeitraum bis 2026 positiv. Verglichen mit Hauptschulabsolventen erzielen Realschulabsolventen von Beginn an höhere Einkommen. In den ersten Jahren nach Schulabschluss sind die Differenzen zwar noch gering, aber bereits positiv. Dadurch entstehen dem Fiskus bereits bis zum Erreichen der ersten Ausbaustufe Mehreinnahmen bei der Einkommensteuer und den Sozialversicherungsbeiträgen. Darüber hinaus können Transferleistungen eingespart werden.

Die erhöhten Aufwendungen für eine längere Beschulung entstehen zwar nur für ein Jahr, überlagern in den ersten Jahren des Betrachtungszeitraums jedoch die positiven, aber noch schwachen Einkommenseffekte.

Tabelle 17: Fiskalische Effekte zusätzliche Realschulabsolventen nach Ausbaustufen (in Mio. Euro)

	Ausbaustufen		
	50% (2014)	75% (2018)	100% (2026)
<i>zusätzliche Realschulabsolventen</i>	1.178	5.005	20.896
Einkommensteuer	+0,01	+0,60	+21,62
Sozialversicherungsbeiträge	+0,02	+0,48	+22,93
Transfers (Einsparungen)	+0,06	+1,80	+19,00
Kosten längere Ausbildung	-0,55	-3,41	-15,64

Quelle: Prognos AG 2012

Bis 2026 führen die zusätzlichen Einkommen zu Mehreinnahmen bei der Einkommensteuer als auch der Sozialversicherung und zu Einsparungen bei den Transfers in Höhe von 63,55 Mio. Euro. Damit werden die Kosten auf Landesebene für die längere Ausbildung in Höhe von 15,64 Mio. Euro deutlich ausgeglichen.

Die Effekte der zusätzlichen Realschulabsolventen sind zwar bereits kurzfristig positiv, langfristig betrachtet aber nicht so stark wie die der Abiturienten. Über ihr komplettes Erwerbsleben betrachtet (45 Jahre) könnten die knapp 21.000 zusätzlichen Realschulabsolventen ein zusätzliches Einkommen in Höhe von rund 1,4 Mrd. Euro (Barwert) erwirtschaften (Abiturienten 7,1 Mrd. Euro).

Hauptschulabsolventen erzielen von Beginn an höhere Einkommen als Schulabbrecher und erhalten weniger Transferleistungen vom Staat. Zusätzlich zu diesen Einnahme- und Einspareffekten können Ausgaben im Bereich des Übergangssystems eingespart werden. Die entstehenden Kosten für die längere Schulbildung werden bereits bei Erreichen der ersten Ausbaustufe von den positiven Effekten ausgeglichen.

Tabelle 18: Fiskalische Effekte zusätzliche Hauptschulabsolventen nach Ausbaustufen (in Mio. Euro)

	Ausbaustufen		
	50% (2014)	75% (2018)	100% (2026)
zusätzliche Hauptschüler	1.600	6.799	26.807
Einkommensteuer	+0,46	+12,93	+151,72
Sozialversicherungsbeiträge	+0,96	+26,83	+314,70
Transfers (Einsparungen)	+0,41	+11,53	+135,22
Kosten längere Ausbildung	-0,58	-12,12	-80,73

Quelle: Prognos AG 2012

Über den Betrachtungszeitraum von 15 Jahren werden durch die zusätzlichen Hauptschulabsolventen und die Verringerung der Schulabbrecher kurzfristig die höchsten Einspareffekte für den Fiskus erzielt (601 Mio. Euro Einkommensteuer, Sozialversicherungsbeiträge und Transfereinsparungen) im Vergleich zu den zusätzlichen Realschulabsolventen und Abiturienten. Langfristig würden die rund 27 Tausend Hauptschulabsolventen ein zusätzliches Einkommen in Höhe von 4,2 Mrd. Euro (Barwert) erzielen.

4.5 Saldierung von Einnahmen und Kosten

Im Folgenden werden die in Kapitel 5 ermittelten Einnahmen und Kosten saldiert und den entsprechenden Körperschaften zu geordnet. Wie bisher werden die Effekte bis zum Erreichen der jeweiligen Ausbaustufen von 50, 75 und 100% in den Jahren 2014, 2018, 2026 ausgewiesen.

Einnahmen

Die Einnahmeseite umfasst zusätzliche fiskalische Einnahmen, die durch den Ausbau der Ganztagschulen in NRW entstehen. Diese untergliedern sich in Einnahmen durch die Aufnahme oder Ausweitung der Erwerbstätigkeit von Müttern, Einnahmeffekte auf Basis der Beschäftigung zusätzlichen Betreuungspersonals im Ganztagsbetrieb sowie Einnahmeffekte, die auf Grundlage höherer Bildungsabschlüsse bei den Kindern als Folge der ganztagsschulischen Betreuung entstehen.

Neben zusätzlichen Einnahmen bei der Einkommensteuer und den Sozialversicherungsbeiträgen spart der Fiskus Ausgaben für Transferleistungen. In diesem Gutachten stehen auf Ebene der Kostenträger das Land und die Kommunen im Vordergrund, daher wird eine Zuordnung der Einnahmen und Kosten auf das Land und die Kommunen vorgenommen.

Von den Einkommensteuereinnahmen fließen jeweils 42,5% an Bund und Länder und 15% an die Kommunen. Die Sozialversicherungseinnahmen verbleiben bei den Sozialversicherungsträgern.

Bei den Transferleistungen sind Arbeitslosengeld II, Sozialhilfe, Wohngeld und Kinderzuschlag im Modell abgebildet. Das Arbeitslosengeld II zahlt der Bund mit Ausnahme der Kosten für Unterkunft. Diese tragen die Kommunen. Die Kosten der Unterkunft bemessen sich an der tatsächlich zu zahlenden Miete und werden bis zu einem festgesetzten Höchstbetrag erstattet. Durch die Aufnahme oder die Ausdehnung der Erwerbstätigkeit der Mütter, als auch durch einen höheren Bildungsabschluss der Kinder, entstehen Änderungen nur dann, wenn die betreffenden Personen aufgrund des höheren Einkommens nicht mehr leistungsberechtigt im Rahmen des ALG II sind. Eine veränderte Wohnsituation aufgrund der veränderten Erwerbs- und Einkommenssituation wird nicht abgebildet.

Neben den Kosten der Unterkunft im Rahmen des ALG II tragen die Kommunen die Ausgaben der Sozialhilfe. Das Wohngeld wird von Bund und Ländern gemeinsam zu jeweils 50% finanziert. Der Kinderzuschlag ist eine Leistung des Bundes.

Eine Einkommenserhöhung durch Erwerbsaufnahme oder -ausdehnung kann zum Einen zu einer Reduktion der zu zahlenden Transferleistungen führen. Zum Anderen kann dies aber auch zu einer Verschiebung der Ausgaben zwischen den einzelnen Leistungen und damit auch einzelnen Körperschaften führen. So führt zum Beispiel die Ausdehnung des Erwerbsumfanges der Mütter zu einem erhöhten Leistungsbezug von Wohngeld. Aufgrund des zusätzlichen Einkommens gelingt einigen Müttern der Ausstieg aus dem ALG II womit sie einen Anspruch auf Wohngeld (und Kinderzuschlag) erhalten.

Die Informationen zu Veränderungen der Transferzahlungen liegen für Effekte durch die Erwerbsaufnahme, oder -ausdehnung der Mütter sowie bei den Bildungseffekten der Kinder vor. Die genaue Zuweisung auf die Kostenträger stellt bei den Müttern kein Problem dar. Die Bildungseffekte bei den Kindern werden aber auf Basis von Kohorten von 5 Altersjahrgängen berechnet. Auf dieser Basis ist, aufgrund zu geringer Fallzahlen von Empfängern der einzelnen Leistungen, keine exakte Zuweisung der einzelnen Transferleistungen auf die Kostenträger möglich. Die Einnahmeer-

fekte auf Ebene des Landes und der Kommunen werden damit etwas unterschätzt.

Wie bereits erwähnt liegen auf der Ebene des zusätzlichen Betreuungspersonals keine Mikrodaten zu den Personen vor, weshalb an dieser Stelle keine Aussagen zu den Effekten auf die staatlichen Transferzahlungen getroffen werden können.

Kosten

Auf der Kostenseite entstehen einerseits im Zuge der verbesserten Bildungsabschlüsse durch den Ganztags Kosten durch längere Beschulung. Andererseits entstehen durch den Ganztagsausbau Kosten für zusätzliches Personal, sowie Investitions- und laufende Sachkosten. Wie bereits in den vorangegangenen Kapiteln dargestellt, werden die Investitionskosten, die die Kommunen zutragen haben, aufgrund ihrer Heterogenität nur im Rahmen der Beispielmunicipalitäten betrachtet. Auch die laufenden Sachkosten werden in diesem Kapitel nicht betrachtet, da diese ebenfalls in die Zuständigkeit der Kommunen fallen. Bei den Personalkosten eingeschlossen sind auch zusätzliche Förderprogramme des Landes⁸¹.

Die Darstellung der Kostenseite wird damit ausschließlich auf Landesebene vorgenommen.

Ergebnisse

Die Einnahmen durch die Beschäftigungseffekte bei Müttern und dem Betreuungspersonal steigen linear mit dem Ganztagsausbau an. Die Zahl der Mütter, die durch den Ganztagsausbau wieder eine Erwerbstätigkeit aufnehmen kann, ist zwar geringer als die Zahl derer, die ihren Erwerbsumfang ausdehnen, allerdings sind die Effekte einer Erwerbsaufnahme deutlich höher.

Die erzielten Einnahmeeffekte durch die Mütter belaufen sich im Jahr 2026 beim Erreichen der Ausbaustufe von 100% insgesamt auf 566 Mio. Euro. Der größte Anteil ist auf zusätzliche Sozialversicherungsbeiträge zurückzuführen, die den Sozialversicherungsträgern zufließen. Von den eingesparten Transferleistungen in Höhe von 194 Mio. Euro im Jahr 2026 verbleiben nur 3,28 Mio. Euro beim Land. Ein Grund für den geringen Anteil ist die bereits erwähnte Verschiebung von Leistungen bspw. vom Bund (ALG II) auf das Land (Wohngeld). Von den zusätzlichen Einkommensteuereinnahmen (169 Mio. Euro) verbleiben 72 Mio. Euro (42,5%) beim Land NRW.

⁸¹ Primarstufe: „Schule von acht bis ein“, „Dreizehn Plus“, „Silentien“ Sekundarstufe: Förderprogramme zur pädagogischen Übermittagsbetreuung

Das zusätzlich benötigte Betreuungspersonal verursacht bis zu einem flächendeckenden Ganztagsausbau im Jahr 2026 fiskalische Mehreinnahmen in Höhe von 246 Mio. Euro. Von den 143 Mio. Euro an zusätzlichen Einkommensteuereinnahmen bleiben 61 Mio. Euro im Landeshaushalt von NRW. Die zusätzlichen Sozialversicherungsbeiträge sind verhältnismäßig gering, da Lehrerinnen und Lehrer in der Mehrheit verbeamtet sind. Zu den potenziellen Einsparungen bei den Transfers kann auf Basis fehlender Mikrodaten keine Aussage getroffen werden.

Die Anzahl von Schülerinnen und Schülern mit besseren Bildungsabschlüssen steigt zwar, wie bei den Müttern und dem Betreuungspersonal, linear mit dem Ausbau des Ganztags an, allerdings steigern sich die Einnahmefeffekte erst über den Zeitverlauf. Bei den zusätzlichen Abiturienten werden diese sogar erst mehrere Jahre nach Schulabschluss positiv.

Insgesamt erreichen durch den Ganztagsausbau bis 2026 79.048 Schülerinnen und Schüler einen höheren Bildungsabschluss und erzielen, trotz des recht kurzfristigen Betrachtungshorizonts von 15 Jahren, Mehreinnahmen in Höhe von insgesamt 466,23 Mio. Euro. Der größte Anteil dieser Einnahmen fließt den Sozialversicherungsträgern zu (202 Mio. Euro). Von den zusätzlichen Einkommensteuereinnahmen in Höhe von 140 Mio. Euro verbleiben 60 Mio. Euro beim Land NRW. Wie hoch die Einsparungen bei den Transferleistungen auf Landesebene und bei den Kommunen sind, kann aufgrund der kleinen Fallzahlen von Leistungsbeziehern in den einzelnen betrachteten Alterskohorten nicht bestimmt werden.

Insgesamt entstehen im Jahr 2026 durch den Ausbau der Ganztagsbetreuung auf 100% in NRW Einnahmen in Höhe von 1,3 Mrd. Euro. Beim Land verbleiben davon rund 192 Mio. Euro und bei den Kommunen 67,9 Mio. Euro.

Während bei den Einnahmen zunächst die Gesamteffekte geschätzt und diese im zweiten Schritt den betreffenden Körperschaften zugeordnet worden sind, wurden bei der Bilanzierung der Kosten nur die Kosten auf Landesebene betrachtet.

Kosten, die auf Landesebene aufgrund längerer Beschulung als Folge höherer Bildungsabschlüsse entstehen, belaufen sich für das Jahr 2026 auf 558 Mio. Euro und übersteigen damit die gesamten Einnahmefeffekte der Kinder in Höhe von 466 Mio. Euro.

Für zusätzliches Personal und Förderprogramme belaufen sich die Kosten des Landes NRW für den Ganztagsausbau 2026 auf rund 1,4 Mrd. Euro.

Auf Landesebene sind die fiskalischen Effekte des Ausbaus der Ganztagsbetreuung bis 2026 negativ. 2026 beträgt der Saldo aus Einnahmen und Ausgaben -1,8 Mrd. Euro.

Ursache dieses Ergebnisses ist, dass von den entstehenden Einnahmen nur ein Anteil beim Land verbleibt. Von den bei einem flächendeckenden Ausbau im Jahr 2026 entstehenden Einnahmeeffekten in Höhe von rund 1,3 Mrd. Euro erhält das Land lediglich rund 192 Mio. Euro.

Darüber hinaus ist der Betrachtungshorizont für die Bildungseffekte bei Kindern sehr kurzfristig. Positive Renditen bilden sich erst über den langfristigeren Erwerbsverlauf ab. Kurzfristig entstehen zunächst Einnahmeausfälle sowie direkte Kosten durch längere Zeiten in der Schule als Folge verbesserter Bildungsabschlüsse.

Tabelle 19: Zusätzliche Einnahmen durch den Ganztagsausbau nach Ausbaustufen, Körperschaften und Einnahmequelle

		50% (2014)			75% (2018)			100% (2026)		
		gesamt	davon Land	davon Kommunen	gesamt	davon Land	davon Kommunen	gesamt	davon Land	davon Kommunen
Einnahmeffekte										
Mütter	Einkommensteuer (Mio. Euro)	36,66	15,58	5,50	93,66	39,80	14,05	168,87	71,77	25,33
	Sozialversicherungsbeiträge (Mio. Euro)	133,86	-	-	133,67	-	-	229,03	-	-
	Transfers (Mio. Euro) (Einsparungen)	33,67	0,71	7,52	113,07	1,82	19,22	193,75	3,28	34,66
	Gesamt	204,19	15,58	5,50	340,40	39,80	14,05	591,65	71,77	25,33
Betreuungs-personal	Einkommensteuer (Mio. Euro)	32,15	13,66	4,82	79,52	33,80	11,93	143,44	60,96	21,52
	Sozialversicherungsbeiträge (Mio. Euro)	25,87	-	-	61,17	-	-	102,73	-	-
	Transfers (Mio. Euro) (Einsparungen)	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Gesamt	58,02	13,66	4,82	140,69	33,80	11,93	246,17	60,96	21,52
Kinder	Einkommensteuer (Mio. Euro)	0,44	0,19	0,07	12,14	5,16	1,82	140,36	59,65	21,05
	Sozialversicherungsbeiträge (Mio. Euro)	0,73	-	-	19,87	-	-	201,50	-	-
	Transfers (Mio. Euro) (Einsparungen)	0,36	-	-	10,06	-	-	124,37	-	-
	Gesamt	1,52	0,19	0,07	42,08	5,16	1,82	466,23	59,65	21,05
Einnahmeffekte GESAMT		263,73	29,43	10,39	523,16	78,76	27,80	1.304,05	192,39	67,90

Quelle: Prognos AG 2012

Tabelle 20: Zusätzliche Ausgaben durch den Ganztagsausbau nach Kostenursache sowie nach Ausbaustufen und Körperschaften

		50% (2014)			75% (2018)			100% (2026)		
		gesamt	davon Land	davon Kommunen	gesamt	davon Land	davon Kommunen	gesamt	davon Land	davon Kommunen
Kosten										
Kinder	Kosten längere Beschulung (Mio. Euro)		-6,17			-83,55			-558,10	
	Ausbau	Personalkosten einschl. Förderprogrammen des Landes (Mio. Euro)		-398,01	-		-879,17	-		-1.431,45
Investitionskosten (Mio. Euro)			-			-			-	
laufende Sachkosten (Mio. Euro)			-			-			-	
Kosten GESAMT			-404,18			-962,72			-1.989,55	
Einnahmeffekte GESAMT		263,73	29,43	10,39	523,16	78,76	27,80	1.304,05	192,39	67,90
Saldo			-374,75			-883,96			-1.797,17	

Quelle: Prognos AG 2012

5 Auswirkungen des Ganztags für die Kommunen

5.1 Grundlagen der Berechnung auf kommunaler Ebene

Für die vier ausgewählten Modellkommunen Bergkamen, Bonn, Essen und Kevelaer wurde jeweils eine Ausgaben/Einnahmen-Planung erstellt, die das hypothetische Ziel eines Ganztagsausbaus vom Status quo auf ein Ausbauniveau von 100 % darstellt. Dabei soll analog zu dem Szenario für das Land Nordrhein-Westfalen in den Grundschulen ein Ganztagsangebot von 100 % bis 2020 erreicht sein und in der Sekundarstufe I bis zum Jahr 2026.⁸²

In allen vier untersuchten Kommunen existieren zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch keine konkreten Planungen für einen Ausbau in dieser Form. Wir möchten daher an dieser Stelle ausdrücklich betonen, dass die im Folgenden vorgestellten Modellrechnungen **fiktive Szenario-Rechnungen** darstellen, die nicht die aktuellen Planungen der Kommunen wiedergeben und entsprechend auch noch nicht die kommunalpolitischen Entscheidungswege durchlaufen haben.

Ausgangswerte für die Entwicklung der Schülerzahlen sind die Angaben der Kommunen zu aktuellen Schülerzahlen und (soweit verfügbar) eigene Prognosen der Kommunen zur erwarteten Entwicklung. Sofern keine Hochrechnungen der Schülerzahlen für den Planungszeitraum 2012 bis 2026 vorliegen, orientieren sich die Prognosen an den Schülerzahlprognosen von IT.NRW. Bei den kreisangehörigen Kommunen (Bergkamen: Kreis Unna; Kevelaer: Kreis Kleve) wurden die Plandaten für die jeweilige Kommune anhand der Änderungsraten der Schülerzahlprognosen für die einzelnen Schulformen auf Kreisebene ermittelt.

Im Zentrum der Analyse stehen die Ausgaben und Einnahmen, die den kommunalen Haushalten bei einem Ausbau der Ganztagsbetreuung entstehen bzw. zufließen, unabhängig davon, an welcher Stelle des Haushalts dies passiert. Von Interesse sind dabei vor allem die folgenden Planungseckdaten sowie Kosten- und Erlösgrößen:

- *Zusätzlicher Personalbedarf und Personalkosten*
 - Pädagogisches Personal (qualifiziert)
 - Pädagogisches Personal (Hilfskräfte)
 - Honorarkräfte

⁸² Es wird im Primärbereich davon ausgegangen, dass auch bei einem Ausbau von 100 % Offener Ganztags angeboten wird. Es wird entsprechend prognostiziert, welche Kosten und Nutzeneffekte entstehen, wenn ein Ganztagsangebot OGS für eine (fiktive) Nachfrage von bis zu 100 % vorgehalten wird.

- Technisches Personal (Küchenpersonal, Hausmeister)
- Schulsekretär/-innen
- Schulverwaltungspersonal
- *Zusätzlicher Raumbedarf und Investitionskosten*
 - Neubau, Umbau- oder Modernisierungsbedarf und -kosten
 - (Erst-) Ausstattungskosten
- *Zusätzliche Sach- und Betriebskosten*
 - Betriebskosten Räume (Reinigung, Energie, etc.)
 - Instandhaltungskosten Gebäude und Räume
 - Kosten Schulbetrieb, Verpflegung
- *Zusätzliche Einnahmen und Zuschüsse*
 - Elternbeiträge
 - Personal-, Investitions- oder Sachkostenzuschüsse des Landes oder des Bundes

Die Planungsdeckdaten sowie die Kosten- und Erlösgrößen basieren soweit möglich auf Angaben der Kommunen. Teilweise werden Erfahrungswerte auf der Grundlage des Status Quo angesetzt; teilweise muss mit Schätzungen gearbeitet werden, da keine detaillierten Kosteninformationen vorliegen. Für jede Kommune wird sowohl für die Primarstufe als auch die Sekundarstufe I ein Businessplan für den Ausbau erstellt.

Die Kostenansätze werden über den Planungszeitraum 2012 (Basisjahr) bis 2026 inflationiert. Dabei wird bei Investitionen, Sach- und Betriebskosten mit einer Preissteigerungsrate von 1,5% p.a. gerechnet, bei den Personalkosten mit einer Nominallohnsteigerungsrate von 3% p.a. Die Einnahmen in Form von Elternbeiträgen für die Offene Ganztagschule (OGS) und Verpflegung werden nicht inflationiert. Im gebundenen Ganztags in der Sekundarstufe I werden keine Elternbeiträge erhoben.

Aufbauend insbesondere auf den Personalbedarfsplanungen werden dann – wie auf Landesebene – für jede Kommune die Beschäftigungseffekte und die daraus resultierenden Einkommensteuereffekte ermittelt. In einem letzten Schritt wird eine umfassende Kosten-Nutzen-Relation für den jeweiligen kommunalen Haushalt aufgestellt, die sowohl die Investitionskosten wie auch laufende Betriebsausgaben und -einnahmen und steuerliche Effekte des Ausbaus der Ganztagsbetreuung umfasst.

Folgende Aspekte sind bei der Interpretation der Berechnungen zu berücksichtigen:

- Alle Kommunen betreiben derzeit Förderschulen, die bereits in vielen Fällen ein Ganztagsangebot vorhalten. Die Kosten für ein Ganztagsangebot in Förderschulen, das den qualitativen

Anforderungen des SGB VIII entspricht, sind höher als für einen Standard-OGS-Platz. Die spezifischen Bedarfe der Kinder werden sich auch mit der Eingliederung (Inklusion) in das sogenannte Regelschulsystem nicht verringern. Vor dem Hintergrund der aktuellen Diskussion zur Inklusion ist noch nicht abzusehen, wie Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf, die derzeit die Förderschulen besuchen, in Zukunft beschult werden und welche Folgekosten im Zuge des Inklusionsprozesses auf den OGS-Bereich zukommen werden. Die folgenden Szenarien beschäftigen sich daher zunächst nur mit dem Ausbau der Regelschulen der jeweiligen Kommune. Die in dieser Studie prognostizierten Kosten des Ausbaus werden sich im Falle einer Ausweitung des Ganztagsausbaus auf die Förderschulen bzw. einer Inklusion der Förderschüler in das Regelschulsystem entsprechend erhöhen.

- Die kommunalen Einnahmen werden auf der Grundlage des derzeit gültigen Gemeindefinanzierungsgesetzes kalkuliert. Im Rahmen der Reform der Gemeindefinanzierung werden derzeit eine Unterscheidung nach Ganztags- und Halbtagschülern und höhere Zuweisungen für Ganztagschüler diskutiert. Eine Berücksichtigung des neuen Gemeindefinanzierungsgesetzes könnte in Zukunft deutliche Auswirkungen auf die Einnahmeseite der ausbauenden Kommune und damit auf die Lastenverteilung haben.
- Aus betriebswirtschaftlicher Sicht kann plausibel argumentiert werden, dass ein qualitativ hochwertiger Ausbau der Ganztagsbetreuung und die damit verbundenen Wirkungen zu einem Abbau von Kapazitäten an anderer Stelle der kommunalen Haushalte führen können. In den Kommunen wird beispielsweise immer wieder über Wechselwirkungen zwischen der Finanzierung von Ganztagschulen und von Angeboten der Jugendhilfe diskutiert. Ob und in welchem Umfang sich dadurch Verlagerungen von Finanzströmen erreichen lassen, ist jedoch noch spekulativ und steht unter dem Vorbehalt entsprechender jugend- und haushaltspolitischer Entscheidungen. Diese Effekte werden daher in der vorliegenden Kosten-Nutzen-Analyse nicht berücksichtigt.
- Die Einnahmen in Form von Elternbeiträgen für die Offene Ganztagschule und Verpflegung werden in den vorliegenden Berechnungen nicht inflationiert, da in allen beteiligten Kommunen bislang keine Erhöhungen geplant sind. Mittelfristig ist angesichts des rund 15-jährigen Betrachtungszeitraums der Analyse jedoch davon auszugehen, dass seitens der Kommunen bei Gebühren und Beiträgen Anpassungen vorgenommen werden.

5.2 Bergkamen

Die Schülerzahlen in Bergkamen sind bereits seit einigen Jahren aufgrund zurückgehender Einschulungen stark rückläufig. Der Rückgang in der Primarstufe wird sich auf der Basis eigener Vorausberechnungen und der Prognosen von IT.NRW für den Kreis Unna bis 2017 fortsetzen, dann in den Folgejahren jedoch abschwächen. Gemäß der Prognose sinken die Schülerzahlen in der Primarstufe von 1.953 Schülerinnen und Schüler (Schuljahr 2011/2012) auf 1.510 im Jahr 2026. In der Sekundarstufe I gehen die Schülerzahlen von 3.073 auf 2.242 im Jahr 2026 zurück.

Bergkamen betreibt derzeit neun Grundschulen, von denen acht bereits offenen Ganztags anbieten. Eine Grundschule wird bewusst nach Elternentscheid nicht als Ganztagschule geführt. Rund 17% der Schülerinnen und Schüler aus der Primarstufe nutzen derzeit das Angebot. Zwei der acht Grundschulen mit Ganztagsangebot laufen jahrgangsweise aus. Zum Schuljahr 2012/13 werden dort keine Eingangsklassen mehr gebildet.

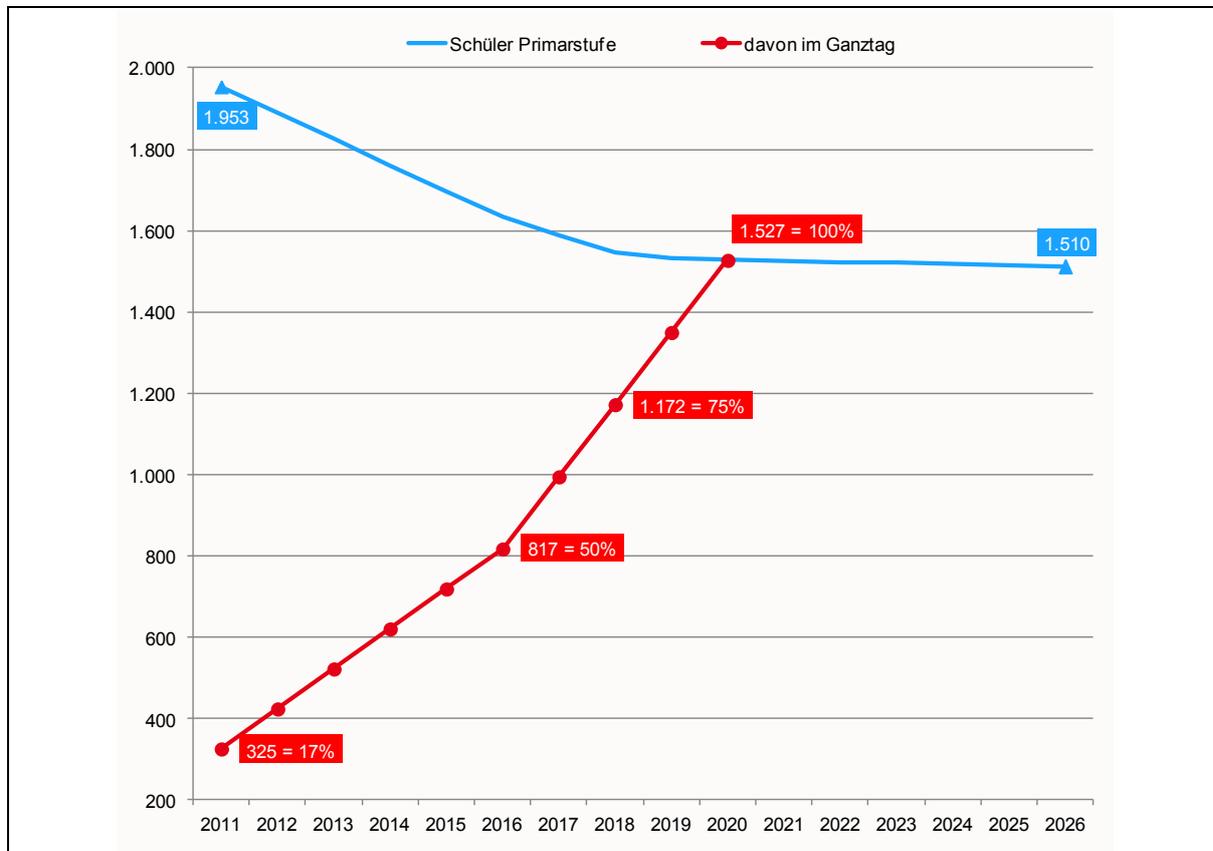
In der Sekundarstufe I betreibt Bergkamen eine Hauptschule mit zwei Standorten, zwei Realschulen, eine Gesamtschule und ein Gymnasium. Darüber hinaus gibt es noch eine Förderschule für die Klassen 1 bis 10. Haupt- und Gesamtschulen sind bereits zu 100% im Ganztagsbetrieb. An den beiden Standorten der Hauptschule werden seit 2010/11 bzw. 2011/12 keine Eingangsklassen mehr gebildet – die Schulform Hauptschule läuft in Bergkamen somit zum Schuljahresbeginn 2016/17 endgültig aus.

An beiden Realschulen und dem Gymnasium findet bislang lediglich Übermittagsbetreuung im Rahmen des Landesprogramms „Geld oder Stelle“ statt.

5.2.1 Ausbau OGS Primarstufe

Mit der Zielstellung, im Jahr 2020 das Ausbauniveau von 100% Offene Ganztagschule in der Primarstufe zu erreichen, verbindet sich in Bergkamen ein Ausbau auf 817 Plätze im Jahr 2016 (ca. 50%) und 1.172 Plätze (ca. 75%) in 2018.

Abbildung 20: Bergkamen: Entwicklung der Schülerzahlen in der Primarstufe und Ausbauszenario OGS



Quelle: IT NRW, Angaben Bergkamen, eigene Berechnungen und Darstellung Prognos AG 2012

Erforderliche Investitionen

Die Stadt Bergkamen geht davon aus, dass für den sukzessiven Ausbau der Ganztagsbetreuung an den Grundschulen neue Räume geschaffen werden müssen. Kalkulationsgrundlage ist ein Ansatz von 2m² Flächenbedarf je zusätzlichem Schüler sowie Bau bzw. Umbaukosten in Höhe von 2.260€/ m². Darüber hinaus sind Investitionen für die Erstausrüstung des Ganztagsplatzes erforderlich, die mit 1.111 Euro je Schüler angesetzt werden. Insgesamt entstehen so bis zum Ausbauniveau 100% zusätzliche Investitionen von rund 7,3 Mio. Euro für Räume und Ausstattung.

Tabelle 21: Bergkamen: Zusätzliche Investitionskosten in der Ausbauphase der OGS

Investitionskosten Primarstufe (in T€)	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	Gesamt
Neubau/Ausbau	445	451	458	465	472	864	877	891	904	5.828
Ausstattung (Mobiliar, Technik, etc.)	109	111	113	114	116	213	216	219	222	1.433
jährliche Investition	554	562	571	579	588	1.077	1.093	1.110	1.126	7.261

Quelle: Angaben Bergkamen, eigene Berechnungen

Zusätzlicher Personalbedarf

Bergkamen entscheidet sich im Primarbereich für die Kapitalisierung und finanziert mit diesen und zusätzlichen eigenen Mitteln pädagogisches Personal und Honorarkräfte. Je zusätzlicher Ganztagsgruppe (25 Schülerinnen und Schüler) stellen die Schulen in Bergkamen in der Regel pädagogisches Personal im Umfang von 30 Wochenstunden ein, davon 20 Std. qualifiziertes päd. Personal und 10 Std. päd. Hilfskräfte sowie zusätzlich Honorarkräfte im Umfang von 4 Std. pro Woche (=144 Stunden pro Gruppe im Jahr bei 36 Wochen im Schuljahr).

Bei einem Ausbau des Ganztags wird darüber hinaus mehr Küchenpersonal im Umfang von 2 Stunden je Gruppe benötigt. Ebenfalls werden mehr Schulsekretär/innen eingestellt, deren Personalbedarf durch einen Aufschlag auf den Stellenschlüssel abgebildet wird: 10% Zuschlag für 50% Ausbau, sowie jeweils weitere 5% Zuschlag für 75% und 100% Ausbau. Schließlich ist auch zusätzliche Kapazität im Schulamt erforderlich. Hier wird mit einem Personalbedarf von ca. ¼ Stelle je 100 zusätzlichen Schüler/-innen in der Offenen Ganztagschule gerechnet.

Multipliziert mit den Arbeitgeber-Brutto-Personalkosten für die jeweilige Stelle (qualifiziertes pädagogisches Personal, pädagogische Hilfskraft, Honorarkraft, Küchenhilfe, Verwaltungsmitarbeiter/in usw.) können die zusätzlichen Personalkosten für die jeweilige Ausbaustufe errechnet werden.

Sach- und Betriebskosten

Es fallen zusätzliche Kosten für Reinigung, Energie und Instandhaltung an, die ebenfalls je Quadratmeter angesetzt und entsprechend der Ausweitung des Raumprogramms hochgerechnet werden.

Für allgemeine zusätzliche Kosten des Schulbetriebs zahlt die Kommune den Schulen je Schüler und Schuljahr 40 Euro. Die Kosten für Verpflegung (50 Euro x 11 Monate) werden als zusätzlicher Elternbeitrag erhoben, sind also kostenneutral für die Stadt Bergkamen.

Einnahmen und Zuschüsse

Die Kommune erhebt in der Offenen Ganztagschule einkommensabhängige Elternbeiträge von durchschnittlich 30 Euro je Platz und Monat (durchschnittliche jährliche Einnahmen je Platz: 360 Euro). Hinzu kommen Beiträge zur Mittagsmahlzeit je Kind und Jahr von 550 Euro.

Von Seiten des Landes fließen Mittel aus der Kapitalisierung von 0,1 Lehrerstellen pro 25 Kinder (entsprechend 235 Euro pro Jahr und Kind) sowie Zuschüsse zum laufenden Betrieb je Schuljahr und Kind in Höhe von 700 Euro.

Saldo der Einnahmen und Ausgaben

Im Ergebnis ergibt sich für die Ausbauniveaus 50, 75 und 100% ohne Berücksichtigung von Investitionen und Einkommensteuereffekten zunächst ein jährliches Primärdefizit zwischen 205 Tsd. Euro und 787 Tsd. Euro.

Tabelle 22: Bergkamen: Saldo der Einnahmen und Ausgaben OGS auf dem jeweiligen Ausbauniveau

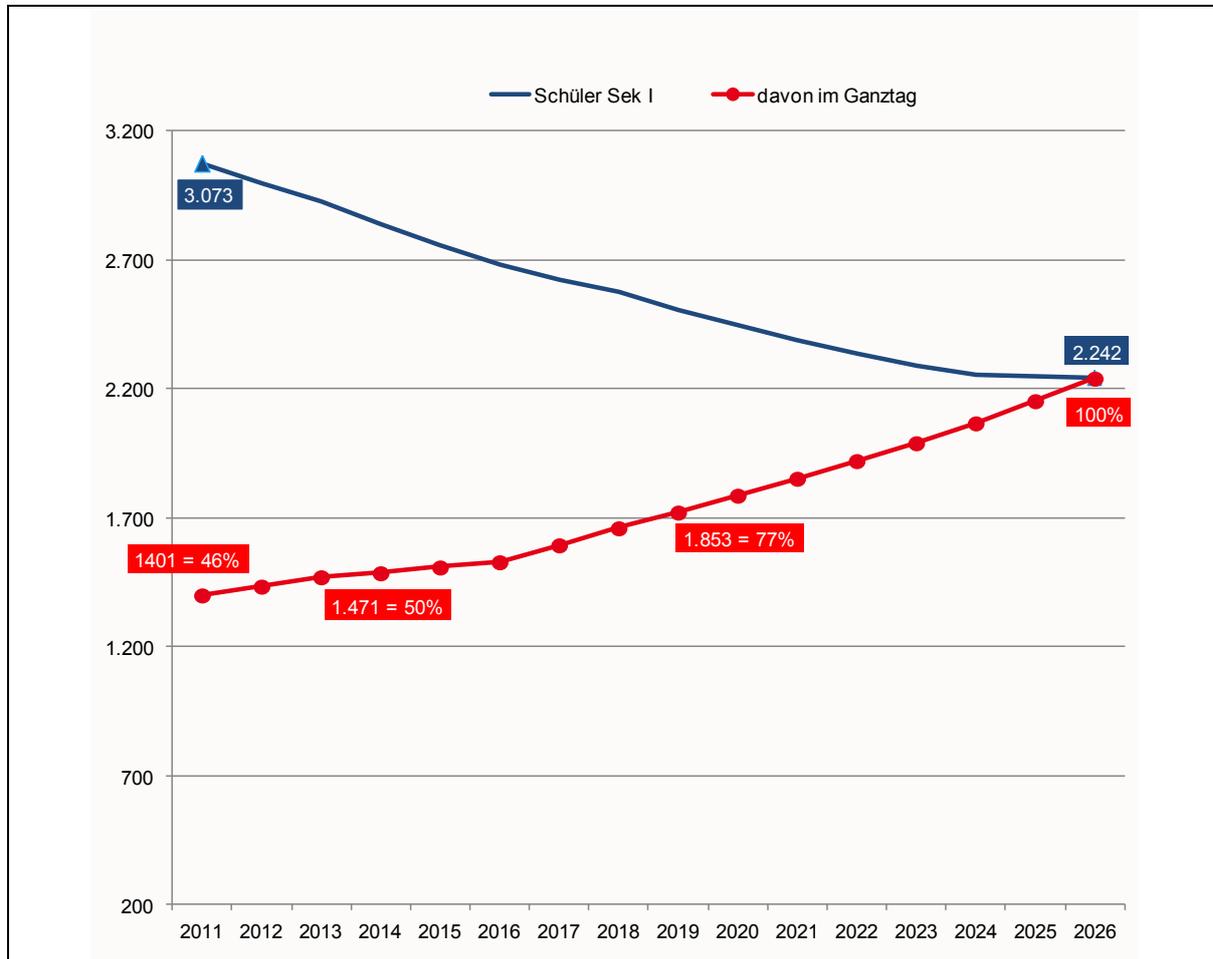
Ausbauszenario Primarstufe Bergkamen	Ausbaustufe		
	50% (2016)	75% (2018)	100% (2020)
Schüler gesamt	1.634	1.545	1.527
Schüler im Ganzttag	817	1.172	1.527
Tatsächliche %-Zahl der Schüler im Ganzttag	50,0%	75,9%	100%
zusätzliche Investitionskosten bis zum Erreichen der Stufe (ab Ausbaustart 2012 kumuliert in T€)	2.855	5.025	7.261
zusätzliche laufende Kosten gesamt auf dieser Stufe in T€	1.113	1.995	3.005
zusätzliche Personalkosten auf dieser Stufe	760	1.369	2.089
zusätzliche Sach- und Betriebskosten auf dieser Stufe	353	626	915
zusätzliche Einnahmen gesamt auf dieser Stufe in T€	908	1.563	2.218
zusätzliche Elternbeiträge (OGS & Verpflegung)	448	771	1.094
Landesmittel (kapital. Mittel & lfd. Zuschüsse)	460	792	1.124
Saldo I (ohne Investitionen und Est-Effekte) in T€	-205	-433	-787

5.2.2 Ausbau gebundener Ganzttag Sekundarstufe I

Da die Schulform Hauptschule in Bergkamen zum Schuljahresbeginn 2016/17 ausläuft und die Gesamtschule sich bereits im Ganzttag befindet, hat die Simulation eines 100-prozentigen Ganzttagsausbaus in der Sekundarstufe I in Bergkamen nur Auswirkungen auf die Realschulen sowie das Gymnasium. Die Schüler der

Hauptschule wurden in dem Szenario zu gleichen Teilen auf die Gesamtschule und die Realschule verteilt.

Abbildung 21: Bergkamen: Entwicklung der Schülerzahlen in der Sek I und Ausbauszenario gebundener Ganztags



Quelle: IT NRW, Angaben Bergkamen, eigene Berechnungen und Darstellung Prognos AG 2012

Erforderliche Investitionen

Sowohl in den Realschulen als auch im Gymnasium werden die derzeit verfügbaren Flächen ausreichen, um den Betrieb bei einem 100-prozentigen Ganztagsangebot gewährleisten zu können. Es werden zum heutigen Zeitpunkt keine Investitionen für Neubau-, Ausbau- oder Umbaumaßnahmen erwartet.

Zusätzlicher Personalbedarf

Seitens des Landes wird den Schulen beim Ausbau ein Lehrerstellenzuschlag von 20% gewährt, der auf Wunsch teilweise kapitalisiert werden kann. Bergkamen stellt darüber hinaus keine weiteren

Mittel zur Verfügung. Die Entscheidung über die Kapitalisierung von Lehrerstellen liegt bei den Schulen.

Im Bereich des schulischen Verwaltungspersonals (Schulsekretariate) wird mit prozentualen Aufschlägen gerechnet, die bei höheren Ausbaustufen berücksichtigt werden müssen. Weitere zusätzliche Personalkosten fallen auf kommunaler Ebene nicht an.

Sach- und Betriebskosten

Da der gebundene Ganzttag in bestehenden Räumen durchgeführt wird, fallen keine zusätzlichen Kosten für Reinigung oder Instandhaltung an. Höhere Betriebskosten (Energie/ Ver- und Entsorgung) werden nicht erwartet. Zusätzliche Kosten fallen für die Mensaverpflegung der Ganzttagsschüler an, da seitens der Kommune ein Zuschuss geleistet wird, der je Schule bei einem Ausbauniveau von 100% maximal 16.200 Euro beträgt.

Einnahmen und Zuschüsse

Es werden keine Elternbeiträge erhoben. Vom Land fließen keine weiteren Zuschüsse zum laufenden Betrieb.

Saldo der Einnahmen und Ausgaben

Für die verschiedenen Ausbauniveaus (50, 75 und 100%) ergibt sich ohne Berücksichtigung von Einkommensteuereffekten oder Einsparpotenzialen im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe zunächst ein jährliches Primärdefizit zwischen 9 Tsd. Euro und 121 Tsd. Euro.

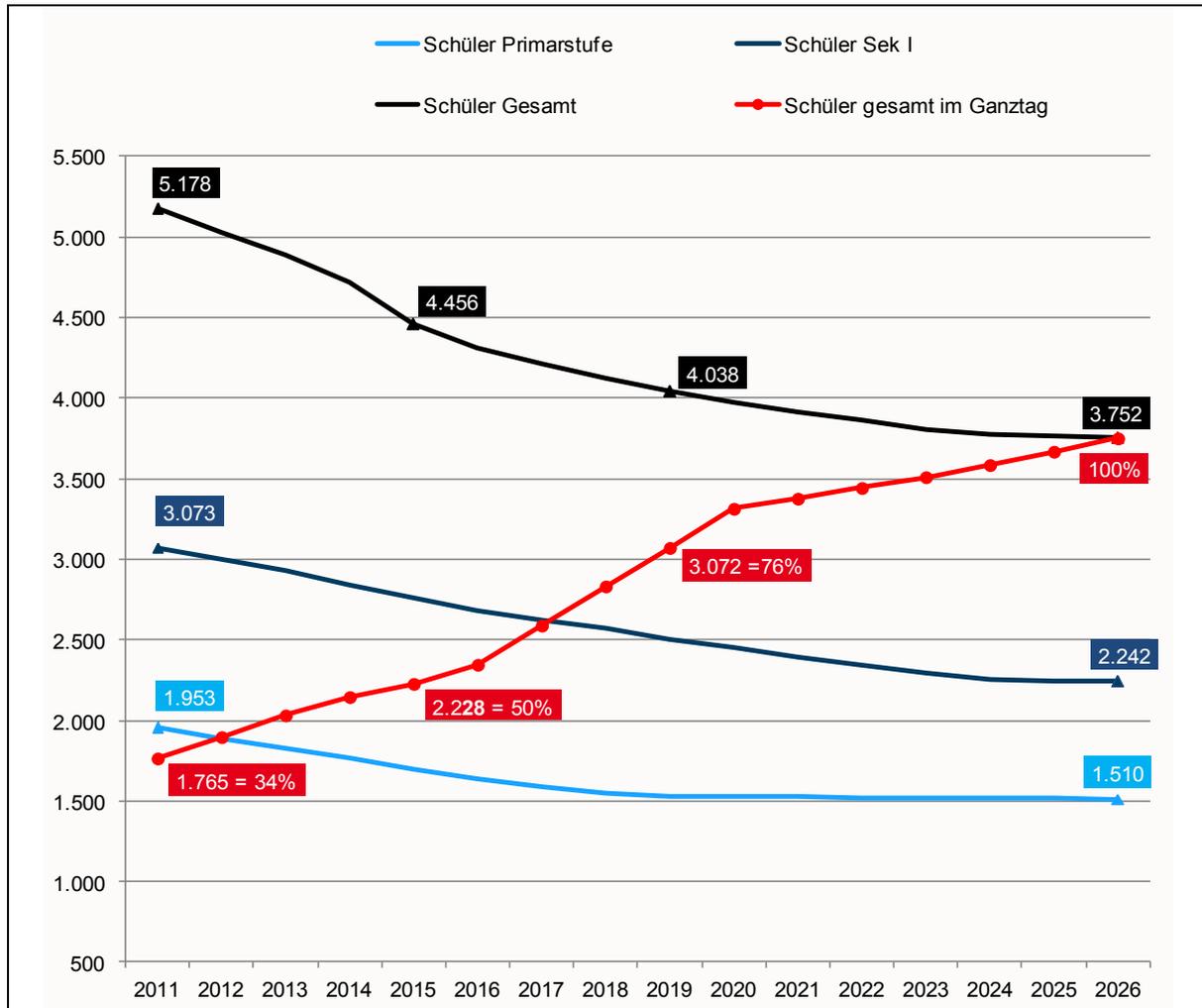
Tabelle 23: Bergkamen: Saldo der Einnahmen und Ausgaben gebundener Ganztags Sek I auf dem jeweiligen Ausbauniveau

Ausbauszenario Sekundarstufe I Bergkamen	Ausbaustufe		
	50% (2013)	75% (2021)	100% (2026)
Schüler gesamt	2.929	2.395	2.241
Schüler im Ganztags	1.473	1.858	2.241
Tatsächliche %-Zahl der Schüler im Ganztags	50,3%	77,6%	100%
zusätzliche Investitionskosten bis zum Erreichen der Stufe (ab Ausbaustart 2012 kumuliert in T€)	0	0	0
zusätzliche laufende Kosten gesamt auf dieser Stufe in T€	9	64	121
zusätzliche Personalkosten auf dieser Stufe	5	37	70
zusätzliche Sach- und Betriebskosten auf dieser Stufe	4	26	51
zusätzliche Einnahmen gesamt auf dieser Stufe in T€	0	0	0
zusätzliche Elternbeiträge (OGS & Verpflegung)	0	0	0
Landesmittel (kapital. Mittel & lfd. Zuschüsse)	0	0	0
Saldo I (ohne Investitionen und Est-Effekte) in T€	-9	-64	-121

Gesamteffekt

Mit Blick auf die gesamte Schülerzahl der Primar- und Sekundarstufe I wird das Ausbauniveau 50% (2.228 Schüler/-innen im Ganztags) im Jahr 2015 erreicht, 75% (3.072) im Jahr 2019 und 100% (3.752) im Jahr 2026.

Abbildung 22: Bergkamen: Entwicklung der Schülerzahlen und des Ausbaus Ganztags gesamt



Quelle: IT NRW, Angaben Bergkamen, eigene Berechnungen und Darstellung Prognos AG 2012

Um ausgehend vom Status Quo das Ausbauniveau 100% zu erreichen sind bis zum Jahr 2020 insgesamt Investitionen in einer Höhe von 7,3 Mio. Euro erforderlich. Auf der höchsten Ausbaustufe stehen im Jahr 2026 zusätzliche, laufende Ausgaben von 3.553 Tsd. Euro zusätzliche Einnahmen von 2.556 Tsd. Euro gegenüber. Es ergibt sich auf diesem Niveau ein jährliches Primärdefizit in Höhe von 997 Tsd. Euro.

Tabelle 24: Bergkamen: Saldo der Einnahmen und Ausgaben auf dem jeweiligen Ausbauniveau Primarstufe und Sek I

Ausbauszenario Ganzttag Bergkamen (OGS und Sek I)	Ausbaustufe		
	50% (2015)	75% (2019)	100% (2026)
Schüler gesamt	4.462	4.040	3.751
Schüler im Ganzttag	2.234	3.073	3.751
Tatsächliche %-Zahl der Schüler im Ganzttag	50,1%	76,1%	100%
zusätzliche Investitionskosten bis zum Erreichen der Stufe (ab Ausbaustart 2012 kumuliert in T€)	2.267	6.134	7.261
zusätzliche laufende Kosten gesamt auf dieser Stufe in T€	887	2.513	3.553
zusätzliche Personalkosten auf dieser Stufe	601	1.727	2.516
zusätzliche Sach- und Betriebskosten auf dieser Stufe	286	786	1.038
zusätzliche Einnahmen gesamt auf dieser Stufe in T€	726	1.890	2.186
zusätzliche Elternbeiträge (OGS & Verpflegung)	358	932	1.078
Landesmittel (kapital. Mittel & lfd. Zuschüsse)	368	958	1.108
Saldo I (ohne Investitionen und Est-Effekte) in T€	-161	-623	-1.367

5.2.3 Weitere Fiskalische Nutzeneffekte

Erwerbstätigkeit Mütter⁸³

Die Berechnungen der Nutzeneffekte durch die Aufnahme von Erwerbstätigkeit und durch die Ausweitung des Erwerbsumfanges erfolgt analog zur Berechnung der Effekte auf NRW-Ebene. Der unterschiedlichen Erwerbswahrscheinlichkeit von Müttern in den Beispielkommunen wird durch die Berücksichtigung der lokalen Arbeitslosenquote von Frauen Rechnung getragen. Im Agenturbezirk Kamen, welcher Kamen, Bergkamen, Werne umfasst, beträgt diese 10,2% (Stand 30.04.2012).⁸⁴

Insgesamt schlagen sich diese fiskalischen Nutzeneffekte durch eine Erhöhung des Einkommensteueranteils und Einsparungen bei den Transferzahlungen mit bis zu 128 Tsd. Euro im Jahr 2026 im Bergkamener Haushalt nieder.

⁸³ In dem Modell dieser Studie werden zur Reduzierung der Komplexität nur die Auswirkungen auf die Erwerbstätigkeit der Mütter ausgewiesen. In der Realität ist natürlich auch eine Auswirkung auf die Erwerbstätigkeit der Väter denkbar.

⁸⁴ Stadt Bergkamen: Arbeitsmarkt. http://www.bergkamen.de/bk/i_wirtschaft.nsf (Letzter Zugriff am 01.05.2012)

Tabelle 25: Bergkamen: Fiskalische Effekte durch die Aufnahme von Erwerbstätigkeit und Ausweitung des Erwerbsumfanges der Mütter

Ausbaujahr	2015	2019	2026
Ausbaustufe	50%	76%	100%
Effekt Erwerbsaufnahme			
Anzahl Mütter (Dämpfungsfaktor berücksichtigt)	22	63	96
Einkommenssteuer in T€	56	160	307
Sozialversicherungsbeiträge in T€	210	601	1153
Transfers (Einsparungen) in T€	58	166	318
Effekt Ausdehnung Teilzeit			
Anzahl Mütter (Dämpfungsfaktor berücksichtigt)	35	100	152
Einkommenssteuer in T€	12	35	67
Sozialversicherungsbeiträge in T€	39	111	213
Transfers (Einsparungen) in T€	5	13	26
Fiskalische Effekte auf Ebene der Kommune in T€			
Einkommensteuer (15%-Anteil Kommunen) in T€	23	67	128
Einkommensteuer (15%-Anteil Kommunen) in T€	10	29	56
davon Erwerbsaufnahme in T€	8	24	46
davon Ausdehnung Teilzeit in T€	2	5	10
Einsparungen Transferzahlungen in T€	13	37	72
davon Erwerbsaufnahme in T€	11	33	63
davon Ausdehnung Teilzeit in T€	2	4	8

Geschaffene Beschäftigung

Durch den 100% Ausbau der Ganztagsbetreuung werden in Bergkamen ca. 28 sozialversicherungspflichtige Vollzeit-Arbeitsplätze zusätzlich geschaffen, davon 24,6 VZÄ für qualifiziertes pädagogisches Betreuungspersonal und 3,4 VZÄ für Verwaltungskräfte in den Schulen und in der Schulverwaltung. Hinzu kommen rund 76 geringfügige Beschäftigungsverhältnisse für pädagogische Hilfskräfte, Honorarkräfte und Küchenpersonal. Fiskalisch fließen den öffentlichen Haushalten aus dieser Beschäftigung etwa 140 Tsd. Euro zusätzliche Einkommensteuer und rund 710 Tsd. Euro Sozialversicherungsbeiträge zu. Der kommunale Haushalt profitiert von einem Einkommensteueranteil in Höhe von 15%, der in 2026 rund 21 Tsd. Euro ausmacht.

Tabelle 26: Bergkamen: Fiskalische Effekte durch geschaffene direkte Beschäftigung im Ganzttag

Ausbaujahr	2015	2019	2026
Ausbaustufe	50%	76%	100%
Beschäftigungseffekte			
Qualifiziertes pädagogisches Personal (VZÄ)	8,2	21,0	24,6
Hilfs- und Honorarkräfte (Anzahl geringf. Beschäftigungsverhältnisse)	25,4	65,1	76,2
Verwaltungspersonal (VZÄ)	1,2	3,0	3,4
Fiskalische Effekte gesamt			
zusätzliche Einkommenssteuer in T€	33	95	140
zusätzliche Sozialversicherungsbeiträge in T€	170	486	710
Fiskalische Effekte auf Ebene der Kommune			
zusätzliche Einkommensteuer (15%-Anteil) in T€	5	14	21

Kosten-Nutzen-Relation

In der Gesamtbetrachtung fließen der Stadt Bergkamen beim Ausbauniveau 100% im Jahr 2026 ca. 149 Tsd. Euro aus zusätzlicher Einkommenssteuer und eingesparten Transferkosten aufgrund der geschaffenen oder ausgeweiteten Beschäftigung der Mütter und den direkt im Ganzttag geschaffenen Arbeitsplätzen zu. Nach Verrechnung mit den laufenden Kosten des Kapazitätsausbaus verbleibt bei der Kommune damit auf dem Ausbauniveau 100% ein jährlicher Zusatzaufwand des Ausbaus von rund 1,2 Mio. Euro.

Tabelle 27: Bergkamen: Kosten-Nutzen-Relation des Ausbaus des Ganztags

Kosten-Nutzen-Relation Ganzttag Bergkamen (OGS und Sek I)	Ausbaustufe		
	50% (2015)	75% (2019)	100% (2026)
Saldo I (Primärdefizit des Ausbaus) in T€	-161	-623	-1.367
Fiskalische Effekte aufgrund direkter Beschäftigung	5	14	21
Fiskalische Effekte aufgrund Erwerbsaufnahmen und Aufstockung Erwerbsumfang der Mütter	23	67	128
Saldo II (ohne Investitionen) in T€	-133	-542	-1.218

5.3 Bonn

Die Schülerzahlen in Bonn werden in den nächsten 15 Jahren im Primarbereich um rund 10% und in der Sekundarstufe I um ca. 7% steigen. In der Primarstufe bedeutet das eine Zunahme der Schülerzahlen von derzeit 11.473 im Schuljahr 2011/2012⁸⁵ auf 12.606 Kinder im Jahr 2026. In der Sekundarstufe I werden im Schuljahr 2011/12 20.792 Schüler beschult, in 2026 werden es 22.191 Schüler sein (jeweils ohne Förderschüler).

In Bonn gibt es gegenwärtig insgesamt 51 Grundschulen, die alle bereits den offenen Ganzttag anbieten. Rund 53% der Schülerinnen und Schüler nutzen zum Schuljahr 2011/2012 das Angebot.

In der Sekundarstufe I gibt es in Bonn derzeit sechs Hauptschulen (alle sechs befinden sich bereits im Ganzttag), neun Realschulen (davon vier im Ganzttag), fünf Gesamtschulen (alle bereits im Ganzttag) und 19 Gymnasien (davon drei im Ganzttag).⁸⁶

Darüber hinaus gibt es elf Förderschulen für die Klassen 1 bis 10, von denen sich acht bereits im Ganzttag befinden.

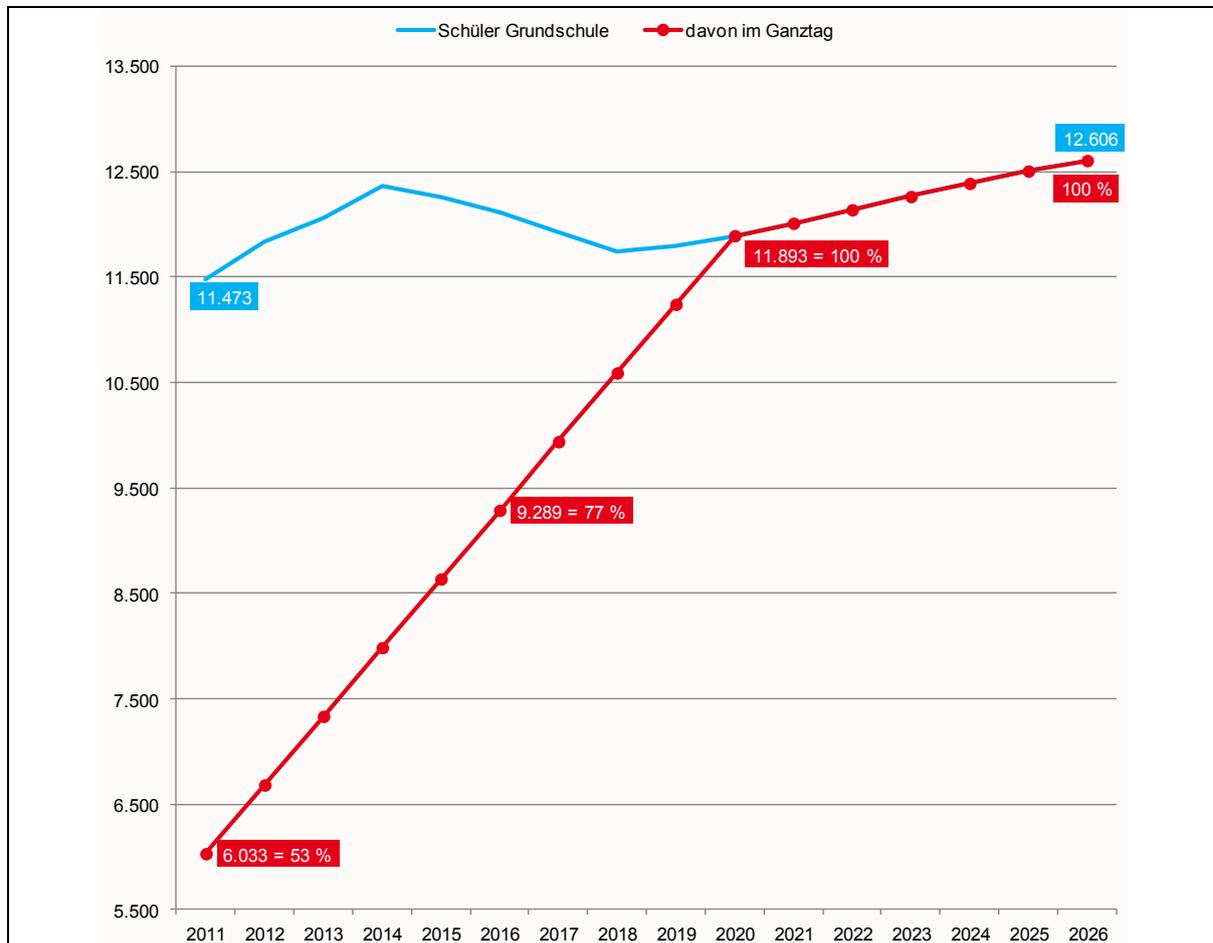
5.3.1 Ausbau OGS Primarstufe

Ausgehend von der hypothetischen Zielsetzung, im Jahr 2020 das Ausbauniveau von 100% Offene Ganzttagsschule in der Primarstufe zu erreichen, bedeutet das für die Stadt Bonn unter Berücksichtigung der steigenden Schülerzahlen einen Ausbau auf 9.289 Plätze bis zum Jahr 2016 (77%) und auf 11.893 Plätze (100%) bis zum Jahr 2020.

⁸⁵ Basisdaten Oktoberstatistik Schuljahr 2011/12

⁸⁶ Ein Gymnasium befindet sich sukzessive im Ausbau zum gebundenen Ganzttag für alle Schülerinnen und Schüler. Zwei weitere Gymnasien werden in der Sekundarstufe 1 bzw. in einzelnen Zügen im Ganzttag geführt. Da es aber eine Vielzahl alternativer Angebote gibt (Angebote an einzelnen Tagen; AG-Angebote; Ganztagsklassen/-züge) ist die Anzahl der Schulen, die ein Ganztagsangebot zumindest für einen Teil der Schülerinnen und Schüler oder für eine reduzierte Anzahl an Tagen vorhalten, tatsächlich höher.

Abbildung 23: Bonn: Entwicklung der Schülerzahlen in der Primarstufe und Ausbauszenario OGS



Quelle: IT NRW, Angaben Stadt Bonn, eigene Berechnungen und Darstellung Prognos AG 2012

Erforderliche Investitionen

Die Stadt Bonn hat in den Jahren 2003 bis 2008 rund 53 Mio.€ für den Ausbau der Offenen Ganztagschule in Räume und Ausstattung der Grundschulen investiert und damit die Grundlage geschaffen, dass heute bereits mehr als jeder zweite Schüler in der Primarstufe am Ganztagsunterricht teilnimmt. Zugrunde gelegt wurde für diesen Ausbau das sogenannte additive System, das eine Trennung von Unterrichtsräumen und Gruppenräume der Nachmittagsbetreuung vorsieht. Der Ausbau orientierte sich entsprechend an einem Raumprogramm, das pro Zug vier Klassenräume, einen Verfügungsraum sowie zwei OGS-Räume vorsah.

Kalkulationsgrundlage für den zusätzlichen Flächenbedarf bei einem weiteren Ganztagsausbau ist ein Ansatz von rund 1,6 m² Fläche je zusätzlichem Schüler ab dem Jahr 2013. Unter Berücksichtigung eines durchschnittlichen qm-Preises von 4.250 Euro und einer Preissteigerungsrate von 1,5 % werden bis zum Erreichen des

Ausbauziels OGS 100% im Jahr 2020 weitere 37 Mio. Euro in die Erweiterung der Räumlichkeiten investiert werden müssen.

Zusätzlicher Personalbedarf

Die benötigten zusätzlichen Personalkräfte in der pädagogischen Arbeit werden durch die Träger eingestellt, die dafür eine Basispauschale in Höhe von 2.115 Euro pro Kind erhalten.⁸⁷ Die weiteren Berechnungen basieren auf der Annahme, dass für das pädagogische Personal 93% der Trägerpauschale verwendet wird (inkl. einer 9% Verwaltungspauschale).

Das zusätzlich benötigte Küchenpersonal ist ebenfalls in der Trägerpauschale enthalten. Die Berechnung wird unter der Annahme durchgeführt, dass 2% der Trägerpauschale dafür aufgewendet werden.

Darüber hinaus werden mehr Schulsekretär/innen benötigt, deren Personalbedarf durch einen Aufschlag auf den Stellenschlüssel abgebildet wird (10 % Zuschlag für 50 % Ausbau, sowie jeweils weitere 5 % Zuschlag für 75 % und 100 % Ausbau). Schließlich sind auch zusätzliche Personalkapazitäten in der Verwaltung erforderlich (ca. ¼ Stelle je 100 zusätzliche Schüler in der Offenen Ganztagschule).⁸⁸

Multipliziert mit den Arbeitgeber-Brutto-Personalkosten für die jeweilige Stelle (qualifiziertes pädagogisches Personal, pädagogische Hilfskraft, Honorarkraft, Küchenhilfe, Verwaltungsmitarbeiter/in usw.) errechnen sich die zusätzlichen Personalkosten für die jeweilige Ausbaustufe.

Sach- und Betriebskosten

Im Bereich der Sach- und Betriebskosten werden durch die Flächenerweiterung zusätzliche Kosten für Reinigung (25€/ qm), Energie/Ver- und Entsorgung (13€/ qm) und Instandhaltung (5€/ qm) erwartet⁸⁹, die entsprechend der Ausweitung des Raumprogramms hochgerechnet werden.

⁸⁷ In der Berechnungstabelle wird mit einem Durchschnittsbetrag von 2.323 Euro pro Kind kalkuliert. Die Differenz von 208 Euro zum Basisbetrag von 2.115 Euro ergibt sich dadurch dass der zusätzliche freiwillige kommunale Zuschuss, den die Bundesstadt Bonn gemäß dem im Jahr 2005 vom Rat der Bundesstadt Bonn beschlossenen Konzept "OGS für alle Kinder" gezielt für Standorte mit erhöhten Anforderungen zur Verfügung stellt, zum Zweck der Berechnung gemittelt dem Basiszuschuss zugeschlagen wird.

⁸⁸ Die Berechnung der zusätzlich benötigten Kapazitäten orientiert sich an allgemeinen Erfahrungswerten bzw. eigenen Berechnungen der Prognos AG.

⁸⁹ In Ermangelung eigener Daten der Stadt werden als Kosten für Energie, Ver- und Entsorgung sowie für Instandhaltung in Abstimmung mit der Stadt Bonn Vergleichswerte anderer Kommunen angesetzt.

Für weitere Sachkosten, die unmittelbar mit der pädagogischen Nachmittagsbetreuung zusammenhängen, werden weitere 5 % der Trägerpauschale kalkuliert (ca. 116 Euro je Kind).

Für die Verpflegung fallen keine zusätzlichen Kosten bei der Kommune an, da das Essen über einen Caterer geliefert wird und die Bezahlung direkt durch die Schüler bzw. Eltern erfolgt. Bei ca. einem Viertel der Schüler leistet die Stadt Bonn jedoch einen Beitrag von 200 Euro jährlich, da diese Kinder von den Essenskosten freigestellt sind. Der geschätzte durchschnittliche Verpflegungsaufwand von 3 Euro pro Tag wird zu 2/3 über das „Bildungs- und Teilhabepaket“ und zu 1/3 durch die Stadt finanziert.

Einnahmen und Zuschüsse

Die Kommune erhebt in der OGS einkommensabhängige Elternbeiträge von durchschnittlich 720 Euro pro Jahr.

Von Seiten des Landes fließen Mittel aus der Kapitalisierung von 0,1 Lehrerstellen pro 25 Kinder (entsprechend 235 Euro pro Jahr und Kind) sowie Zuschüsse zum laufenden Betrieb je Schuljahr und Kind in Höhe von 700 Euro.

Saldo der Einnahmen und Ausgaben

Im Ergebnis ergibt sich für die Ausbaustufen 75 % und 100 % (das 50 %-Niveau ist in Bonn bereits überschritten) ohne Berücksichtigung von Einkommensteuereffekten zunächst ein jährliches primäres Defizit von 3.893 Tsd. Euro bzw. 8.982 Tsd. Euro.

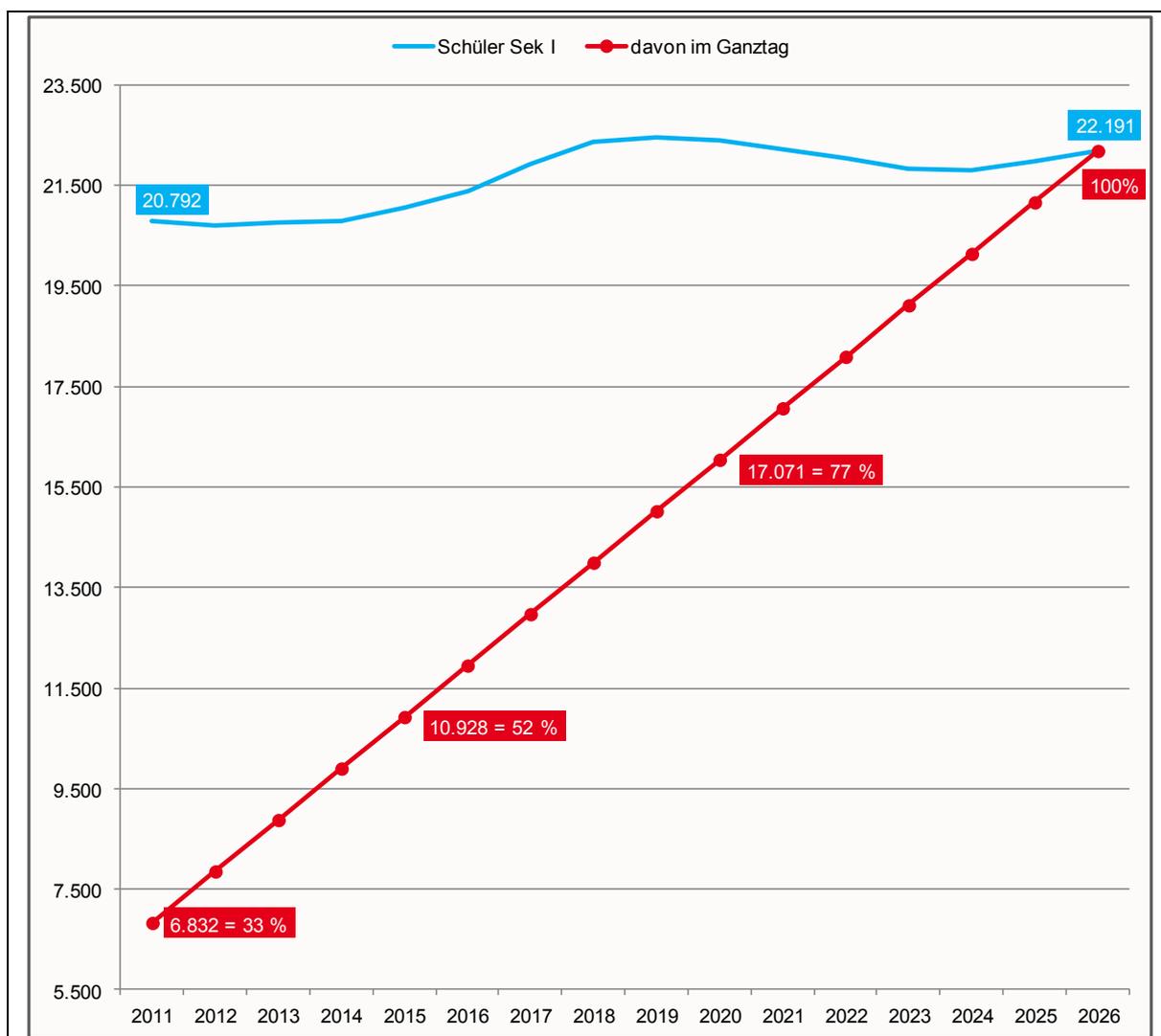
Tabelle 28: Bonn: Saldo der Einnahmen und Ausgaben OGS auf dem jeweiligen Ausbauniveau

Ausbauszenario Primarstufe Bonn	Ausbaustufe		
	50% (2011)	75% (2016)	100% (2020)
Schüler gesamt	11.473	12.107	11.893
Schüler im Ganztags	6.033	9.289	11.893
Tatsächliche %-Zahl der Schüler im Ganztags	53%	77%	100%
zusätzliche Investitionskosten bis zum Erreichen der Stufe (ab Ausbaustart 2012 kumuliert in T€)	0 €	18.088 €	37.287 €
zusätzliche laufende Kosten gesamt auf dieser Stufe in T€	0 €	9.281	18.681
zusätzliche Personalkosten auf dieser Stufe	0 €	8.520	17.187
zusätzliche Sach- und Betriebskosten auf dieser Stufe	0 €	761	1.494
zusätzliche Einnahmen gesamt auf dieser Stufe in T€	0 €	5.388	9.699
zusätzliche Elternbeiträge (OGS)	0 €	2.344	4.219
Landesmittel (kapital. Mittel & lfd. Zuschüsse)	0 €	3.044	5.479
Saldo I (ohne Investitionen und Est-Effekte) in T€	0 €	-3.893	-8.982

5.3.2 Ausbau gebundener Ganztags Sekundarstufe I

Derzeit befinden sich ca. 33% der Schüler und Schülerinnen der Sekundarstufe I im Ganztags. Es wird ein linearer Ausbauperlauf unterstellt, so dass im Jahr 2015 das Ausbauniveau 50% erreicht wird (10.928 Schüler im Ganztags), im Jahr 2021 das Niveau 75% (17.071 Schüler im Ganztags) und im Jahr 2026 das Niveau 100% mit dann 22.191 Schülerinnen und Schülern im Ganztags.

Abbildung 24: Bonn: Entwicklung der Schülerzahlen in der Sek I und Ausbauszenario gebundener Ganztags



Quelle: IT NRW, Angaben Bonn, eigene Berechnungen und Darstellung Prognos AG 2012

Da die Studie vorrangig auf die fiskalischen Nutzeneffekte des Ganztags für die Kommunen zielt, wird aus Gründen der Komplexitätsreduktion bei den folgenden Berechnungen nicht zwischen

kommunaler und privater Trägerschaft unterschieden. Tatsächlich befindet sich ein Teil der weiterführenden Schulen in privater Trägerschaft. Die entsprechenden Investitions- und Personalkosten entstehen in diesen Fällen nicht bei der Kommune sondern bei dem jeweiligen Träger.

Erforderliche Investitionen

Die weiteren Berechnungen werden unter der Annahme durchgeführt, dass je zusätzlichen Schüler im Ganztage ein Quadratmeter zusätzliche Fläche benötigt wird. Als Kosten je Quadratmeter Neu- oder Umbau werden 2.260 Euro angenommen. Diese Annahmen stellen eine Schätzung dar. Eine detaillierte Planung nach einzelnen Schultypen liegt bislang nicht vor. Aufgrund des linearen Ausbauszenarios ergeben sich (in Preisen von 2012) pro Jahr rund 2,3 Mio. Euro Investitionen in Gebäude und Räume. Unter Berücksichtigung einer Preissteigerung von 1,5 % p.a. summieren sich die Investitionen bis zum Ausbauniveau 100 % in 2026 auf rd. 38,6 Mio. Euro.

Zusätzlicher Personalbedarf

Der Kommune entstehen in der Sekundarstufe I im pädagogischen Bereich keine zusätzlichen Personalkosten. Allerdings werden mehr Schulsekretärinnen benötigt, deren Personalbedarf durch einen Aufschlag auf den Stellenschlüssel abgebildet wird (10 % Zuschlag für 50 % Ausbau, sowie jeweils weitere 5 % Zuschlag für 75 % und 100 % Ausbau).⁹⁰

Multipliziert mit den Arbeitgeber-Brutto-Personalkosten für die jeweilige Stelle werden die zusätzlichen Personalkosten für die jeweilige Ausbaustufe errechnet.

Zudem werden die derzeitigen Ausgaben für die Küchenkräfte auf die zusätzlichen Schülerzahlen hochgerechnet.

Sach- und Betriebskosten

Im Bereich der Sach- und Betriebskosten fallen zusätzliche Energie- und Versorgungskosten (13 Euro je qm), Reinigungskosten (25 Euro je qm) sowie Instandhaltungskosten (5 Euro je qm) für die neuen Raumflächen an.⁹¹ Es fallen außerdem zusätzliche Kosten für Verpflegung an. Als Berechnungsansatz werden hier die Ist-Kosten für Verpflegung (40 Euro pro Schüler und Jahr) und

⁹⁰ Die Berechnung der zusätzlich benötigten Kapazitäten orientiert sich an allgemeinen Erfahrungswerten bzw. eigenen Berechnungen der Prognos AG.

⁹¹ In Ermangelung eigener Daten der Stadt werden als Kosten für Energie, Ver- und Entsorgung sowie für Instandhaltung in Abstimmung mit der Stadt Bonn Vergleichswerte anderer Kommunen angesetzt.

Servicekräfte der Essensausgabe (15 Euro pro Schüler und Jahr) auf die zukünftigen Schülerzahlen im Ganztage hochgerechnet.

Einnahmen und Zuschüsse

Es werden keine Elternbeiträge erhoben. Vom Land fließen keine weiteren Zuschüsse zum laufenden Betrieb.

Saldo der Einnahmen und Ausgaben

Im Ergebnis ergibt sich für die Ausbaustufen 50 %, 75 % und 100 % ohne Berücksichtigung von Einkommensteuereffekten zunächst ein jährliches Primärdefizit zwischen 0,6 Mio. Euro und 2,6 Mio. Euro.

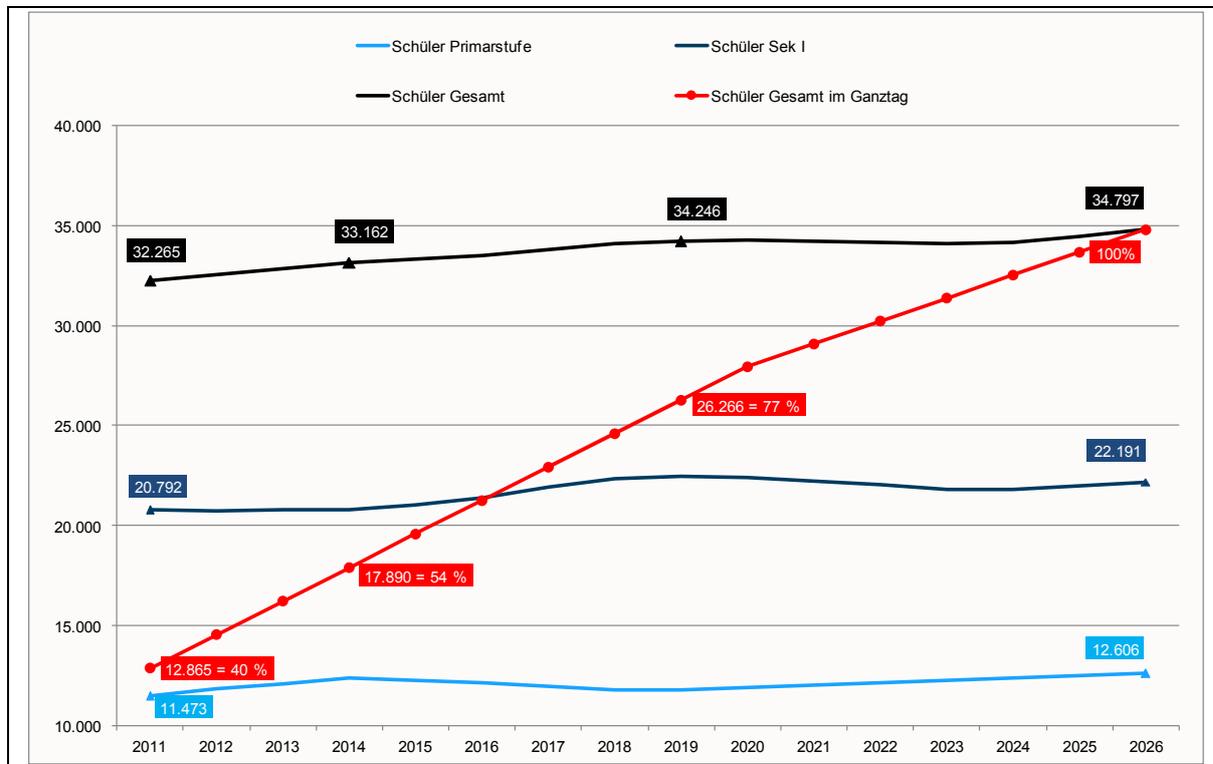
Tabelle 29: Bonn: Saldo der Einnahmen und Ausgaben gebundener Ganztage Sek I auf dem jeweiligen Ausbaustufe

Ausbauszenario Sekundarstufe I Bonn	Ausbaustufe		
	50% (2015)	75% (2021)	100% (2026)
Schüler gesamt	21.054	22.224	22.191
Schüler im Ganztage	10.928	17.071	22.191
Tatsächliche %-Zahl der Schüler im Ganztage	51,9%	76,8%	100,0%
zusätzliche Investitionskosten bis zum Erreichen der Stufe (ab Ausbaustart 2012 kumuliert in T€)	9.467	24.767	38.604
zusätzliche laufende Kosten gesamt auf dieser Stufe in T€	618	1.584	2.593
zusätzliche Personalkosten auf dieser Stufe	263	616	1.028
zusätzliche Sach- und Betriebskosten auf dieser Stufe	354	969	1.565
zusätzliche Einnahmen gesamt auf dieser Stufe in T€	0	0	0
zusätzliche Elternbeiträge (OGS & Verpflegung)	0	0	0
Landesmittel (kapital. Mittel & lfd. Zuschüsse)	0	0	0
Saldo I (ohne Investitionen und Est-Effekte) in T€	-618	-1.584	-2.593

Gesamteffekt

Mit Blick auf die gesamte Schülerzahl der Primar- und Sekundarstufe I wird das Ausbauniveau 50% (17.890 Schüler im Ganztage = 54%) im Jahr 2014 erreicht, 75% (26.266 = 77%) im Jahr 2019 und 100% (34.797) im Jahr 2026.

Abbildung 25: Bonn: Entwicklung der Schülerzahlen und des Ausbaus Ganztags gesamt



Quelle: IT NRW, Angaben Bonn, eigene Berechnungen und Darstellung Prognos AG 2012

Um ausgehend vom Status Quo das Ausbauniveau 100% zu erreichen sind bis zum Jahr 2026 insgesamt Investitionen in einer Höhe von rd. 76 Mio. Euro erforderlich. Auf der höchsten Ausbaustufe stehen im Jahr 2026 zusätzliche, laufende Ausgaben von rd. 27,3 Mio. Euro zusätzlichen Einnahmen von 11,3 Mio. Euro gegenüber. Es ergibt sich auf diesem Niveau ein jährliches primäres Defizit des Ausbaus in Höhe von rd. 16 Mio. Euro ohne Berücksichtigung weiterer fiskalischer Nutzeneffekte.

Tabelle 30: Bonn: Saldo der Einnahmen und Ausgaben auf dem jeweiligen Ausbauniveau Primarstufe und Sek I

Ausbauszenario Ganztage Bonn (OGS und Sek I)	Ausbaustufe		
	50% (2014)	75% (2019)	100% (2026)
Schüler gesamt	33.162	34.246	34.797
Schüler im Ganztage	17.890	26.266	34.797
Tatsächliche %-Zahl der Schüler im Ganztage	53,9%	76,7%	100,0%
zusätzliche Investitionskosten bis zum Erreichen der Stufe (ab Ausbaustart 2012 kumuliert in T€)	15.956	51.894	75.891
zusätzliche laufende Kosten gesamt auf dieser Stufe in T€	5.710	17.405	27.266
zusätzliche Personalkosten auf dieser Stufe	5.023	15.350	23.922
zusätzliche Sach- und Betriebskosten auf dieser Stufe	687	2.055	3.344
zusätzliche Einnahmen gesamt auf dieser Stufe in T€	3.316	8.843	11.293
zusätzliche Elternbeiträge (OGS & Verpflegung)	1.490	3.972	5.148
Landesmittel (kapital. Mittel & lfd. Zuschüsse)	1.826	4.871	6.145
Saldo I (ohne Investitionen und Est-Effekte) in T€	-2.394	-8.562	-15.973

5.3.3 Weitere Fiskalische Nutzeneffekte

Erwerbstätigkeit Mütter⁹²

Die Berechnungen der Nutzeneffekte durch die Aufnahme von Erwerbstätigkeit und durch die Ausweitung des Erwerbsumfangs erfolgt analog zur Berechnung der Effekte auf NRW-Ebene. Der unterschiedlichen Erwerbswahrscheinlichkeit von Müttern in der Beispielm Kommune wird durch die Berücksichtigung der lokalen Arbeitsmarktsituation über einen Dämpfungsfaktor Rechnung getragen.

Insgesamt schlagen sich diese fiskalischen Nutzeneffekte durch eine Erhöhung des Einkommensteueranteils und Einsparungen bei den Transferzahlungen mit jährlich bis zu 1,35 Mio. Euro ab dem Jahr 2026 im Bonner Haushalt nieder.

⁹² In dem Modell dieser Studie werden zur Reduzierung der Komplexität nur die Auswirkungen auf die Erwerbstätigkeit der Mütter ausgewiesen. In der Realität ist natürlich auch eine Auswirkung auf die Erwerbstätigkeit der Väter denkbar.

Andererseits wird ebenso außer Acht gelassen, dass die Stadt Bonn als Oberzentrum der Region insgesamt rund 6.200 Schülerinnen und Schüler in Grundschule, Sekundarstufe I und Sekundarstufe II beschult, die nicht in Bonn wohnen. Entsprechende durch Aufnahme von Erwerbstätigkeit bzw. Ausweitung des Erwerbsumfangs durch einen der Erziehungsberechtigten resultierende fiskalische Effekte entstehen daher in diesen Fällen auch nicht für die Stadt Bonn.

Tabelle 31: Bonn: Fiskalische Effekte durch die Aufnahme von Erwerbstätigkeit und Ausweitung des Erwerbsumfangs der Mütter

Ausbaujahr	2014	2019	2026
Ausbaustufe	54%	77%	100%
Effekt Erwerbsaufnahme			
Anzahl Mütter (Dämpfungsfaktor berücksichtigt)	252	673	1.101
Einkommenssteuer in T€	524	1.600	3.242
Sozialversicherungsbeiträge in T€	1.969	6.011	12.179
Transfers (Einsparungen) in T€	543	1.657	3.357
Effekt Ausdehnung Teilzeit			
Anzahl Mütter (Dämpfungsfaktor berücksichtigt)	400	1.066	1.745
Einkommenssteuer in T€	115	351	710
Sozialversicherungsbeiträge in T€	364	1.112	2.253
Transfers (Einsparungen) in T€	44	135	273
Fiskalische Effekte auf Ebene der Kommune in T€			
Einkommensteuer (15%-Anteil Kommunen) in T€	263	666	1.349
Einkommensteuer (15%-Anteil Kommunen) in T€	96	293	593
davon Erwerbsaufnahme in T€	79	240	486
davon Ausdehnung Teilzeit in T€	17	53	107
Einsparungen Transferzahlungen in T€	167	373	756
davon Erwerbsaufnahme in T€	148	329	666
davon Ausdehnung Teilzeit in T€	20	44	89

Geschaffene Beschäftigung

Durch den 100% Ausbau der Ganztagsbetreuung werden in Bonn rund 324 sozialversicherungspflichtige Vollzeit-Arbeitsplätze zusätzlich geschaffen (295 VZÄ für qualifiziertes pädagogisches Betreuungspersonal und 29 VZÄ für Verwaltungskräfte in den Schulen und in der Schulverwaltung). Hinzu kommen rd. 355 geringfügige Beschäftigungsverhältnisse für pädagogische Hilfskräfte und Honorarkräfte. Fiskalisch fließen den öffentlichen Haushalten aus dieser Beschäftigung etwa 1,9 Mio. Euro zusätzliche Einkommensteuer und rund 6,2 Mio. Euro Sozialversicherungsbeiträge zu. Der kommunale Haushalt profitiert von einem Einkommensteueranteil in Höhe von 15%, der in 2026 rund 282 Tsd. Euro ausmacht.

Tabelle 32: Bonn: Fiskalische Effekte durch geschaffene direkte Beschäftigung im Ganztage

Ausbaujahr	2.014	2.019	2.026
Ausbaustufe	54%	77%	100%
Beschäftigungseffekte			
Qualifiziertes pädagogisches Personal (VZÄ)	87	233	295
Hilfs- und Honorarkräfte (Anzahl geringf. Beschäftigungsverhältnisse)	102	271	355
Verwaltungspersonal (VZÄ)	9	22	29
Fiskalische Effekte gesamt			
zusätzliche Einkommenssteuer in T€	391	1.195	1.877
zusätzliche Sozialversicherungsbeiträge in T€	1.282	3.935	6.193
Fiskalische Effekte auf Ebene der Kommune			
zusätzliche Einkommensteuer (15%-Anteil) in T€	59	179	282

Kosten-Nutzen-Relation

In der Gesamtbetrachtung fließen der Stadt Bonn im Jahr 2026 rund 1,6 Mio. Euro aus zusätzlicher Einkommenssteuer und eingesparten Transferkosten aufgrund der geschaffenen oder ausgeweiteten Beschäftigung der Mütter und den direkt im Ganztage geschaffenen Arbeitsplätzen zu. Ohne Berücksichtigung der Investitionskosten des Ausbaus entsteht der Kommune damit auf dem Ausbauniveau 100% ein jährlicher Zusatzaufwand im Vergleich zum derzeitigen Ausbauniveau von rund 14,3 Mio. Euro.

Tabelle 33: Bonn: Kosten-Nutzen-Relation des Ausbaus des Ganztags

Kosten-Nutzen-Relation Ganztage Bonn (OGS und Sek I)	Ausbaustufe		
	50% (2014)	75% (2019)	100% (2026)
Saldo I (Primärdefizit des Ausbaus) in T€	-2.394	-8.562	-15.973
Fiskalische Effekte aufgrund direkter Beschäftigung	59	179	282
Fiskalische Effekte aufgrund Erwerbsaufnahmen und Aufstockung Erwerbsumfang der Mütter	263	666	1.349
Saldo II (ohne Investitionen) in T€	-2.072	-7.717	-14.343

5.4 Essen

Die Schülerzahlen in Essen entwickeln sich im Prognosezeitraum bis 2026 im Primar- und Sekundarbereich rückläufig. Grundlage der Prognose ist eine Bevölkerungsvorausberechnung der Stadt von 2010. Während die Schülerzahlen im Primarbereich auf dieser Basis von 18.692 im Schuljahr 2011/12 auf rund 17.400 in 2026 sinken, gehen die Schülerzahlen der Sekundarstufe I im gleichen Zeitraum von 30.347 auf 26.611 Schülerinnen und Schüler zurück (jeweils ohne Förderschüler). Einschränkend ist jedoch zu sagen, dass die Geburtenentwicklung der letzten Jahre darauf hin-deutet, dass der Bevölkerungsrückgang voraussichtlich schwächer ausfallen wird, als 2010 prognostiziert.

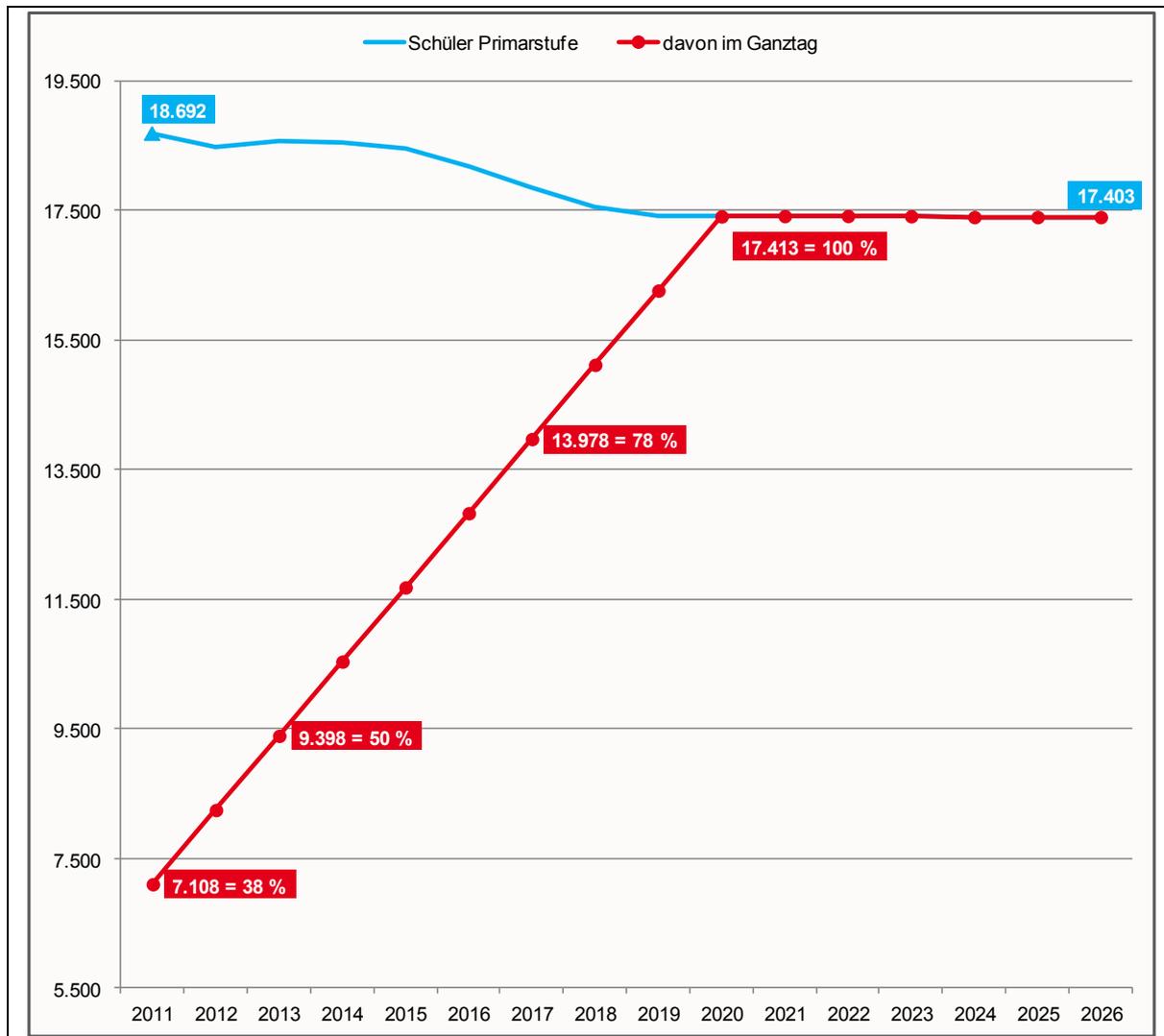
Essen betreibt im Schuljahr 2011/12 89 Grundschulen, von denen 82 bereits den offenen Ganzttag anbieten. Fünf der 89 Grundschulen nehmen keine neuen Schüler mehr auf und laufen zukünftig aus. Rund 38% der Schülerinnen und Schüler der Primarstufe nutzen derzeit das Ganztagsangebot.

Im Schuljahr 2011/2012 betreibt Essen in der Sekundarstufe I sechs Hauptschulen (davon drei im Ganzttag), 14 Realschulen (davon zwei im Ganzttag), acht Gesamtschulen (alle im Ganzttag) und 18 Gymnasien (drei bereits mit Ganztagsangebot). Darüber hinaus gibt es noch 17 Förderschulen, von denen sechs im offenen Ganzttag und sieben im gebundenen Ganzttag betrieben werden.

5.4.1 Ausbau OGS Primarstufe

Mit der fiktiven Zielstellung, im Jahr 2020 das Ausbauniveau von 100% im Offenen Ganzttag in der Primarstufe zu erreichen, würde sich in Essen ein fiktives Ausbauszenario auf 9.398 Plätze im Jahr 2013 (50%) und 13.978 Plätze (75%) in 2017 verbinden. Es wird ein linearer Ausbau unterstellt. Aufgrund ggf. erforderlich Bau- und Umbaumaßnahmen sind in der Realität abweichend vom linearen Szenario jedoch Entwicklungssprünge zu erwarten.

Abbildung 26: Essen: Entwicklung der Schülerzahlen in der Primarstufe und Ausbauszenario OGS



Quelle: Angaben Stadt Essen, eigene Berechnungen und Darstellung Prognos AG 2012

Erforderliche Investitionen

Die Stadt Essen geht davon aus, dass für den sukzessiven Ausbau der Ganztagsbetreuung in dieser Größenordnung an den Grundschulen neue Räume geschaffen werden müssten (Offener Ganztag im additiven System). Kalkulationsgrundlage ist ein Ansatz von 1 m² Flächenbedarf je zusätzlichem Schüler. Dies errechnet sich gemäß den Grundsätzen für die Aufstellung von Raumprogrammen für allgemeinbildende Schulen und Förderschulen.

len (BASS vom 01.07.2011)⁹³. Dort sind für Betreuungsräume ca. 1/3 m² je Schüler/in und für Speiseraum und Küche ca. 2/3 m² je Schüler/in für den Ganztagsbetrieb vorgesehen. Je zusätzlicher Gruppe wären nach Angaben der Stadt durchschnittliche Bau- oder Umbaukosten von ca. 160.000 Euro zu berücksichtigen, sowie durchschnittliche Einrichtungskosten von ca. 11.000 Euro. Unter Berücksichtigung einer Preissteigerungsrate von 1,5% p.a. würden bis zum Erreichen des Ausbauziels OGS 100% im Jahr 2020 rund 74 Mio. Euro Investitionskosten für den Neu-/Umbau von Räumen und deren Ausstattung auflaufen.

Tabelle 34: Essen: Investitionskosten im Ausbauszenario OGS für die Jahre 2012 - 2020

Investitionskosten OGS-Ausbau	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
% Schüler im Ganztag	45%	51%	57%	63%	71%	78%	86%	93%	100%
neue Gruppen pro Jahr	40	45	46	46	46	46	45	46	46
zusätzliche Investitionskosten Räume pro Jahr in T€	6.425	7.336	7.612	7.726	7.842	7.959	7.903	8.200	8.323
zusätzliche Investitionskosten Ausstattung pro Jahr in T€	438	501	519	527	535	543	539	560	568
Gesamtinvestitionskosten kumuliert (nominal) in T€	6.863	14.700	22.831	31.084	39.461	47.964	56.406	65.166	74.057

Zusätzlicher Personalbedarf

Essen entscheidet sich im Primarbereich für die Kapitalisierung und finanziert mit diesen und zusätzlichen eigenen Mitteln pädagogisches Personal und Honorarkräfte. Jeder Schule, die den Offenen Ganztag anbietet, steht eine Vollzeitlehrer/in zu, bei Offenen Ganztagschulen, die Ferienbetreuung anbieten, eine zweite Vollzeitlehrer/in. Für jede weitere Gruppe (der Richtwert für eine Gruppe sind 25 Kinder) würde dann eine Teilzeitlehrer/in mit 30 Stunden hinzukommen. Für die Berechnung wurde angenommen, dass der weitere Ausbau sich im Wesentlichen auf Gruppenerweiterungen bezieht, da von den zukünftig betriebenen Grundschulen nur fünf bislang keinen offenen Ganztag anbieten. Über das fest angestellte pädagogische Personal hinaus würden mit Honorarkräften in einem Umfang von 5 Wochenstunden je Gruppe ergänzende Angebote gemacht. Je Gruppe würden hier pro Jahr rund 200 Stunden zu durchschnittlich 15€/Std. finanziert.

Bei einem Ausbau des Ganztags würde darüber hinaus mehr Küchenpersonal im Umfang von 0,5 Stunden je Tag und Gruppe be-

⁹³ Die Angaben aus dem Raumprogramm wurden zur Berechnung herangezogen, da keine andere Datengrundlage vorhanden war. Das Raumprogramm ist allerdings nicht mehr gültig.

nötigt. Im Verwaltungsbereich würden ebenso nach dem heutigen Standard mehr Schulsekretär/innen eingestellt werden, in Höhe von 0,5 Stunden in der Woche je zusätzlicher Gruppe. Die dann zusätzlich benötigten Stellen im Fachbereich Schule werden mit einem Stellenanteil je zusätzlichem Prozent der Schüler im Ganzttag errechnet.

Multipliziert mit den Arbeitgeber-Brutto-Personalkosten für die jeweiligen Stellen (qualifiziertes pädagogisches Personal, Honorarkraft, Küchenhilfe, Verwaltungsmitarbeiter/in usw.) können die zusätzlichen Personalkosten für die jeweilige Ausbaustufe errechnet werden.

Sach- und Betriebskosten

Im Bereich der Sach- und Betriebskosten würden zusätzliche Kosten für Reinigung (22,25€/ qm), Energie/Ver- und Entsorgung (13€/ qm) und Instandhaltung (5€/ qm) anfallen⁹⁴, die entsprechend der Ausweitung des Raumprogramms hochgerechnet werden. Außerdem leistet die Stadt einen Zuschuss in Höhe von 3,15 Euro je Schüler und Jahr im Ganzttag für Verbrauchsmaterialien, der ebenfalls zu den Sach- und Betriebskosten gerechnet wird.

Einnahmen und Zuschüsse

Die Stadt Essen erhebt in der Offenen Ganzttagsschule einkommensabhängige Elternbeiträge von durchschnittlich 410 Euro im Jahr. Die Elternbeiträge in Essen sind seit ca. 10 Jahren stabil.

Von Seiten des Landes fließen als Zuschuss 700 € je Kind ohne sonderpädagogischem Förderbedarf bzw. 1.400 € je Kind mit sonderpädagogischem Förderbedarf als Mittel in den Offenen Ganzttag. Insgesamt können zusätzlich 0,2 Lehrerstellenanteile kapitalisiert werden. Davon werden in Essen 0,1 Lehrerstellenanteile kapitalisiert, sodass hier zusätzlich 235 € je Kind zur Verfügung stehen. Die restlichen 0,1 Lehrerstellenanteile verbleiben beim Land, um daraus die Lehrerstunden zu finanzieren.

Bei der Berechnung der Einnahmen für den Ausbau wurde der Einfachheit halber bei Grundschulen angenommen, dass es sich um Kinder ohne sonderpädagogischen Förderbedarf handelt. In der Praxis sind aber auch an Grundschulen Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf zu finden.

Saldo der Einnahmen und Ausgaben

⁹⁴ Die Stadt Essen konnte in Ermangelung eigener Controllingdaten nur Eckdaten für die Reinigungskosten angeben. Als Kosten für Energie, Ver- und Entsorgung sowie für Instandhaltung werden in Abstimmung mit der Stadt Essen Vergleichswerte anderer Kommunen angesetzt.

Im Ergebnis ergäbe sich für die Ausbauniveaus 50%, 75% und 100% ohne Berücksichtigung von Investitionen und Einkommenssteuereffekten zunächst ein jährliches primäres Defizit zwischen 864 Tsd. Euro und 7,5 Mio. Euro.

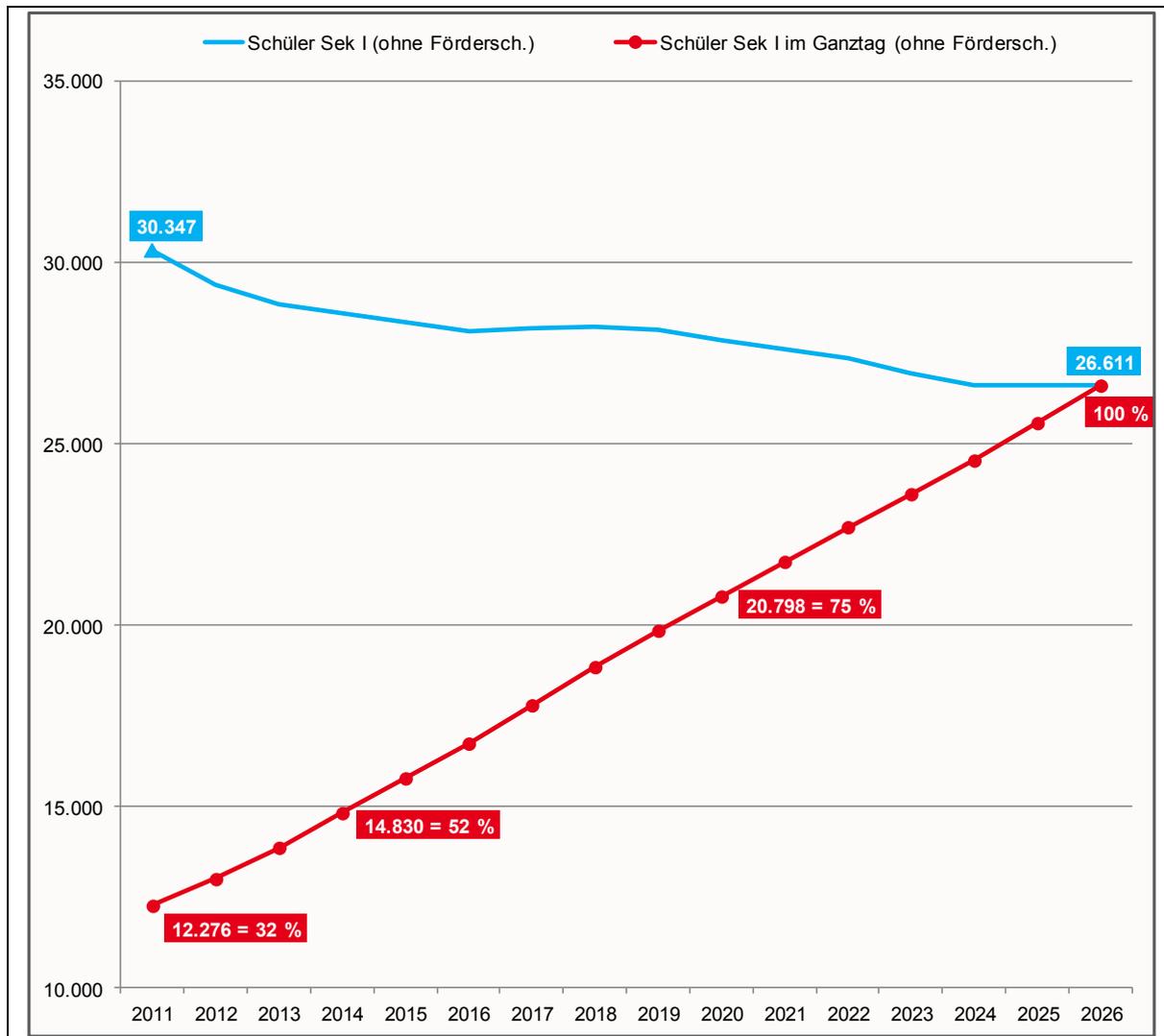
Tabelle 35: Essen: Saldo der Einnahmen und Ausgaben OGS auf dem jeweiligen Ausbauniveau

Ausbauszenario Primarstufe Essen	Ausbaustufe		
	50% (2013)	75% (2017)	100% (2020)
Schüler gesamt	18.583	17.848	17.413
Schüler im Ganztage	9.398	13.978	17.413
Tatsächliche %-Zahl der Schüler im Ganztage	51%	78%	100%
zusätzliche Investitionskosten bis zum Erreichen der Stufe (ab Ausbaustart 2012 kumuliert in T€)	14.700	47.964	74.057
zusätzliche laufende Kosten gesamt auf dieser Stufe in T€	3.944	13.130	21.412
zusätzliche Personalkosten auf dieser Stufe	3.844	12.808	20.908
zusätzliche Sach- und Betriebskosten auf dieser Stufe	101	321	504
zusätzliche Einnahmen gesamt auf dieser Stufe in T€	3.080	9.240	13.860
zusätzliche Elternbeiträge (OGS & Verpflegung)	939	2.817	4.225
Landesmittel (kapital. Mittel & lfd. Zuschüsse)	2.141	6.424	9.635
Saldo I (ohne Investitionen und Est-Effekte) in T€	-864	-3.889	-7.551

5.4.2 Ausbau gebundener Ganztage Sekundarstufe I

Der Ausbaustand im Schuljahr 2011/12 über alle Schulformen lag in der Stadt Essen in der Sekundarstufe I bei 32%. Unter der fiktiven Annahme eines linearen Ausbauszenarios würde im Jahr 2014 die Marke 50% mit dann 14.830 = 52% Schülern im Ganztage und im Jahr 2020 die Marke 75% mit 20.798 Schülern im Ganztage erreicht. Bei der maximalen Ausbaustufe wären im Jahr 2026 rd. 26.600 Schüler im gebundenen Ganztage.

Abbildung 27: Essen: Entwicklung der Schülerzahlen in der Sek I und Ausbauszenario gebundener Ganztags



Quelle: Angaben Stadt Essen, eigene Berechnungen und Darstellung Prognos AG 2012

Erforderliche Investitionen

Die Stadt Essen geht davon aus, dass für einen angenommenen sukzessiven Ausbau der Ganztagsbetreuung in dieser Größenordnung an den weiterführenden Schulen für die Sekundarstufe I neue Räume geschaffen werden müssten. Kalkulationsgrundlage ist ein Ansatz von 1 m² Flächenbedarf je zusätzlichem Schüler. Dies errechnet sich gemäß den Grundsätzen für die Aufstellung von Raumprogrammen für allgemeinbildende Schulen und Förder-

schulen (BASS vom 01.07.2011).⁹⁵ Dort sind für Betreuungsräume ca. 1/3 m² je Schüler/-in und für Speiseraum und Küche ca. 2/3 m² je Schüler/in für den Ganztagsbetrieb vorgesehen. Prognos nimmt Investitionskosten in Höhe von 2.260 Euro je Quadratmeter für die Berechnung an. Die Investitionskosten werden mit einer Preissteigerungsrate von 1,5% p.a. inflationiert. Bis zum Jahr 2026 würden sich die Investitionen in den Neu- und Umbau von Räumen dann auf rund 36 Mio. Euro summieren.

Tabelle 36: Essen: Investitionskosten im Ausbauszenario Sek I für die Jahre 2012 - 2026

Investitionskosten Ausbau Sek I	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026
Zusätzliche Fläche in qm	736	863	955	957	958	1.055	1.053	1.003	942	955	955	910	927	1.032	1.032
zusätzliche Investitionskosten Räume pro Jahr in T€	1.664	1.979	2.224	2.261	2.298	2.567	2.602	2.517	2.399	2.468	2.506	2.423	2.505	2.831	2.874
Gesamtinvestitionskosten kumuliert (nominal) in T€	1.664	3.643	5.867	8.128	10.426	12.993	15.595	18.112	20.511	22.979	25.485	27.909	30.413	33.245	36.119

Zusätzlicher Personalbedarf

Von kommunaler Seite wird über den Lehrerstellenzuschlag hinaus kein zusätzliches pädagogisches Personal in der Sekundarstufe I eingestellt. Zusätzliche Personalkosten der Kommune in der Sek I entstünden lediglich für Verwaltungsaufgaben. Das zusätzlich benötigte Verwaltungspersonal in den Schulsekretariaten wird über einen Faktor je 100 Schüler errechnet. Im Fachbereich Schule würde eine Personalaufstockung je Ausbaustufe erfolgen.

Es würden keine zusätzlichen Kosten für das Küchenpersonal anfallen, da die Kosten für das Küchenpersonal über die Einnahmen aus dem Essensverkauf gedeckt werden.

Sach- und Betriebskosten

Für die neu hinzugekommenen Räume entstünden zusätzliche Kosten für Reinigung, Betriebskosten (Energie/ Ver- und Entsorgung) und Instandhaltung. Diese Kosten werden analog zu den Kostenansätzen in der Primarstufe je Quadratmeter berechnet. Für die höheren Betriebskosten sowie die Instandhaltungskosten wurden Annahmen von Prognos getroffen.

Für die Mensaverpflegung würden grundsätzlich keine zusätzlichen Kosten anfallen, da die Eltern der Kinder die Mittagessenkosten übernehmen, es sei denn es handelt sich um bedürftige Kinder. In diesen Fällen tragen das Jobcenter oder das Amt für Sozia-

⁹⁵ Die Angaben aus dem Raumprogramm wurden zur Berechnung herangezogen, da keine andere Datengrundlage vorhanden war. Das Raumprogramm ist allerdings nicht mehr gültig.

les und Wohnen die Kosten von ca. 3€ pro Essen. In der Berechnung wird von durchschnittlich 5% bedürftigen Kindern in der Sek I ausgegangen, für die die Essenskosten übernommen werden.

Für die Deckung von zusätzlichen Lehr- und Lernmitteln wird zu der üblichen Zuweisung von 7,56 Euro je Schüler und Jahr ein Mehrbetrag von 1,26 Euro für einen Ganztagschüler angesetzt.

Einnahmen und Zuschüsse

Es dürfen keine Elternbeiträge erhoben werden. Vom Land fließen keine weiteren Zuschüsse zum laufenden Betrieb.

Saldo der Einnahmen und Ausgaben

Im Ergebnis ergäbe sich für die Ausbauniveaus 50%, 75% und 100% der Sekundarstufe I ohne Berücksichtigung von Einkommensteuereffekten zunächst ein jährliches Primärdefizit zwischen 215 Tsd. Euro und 1,4 Mio. Euro.

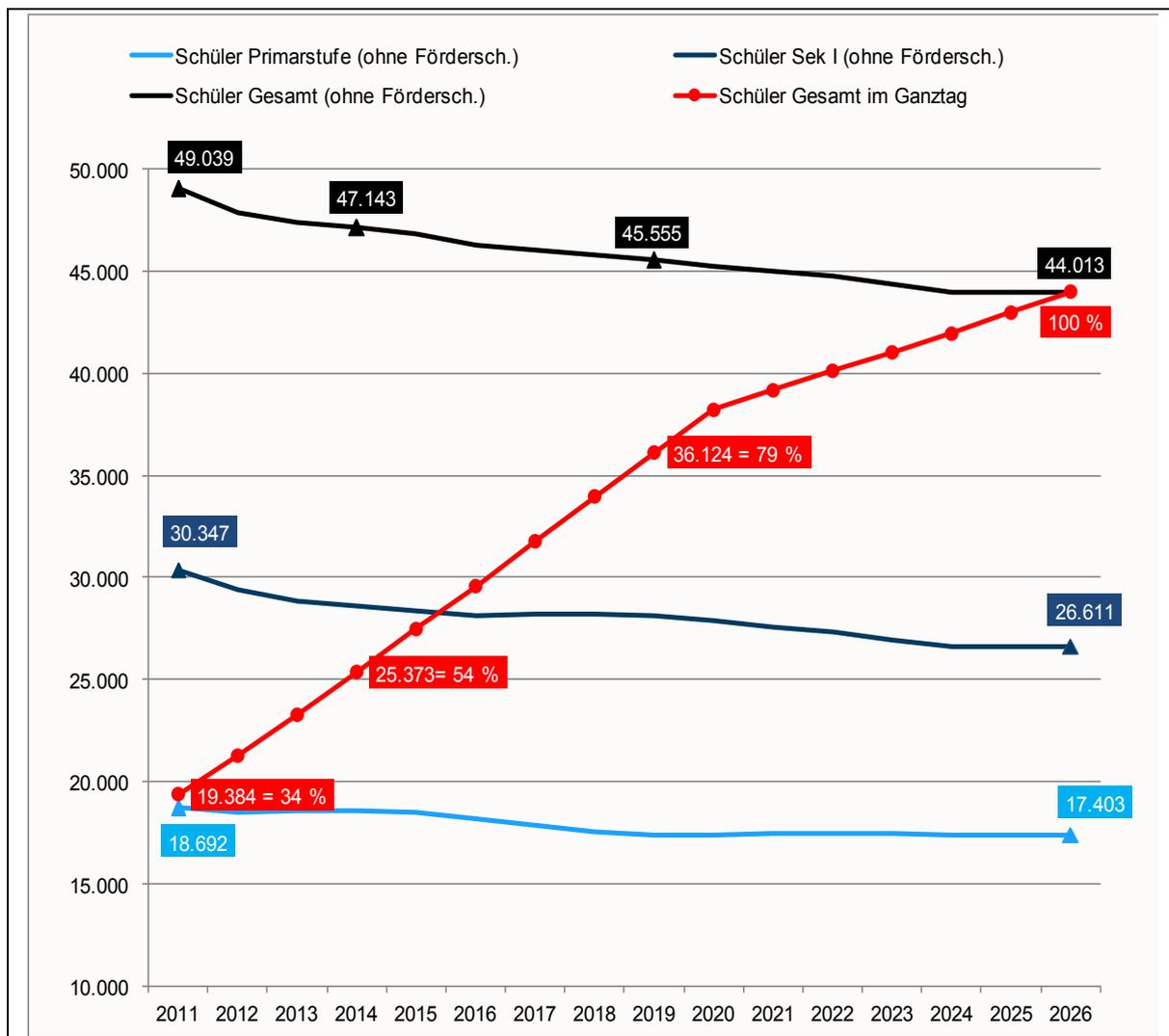
Tabelle 37: Essen: Saldo der Einnahmen und Ausgaben

Ausbauszenario Sekundarstufe I Essen	Ausbaustufe		
	50% (2014)	75% (2020)	100% (2026)
Schüler gesamt	28.583	27.850	26.611
Schüler im Ganztag	14.830	20.798	26.611
Tatsächliche %-Zahl der Schüler im Ganztag	52%	75%	100%
zusätzliche Investitionskosten bis zum Erreichen der Stufe (ab Ausbaustart 2012 kumuliert in T€)	5.867	20.511	36.119
zusätzliche laufende Kosten gesamt auf dieser Stufe in T€	215	769	1.398
zusätzliche Personalkosten auf dieser Stufe	27	82	135
zusätzliche Sach- und Betriebskosten auf dieser Stufe	188	687	1.263
zusätzliche Einnahmen gesamt auf dieser Stufe in T€	0	0	0
zusätzliche Elternbeiträge (OGS & Verpflegung)	0	0	0
Landesmittel (kapital. Mittel & lfd. Zuschüsse)	0	0	0
Saldo I (ohne Investitionen und Est-Effekte) in T€	-215	-769	-1.398

Gesamteffekt

Unter Annahme des fiktiven Ausbauszenarios würde mit Blick auf die gesamte Schülerzahl der Primar- und Sekundarstufe I (ohne Förderschüler) das Ausbauniveau 50% (25.373 = 54% Schüler im Ganztags) im Jahr 2014 überschritten, 79% (36.124) wären im Jahr 2019 erreicht und 100% (44.013) im Jahr 2026.

Abbildung 28: Essen: Entwicklung der Schülerzahlen und des Ausbaus Ganztags gesamt



Quelle: Angaben Stadt Essen, eigene Berechnungen und Darstellung Prognos AG 2012

Um unter den gegebenen Annahmen ausgehend vom Status Quo das Ausbauniveau 100% zu erreichen, wären bis zum Jahr 2026 Gesamtinvestitionen in einer Höhe von 110 Mio. Euro erforderlich. Auf der höchsten Ausbaustufe würden dann im Jahr 2026 zusätzlichen laufenden Ausgaben von 26,9 Mio. Euro zusätzliche Einnahmen in Höhe von rd. 14 Mio. Euro gegenüberstehen. Ohne Be-

rücksichtigung von Investitionskosten und fiskalischen Effekten ergäbe sich damit auf diesem Niveau ein jährliches primäres Defizit in Höhe von rund 13 Mio. Euro.

Tabelle 38: Essen: Saldo der Einnahmen und Ausgaben auf dem jeweiligen Ausbauniveau Primarstufe und Sek I

Ausbauszenario Ganztage Essen (OGS und Sek I)	Ausbaustufe		
	50% (2014)	75% (2019)	100% (2026)
Schüler gesamt	47.143	45.555	44.013
Schüler im Ganztage	25.373	36.124	44.013
Tatsächliche %-Zahl der Schüler im Ganztage	54%	79%	100%
zusätzliche Investitionskosten bis zum Erreichen der Stufe (ab Ausbaustart 2012 kumuliert in T€)	28.698	83.278	110.175
zusätzliche laufende Kosten gesamt auf dieser Stufe in T€	6.262	19.169	26.913
zusätzliche Personalkosten auf dieser Stufe	5.920	18.126	25.100
zusätzliche Sach- und Betriebskosten auf dieser Stufe	342	1.043	1.813
zusätzliche Einnahmen gesamt auf dieser Stufe in T€	4.620	12.320	13.846
zusätzliche Elternbeiträge (OGS & Verpflegung)	1.408	3.756	4.221
Landesmittel (kapital. Mittel & lfd. Zuschüsse)	3.212	8.565	9.625
Saldo I (ohne Investitionen und Est-Effekte) in T€	-1.642	-6.849	-13.067

5.4.3 Weitere Fiskalische Nutzeneffekte

Erwerbstätigkeit Mütter⁹⁶

Die Berechnungen der Nutzeneffekte durch die Aufnahme von Erwerbstätigkeit und durch die Ausweitung des Erwerbsumfanges erfolgt analog zur Berechnung der Effekte auf NRW-Ebene. Der unterschiedlichen Erwerbswahrscheinlichkeit von Müttern in der Beispielkommune wird durch die Berücksichtigung der lokalen Arbeitsmarktsituation über einen Dämpfungsfaktor Rechnung getragen.

Insgesamt würden sich diese fiskalischen Nutzeneffekte durch eine Erhöhung des Einkommensteueranteils und Einsparungen bei den Transferzahlungen mit bis zu 1,5 Mio. Euro im Jahr 2026 im Essener Haushalt niederschlagen.

⁹⁶ In dem Modell dieser Studie werden zur Reduzierung der Komplexität nur die Auswirkungen auf die Erwerbstätigkeit der Mütter ausgewiesen. In der Realität ist natürlich auch eine Auswirkung auf die Erwerbstätigkeit der Väter denkbar.

Tabelle 39: Essen: Fiskalische Effekte durch die Aufnahme von Erwerbstätigkeit und Ausweitung des Erwerbsumfangs der Mütter

Ausbaujahr	2014	2019	2026
Ausbaustufe	54%	79%	100%
Effekt Erwerbsaufnahme			
Anzahl Mütter (Dämpfungsfaktor berücksichtigt)	283	792	1.165
Einkommenssteuer in T€	616	1.949	3.635
Sozialversicherungsbeiträge in T€	2.315	7.321	13.652
Transfers (Einsparungen) in T€	638	2.018	3.763
Effekt Ausdehnung Teilzeit			
Anzahl Mütter (Dämpfungsfaktor berücksichtigt)	449	1.255	1.846
Einkommenssteuer in T€	135	427	796
Sozialversicherungsbeiträge in T€	428	1.354	2.525
Transfers (Einsparungen) in T€	52	164	306
Fiskalische Effekte auf Ebene der Kommune in T€			
Einkommensteuer (15%-Anteil Kommunen) in T€	311	811	1.512
davon Erwerbsaufnahme in T€	113	356	665
davon Ausdehnung Teilzeit in T€	92	292	545
davon Ausdehnung Teilzeit in T€	20	64	119
Einsparungen Transferzahlungen in T€	199	454	847
davon Erwerbsaufnahme in T€	175	401	747
davon Ausdehnung Teilzeit in T€	23	54	100

Geschaffene Beschäftigung

Neben den Effekten auf Seiten der Mütter würden durch den Ausbau der Ganztagsbetreuung fiskalische Effekte aufgrund der direkt in den Schulen und in der Verwaltung geschaffenen Beschäftigungsverhältnisse entstehen.

Insgesamt würden durch den 100% Ausbau der Ganztagsbetreuung in Essen ca. 338 VZÄ für sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze zusätzlich geschaffen (317 VZÄ für qualifiziertes pädagogisches Betreuungspersonal und 21 VZÄ für Verwaltungskräfte in den Schulen und in der Schulverwaltung). Hinzukommen würden rd. 351 Honorarkräfte (pädagogische Kräfte und Küchenpersonal). Fiskalisch würden den öffentlichen Haushalten aus dieser Beschäftigung etwa 2,1 Mio. € zusätzliche Einkommensteuer und rund 8,3 Mio. Euro Sozialversicherungsbeiträge zufließen. Der kommunale Haushalt profitiert von einem Einkommensteueranteil in Höhe von 15%, der in 2026 etwa 309 Tsd. Euro ausmachen würde.

Tabelle 40: Essen: Fiskalische Effekte durch geschaffene direkte Beschäftigung im Ganzttag

Ausbaujahr	2014	2019	2026
Ausbaustufe	54%	79%	100%
Beschäftigungseffekte			
Qualifiziertes pädagogisches Personal (VZÄ)	106	282	317
Honorarkräfte (Anzahl Beschäftigungsverhältnisse)	114	311	351
Verwaltungspersonal (VZÄ)	6	18	21
Fiskalische Effekte gesamt			
zusätzliche Einkommenssteuer in T€	479	1.486	2.062
zusätzliche Sozialversicherungsbeiträge in T€	1.919	5.962	8.264
Fiskalische Effekte auf Ebene der Kommune			
zusätzliche Einkommensteuer (15%-Anteil) in T€	72	223	309

Kosten-Nutzen-Relation

In der Gesamtbetrachtung würden der Stadt Essen im Jahr 2026 rund 1,8 Mio. Euro aus zusätzlicher Einkommensteuer und eingesparten Transferkosten aufgrund der geschaffenen oder ausgeweiteten Beschäftigung der Mütter und den direkt im Ganzttag geschaffenen Arbeitsplätzen zufließen. Ohne Berücksichtigung der Investitionskosten des Ausbaus würde im Haushalt damit auf dem Ausbauniveau 100% ein jährlicher Zusatzaufwand im Vergleich zum derzeitigen Ausbauniveau von rund 11,2 Mio. Euro resultieren.

Tabelle 41: Essen: Kosten-Nutzen-Relation des Ausbaus des Ganztags

Kosten-Nutzen-Relation Ganzttag Essen (OGS und Sek I)	Ausbaustufe		
	50% (2014)	75% (2019)	100% (2026)
Saldo I (Primärdefizit des Ausbaus) in T€	-1.642	-6.849	-13.067
Fiskalische Effekte aufgrund direkter Beschäftigung	72	223	309
Fiskalische Effekte aufgrund Erwerbsaufnahmen und Aufstockung Erwerbsumfang der Mütter	311	811	1.512
Saldo II (ohne Investitionen) in T€	-1.259	-5.815	-11.246

5.5 Kevelaer

Die Schülerzahlen in Kevelaer sind bereits seit einigen Jahren aufgrund rückläufiger Einschulungen auch insgesamt rückläufig. Der Rückgang in der Primarstufe wird sich auf der Basis eigener Vorausberechnungen der Kommune und der Prognosen von IT.NRW für den Kreis Kleve bis 2018 fortsetzen, dann in den Folgejahren jedoch stagnieren. Gemäß der Prognose sinken die Schülerzahlen in der Primarstufe von 1.192 Schülerinnen und Schüler (Schuljahr 2011/2012) auf 1.059 im Jahr 2026. In der Sekundarstufe I gehen die Schülerzahlen von gegenwärtig 2.001 auf 1.553 im Jahr 2026 zurück. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Gesamtschüler aus Kevelaer nicht in dieser Zahl enthalten sind. Eine Gesamtschule wird in interkommunaler Zusammenarbeit im Rahmen eines Zweckverbands mit fünf anderen niederrheinischen Kommunen betrieben. Die Stadt Kevelaer kann hier keine Detaildaten liefern, sodass die Gesamtschule und die Gesamtschülerzahlen nicht in den Berechnungen berücksichtigt werden.

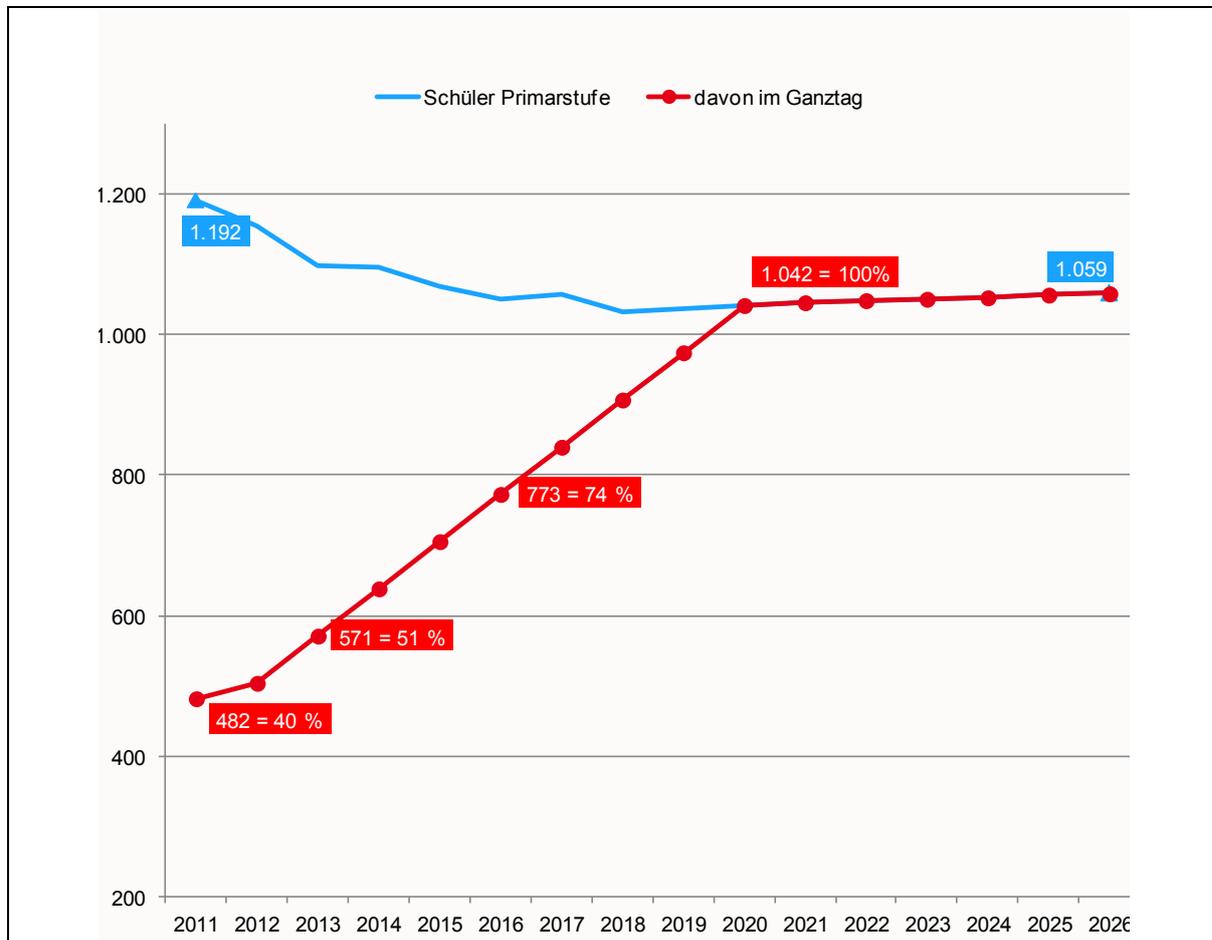
Kevelaer betreibt derzeit fünf Grundschulen, die alle bereits offenen Ganztags anbieten. Rund 40 % der Schülerinnen und Schüler nutzen derzeit das Angebot.

In der Sekundarstufe I betreibt Kevelaer eine Hauptschule (bereits mit Ganztagsangebot), eine Realschule (ohne Ganztagsangebot) und ein Gymnasium (ohne Ganztagsangebot). Darüber hinaus gibt es noch eine Förderschule für die Klassen 1 – 10 mit Ganztagsangebot. Es gibt außerdem am Standort Goch die bereits erwähnte Gesamtschule, die über den Zweckverband organisiert ist. Ausstattung und Ganztagsbetrieb dort werden über den Zweckverband organisiert, sodass die Stadt Kevelaer für die Gesamtschule keine Angaben machen kann.

5.5.1 Ausbau OGS Primarstufe

Mit der Zielstellung, im Jahr 2020 das Ausbauniveau von 100% (1.042 Plätze) Offene Ganztagschule in der Primarstufe zu erreichen, verbindet sich in Kevelaer ein Ausbauszenario auf 571 Plätze im Jahr 2013 (ca. 52 %) und 773 Plätze (ca. 74 %) in 2016.

Abbildung 29: Kevelaer: Entwicklung der Schülerzahlen in der Primarstufe und Ausbauszenario OGS



Quelle: IT NRW, Angaben Kevelaer, eigene Berechnungen und Darstellung Prognos AG 2012

Erforderliche Investitionen

Die Stadt Kevelaer geht davon aus, dass die in der ersten Ausbaustufe bereits getätigten Neu- und Umbauten auch weiterhin ausreichen. Damit müssen für den sukzessiven Ausbau der Ganztagsbetreuung an den Grundschulen keine neuen Räumlichkeiten geschaffen werden und besteht für den weiteren Ausbau kein Investitionsbedarf im Primarbereich.

Zusätzlicher Personalbedarf

Kevelaer entscheidet sich im Primarbereich für die Kapitalisierung. Der Ganztag wird von Trägern betrieben. Kevelaer finanziert mit den Mitteln aus der Kapitalisierung und zusätzlichen eigenen Mitteln pädagogisches Personal und Honorarkräfte, für deren Einstellung die Träger verantwortlich sind. Je zusätzlicher Ganztagsgruppe (27 Schülerinnen und Schüler) stellen die Träger in Kevelaer in der Regel qualifiziertes pädagogisches Personal im Umfang von

20 Wochenstunden ein. Zusätzlich werden pädagogische Hilfskräfte im Umfang von durchschnittlich 16,5 Wochenstunden eingestellt.

Die Träger sind ebenfalls für das Küchenpersonal verantwortlich. Hier wird eine Stunde je Gruppe als Aufwand angenommen (Annahme Prognos).

Multipliziert mit den Arbeitgeber-Brutto-Personalkosten für die jeweilige Stelle (sozialversicherungspflichtige Beschäftigung für qualifiziertes pädagogisches Personal, geringfügige Beschäftigungsverhältnisse für pädagogische Hilfs- und Honorarkräfte und Küchenhilfen) werden die zusätzlichen Personalkosten für die jeweilige Ausbaustufe errechnet.

Sach- und Betriebskosten

Da keine Räume und Flächen zusätzlich benötigt werden, entstehen aus Sicht der Kommune keine zusätzlichen Kosten für Betriebskosten, Energie und Instandhaltung. In Bezug auf die Reinigungskosten kommt es nur zu einer Verschiebung der Reinigungszeiten, sodass auch hier keine zusätzlichen Kosten erwartet werden.

Für das Spielzeug das im Ganztagsbetrieb benötigt wird, zahlt die Stadt Kevelaer den Trägern je Schüler und Schuljahr 60 €. Außerdem werden Verwaltungskosten in Höhe von 140 Euro je Kind an die Träger erstattet. Die Kosten für Verpflegung (50€ x 11 Monate) werden als zusätzlicher Elternbeitrag erhoben, sind also kostenneutral für die Kommune.

Einnahmen und Zuschüsse

Die Kommune erhebt in der OGS einkommensabhängige Elternbeiträge von durchschnittlich 30,30 Euro je Platz und Monat (durchschnittliche jährliche Einnahmen je Platz: 364 Euro). Hinzu kommen Beiträge zur Mittagsmahlzeit je Kind und Jahr von 550 Euro

Von Seiten des Landes fließen Mittel aus der Kapitalisierung von 0,1 Lehrerstellen pro 25 Kinder (entsprechend 235 Euro pro Jahr und Kind) sowie Zuschüsse zum laufenden Betrieb je Schuljahr und Kind in Höhe von 700 Euro.

Saldo der Einnahmen und Ausgaben

Im Ergebnis ergibt sich für die Ausbauniveaus 50%, 75% und 100% ohne Berücksichtigung von Investitionen, Einkommensteu-

ereffekten zunächst ein jährliches Primärdefizit zwischen 24 Tsd. Euro und 374 Tsd. Euro.

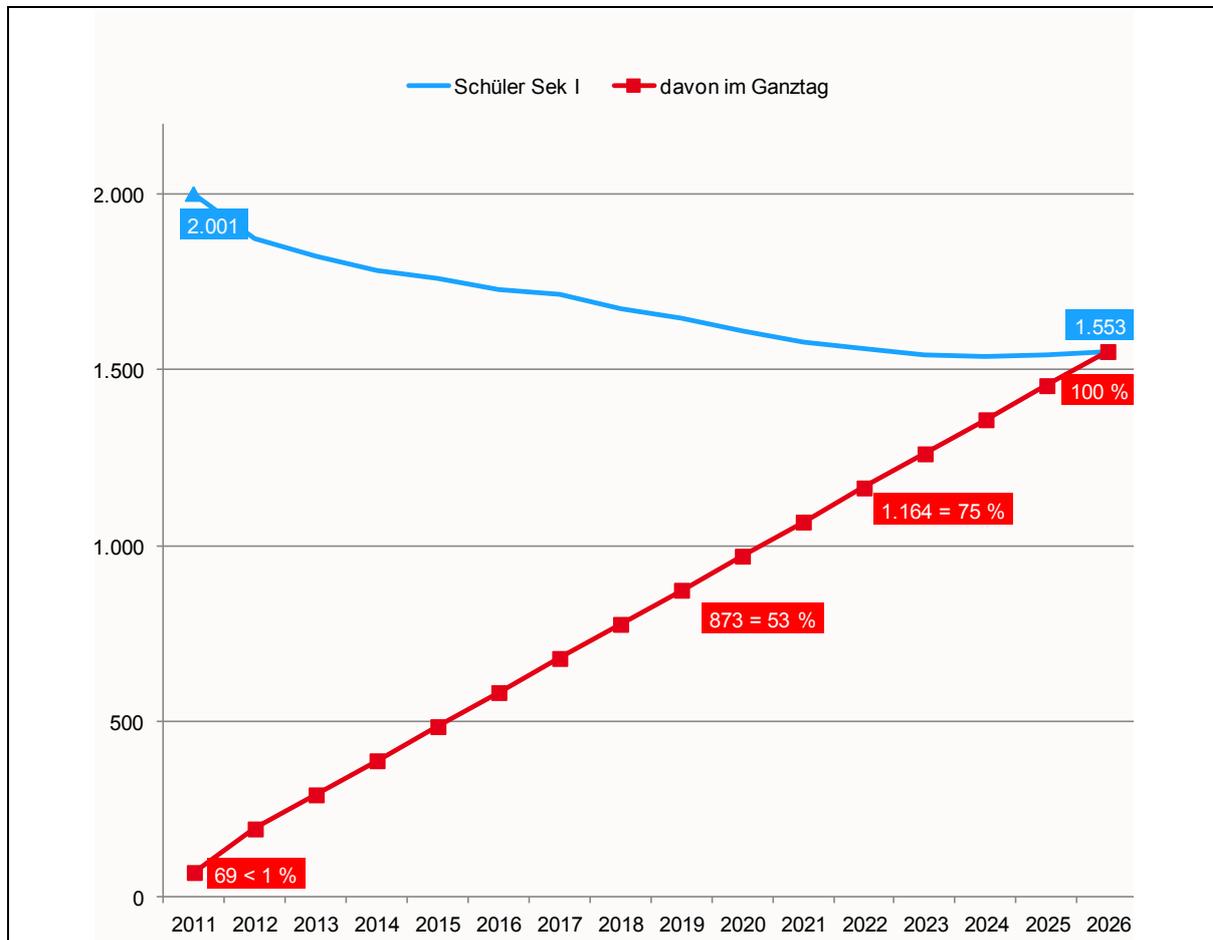
Tabelle 42: Kevelaer: Saldo der Einnahmen und Ausgaben OGS auf dem jeweiligen Ausbauniveau

Ausbauszenario Primarstufe Kevelaer	Ausbaustufe		
	50% (2013)	75% (2016)	100% (2020)
Schüler gesamt	1.099	1.050	1.042
Schüler im Ganzttag	571	773	1.042
Tatsächliche %-Zahl der Schüler im Ganzttag	52%	74%	100%
zusätzliche Investitionskosten bis zum Erreichen der Stufe (ab Ausbaustart 2012 kumuliert in T€)	0 €	0 €	0 €
zusätzliche laufende Kosten gesamt auf dieser Stufe in T€	189	664	1.409
zusätzliche Personalkosten auf dieser Stufe	121	432	936
zusätzliche Sach- und Betriebskosten auf dieser Stufe	68	232	473
zusätzliche Einnahmen gesamt auf dieser Stufe in T€	165	538	1.035
zusätzliche Elternbeiträge (OGS & Verpflegung)	82	266	512
Landesmittel (kapital. Mittel & lfd. Zuschüsse)	83	272	524
Saldo I (ohne Investitionen und Est-Effekte) in T€	-24	-126	-374

5.5.2 Ausbau gebundener Ganzttag Sekundarstufe I

Die weiterführenden Schulen in Kevelaer befinden sich in räumlicher Nähe zueinander in einem Schulzentrum. Nicht betrachtet wird die Gesamtschule, die in einem kommunalen Zweckverband betrieben wird. Die Schülerzahlen sind rückläufig. Der Ganztagsausbau wird als linearer Ausbau angenommen. Zurzeit nutzen weniger als 1% der Schüler (ohne Gesamtschule) das Ganztagsangebot. Die 50%-Marke wird daher erst im Jahr 2019 überschritten. (mit 873 Schülern bzw. 53% im Ganzttag). 75% werden im Jahr 2022 (1.164 Schüler im Ganzttag) erreicht und 100% im Jahr 2026, was dann einem Angebot von 1.553 Ganztagsplätzen entspricht.

Abbildung 30: Kevelaer: Entwicklung der Schülerzahlen in der Sek I und Ausbauszenario gebundener Ganztags



Quelle: IT NRW, Angaben Kevelaer, eigene Berechnungen und Darstellung Prognos AG 2012

Erforderliche Investitionen

Die Schulen der Sekundarstufe I liegen in einem Schulzentrum, deren Räumlichkeiten von allen Schulformen gemeinsam genutzt werden. Die Schülerzahlen der Sekundarstufe I gehen laut Prognose zurück. Die Raumbedarfsplanung der Stadt Kevelaer sieht daher auch bei einem umfassenden Ganztagsangebot keine neuen Räumlichkeiten für die Sekundarstufe I vor. Allerdings wird aktuell eine neue Mensa für den Ganztagsbetrieb errichtet, die eine Kapazität von bis zu 500 Essen täglich aufweist. Sollten zukünftig mehr als 500 Essen täglich dort verzehrt werden, wird ein Ausbau notwendig, der in der gegenwärtigen Planung bereits berücksichtigt ist und für den ca. 1,5 Mio. Euro Investitionssumme veranschlagt werden. Diese werden im vorliegenden Ausbauszenario als Investitionskosten für die Ausbaustufe 50% angesetzt.

Zusätzlicher Personalbedarf

Seitens des Landes wird den Schulen beim Ausbau ein Lehrerstellenzuschlag von 20% gewährt, der auf Wunsch teilweise kapitalisiert werden kann. Kevelaer stellt darüber hinaus keine weiteren Mittel zur Verfügung. Die Entscheidung über die Kapitalisierung von Lehrerstellen liegt bei den Schulen.

Im Bereich des schulischen Verwaltungspersonals (Schulsekretariate) fallen keine zusätzlichen Personalkosten an. Das Gleiche gilt für das Schulverwaltungsamt. Der Betrieb der Mensa wird von einem Pächter sichergestellt, so dass auch hier der Stadt keine zusätzlichen Personalkosten entstehen.

Sach- und Betriebskosten

Da der gebundene Ganztagsunterricht in bestehenden Räumen durchgeführt wird, fallen keine zusätzlichen Kosten für Betrieb, Reinigung oder Instandhaltung der eigentlichen Schulräumlichkeiten an. Höhere Betriebskosten (Energie/Ver- und Entsorgung) werden nur für die neue Mensa erwartet. Hier wird ein 50-prozentiger Aufschlag auf die derzeit auf Seiten der Kommune anfallenden Betriebskosten des Mensagebäudes (derzeit durchschnittlich 38T€ p.a.) angenommen. Die Betriebskosten der Mensa werden mit einer Preissteigerungsrate von 1,5% p.a. inflationiert.

Einnahmen und Zuschüsse

Es werden keine Elternbeiträge erhoben. Vom Land fließen keine weiteren Zuschüsse zum laufenden Betrieb.

Saldo der Einnahmen und Ausgaben

Im Ergebnis ergibt sich für die Ausbauniveaus 50%, 75% und 100% ohne Berücksichtigung von Investitionen und fiskalischen Effekten zunächst ein jährliches primäres Defizit in Höhe der zusätzlichen Betriebskosten des Mensaausbaus zwischen 21 Tsd. Euro und 23 Tsd. Euro.

Tabelle 43: Kevelaer: Saldo der Einnahmen und Ausgaben gebundener Ganztags Sek I auf dem jeweiligen Ausbauniveau⁹⁷

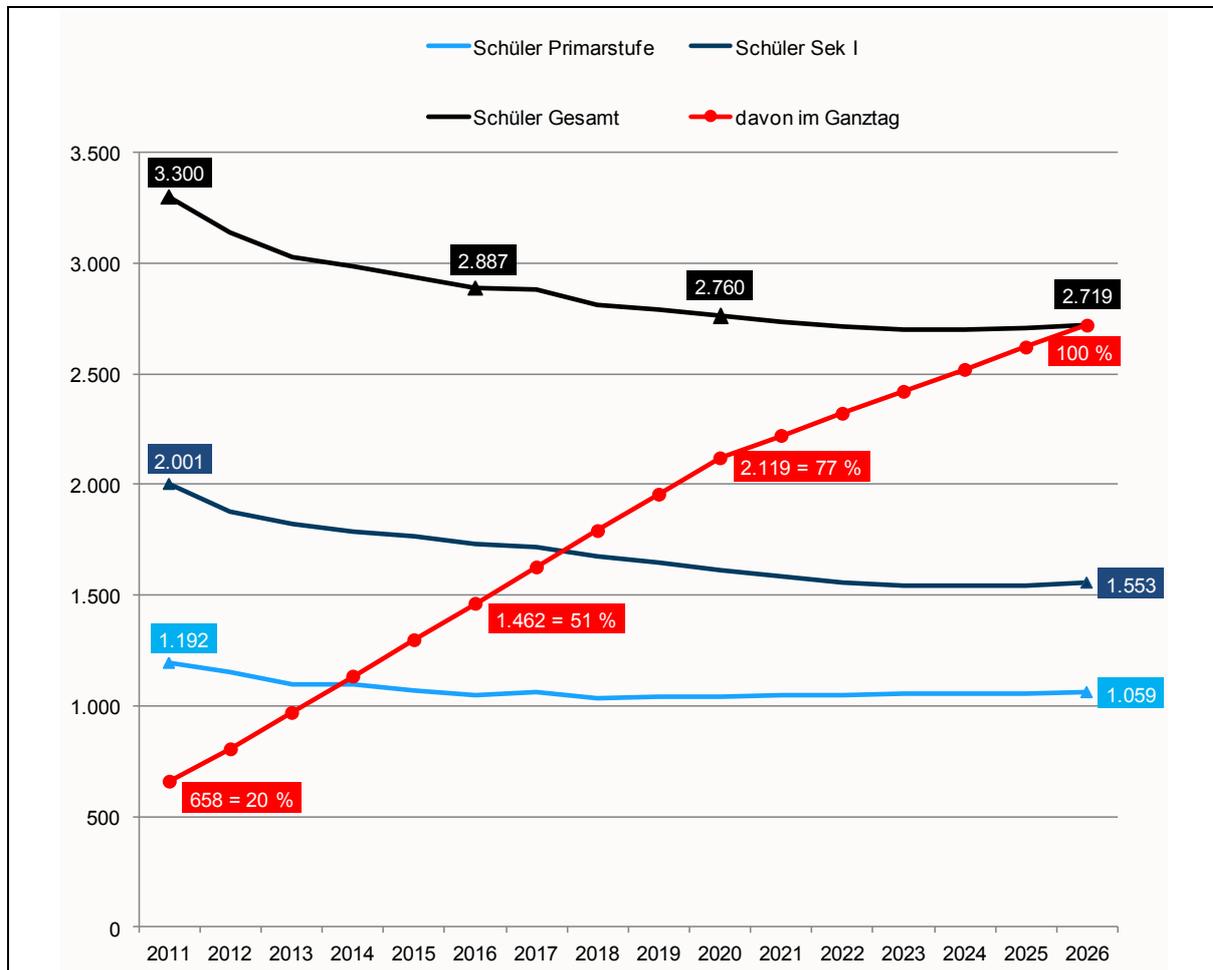
Ausbauszenario Sekundarstufe I Kevelaer	Ausbaustufe		
	50% (2019)	75% (2021)	100% (2026)
Schüler gesamt	1.645	1.559	1.553
Schüler im Ganztags	873	1.164	1.553
Tatsächliche %-Zahl der Schüler im Ganztags	53%	75%	100%
zusätzliche Investitionskosten bis zum Erreichen der Stufe (ab Ausbaustart 2012 kumuliert in T€)	1.500 €	1.500 €	1.500 €
zusätzliche laufende Kosten gesamt auf dieser Stufe in T€	21	22	23
zusätzliche Personalkosten auf dieser Stufe	0	0	0
zusätzliche Sach- und Betriebskosten auf dieser Stufe	21	22	23
zusätzliche Einnahmen gesamt auf dieser Stufe in T€	0	0	0
zusätzliche Elternbeiträge (OGS & Verpflegung)	0	0	0
Landesmittel (kapital. Mittel & lfd. Zuschüsse)	0	0	0
Saldo I (ohne Investitionen und Est-Effekte) in T€	-21	-22	-23

Gesamteffekt

Mit Blick auf die gesamte Schülerzahl der Primar- und Sekundarstufe I wird das Ausbauniveau 50% (1.462 Schüler/-innen im Ganztags) im Jahr 2016 erreicht, 75% (2.119) im Jahr 2020 und 100% (2.719) im Jahr 2026.

⁹⁷ Bitte beachten: Es werden die kumulierten Investitionskosten dargestellt. Die 1,5 Mio. Euro fallen also nur einmal an.

Abbildung 31: Kevelaer: Entwicklung der Schülerzahlen und des Ausbaus Ganztags gesamt



Quelle: IT NRW, Angaben Kevelaer, eigene Berechnungen und Darstellung Prognos AG 2012

Um ausgehend vom Status Quo das Ausbauniveau 100% zu erreichen sind in Kevelaer bis zum Jahr 2016 Investitionen in den Ausbau der Mensa in Höhe von 1,5 Mio. Euro erforderlich, weitere Investitionen fallen nicht an. Auf der höchsten Ausbaustufe stehen im Jahr 2026 zusätzliche, laufende Ausgaben von 1,7 Mio. Euro zusätzliche Einnahmen von 1,1 Mio. Euro gegenüber. Ohne Berücksichtigung von Investitionskosten und fiskalischen Effekte ergibt sich damit auf diesem Niveau ein jährliches primäres Defizit in Höhe von rd. 640 Tsd. Euro.

Tabelle 44: Kevelaer: Saldo der Einnahmen und Ausgaben auf dem jeweiligen Ausbauniveau Primarstufe und Sek I

Ausbauszenario Ganztage Kevelaer (OGS und Sek I)	Ausbaustufe		
	50% (2016)	75% (2020)	100% (2026)
Schüler gesamt	2.780	2.653	2.612
Schüler im Ganztage	1.355	2.012	2.612
Tatsächliche %-Zahl der Schüler im Ganztage	49%	76%	100%
zusätzliche Investitionskosten bis zum Erreichen der Stufe (ab Ausbaustart 2012 kumuliert in T€)	1.500 €	1.500 €	1.500 €
zusätzliche laufende Kosten gesamt auf dieser Stufe in T€	684	1.294	1.707
zusätzliche Personalkosten auf dieser Stufe	432	799	1.151
zusätzliche Sach- und Betriebskosten auf dieser Stufe	252	495	556
zusätzliche Einnahmen gesamt auf dieser Stufe in T€	538	1.035	1.066
zusätzliche Elternbeiträge (OGS & Verpflegung)	266	512	527
Landesmittel (kapital. Mittel & lfd. Zuschüsse)	272	524	539
Saldo I (ohne Investitionen und Est-Effekte) in T€	-146	-259	-641

5.5.3 Weitere Fiskalische Nutzeneffekte

Erwerbstätigkeit Mütter⁹⁸

Die Berechnungen der Nutzeneffekte durch die Aufnahme von Erwerbstätigkeit und durch die Ausweitung des Erwerbsumfanges erfolgt analog zur Berechnung der Effekte auf NRW-Ebene. Der unterschiedlichen Erwerbswahrscheinlichkeit von Müttern in der Beispielkommune wird durch die Berücksichtigung der lokalen Arbeitsmarktsituation Rechnung getragen.

Insgesamt schlagen sich diese fiskalischen Nutzeneffekte durch eine Erhöhung des Einkommensteueranteils und Einsparungen bei den Transferzahlungen mit bis zu 117 Tsd. Euro im Jahr 2026 im Haushalt von Kevelaer nieder.

⁹⁸ In dem Modell dieser Studie werden zur Reduzierung der Komplexität nur die Auswirkungen auf die Erwerbstätigkeit der Mütter ausgewiesen. In der Realität ist natürlich auch eine Auswirkung auf die Erwerbstätigkeit der Väter denkbar.

Tabelle 45: Kevelaer: Fiskalische Effekte durch die Aufnahme von Erwerbstätigkeit und Ausweitung des Erwerbsumfangs der Mütter

Ausbaujahr	2016	2020	2026
Ausbaustufe	51%	77%	100%
Effekt Erwerbsaufnahme			
Anzahl Mütter (Dämpfungsfaktor berücksichtigt)	40	73	103
Einkommenssteuer in T€	81	165	281
Sozialversicherungsbeiträge in T€	305	621	1054
Transfers (Einsparungen) in T€	84	171	290
Effekt Ausdehnung Teilzeit			
Anzahl Mütter (Dämpfungsfaktor berücksichtigt)	64	116	164
Einkommenssteuer in T€	18	36	61
Sozialversicherungsbeiträge in T€	56	115	195
Transfers (Einsparungen) in T€	7	14	24
Fiskalische Effekte auf Ebene der Kommune in T€			
Einkommensteuer (15%-Anteil Kommunen) in T€	30	63	117
davon Erwerbsaufnahme in T€	15	30	51
davon Ausdehnung Teilzeit in T€	12	25	42
davon Ausdehnung Teilzeit in T€	3	5	9
Einsparungen Transferzahlungen in T€	15	33	65
davon Erwerbsaufnahme in T€	13	29	58
davon Ausdehnung Teilzeit in T€	2	4	8

Geschaffene Beschäftigung

Neben den Effekten auf Seiten der Mütter, entstehen durch den Ausbau der Ganztagsbetreuung fiskalische Effekte aufgrund der direkt in den Schulen und in der Verwaltung geschaffenen Beschäftigungsverhältnisse.

Insgesamt werden durch den 100% Ausbau der Ganztagsbetreuung in Kevelaer rund 12 sozialversicherungspflichtige Vollzeit-Arbeitsplätze zusätzlich geschaffen (qualifiziertes pädagogisches Betreuungspersonal). Hinzu kommen ca. 36 geringfügige Beschäftigungsverhältnisse für Hilfs- und Honorarkräfte und Küchenpersonal. Fiskalisch fließen den öffentlichen Haushalten aus dieser Beschäftigung etwa 93 Tsd. Euro zusätzliche Einkommensteuer und rund 367 Tsd. Euro Sozialversicherungsbeiträge zu. Der kommunale Haushalt profitiert von einem Einkommensteueranteil in Höhe von 15%, der in 2026 rund 14 Tsd. Euro ausmacht.

Tabelle 46: Kevelaer: Fiskalische Effekte durch geschaffene direkte Beschäftigung im Ganzttag

Ausbaujahr	2016	2020	2026
Ausbaustufe	51%	77%	100%
Beschäftigungseffekte			
Qualifiziertes pädagogisches Personal (VZÄ)	6	12	12,5
Hilfs- und Honorarkräfte (Anzahl geringf. Beschäftigungsverhältnisse)	18	34	36
Verwaltungspersonal (VZÄ)	0	0	0
Fiskalische Effekte gesamt			
zusätzliche Einkommenssteuer in T€	35	75	93
zusätzliche Sozialversicherungsbeiträge in T€	138	294	367
Fiskalische Effekte auf Ebene der Kommune			
zusätzliche Einkommensteuer (15%-Anteil) in T€	5	11	14

Kosten-Nutzen-Relation

In der Gesamtbetrachtung fließen der Stadt Kevelaer bei Erreichen des 100% Ausbauniveaus im Jahr 2026 jährlich bis zu 131 Tsd. Euro aus zusätzlicher Einkommensteuer und eingesparten Transferkosten aufgrund der geschaffenen oder ausgeweiteten Beschäftigung der Mütter und den direkt im Ganzttag geschaffenen Arbeitsplätzen zu. Saldiert mit dem jährlichen laufenden Kosten des Ausbaus verbleibt der Kommune damit auf dem Ausbauniveau 100% ein jährlicher Zusatzaufwand des Ausbaus von 510 Tsd. Euro.

Tabelle 47: Kevelaer: Kosten-Nutzen-Relation des Ausbaus des Ganztags

Kosten-Nutzen-Relation Ganzttag Kevelaer (OGS und Sek I)	Ausbaustufe		
	50% (2016)	75% (2020)	100% (2026)
Saldo I (Primärdefizit des Ausbaus) in T€	-146	-259	-641
Fiskalische Effekte aufgrund direkter Beschäftigung	5	11	14
Fiskalische Effekte aufgrund Erwerbsaufnahmen und Aufstockung Erwerbsumfang der Mütter	30	63	117
Saldo II (ohne Investitionen) in T€	-111	-184	-510

6 Gesamtbewertung/Fazit

Die Analysen zeigen, dass dem Land Nordrhein-Westfalen für den Ausbau des Ganztags auf 100% bis zum Jahr 2026 Kosten in Höhe von rd. 1,99 Mrd. Euro entstehen. Diese setzen sich zusammen aus Aufwendungen für zusätzliches Personal, Investitions- und laufende Sachkosten sowie Kosten, die anfallen, wenn Kinder aufgrund eines höheren angestrebten Schulabschlusses länger im Schulsystem verbleiben.

Den Kosten stehen Einnahmen in Höhe von 1,3 Mrd. Euro gegenüber, die jedoch nur zu einem geringen Anteil dem Land zufließen (192 Mio. Euro). Diese umfassen Einnahmen durch die Aufnahme oder Ausweitung der Erwerbstätigkeit von Müttern, durch die Beschäftigung zusätzlichen Personals in den Ganztagschulen sowie zusätzliche Einnahmen durch höhere Bildungsabschlüsse und daraus resultierenden höheren Einkommen bei den Kindern, die am Ganzttag partizipieren. Darüber hinaus werden Ausgaben für Transferleistungen eingespart, wovon das Land jedoch nur zu einem geringen Teil profitiert.

Im Saldo entstehen dem Land Nordrhein-Westfalen Kosten in Höhe von ca. 1,8 Mrd. Euro. Bei einer Ausweitung des Betrachtungszeitraums würde der Saldo erst deutlich nach 2026 positiv werden unter der Annahme, dass die Teilnahme am Ganzttag sich positiv auf den Bildungserfolg der Schülerinnen und Schüler auswirkt und so zu verbesserten Teilhabechancen am Arbeitsmarkt sowie höheren Einkommen führt.

Auf Seiten der Kommunen stellt sich die Situation sehr heterogen dar. Dies ist zum einen auf unterschiedliche Verläufe der Schülerzahlen zurückzuführen, die teils steigen, teils sinken und zum anderen auf den bereits erreichten Stand des Ganztagsausbaus in der Kommune. Weiteren Einfluss haben die unterschiedliche Sozialstruktur der Bevölkerung sowie die Erwerbschancen am regionalen Arbeitsmarkt.

Insgesamt fließen den Kommunen in NRW gemäß den Modellberechnungen bis zum Jahr 2026 rund 67,9 Mio. Euro zu. Bei den betrachteten Modellkommunen liegen die geschätzten Einnahmen durch neu geschaffene Beschäftigung, Beschäftigungsausweitung und Reduktion der Transferzahlungen zwischen 131 T€ (Kevelaer) und 1,8 Mio. € (Essen). Diesen Einnahmen steht in laufender Rechnung ein zusätzlicher jährlicher Nettoaufwand für den Ausbau des Ganztags zwischen 640 T€ (Kevelaer) und 16 Mio. € (Bonn) gegenüber. Das Verhältnis zwischen fiskalischen Einnahmen und Nettoausgaben bewegt sich demnach zwischen 1:5 (Kevelaer) zu 1:10 (Stadt Bonn). Ohne Berücksichtigung der Investitionen erhalten die Kommunen in der jährlichen Haushaltsrechnung für jeden Euro, der für den Ganzttag ausgegeben wird, mit Erreichen des

maximalen Ausbaus im Jahr 2026 zwischen 10 (Bonn) und 20 Cent (Kevelaer) zurück. Ebenso deutlich sind die Unterschiede bei den Investitionen in Räume und Ausstattung, die von den Kommunen für die Umsetzung der Ausbauszenarien kalkuliert werden. Sie reichen von lediglich 1,5 Mio. Euro in Kevelaer bis zu 110 Mio. Euro in Essen.

Insgesamt zeigt die Studie, dass Kosten und Nutzen für den Ausbau des Ganztags in Nordrhein-Westfalen ungleich verteilt sind. Während die Kosten überwiegend vom Land Nordrhein-Westfalen und seinen Kommunen getragen wird, profitieren vorrangig der Bund und die Sozialversicherungsträger von Mehreinnahmen durch Einkommenssteuer und Sozialversicherungsbeiträge. Langfristig ist zwar damit zu rechnen, dass der Nutzen für den Ausbau des Ganztags die Kosten übersteigt, jedoch ist der hier gewählte Betrachtungszeitraum nicht ausreichend, um diese Entwicklung abzubilden. Zusätzlich zu den fiskalischen Effekten trägt der Ausbau eines qualitativ hochwertigen schulischen Ganztagsangebotes jedoch schon heute zur Verbesserung des Bildungsniveaus und der Teilhabechancen von jungen Erwachsenen und damit zur gesamtgesellschaftlichen Entwicklung positiv bei.

7 Literatur

Allmendinger, J., Giesecke, J. & Oberschachtsiek, D. (2008). *Unzureichende Bildung: Folgekosten für die öffentlichen Haushalte*. Eine Studie des Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung im Auftrag der Bertelsmann Stiftung. http://www.bertelsmann-stiftung.de/bst/de/media/xcms_bst_dms_33657_33658_2.pdf, letzter Abruf: 15.05.2012.

Aizer, A. (2004). *Home alone: supervision after school and child behavior*. In: Journal of Public Economics, 88, S. 1835-1848.

Anger, C. Fischer, M., Geis, W., Lotz, S., Plünnecke, A. & Schmidt, J. (2012). *Gesamtwirtschaftliche Effekte einer Ganztagsbetreuung von Kindern von Alleinerziehenden*. Köln: Institut der deutschen Wirtschaft.

Anger C., Plünnecke A., Schmidt J. (2010). *Bildungsrenditen in Deutschland – Einflussfaktoren, politische Optionen und volkswirtschaftliche Effekte*. Köln: Institutes der deutschen Wirtschaft.

Baker, M., Gruber, J. & Milligan, K. (2008). *Universal Child Care, Maternal Labor Supply and Family Well-Being*. In: Journal of Political Economy, University of Chicago Press, vol. 116(4), S.709-745.

Beblo, M., Lauer C. & Wrohlich, K. (2005). *Ganztagschulen und Erwerbsbeteiligung von Müttern – Eine Mikrosimulationsstudie für Deutschland*. Mannheim: ZEW Discussion Paper No. 05-93.

Becker, G. S. (1964). *Human Capital: A Theoretical and Empirical Analysis, with Special Reference to Education*. New York: Columbia University Press

Behr, K., Haenisch, H. Hermens, C. Nordt, G. Prein, G. & Schulz, U. (2007). *Die offene Ganztagschule in der Entwicklung. Empirische Befunde zum Primarbereich in Nordrhein-Westfalen*. Weinheim und München: Juventa Verlag.

Börner, N., Eberitzsch, S., Grothues, R. & Wilk, A. (2011). *Bildungsbericht Ganztagschule NRW 2011*. http://www.bildungsbericht-ganztage.de/cms/upload/Berichte/Bildungsbericht_Ganztagschule_NRW_2011_korr.pdf, letzter Abruf: 29.05.2012.

Boudon, R. (1973). *Education, Opportunity and Social Inequality*. New York: Wiley.

Büchel, F. & Spieß, C. K. (2003). *Effekte der regionalen Kindergarteninfrastruktur auf das Arbeitsangebot von Müttern*. In: W. Schmähl (Hrsg.). Soziale Sicherung und Arbeitsmarkt. Berlin: Reihe Schriften des Vereins für Socialpolitik. S.95-126.

Büchel, F. & Spieß, C. K. (2002). *Form der Kinderbetreuung und Arbeitsmarktverhalten von Müttern in West- und Ostdeutschland*. Stuttgart: Kohlhammer.

Dohmen, D. & Henke, J. (2011). *Fiskalische Rendite präventiver Bildungsreformen*. Berlin: Forschungsinstitut für Bildungs- und Sozialökonomie.

Dohmen, D. & Himpele, K. (2006). *Kosten von Ganztagschulen*. In: Recht der Jugend und des Bildungswesens 1/2006. http://www.fibs.eu/de/sites/_wgData/Forum_032.pdf, letzter Abruf: 18.05.2012.

Eccles, J. S., Barber, B. L., Stone, M. & Hunt, J. (2003). *Extracurricular Activities and Adolescent Development*. Journal of Social Issues, 59, 865-889.

Eichhorst, W., Marx, P. & Tobsch, V. (2011). *Schulergänzende Betreuung für Kinder: Status Quo und Beschäftigungswirkung*. Bonn: IZA Standpunkte, Nummer 39.

Flossmann, A. L. & Pohlmeier, W. (2006). *Causal returns to education*. <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:bsz:352-opus-28191>, letzter Abruf: 14.05.2012.

Göggel, K. (2007). *Sinkende Bildungsrenditen durch Bildungsreformen? Evidenz aus Mikrozensus und SOEP*. ZEW Discussion Paper No. 07-017, Mannheim.

Gottschall, K. & Hagemann, K. (2002). *Die Halbtagschule in Deutschland – ein Sonderfall in Europa?!* In: 'Aus Politik und Zeitgeschichte', Beilage der Wochenzeitschrift 'Das Parlament', B 41/2002, 14. Oktober 2002.

Heckman, J.J. (1974). *Effects of Child Care Programs on Women's Work Effort*. In: Journal for Political Economy, 82 (2), S.136-169.

Institut für Demoskopie Allensbach (2011). *Monitor Familienleben 2011*. http://www.beruf-und-familie.de/system/cms/data/dl_data/fdd3341b55040a512c1768f4b577fe3e/Monitor_Familienleben_2011.pdf, letzter Abruf: 16.05.2012.

Krenz, Astrid (2008). *Theorie und Empirie über den Wirkungszusammenhang zwischen sozialer Herkunft, kulturellem und sozialem Kapital, Bildung und Einkommen in der Bundesrepublik Deutschland*. In: SOEPpapers in Multidisciplinary Panel Data Research. Berlin.

Kuhlmann, C. & Tillmann, K.-J. (2009). *Mehr Ganztagschulen als Konsequenz aus PISA? Bildungspolitische Diskurse und Entwicklungen in den Jahren 2000 bis 2003*. In: Kolbe, F.-U. et al. [Hrsg.]. *Ganztagschule als symbolische Konstruktion*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 23-45.

Mincer, J. (1974). *Schooling, Experience, and Earnings*. New York: National Bureau of Economic Research.

MSW NRW (2011). *Das Schulwesen in Nordrhein-Westfalen aus quantitativer Sicht 2010/2011. Statistische Übersicht 373 - 2.Auflage*. <http://www.schulministerium.nrw.de/BP/Schulsystem/Statistik/index.html>. letzter Abruf: 07.05.2012.

MSW NRW (2011): Arbeitsgruppe: „Ganzttag weiterentwickeln“. *Vorschlag zu Empfehlungen der Bildungskonferenz*, http://www.schulministerium.nrw.de/BP/Bildungskonferenz/Ergebnispapiere_der_Arbeitsgruppen/Empfehlung_Ganzttag_110118.pdf, letzter Abruf: 10.05.2012.

MSW NRW (2010). *Schülerprognose und Schulabgängerprognose bis zum Schuljahr 2029/30*. Statistische Übersicht Nr. 372.

Prognos AG (2011). *Vereinbarkeit von Familie und Beruf mit Schulkindern*.
http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/_C3_9C-6-Vereinbarkeit-von-Familie-und-Beruf-mit-Schulkindern,property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf, letzter Abruf: 16.05.2012.

Prognos AG (2011). Soziale Prävention. Bilanzierung der sozialen Folgekosten in Nordrhein-Westfalen.
http://www.prognos.com/Publikationsdatenbank.28+M5fe436679e8.0.html?&tx_atwpubdb_pi1%5BshowUid%5D=281, letzter Abruf: 16.05.2012.

Prognos AG (2008). *Ausbau der Kinderbetreuung – Kosten, Nutzen, Finanzierung*.
<http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/Dossier-Ausbau-der-Kinderbetreuung,property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf>, letzter Abruf: 16.05.2012.

Radisch F., Stecher L., Fischer N. & Klieme E. (2008). *Was wissen wir über die Kompetenzentwicklung in Ganztagschulen?* In: Rohlf C., Harius M. & Pelentien C. [Hrsg.]. *Kompetenzbildung – soziale, emotionale und kommunikative Kompetenzen von Kindern und Jugendlichen*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Reinders, H., Gogolin, I., van Deth, J. W., Böhmer, J., Bremm, N., Gresser, A. & Schnurr, S. (2011). *Ganztagschule und Integration von Migranten*. Schriftenreihe Empirische Bildungsforschung, Band 15. Würzburg: Universität Würzburg.

Schüpbach, M. (2010). *Ganztägige Bildung und Betreuung im Primarschulalter*. Qualität und Wirksamkeit verschiedener Schulformen im Vergleich. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialforschung.

Schründer-Lenzen, A. & Mücke, S. (2010). *Entwicklung der Schulleistung in der ganztägigen Grundschule*. In: Merken, H. & Schründer-Lenzen, A. [Hrsg.]. *Lernförderung unter Bedingungen des Ganztags im Grundschulbereich*. Münster: Waxmann Verlag.

Sell, S. (2005). *Der Ausbau der Ganztagschulen aus ökonomischer Sicht*. In: Rother, U., Appel, S., Ludwig, H. & Rutz, G. [Hrsg.]. *Jahrbuch Ganztagschule 2005. Investitionen in die Zukunft*. Schwalbach, Taunus : Wochenschau-Verlag. S. 10-22.

Statistisches Bundesamt (2012). *Arbeitslosigkeit und Grundsicherung für Arbeitsuchende, Nordrhein-Westfalen*, März 2012.
http://statistik.arbeitsagentur.de/nn_30652/SiteGlobals/Forms/Themenauswahl/themenauswahl-Form.html?view=processForm&resourceId=210342&input_=&pageLocale=de®ionId=05&year_month=201203&topicId=17302&topicId.GROUP=1&search=Suchen, letzter Abruf: 01.05.2012.

Statistisches Bundesamt (2011). *Bildungsfinanzbericht*.
https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/BildungForschungKultur/BildungKulturFinanzen/Bildungsfinanzbericht1023206117004.pdf?__blob=publicationFile.

StEG-Konsortium (2010). *Ergebnisse der Studie zur Entwicklung von Ganztagschulen 2005-2010*. <http://www.dji.de/steg/Ergebnis%202010.pdf>, S.20, letzter Abruf: 09.12.2011.

Steiner, V. & Volodina, N. (2008): *Konsequenzen der demographischen Entwicklung für die Bildungsfinanzierung*. Vortrag beim Expertenworkshop „Bildung und Demographie“. <http://www.bildungsbericht.de/daten/steiner08-ppt.pdf>, letzter Abruf: 22.05.2012.

Werner, D., Neumann, M. & Schmidt, J. (2008). *Volkswirtschaftliche Potenziale am Übergang von der Schule in die Arbeitswelt. Eine Studie zu den direkten und indirekten Kosten des Übergangsgeschehens sowie Einspar- und Wertschöpfungspotenzialen bildungspolitischer Reformen*: Köln: Institut der Deutschen Wirtschaft im Auftrag der Bertelsmann Stiftung. http://www.bertelsmann-stiftung.de/bst/de/media/xcms_bst_dms_26141_26188_2.pdf.

8 Anhang

Im Folgenden werden für die verwendeten Daten auf Ebene Nordrhein-Westfalens Vergleichszahlen für (West-)Deutschland aus dem SOEP dargestellt. Da die Fallzahlen für Nordrhein-Westfalen zum Teil gering sind, wird so eine Einordnung der Ergebnisse ermöglicht.

Tabelle 48: Betreuungssituation⁹⁹ von Schulkindern¹⁰⁰ in Deutschland nach Altersgruppen (Anteil in Prozent)

Betreuungsform	2006	2007	2008	2009	2010
6- bis 10-jährige Schulkinder (Primarstufe)					
Ganztagsschule	12,3%	12,6%	18,6%	24,2%	20,9%
Hort ¹⁰¹	3,3%	3,6%	2,9%	12,8%	14,5%
andere externe Betreuung ¹⁰²	22,3%	21,2%	20,5%	20,2%	19,6%
keine externe Betreuung	60,0%	61,6%	56,8%	42,2%	44,4%
11- bis 16-jährige Schulkinder (Sek. I)					
Ganztagsschule	14,7%	14,6%	17,9%	22,8%	22,6%
Hort ¹⁰³	0,3%	0,8%	0,4%	1,0%	2,0%
andere externe Betreuung ¹⁰⁴	9,2%	8,9%	8,9%	11,2%	10,5%
keine externe Betreuung	73,9%	73,4%	70,4%	62,8%	62,7%

Quelle: SOEP 2011, eigene Berechnungen

⁹⁹ Da Mehrfachantworten bei den Fragen nach der Betreuungssituation möglich sind, wurde bei Mehrfachnennungen folgende Priorität berücksichtigt: Ganztagsschule, Hort, andere externe Betreuungspersonen.

¹⁰⁰ Betrachtet werden nur Kinder der jeweiligen Alterskategorie, die eine Schule besuchen.

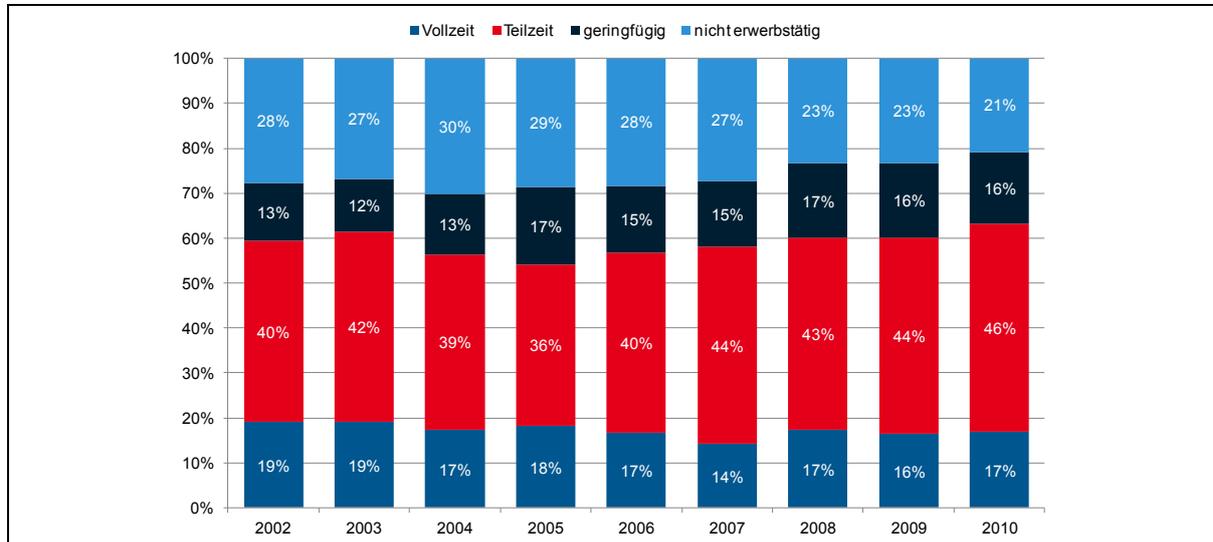
¹⁰¹ Erhöhungen ab 2009 können auf eine Umstellung im Fragebogen zurückzuführen sein. Bis 2008 wurde die Kategorie Krippe/KiGa/KiTa/Hort gemeinsam mit dem Schultyp erfasst, weswegen nur wenige Haushalte beide Möglichkeiten angekreuzt haben. Seit 2009 wird separat nach dem Schultyp und der Betreuungssituation gefragt.

¹⁰² Verwandte, Freunde/Bekannte/Nachbarn, bezahlte Betreuungsperson, Tagesmutter außerhalb

¹⁰³ Erhöhungen ab 2009 können auf eine Umstellung im Fragebogen zurückzuführen sein. Bis 2008 wurde die Kategorie Krippe/KiGa/KiTa/Hort gemeinsam mit dem Schultyp erfasst, weswegen nur wenige Haushalte beide Möglichkeiten angekreuzt haben. Seit 2009 wird separat nach dem Schultyp und der Betreuungssituation gefragt.

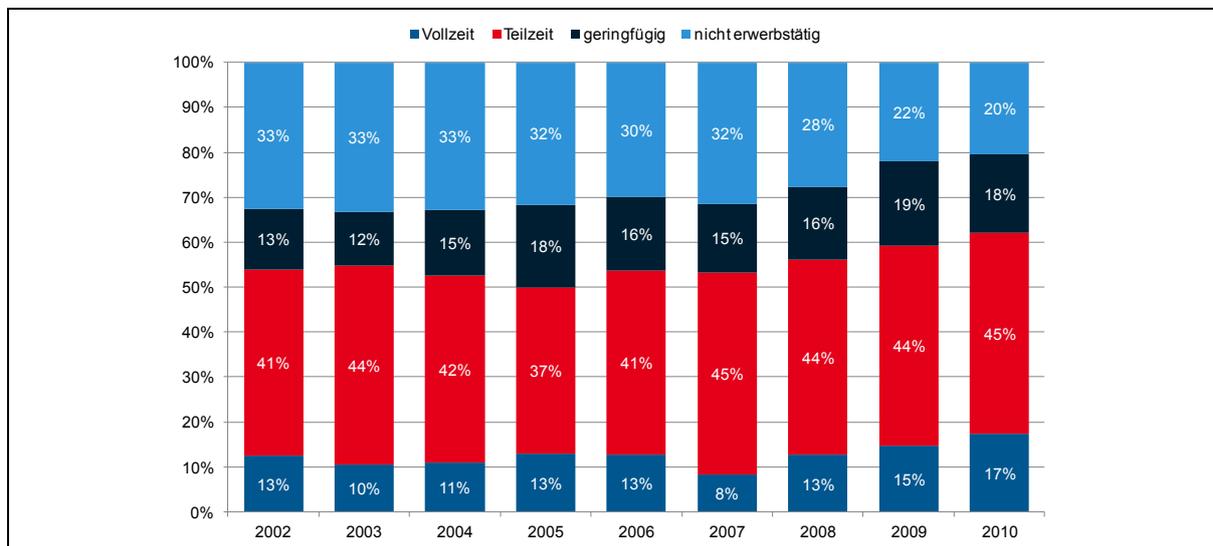
¹⁰⁴ Verwandte, Freunde/Bekannte/Nachbarn, bezahlte Betreuungsperson, Tagesmutter außerhalb

Abbildung 32: Erwerbstätigkeit und Erwerbsumfang von Müttern mit jüngstem Kind zwischen 6 und unter 17 Jahren in Westdeutschland, 2002 - 2010



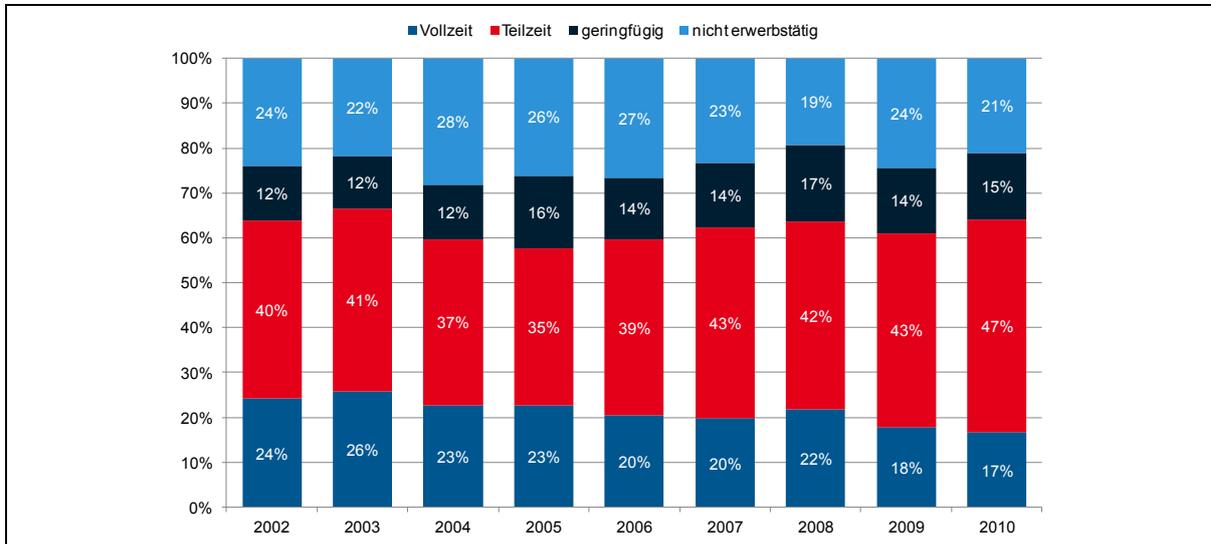
Quelle: SOEP 2011, eigene Berechnung und Darstellung Prognos AG

Abbildung 33: Erwerbstätigkeit und Erwerbsumfang von Müttern mit jüngstem Kind zwischen 6 und unter 11 Jahren in Westdeutschland, 2002 - 2010



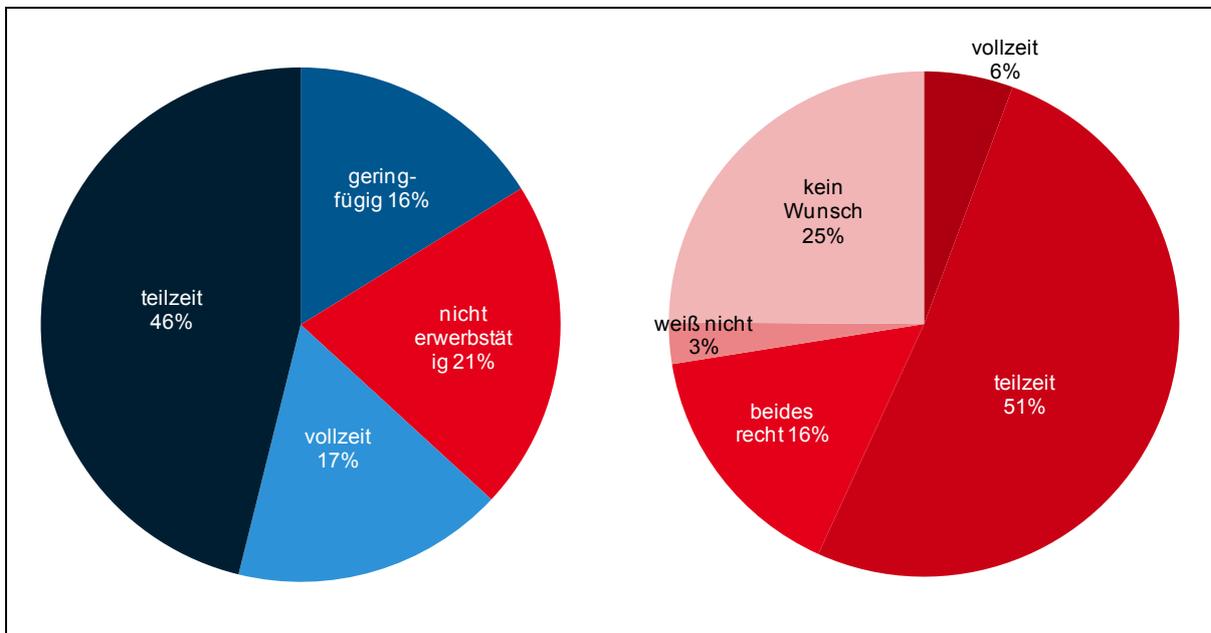
Quelle: SOEP 2011, eigene Berechnung und Darstellung Prognos AG

Abbildung 34: Erwerbstätigkeit und Erwerbsumfang von Müttern mit jüngstem Kind zwischen 11 und unter 17 Jahren in Westdeutschland, 2002 - 2010



Quelle: SOEP 2011, eigene Berechnung und Darstellung Prognos AG

Abbildung 35: Erwerbsstatus und Erwerbswünsche nicht erwerbstätiger Mütter mit jüngstem Kind zwischen 6 bis unter 17 Jahren in Westdeutschland, 2010



Quelle: SOEP 2011, eigene Berechnung und Darstellung Prognos AG